



Plenarprotokoll

83. Sitzung

Donnerstag, 24. April 2008

Hochbegabtenförderung.....	6066	Die zukünftige Finanzierung der Universität Flensburg und die Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet.....	6079
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1672		Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2020	
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/1942		Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6080
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	6066	Anke Spoorendonk [SSW].....	6081
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	6068	Niclas Herbst [CDU].....	6082
Detlef Buder [SPD].....	6071	Jürgen Weber [SPD].....	6083
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6073	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6084
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	6075	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6085
Anke Spoorendonk [SSW].....	6077	Beschluss: Überweisung des Antra- ges Drucksache 16/2020 an den Bildungsausschuss.....	6087
Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 16/1942, an den Bildungsaus- schuss zur abschließenden Bera- tung.....	6079	Wiederwahl der Bürgerbeauftrag- ten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein.....	6087

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1963		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2000 (neu)	
Beschluss: Annahme.....	6087	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2025	
Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein	6087	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6109
Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1595		Herlich Marie Todsens-Reese [CDU].....	6110
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/1940		Konrad Nabel [SPD].....	6111
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	6087	Günther Hildebrand [FDP].....	6113
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6090	Lars Harms [SSW].....	6114
Ursula Sassen [CDU].....	6092	Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	6115
Jutta Schümann [SPD].....	6094	Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 16/2000 (neu) an den Umwelt- und Agrarausschuss	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6096	2. Annahme des Antrages Drucksache 16/2025.....	6117
Lars Harms [SSW].....	6099		
Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 16/1940, an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	6101	Gemeinsame Beratung	
Deutsch-dänisches Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich	6101	a) Abschied vom Kohlestrom	6117
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1992		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2017	
Anke Spoorendonk [SSW].....	6101, 6107	b) Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern	6117
Ursula Sassen [CDU].....	6102	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1378	
Astrid Höfs [SPD].....	6103	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1396	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6104	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 16/1982	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6106	Hans-Jörn Arp [CDU].....	6117, 6131
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	6107	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6118, 6139
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Europaausschuss.....	6109	Manfred Ritzek [CDU].....	6120
Biologische Vielfalt erhalten - Artensterben bis 2010 stoppen	6109	Olaf Schulze [SPD].....	6123, 6132
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	6125, 6140
		Lars Harms [SSW].....	6127

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6130	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Konrad Nabel [SPD].....	6131	Drucksache 16/1998	
Bernd Schröder [SPD].....	6133		
Dr. Johann Wadepful [CDU].....	6133	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	6150, 6160
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6134	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6151
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6135	Sylvia Eisenberg [CDU].....	6153
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6135	Dr. Henning Höppner [SPD].....	6155
Jürgen Weber [SPD].....	6141	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6156
		Anke Spoorendonk [SSW].....	6158
Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 16/2017 an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss		Beschluss: Berichts-anträge Drucksachen 16/1995 und 16/1998 durch Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	6160
2. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1378			
3. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/1396.....	6141	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein (Kinderschutzgesetz).....	6160
Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer.....	6142	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 16/2036	
Drucksache 16/1993			
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6142, 6147		
Axel Bernstein [CDU].....	6143		
Detlef Buder [SPD].....	6144		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6145		
Lars Harms [SSW].....	6146		
Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	6148	Regierungsbank:	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	6149	Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen	
		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
Gemeinsame Beratung		Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
a) Versorgung mit Lehrkräften an den Gymnasien.....	6149	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Drucksache 16/1995			
b) Anmeldungen zur Sekundarstufe I.....	6149		

Beginn: 9:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Ich freue mich, dass das Plenum trotz des frühen Zeitpunkts gut besetzt ist. Erkrankt sind die Kolleginnen und Kollegen Monika Schwalm, Frauke Tengler, Susanne Herold und Wilfried Wengler. Wir wünschen allen gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Kollegin Ulrike Rodust sowie Dr. Ralf Stegner, Peter-Harry Carstensen, Uwe Döring, Lothar Hay und Rainer Wiegard. Ich selbst bin ab 11:30 Uhr wegen der in Berlin stattfindenden Sitzung der Föderalismuskommission ebenfalls beurlaubt. Einige Abgeordnete sind vielleicht noch nicht anwesend, weil heute der Girls' Day stattfindet. Daran will ich auch wegen der Aktivitäten während der Mittagspause erinnern. Einige Kolleginnen und Kollegen werden sich darum kümmern.

Da von unseren Zuschauern noch nicht alle anwesend sind, will ich die Begrüßung später nachholen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Hochbegabtenförderung

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1672

Antwort der Landesregierung
Drucksache 16/1942

Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat die Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über Hochbegabung, über ihre Definition, über ihre Ursachen, über genetische Einflüsse und über die Bedeutung der sozialen Hintergründe sowie des Sprachumfelds und sogar der Ernährung gibt es eine unüberschaubare Fülle an wissenschaftlicher Literatur. Über Hochbegabte existieren auch viele Vorurteile. So heißt es, Hochbegabte hätten zu ehrgeizige Eltern, und Hochbegabte seien oft verhaltensaestört, mindestens aber einsam in ihrem Leben. Es gibt auch das Vorurteil, Hochbegabte endeten häufig als Schulabgänger.

Bei der Beantwortung der Großen Anfrage legen wir zugrunde, dass Hochbegabung im engeren intellektuellen Sinn gemeint ist. Gemeint sind also keine Sonderbegabungen oder Spezialbegabungen, wie zum Beispiel über ein extremes Gedächtnis zu verfügen und zum Beispiel 8.000 Klavierstücke auswendig spielen zu können. Wir reden von Hochbegabung im engeren intellektuellen Sinn. Das ist ein Phänomen, das schätzungsweise 2 bis 3 % der Gesamtbevölkerung betrifft. Diese Gruppe in der Bevölkerung hat einen **IQ-Wert** von etwa 130 aufwärts.

Weil es hier Abgrenzungsprobleme und Definitionsschwierigkeiten gibt, sprechen wir von **Kindern mit besonderen Begabungen**. Speziell bei solchen Kindern mit besonderen intellektuellen Gaben stellt sich die Frage, mit welchen Angeboten Eltern und Lehrer diese Stärken fördern können. Die Grundbedingung dafür ist allerdings, dass das Potenzial dieser Kinder rechtzeitig erkannt wird. Dies gilt auch deshalb, um zu vermeiden, dass sich diese Kinder aus Gründen der Unterforderung heraus dem Unterricht verweigern und paradoxerweise dann durch schlechte Leistungen auffallen. Deshalb ist die Stärkung der Diagnosekompetenz bei den Lehrkräften für uns ein zentraler Ansatz, um Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen.

Um keinen falschen Eindruck zu erzeugen, sage ich, dass besonders begabte Kinder in den allermeisten Fällen in unseren Schulen gut zurechtkommen. Von einer Häufung von **Verhaltensauffälligkeiten** oder etwa von massenhaftem **Schulversagen** aufgrund von überdurchschnittlichen Begabungen kann nicht die Rede sein. Das lässt sich jedenfalls nicht belegen.

Wegen der Unschärfe des **Begriffs Hochbegabung** sind Zahlenangaben bei diesem Thema mit großer Vorsicht zu genießen. Es gibt eine bunte Vielfalt an Testverfahren. Was es nicht gibt, ist eine allgemein anerkannte Definition oder gar eine Art zentrales Melderegister. Früher zog man bei einem IQ von 130 einfach eine Grenze. Das geht unserer Auffassung nach nicht. Zum einen ist dies nach heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu eindimensional, zum anderen stellt sich die Frage, ob pädagogische Konsequenzen wie besondere Angebote vom Erreichen einer bestimmten Punktzahl abhängig gemacht werden sollten. Ich meine das nicht. Ein Kind mit einem IQ von „nur“ 120 mit besten Leistungen in der Schule sollte nicht gefördert werden? Das kann doch wohl nicht sein.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW- Wolfgang Kubicki [FDP]:
Ist das heute schon so bei Ihnen?)

Ich stelle dies aus dem folgenden Grund voran: Manche Fragen der Großen Anfrage haben den Erwartungshorizont, dass es ein klares Raster gibt, nach dem diese Schülerinnen und Schüler erfasst werden. Ich glaube, es wäre aus den genannten Gründen nicht seriös, so etwas durchzuführen. Ich sage hier ganz ehrlich: Ich nehme lieber in Kauf, dass in der Presse angeprangert wird, im Ministerium gebe es keine verlässlichen Zahlen. Das ist ein vertrautes Klischee, das sich immer wieder mit dem Gegenteil abwechselt. Mal sammeln wir zu wenig Zahlen, das nächste Mal sammeln wir zu viele Zahlen. Das ist dann bürokratisch und eine Verschwendung von Steuermitteln. Ich will an dieser Stelle nur mit dem Hinweis darauf eingehen, dass es aus den genannten Gründen weder auf Bundesebene noch in einem Bundesland verlässliche Zahlen gibt. Das ist kein Spezifikum Schleswig-Holsteins. Jeder operiert hier mit **Schätzwerten**. Das einzugestehen, gehört zu dem ehrlichen Umgang mit diesem Thema.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben im vergangenen Jahr unter § 5 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes folgenden Grundsatz neu aufgenommen: Die **Förderung** der einzelnen Schüler ist durchgängiges Unterrichtsprinzip in allen Schulen. **Individuelle Förderung** beziehen wir fast automatisch auf unzureichende Fähigkeiten. Sie geht aber ganz bewusst auch in die andere Richtung. Der gegenwärtige Wandel an unseren Schulen öffnet die Tür für gezielte Arbeit mit dem Potenzial der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Ein **Lernverständnis**, das am Gleichschritt aller Schüler festhält, ist überholt. Diese grundsätzliche Weichenstellung ist Voraussetzung für die integrative Förderung von besonders begabten Kindern. Um ihnen darüber hinaus an den Schulen gerecht zu werden, gibt es eine ganze Reihe von zusätzlichen Maßnahmen. Hier muss ich den Darstellungen, die sagen, bei uns in **Schleswig-Holstein** geschehe nichts, ganz entschieden widersprechen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann gern sagen, dass noch mehr stattfinden könnte. Das ist in vielen Bereichen der Fall. Dass hier aber nichts stattfindet, das weise ich zurück. Ich will nur einige Punkte nennen, die Sie in der Antwort auf die Große Anfrage finden.

Hier sind zum Beispiel die vorzeitige Einschulung, die Teilnahme am Unterricht höherer Jahrgangsstufen, die Arbeit mit Lernplänen und das sogenannte Drehtürmodell mit eigenständiger Arbeit an schulisch betreuten Projekten außerhalb der Klasse während der Unterrichtszeit, die Teilnahme an Kursen des sogenannten Enrichment-Programms, das wir derzeit flächendeckend ausbauen, oder auch das Frühstudium während der Schulzeit zu nennen. Darüber hinaus veranstalten oder fördern wir regionale Schülerakademien, die Juniorakademie in St. Peter-Ording während der Sommerferien oder zum Beispiel auch die sehr wichtigen START-Schülerstipendien für begabte Kinder mit Migrationshintergrund, für die natürlich immer noch mehr - und zwar von Anfang an - getan werden muss. Ich bin dankbar, dass wir in vielen Bereichen mit engagierten externen Partnern und Sponsoren zusammenarbeiten können. Ich will aber hinzufügen, dass es gern noch mehr sein können. Dafür werben wir.

Wir haben dieses Thema auch in die **Lehrerausbildung und -fortbildung** integriert, und zwar nicht nur im grundständigen Studium, sondern auch - das wird ganz bewusst, gezielt und exakt genannt - in der zweiten Phase der Lehrerbildung, vor allem um auch die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte zu stärken. Dazu gehören auch die regelmäßigen Landesfachtage für Lehrkräfte aller Schularten. Ich will hier einfügen, dass ich am letzten Samstag den Landesfachtag Deutsch eröffnet habe, bei dem unter anderem auch dieses Thema behandelt wurde. In diesem Rahmen haben 1.000 Lehrkräfte aus dem ganzen Land den ganzen Samstag an der Kieler Universität verbracht. Ich finde, so etwas muss man öffentlich wirklich einmal anerkennen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Sowohl für **Lehrerinnen und Lehrer** als auch für die **Eltern** besonders begabter Kinder sind mehrere Möglichkeiten geschaffen worden, um sich fachlich beraten zu lassen. Ich nenne hier zunächst die **schulpsychologischen Beratungsstellen**. Oft wird mit Zahlen operiert und gesagt, es gebe für soundso viele Schüler einen Schulpsychologen. Natürlich kann man die Meinung vertreten, dass mehr Schulpsychologen zur Verfügung stehen müssten. Es ist aber nun wirklich nicht so, dass jedes hochbegabte Kind einen Psychologen braucht. In dieser Hinsicht gibt es in der Öffentlichkeit manchmal ein Zerrbild. Neben den schulpsychologischen Beratungsstellen nenne ich hier Beratungslehrkräfte und auch - dies betrifft den Hochschulbereich - die Beratungsstelle für Motivations- und Intelligenzdiagnostik des Instituts für Psychologie der CAU, das natürlich ent-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

gegen anderslautenden Meldungen mit dem IQSH zusammenarbeitet. Informationen stellen wir außerdem in der Broschüre „Kinder mit besonderen Begabungen“ bereit, die von unserem Internetportal heruntergeladen werden kann und in diesem Jahr in der gedruckten Form neu aufgelegt wird.

Nun noch ein Wort zur **Finanzierung**. Da in einem Zeitungsbericht von 5.000 € als jährlichem Mittel ausgegangen wird, möchte ich hier gern eine Richtigstellung vornehmen, bevor diese Angabe sich verselbstständigt. Es werden natürlich in Wirklichkeit weit mehr Mittel bereitgestellt, weil die Personalmittel dazukommen. Wir sprechen über erheblich mehr als 200.000 €, die vom Land für die Unterstützung besonders begabter Kinder und für die entsprechenden speziellen Maßnahmen aufgebracht werden. Hinzu kommen die Unterstützungsiniciativen der externen Partner.

Jede Begabung ist wertvoll für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Eines will ich hier aber ganz klar sagen: Wir vertreten einen **integrativen Ansatz**, wie ihn übrigens auch die Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind in Schleswig-Holstein vertritt. Aus aktuellem Anlass will ich hier auf das Gutachten von Herrn Professor Ziegler aus Ulm eingehen. Er hat für die Gesellschaft für das hochbegabte Kind aufgrund der Großen Anfrage aus der Ferne in Ulm ein, wie ich finde, wenig seriöses Gutachten angefertigt. Herr Professor Ziegler vertritt einen nachdrücklich exklusiven Förderansatz.

Wir wissen uns mit anderen **Bundesländern**, zum Beispiel Niedersachsen, in dem grundsätzlich integrativen Verständnis von Begabtenförderung einig, das bei einer **Unterrichtsentwicklung** ansetzt, die vermehrt auf **Individualisierung** und **Binnendifferenzierung** zielt. Wir wissen, dass es in der schulischen Praxis vor Ort in dieser Hinsicht noch viel Verbesserungsbedarf gibt. Wir sehen uns mit diesem Ansatz und der Begleitung durch ergänzende außerunterrichtliche und außerschulische Maßnahmen für besonders Begabte ohne Intelligenztest als Zugangsvoraussetzung konzeptionell auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal: Jede Begabung ist wertvoll und muss wahrgenommen und entfaltet werden. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe für unsere Lehrkräfte, die sie in aller Regel sehr gewissenhaft und engagiert erfüllen.

Ich freue mich nun auf die Debatte. Ich bin selbstverständlich für weitere Diskussionen und für fi-

nanzierbare Vorschläge offen, und ich hoffe, dass darin ein sensibler Umgang mit diesem vielschichtigen Thema zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Regierung für den Bericht und eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 19. Oktober 2007 wurde der **typische Lebenslauf** einer Hochbegabten beschrieben, die mittlerweile mit einem Intelligenzquotienten von 140 getestet wurde: Sie hat das Gymnasium abgebrochen, ist auf die Realschule und dann auf die Hauptschule gewechselt, zurück auf das Gymnasium gegangen und hat ihr Abitur mit einem Schnitt von 2,9 geschafft. In der Zwischenprüfung des Soziologiestudiums riet die Professorin von einer Fortsetzung des Studiums ab. Sie machte aber weiter und schloss das Hauptstudium dann nach fünf Semestern mit einem Schnitt von 1,0 ab. Ein anderes Mädchen war im Alter von elf Jahren in der sechsten Hauptschulklasse. Der Rektor riet zum Wechsel auf die Sonderschule. Das Mädchen wurde getestet, wobei sich ein IQ von 140 ergab.

Diese Mädchen haben Namen. Sie heißen Wiebke und Paula und sind nur zwei von vielen Beispielen. Sie haben trotz dieser eigentlich unfassbaren Schicksale noch Glück, denn sie wissen, dass sie hochbegabt sind. Sie haben es am Ende doch noch geschafft, in unserem Bildungswesen zu bestehen.

Viele andere Menschen wissen nichts von ihrer Begabung, und sie schaffen es deshalb auch gar nicht erst zu bestehen. Etwa 10.000 hochbegabte Kinder in Deutschland enden als Schulversager - und das in einer Zeit, in der unsere Wirtschaft zunehmend über Fachkräftemangel klagt. Gerade erst wurden Zahlen des BDI bekannt, nach denen durch den Mangel an über 90.000 Ingenieuren im letzten Jahr ein Wertschöpfungsverlust von 7 Milliarden € entstand.

Was haben diese Zahlen mit einer Großen Anfrage zum Thema Hochbegabte zu tun? - Sie belegen einmal mehr, dass eine gute Bildungspolitik nicht nur für jeden einzelnen Menschen gemacht wird, dem

(Dr. Johann Wadephul)

unsere Gesellschaft natürlich größtmögliche Aufstiegschancen bieten will. Für unsere **Gesellschaft**, deren größte Ressource bekanntlich die Köpfe ihrer Bürgerinnen und Bürger sind, ist die Ausbildung hochqualifizierter Absolventen ihrer Bildungseinrichtungen nicht weniger als eine Überlebensfrage. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können es uns schlicht nicht leisten, auch nur auf einen einzigen qualifizierten Kopf zu verzichten.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Deshalb unternehmen wir enorme Anstrengungen, um nach Möglichkeit jedes Kind unabhängig von den sozialen Rahmenbedingungen zu einem guten **Schulabschluss** zu führen. So haben wir trotz der anerkanntermaßen schlechten Haushaltslage in unserem Bundesland für die Kinder und für die Kleinkinder die Sätze deutlich erhöht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Beschlüsse der Großen Koalition zur Verbesserung der **Qualität der Bildung** vom Juli letzten Jahres mit einem Volumen von 540 Millionen € in den Jahren 2010 bis 2020 sowie zur Erhöhung der Zahl der **Betreuungsplätze** in der Kleinkinderbetreuung mit einem Volumen von 113 Millionen € bis zum Jahre 2013. Dass wir damit ganz eindeutige und richtige Prioritäten gesetzt haben, will ich an dieser Stelle ausdrücklich unterstreichen.

Wir haben bei der letzten **Schulreform** viel erreicht, um gerade Kindern aus den sogenannten bildungsfernen Haushalten bessere Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn zu eröffnen. Schleswig-Holstein hat mit dieser Schulreform der Großen Koalition einen enormen Schritt nach vorn gemacht. Frau Ministerin, das heißt jedoch nicht, dass nicht noch weitere Schritte getan werden könnten oder sogar müssten.

Es ist kein Geheimnis, dass die CDU-Landtagsfraktion innerhalb der Koalition und auch schon in den Koalitionsverhandlungen die **Förderung hochbegabter Kinder** gern gesondert geregelt hätte. Da im Gesetz die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes vorgeschrieben ist, sah unser Koalitionspartner eine gesonderte Erfassung der Hochbegabten nicht als erforderlich an. Die Frau Bildungsministerin hat diesen Ansatz noch einmal verdeutlicht.

Wir wissen jedoch - das möchte ich dazu erläuternd sagen -, dass die Förderung der Hochbegabten in anderen Ländern deutlich über das hinausgeht, was in unserem Bundesland üblich ist. Frau Erdsiek-Rave, dies zur Frage des ehrlichen Umgangs miteinander. In anderen **Bundesländern** wird in diesem Be-

reich weit mehr getan, als wir tun. Dies geschieht - das finde ich bemerkenswert - völlig unabhängig davon, welche politischen Mehrheiten dort die Regierung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Beispielsweise gibt es seit 2004 im bedauernswerterweise rot-rot-regierten **Berlin** ein Konzept zur Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler. **Bayern** hat seit 1983 ein Begabtenförderungs-gesetz. Mittlerweile gibt es dort Hochbegabtenklassen. Das Land Hessen ist seit 2002 sehr aktiv. In **Rheinland-Pfalz** gibt es in Kaiserslautern eine Schule für Hochbegabte.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: In drei anderen Städten auch!)

In **Thüringen** gibt es nach erfolgreicher Aufnahmeprüfung Spezialgymnasien bis hin zum Internat oder zumindest Gymnasien mit Spezialklassen. **Baden-Württemberg** hat seit 1984 ein Programm zur Förderung besonders befähigter Schülerinnen und Schüler. In **Niedersachsen** wurde in den Jahren 2002 bis 2007 die schulische Begabtenförderung stufenweise an bestimmten Standorten intensiviert und ein flächendeckendes Schulangebot für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen aufgebaut. Gleichwohl sagen Fachleute insgesamt für Deutschland, dass die Hochbegabtenförderung noch in den Kinderschuhen steckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es zeigt nur für **Schleswig-Holstein**, dass wir es uns nicht leisten können, an dieser Stelle so weit zurückzubleiben. Deshalb hält meine Fraktion es für erforderlich, gerade bei der Hochbegabtenerkennung und -förderung deutlich mehr zu tun als bisher.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn die Schicksale der hochbegabten Kinder sind schwierig und zum Teil beklagenswert. So berichtet der NDR im vergangenen Jahr über den zehnjährigen Marvin aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, der mittlerweile ein Internat in Thüringen besucht.

Gute Bildungspolitik wird in Zeiten des Wettbewerbs um die besten Köpfe zum **Standortfaktor**. Wir müssen jedes Kind seiner Begabung entsprechend fördern. Das bedeutet nicht nur, kein Kind zurückzulassen. Das bedeutet auch, kein Kind aufzuhalten. Denn wenn wir dieses durch die Unterlassung optimaler Fördermöglichkeiten tun, dann verlassen uns die besonders begabten Schülerinnen und Schüler. Ich halte diese Verhaltensweise gegenüber den Kindern, die dann häufig in sozial und persönlich besonders schwierigen Situationen lan-

(Dr. Johann Wadephul)

den, auch für ethisch und moralisch nicht verantwortbar.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hochbegabung bedeutet nicht automatisch Hochleistung. Denn der **Begriff der Hochbegabung** beschreibt lediglich eine im Vergleich zu den Fähigkeiten normal begabter Menschen außergewöhnlich logische Denkfähigkeit und Denkgeschwindigkeit. Ob sich aus der jeweiligen Hochbegabung auch eine Hochleistung entwickelt, hängt von vielen Faktoren ab. Entscheidend ist, dass die Hochbegabung früh erkannt wird und dann die Kinder optimal gefördert und auch gefordert werden.

Das **frühe Erkennen** der Hochbegabung scheint dabei am wichtigsten zu sein. Fachleute schätzen, dass 80 % der Hochbegabten überhaupt nicht erkannt werden. An dieser Stelle gilt es mit einem immer noch weit verbreiteten Vorurteil aufzuräumen. Es lautet: Wer eine außergewöhnliche Begabung hat und nicht ausreichend gefördert wird, der schafft eben nur eine durchschnittliche und keine außergewöhnliche Leistung. Aber ein Ausdruck der Hochbegabung kann sein, dass die Kinder sich dem normalen Anspruchsniveau völlig verweigern. Dann kommt es zum Schulversagen und nicht selten zu Schlimmerem.

Hochbegabte Kinder gibt es bei Weitem nicht nur in sogenannten **bildungsnahen Familien**. In letzteren wird die Hochbegabung sicherlich häufiger erkannt und gefördert als in ersteren. Wo das öffentliche Bildungswesen kein adäquates Angebot vorhält, übernehmen Familien und private Initiativen mit hohem persönlichen Engagement die Förderung der Kinder. Ich begrüße an dieser Stelle auf der Tribüne ganz herzlich Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind und freue mich, dass Sie dieser Debatte beiwohnen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gibt auch in den sogenannten **bildungsfernen Familien** hochbegabte Kinder, die nicht erkannt werden, und **Verhaltensweisen**, die durchaus auf Hochbegabung schließen lassen. Sie werden dann von Eltern und Lehrern als Zeichen einer schweren Erziehbarkeit gedeutet.

Häufig sind es also gerade diese Kinder, für welche die hohe Begabung zu einer hohen Belastung wird. Deshalb ist es zwingend erforderlich, die Situation näher zu beleuchten und zu Schlussfolgerungen zu

kommen. Ich möchte an dieser Stelle auf das Gutachten von Professor Ziegler zu sprechen kommen, weil er ein anerkannter Experte im Bundesgebiet zu diesem Thema ist. Er schreibt: Ob eine Hochbegabung in Schleswig-Holstein erkannt wird, ist Zufall. Es werden keinerlei Anstrengungen unternommen, zur Identifikation Hochbegabter zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass es für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein geregeltes Anerkennungsverfahren und gesonderte Fördermaßnahmen gibt, ein vergleichbares System jedoch den hochbegabten Kindern vorenthalten wird. Das ist nicht akzeptabel und muss geändert werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da bieten aus meiner Sicht leider die Möglichkeiten unseres **Schulgesetzes** mit der flexiblen Eingangsphase und im Überspringen von Klassen keine ausreichenden Fördermöglichkeiten. Für hochbegabte Kinder ist das eher ein Mittel, die Langeweile zu verkürzen und das Abgleiten in Frustration zu verhindern. Die **zusätzlichen schulischen und außerschulischen Angebote** sind sicherlich ein erster Schritt auf einem langen Weg. Sie machen jedoch auch ein Problem besonders deutlich, das von Hochbegabtenvereinen vor allem beklagt wird: Entscheidend für die Möglichkeit der Teilnahme ist die Hochleistung in der Schule. Damit werden genau diejenigen nicht erfasst, die - obwohl sie hochbegabt sind - keinen Erfolg an der Schule haben. Professor Ziegler schreibt dazu: Es gibt zwar Fördermaßnahmen, die von Hochbegabten wie von allen anderen Schülern auch in Anspruch genommen werden können, es gibt jedoch keine einzige aktive Fördermaßnahme, die sich gezielt an Hochbegabte wendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen müssen wir uns dieser Aufgabe zuwenden.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Dr. Wadephul, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Wir Politiker und Politikerinnen beklagen häufig, dass die Menschen überhaupt nicht wahrnehmen, was wir tun. Ich war deshalb sehr überrascht, wie viele Zuschriften meine Fraktion nach Veröffentlichungen in der Presse und nach unseren Initiativen erreicht haben. Persönlich betroffene Eltern schildern uns, wie sie versuchen, einem hochbegabten

(Dr. Johann Wadephul)

Kind ein weitgehend normales Heranwachsen zu ermöglichen. Diese meist sehr persönlichen Briefe haben mich bewegt und teilweise überrascht.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Dr. Wadephul, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Nach der Lektüre geht mir eine Frage nicht mehr aus dem Kopf: Ist es wirklich ein Problem in unserer Gesellschaft und damit auch für unsere Gesellschaft, dass ein Kind hochbegabt ist? Bei der Lektüre ist mir klar geworden: Die Eltern und auch die Kinder wünschen sich nichts mehr als ein normales Heranwachsen ohne den berühmten Stempel auf der Stirn. Wir müssen an dieser Stelle zu neuen Lösungen und zu einer neuen Politik kommen. Dafür wird sich die CDU-Landtagsfraktion in den weiteren Beratungen sehr tatkräftig einsetzen und setzt darauf, dass wir die Bildungsministerin und die SPD-Fraktion entsprechend überzeugen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Detlef Buder das Wort.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viele Minuten waren das eben?)

- Das waren fast zwölf Minuten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es waren gefühlte acht!)

Detlef Buder [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes hat ein ähnliches Schicksal hinter sich, wie Herr Dr. Wadephul es beschrieben hat. Er hat allerdings dann sein Berufsleben als Universitätsprofessor beendet. Er beklagte immer wieder die fehlende **individuelle integrative Förderung** in der Schule. Genau die entspricht dem Grundprinzip, wie wir es im Schulgesetz festgeschrieben haben.

Die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen umfasst die schwächeren Schülerinnen und Schüler ebenso wie die besonders starken. Die Schulen müssen jedes Kind und jeden Jugendlichen

mitnehmen. Sie sollen niemanden abbremsen, der schneller lernt als andere. Das ist eine große **pädagogische Aufgabe**, zu der die Lehrerinnen und Lehrer in der Ausbildung und in der Fortbildung fit gemacht werden müssen.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass hochbegabte Kinder und Jugendliche ihren Weg schon von selbst machen werden und keiner besonderen Förderung bedürfen. Meine Fraktion führt seit rund zwei Jahren eine landesweite Vortragsreihe mit dem Hamburger Pädagogikprofessor Peter Struck durch, der uns immer wieder darauf hinweist, dass gerade hochbegabte Kinder zu den **Risikogruppen** für das Scheitern in der Schule gehören. Die Vorträge dieses Pädagogikprofessors würden sicherlich auch den Erkenntnisgewinn von Herrn Dr. Klug fördern. Er begründet diesen scheinbaren Widerspruch mit den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten besonders begabter und weniger begabter Kinder und Jugendlicher.

Wer eine Information des Lehrers nicht einfach nur zur Kenntnis nimmt, sondern darüber reflektiert und sie hinterfragt, läuft Gefahr, die im Anschluss daran folgenden Informationen zu verpassen. Dadurch erweckt der betreffende Schüler beziehungsweise die betreffende Schülerin den Eindruck, sich nicht ausreichend zu konzentrieren, obwohl genau das Gegenteil der Fall ist.

Ich beziehe mich wiederum auf Professor Struck, der immer wieder darauf hinweist, dass Jugendliche von Altersgleichen mehr lernen als vom Lehrer und dass die effektivste Form des Lernens darin besteht, selbst zu lehren. Das ist für uns einer der maßgeblichen Gründe, weshalb wir der **Integration** auch bei Kindern und Jugendlichen mit **besonderen Begabungen** den Vorrang einräumen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch dies ist eine Überlegung, die der Oppositionsführer vielleicht einmal kognitiv bewältigen sollte. Denn die öffentliche Diskussion hat sich - zumindest früher - immer wieder auf die Frage fokussiert, ob für Kinder und Jugendliche mit besonderer Begabung **eigene Klassen** oder **Schulen** eingerichtet werden sollten. Wir sind als SPD auch bei diesen Kindern und Jugendlichen dafür, zu integrieren statt zu segregieren. Wenn wir uns von dem überlebten Konzept der **leistungshomogenen Schulklasse** verabschieden, schaffen wir auch ganz neue Möglichkeiten für besonders begabte Schülerinnen und Schüler, die sich in den Unterricht einbringen und

(Detlef Buder)

in der Gruppendynamik des Unterrichts das gemeinsame Lernen sowohl für sich selbst als auch für ihre Mitschüler intensivieren können.

Das **Bildungsministerium** hat bereits 2004 in einer sehr umfangreichen Broschüre die zahlreichen institutionellen Wege und **Projekte** zusammengestellt und aufbereitet, die es in unserem Land zur Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen gibt. In dieser Publikation wurden zugleich die diagnostischen Schwierigkeiten bei der Begabungsfeststellung aufgezeigt. Das haben wir heute wiederum gehört.

Die Große Anfrage, die unsere Kolleginnen und Kollegen von der CDU gestellt haben, hat dem Bildungsministerium Gelegenheit gegeben, die damalige Veröffentlichung zu aktualisieren. Wie die Landesregierung in ihrer Antwort ausführt, versteht nicht jeder dasselbe unter dem **Begriff Hochbegabung**. Wenn die beiden künstlerischen Hochschulen in unserem Land Hochbegabte fördern, ist die Rede von künstlerisch oder musikalisch besonders begabten Menschen, die in der allgemeinbildenden Schule möglicherweise in Sprachen oder in Mathematik und anderen Naturwissenschaften eher weniger beeindruckende Leistungen erbracht haben können.

Dasselbe gilt für die **Exzellenzprogramme** wie den Klassiker „Jugend forscht“, der sich an die Leistungsträger im naturwissenschaftlichen Bereich richtet, aber die sprachlich oder geisteswissenschaftlich besonders Talentierten nicht erreicht. Umso wichtiger ist es, dass sich die Hochschulen dieser Jugendlichen angenommen haben und Workshops und Akademien anbieten.

Die Orientierung an einem bestimmten **IQ-Wert** schließt auch nicht aus, dass besonders hervorragende Leistungen in dem einen Bereich mit Schwächen im anderen Bereich einhergehen. Dass kognitive Intelligenz nicht immer mit sozialer Intelligenz einhergeht, ist ohnehin selbstverständlich.

Die Landesregierung weist aus, dass sich die diagnostischen Methoden und die Vorbereitung der Lehrkräfte auf den Umgang mit Kindern mit besonderer Begabung in den letzten Jahren entscheidend verbessert haben.

Wir haben uns leider oft mit der Problematik von **Familien** auseinandersetzen, die sich zu wenig oder überhaupt nicht um den **Bildungserfolg** ihrer Kinder kümmern. Den Gegenpol bilden Eltern, die in ihre Kinder Erwartungen setzen, denen diese nicht gerecht werden können. Manchmal wird sowohl auf die Kinder als auch auf die Lehrkräfte ein

Druck ausgeübt, der den angemessenen Schulerfolg gefährden kann.

Der Bericht der Landesregierung weist auch auf die Möglichkeit hin, dass besonders begabte Schüler Klassen überspringen können. Das findet in den Grundschulen noch relativ häufig statt, in den weiterführenden Schulen in erster Linie an den Gymnasien, in dritter Linie an der Hauptschule, wobei man sich, wenn das Überspringen ein verlässliches Indiz für eine Hochbegabung wäre, fragen müsste, was ein solcher Schüler überhaupt an der Hauptschule macht.

Man darf auch nicht aus den Augen verlieren, dass sich die intellektuelle Entwicklung jedes Menschen in seinem eigenen Rhythmus vollzieht. Nicht jeder Schüler bleibt über seine gesamte Bildungskarriere hinweg immer in der Spitzengruppe, ebenso wenig wie jeder Schüler während seiner gesamten Schulzeit immer nur schlechte Leistungen erbringt.

So informativ diese Statistik also ist, bildet sie doch immer nur Momentaufnahmen einer **Schulkarriere** ab. Wirklich aussagekräftig wären Analysen, die im Rahmen der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage auf keinen Fall geleistet werden können, so beispielsweise im Hinblick darauf, wie viele Schülerinnen und Schüler ein gleich bleibend hohes Tempo beim Durchlaufen ihrer Schulkarriere an den Tag gelegt haben und bei wie vielen Schülern nach der schnellen Phase Abschnitte der Überforderung kamen, durch die sie möglicherweise sogar ein Jahr verloren haben.

Im vergangenen Jahr haben die Medien ausführlich eine baden-württembergische Schülerin - übrigens teilweise mit Migrationshintergrund - präsentiert, die mit 14 Jahren das Abitur mit 1,0 absolviert hatte und jetzt bereits ihr Studium begonnen hat. Ich will nicht verhehlen, dass meine Gefühle diesbezüglich sehr zwiespältig sind.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage ist eine aussagekräftige Handreichung auch für jene Eltern, die davon überzeugt sind, dass ihr Kind hochbegabt ist. Sie kann die Schulen nicht vor dem Konflikt mit Eltern bewahren, die mit unrealistischen Erwartungen an die Leistungsfähigkeit ihres Kindes herangehen, aber sie hilft ihnen dabei, diese Konflikte zu moderieren.

Wir können im Bildungsausschuss über die Antworten der Landesregierung auf die 62 in der Großen Anfrage gestellten Fragen trefflich weiterberaten. Vielleicht kann der Ausschuss in den großen Ferien auch einmal das Jugendcamp in St. Peter-Ording aufsuchen, um in die Diskussion mit

(Detlef Buder)

den eigentlich Gemeinten, mit den eigentlich Betroffenen, also mit den Schülerinnen und Schülern, die dieses Camp besuchen, einzutreten. Für eine weitere Diskussion wäre dies sicherlich zielführend.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Land, das die Talente seiner besonders begabten Kinder und Jugendlichen nicht fördert, handelt ungerecht. Es verwehrt ihnen nämlich damit die Unterstützung, auf sie in gleicher Weise Anspruch haben wie jene Schülerinnen und Schüler, die aufgrund von Nachteilen oder Entwicklungsdefiziten besondere Förderung verdienen. Im schleswig-holsteinischen Schulgesetz ist das Prinzip der **individuellen Förderung** aller Schülerinnen und Schüler verankert. In der Praxis wird diese Unterstützung jedoch **hochbegabten Schülern** weitgehend verwehrt; denn im Vergleich zu anderen Bundesländern sind Instrumente und Angebote zur Hochbegabtenförderung in unserem Schulsystem in Schleswig-Holstein extrem unterentwickelt.

Die verweigerte Unterstützung für hochbegabte Kinder und Jugendliche schränkt aber nicht nur deren individuelle Chancen zur Entfaltung ihrer Talente ein; sie schadet auch dem Gemeinwohl, weil dadurch auch die **Gesellschaft** insgesamt nicht in dem Maße aus den Leistungen besonders begabter Menschen Nutzen ziehen kann, wie dies bei einer anderen Herangehensweise an das Thema möglich wäre.

Unterentwickelte Hochbegabtenförderung ist also auch eine bildungspolitische Dummheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dass im **schleswig-holsteinischen Schulwesen** in diesem Bereich noch vieles nachgeholt und nachgebessert werden muss, ist keine neue Erkenntnis. Es ist aber das Verdienst der Fragesteller der Großen Anfrage, der CDU-Fraktion, erneut die Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt zu haben.

Die FDP-Fraktion hat vor acht Jahren mit einem Entschließungsantrag das Ziel verfolgt, zur besse-

ren Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien des Landes auch die Bildung besonderer Schulklassen zu ermöglichen. Dies halten wir nach wie vor für einen sinnvollen Ansatz.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Initiative wurde seinerzeit von SPD und Grünen abgelehnt. Im Sitzungsprotokoll des Bildungsausschusses vom 21. September 2000 kann man im Zusammenhang mit der Beratung unseres Antrages Folgendes nachlesen - ich zitiere -:

„Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Klug bekräftigt Ministerin Erdsiek-Rave noch einmal den Standpunkt der Landesregierung, dass man gerade vor dem Hintergrund der flächendeckend im Land angebotenen Verkürzung der Gymnasialschulzeit spezielle Klassen für Hochbegabte nicht für erforderlich halte.“

Meine Damen und Herren, in Anbetracht dessen, dass im kommenden Schuljahr die **Schulzeitverkürzung** an den **Gymnasien** generell eingeführt wird - morgen Vormittag werden wir einen Bericht hierüber diskutieren -, müsste Frau Erdsiek-Rave in der Logik ihrer damaligen Argumentation nunmehr eigentlich triumphierend ankündigen, dass rund 40 % der Schüler an weiterführenden Schulen nach den Sommerferien in den Genuss einer Hochbegabtenförderung kämen.

Aber so sicher, wie dies nicht der Fall ist, waren die Erklärungen der Ministerin bereits vor acht Jahren reine Ausflüchte, die bloß dazu dienten, eine besondere **institutionalisierte Hochbegabtenförderung** in schleswig-holsteinischen Schulen zu verhindern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Verweigerungshaltung der sozialdemokratischen Bildungspolitik gegenüber solchen institutionalisierten Formen der Hochbegabtenförderung findet man in anderen **Bundesländern** nicht in gleicher Weise. Darauf hat auch Kollege Wadephul schon hingewiesen. In Rheinland-Pfalz hat sich die FDP in der vorigen Wahlperiode in der Koalitionsvereinbarung mit ihrem damaligen Regierungspartner SPD darauf verständigen können, dass an mehreren Standorten, nämlich in Mainz, Kaiserslautern und Trier, Schulen für Hochbegabte eingerichtet wurden, die mit einem Internatsangebot die gesamte fachliche Breite der Begabtenförderung abdecken. Die erste Schule nahm im Schuljahr 2002/2003 in Kaiserslautern ihre Arbeit auf, und 2005 wurde mit der

(Dr. Ekkehard Klug)

Hochbegabenschule am Max-von-Laue-Gymnasium in Koblenz noch ein viertes Bildungsangebot dieser Art geschaffen.

Warum - so frage ich - kann Schleswig-Holstein nicht nach diesem Beispiel oder nach ähnlichen Vorbildern aus anderen Bundesländern ebenfalls mehr öffentliche Unterstützung für Hochbegabtenförderung im Schulwesen leisten?

Seit etlichen Jahren beantragt die FDP-Fraktion regelmäßig zu den Haushaltsberatungen, im Bildungsetat unseres Landes Mittel für ein **schulisches Netzwerk zur Förderung** besonders begabter Schülerinnen und Schüler bereitzustellen. Zum **Doppelhaushalt 2007/2008** haben wir hierfür zuletzt einen Betrag von 2 Millionen € beantragt. Unser Antrag ist von der Mehrheit des Hauses bedauerlicherweise nicht unterstützt worden; er wurde nicht angenommen. Nach unseren Vorstellungen sollten diese Mittel dazu dienen, landesweit ein schulisches Netzwerk für **Enrichment-Programme** zu schaffen, das heißt Zusatzkurse auf hohem Niveau für besonders begabte und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler, die zusammen mit Kooperationspartnern aus verschiedenen Bereichen angeboten werden. Dann gibt es jeweils einen regionalen Stützpunkt, eine Schule, an der solche Angebote konzentriert werden. Für das etwas weitere regionale Umfeld werden Ergänzungsangebote durchgeführt.

Bislang gibt es solche **Zusatzangebote** in Schleswig-Holstein an sieben **Standorten**. Den Anfang hat vor etlichen Jahren der Kreis Pinneberg gemacht, dankenswerterweise mit einer nennenswerten Unterstützung durch die Örtliche Sparkasse. Die Antwort auf die Große Anfrage macht deutlich, dass das, was das Land Schleswig-Holstein hier an Unterstützung gibt, vergleichsweise sehr bescheiden ist: 71 Jahreswochenstunden, das sind umgerechnet nicht einmal drei Lehrerstellen, die in die Angebote des Enrichment-Programms hineingegeben werden. Mit einem solchen Feigenblatt kann man die mangelhafte Begabtenförderung an schleswig-holsteinischen Schulen nicht zudecken.

Die Gründe, weshalb die Hochbegabtenförderung in diesem Land so dürftig ausfällt, sind nicht recht greifbar. Offensichtlich zählt dieses Thema für das Bildungsministerium nicht zu den **politischen Prioritäten**. Man gewinnt den Eindruck, es wird hierzulande bewusst nur so viel getan, dass man wenigstens ein paar Feigenblätter vorzeigen kann. Vielleicht steht hinter dieser Taktik auch die unausgesprochene Annahme - ich hatte bei der Rede des Kollegen Buder eben den Eindruck, dass genau das

der Fall ist -, dass besonders begabte junge Menschen schon aus eigener Kraft ihren Weg finden würden.

(Zurufe von der SPD)

- Das ist nach meiner Einschätzung die Denkweise, die hinter der Blockadehaltung gegen eine ausgebaute Hochbegabtenförderung steckt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist mit dem Beispiel, das der Kollege Buder vorhin genannt hat, deutlich geworden. Ich betone noch einmal: Eine solche Annahme ist grundfalsch. Besonders begabte Schüler können, wenn sie dauerhaft unterfordert werden, unter Umständen - sicherlich nicht in jedem Fall, aber unter Umständen - zu echten **Problemfällen** werden, und es kann dazu kommen, dass der Verlauf ihres Bildungsweges erheblich beeinträchtigt und gestört wird, dass sie auf jeden Fall nicht die Potenziale, die sie haben, entwickeln können.

Meine Damen und Herren, solange das an den Schulen von staatlicher Seite bereitgestellte Förderinstrumentarium fehlt oder jedenfalls extrem unterentwickelt bleibt, wird auch den **Eltern** eine erhebliche zusätzliche Last aufgebürdet. Kinder aus Familien, die zum Beispiel die Mittel für teure Hochbegabteninternate in anderen Bundesländern nicht aufbringen können, sind dann in besonderem Maße Leidtragende einer mangelhaften schulischen Begabtenförderung von staatlicher Seite her. Das heißt, dass gerade die sozial schwächeren Familien, aus denen hochbegabte Kinder kommen, unter dem fehlenden Angebot an den staatlichen Schulen zu leiden haben. Vielleicht ist das ein Argument, das auch die Sozialdemokraten noch einmal überdenken sollten, um ihre Meinung in dieser Frage zu ändern.

Es ist jedenfalls höchste Zeit, die Defizite, die in diesem Bereich in der Bildungspolitik des Landes bestehen, auszuräumen. Ich habe meine Hoffnung darauf gesetzt, dass mit dem Aufstieg des Kollegen Stegner an die Spitze der SPD-Fraktion vielleicht ein bisschen anderer Wind in dieser Sache bei den Sozialdemokraten weht. Immerhin steht sein Name im ehemaligen Verzeichnis der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Er müsste eigentlich ein gewisses Verständnis für dieses Thema haben. Aber vielleicht liegt das Problem ja auch in den Erfahrungen, die die Genossen mit dem Kollegen Stegner gemacht haben, und das Problem ist durch das Motto geprägt: Ein Hochbegabter reicht den Sozialdemokraten.

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank an die CDU-Fraktion für die Fragen und an die Mitarbeiter des Ministeriums für die Antworten. Leider sind die Antworten ausgesprochen dürftig ausgefallen. Es ist offensichtlich nicht viel bekannt über Hochbegabte in Schleswig-Holstein und das, was an den Schulen passiert. Das muss man feststellen. Ich habe mir die Mühe gemacht, mich etwas mit der einschlägigen Literatur zu beschäftigen. Das ist hochaufschlussreich. Ich möchte Ihnen sechs Anmerkungen vortragen und anschließend vier Konsequenzen daraus ziehen.

Anmerkung eins: Was ist **Hochbegabung**? Die Literatur spricht von Hochbegabung ab einem **Intelligenzquotienten** von 130 Punkten. Der Durchschnitt liegt bei 100 Punkten. Nach dieser Definition sind 2,2 % der Bevölkerung hochbegabt.

Oft wird geglaubt, Hochbegabung sei eine erbliche Eigenschaft, die Kinder haben oder nicht und die nur entdeckt werden müsse. Das haben wir hier auch vorgetragen bekommen. Dann müsse man die so entdeckten Kinder zu Hochbegabtenklassen zusammenfassen, und alles sei super.

Viele Studien zeigen jedoch, dass der **Einfluss des Elternhauses** und der frühkindlichen Förderung wesentlich wichtiger ist für den Intelligenzquotienten. Sogar die Ernährung der Kinder hat einen erheblichen Einfluss auf den späteren Intelligenzquotienten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Amerikanische Studien haben herausgefunden, dass allein das Stillen von Kindern 7 % Einfluss auf den Intelligenzquotienten hat. Die ganze Sache ist offensichtlich relativ komplex.

Anmerkung zwei: Oft findet man die Vorstellung, der Intelligenzquotient eines Menschen sei eine **Konstante**. Auch dies ist falsch. Der Intelligenzquotient kann sich im Laufe der Entwicklung von Kindern durchaus erheblich ändern. Bei besonderer Förderung konnte in **Einzelfällen** eine Steigerung um über 20 % nachgewiesen werden.

Man hat Folgendes herausgefunden - das ist eine deutsche Studie -: Von einer Gruppe von 10-jährigen Kindern mit gleichem Intelligenzquotienten wurde die eine Hälfte in das Gymnasium und die andere Hälfte in die Realschule eingeschult. Nach fünf Jahren hatten die Kinder, die auf das Gymnasium eingeschult wurden, im Durchschnitt einen IQ, der um 11,4 Punkte höher lag als der IQ der Realschüler. Eine kreative **Lernumgebung** und intellektuelle Anregungen können den IQ also deutlich steigern. Umgekehrt bedeutet das: Wenn ich schwache Schüler mit niedrigem IQ in Hauptschulen isoliere, dann senke ich systematisch ihren IQ. Das können dann auch noch so engagierte Lehrerinnen und Lehrer nicht ausgleichen.

Anmerkung drei: In einem Versuch in den USA hat man Lehrern erzählt, ganz bestimmte Kinder aus ihren Klassen seien hochbegabt. In Wirklichkeit hatten diese Kinder aber einen ganz durchschnittlichen IQ und waren nicht besonders aufgefallen. Dann trat ein Wunder ein: Innerhalb eines Jahres wurde eine Reihe dieser Kinder tatsächlich viel intelligenter. Woher das kommt, ist bisher nicht abschließend geklärt. Man vermutet, dass das Kinder waren, die bislang von den Lehrern eher wenig beachtet worden waren. Nun glaubten die Lehrer, sie hätten sich getäuscht und schenkten gerade diesen Kindern besondere Beachtung. Diesen Effekt nennt man den **Pygmalion-Effekt**. Man kann daraus schließen, dass allein die Erwartungshaltung der Lehrer gegenüber dem Kind und das Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit das Kind beflügeln kann und dadurch sein IQ zunimmt.

Anmerkung vier: Es gibt nicht den einen **IQ**, sondern sehr viele unterschiedliche. Es gibt Kinder, die sehr einseitig musikalisch, einseitig sprachlich oder auch einseitig mathematisch begabt sind. Natürlich gibt es auch Kinder mit Allroundbegabungen. Der Intelligenzquotient und auch andere **Messmethoden** der Begabung bilden also immer nur einen Durchschnitt, einen Mittelwert ganz unterschiedlicher Begabungen von Menschen. Die einseitige Begabung eines Menschen kann im Einzelfall so extrem ausgeprägt sein, dass ein hochbegabter Musiker oder ein hochbegabter Physiker den Intelligenzquotienten eines Sonderschülers hat. Viele Naturwissenschaftler scheiterten bekanntlich an der Schule und erreichten nur sehr mittelmäßige Ergebnisse, weil sie große Probleme in den Sprachen hatten, ja oft sogar Legastheniker sind. Einstein beherrschte bekanntlich auch nach vielen Jahren Aufenthalts in den USA kaum die englische Sprache. Umgekehrt gibt es Menschen, die locker in der Lage sind, Dutzende von Sprachen zu lernen, denen

(Karl-Martin Hentschel)

aber mathematisch-räumliches Denken völlig abgeht.

Anmerkung fünf: Leistung und Begabung sind etwas sehr Verschiedenes. Die **Begriffe Begabung und Intelligenz** sagen deshalb nur begrenzt etwas darüber aus, zu welchen Leistungen Menschen fähig sind. So wurde festgestellt, dass Schülerinnen und Schüler, die in der Schule Spitzenleistungen bringen, nur zu 15 % hochbegabt sind. 15 % der Spitzenschüler haben sogar einen IQ, der gerade beim Durchschnitt liegt. Begabung ist also nicht der einzige Faktor, der für gute Leistungen entscheidend ist. Dazu gehören auch Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen, Ausdauer, Selbstbewusstsein und so weiter.

Anmerkung sechs: Eines der häufigsten Vorurteile besteht darin, dass man glaubt - das ist hier mehrfach vonseiten der FDP und CDU gesagt worden -, hochbegabte Kinder hätten mehr **Probleme mit Ausgrenzung und Mobbing** als weniger Begabte. Immer wieder liest man, dass Hochbegabte häufig Probleme haben, mit anderen Kindern zurechtzukommen. Ich habe selbst solche Fälle in meinem Bekanntenkreis gehabt. Dies ist aber nicht die Regel, sondern das Gegenteil ist der Fall. Studien besagen, hochbegabte Kinder leiden seltener an psychischen Störungen, haben weniger Probleme mit der Schule, sind gesünder und in der Regel sozial besser integriert als andere Kinder. Die Intelligenz hilft ihnen in der Regel. Es gibt auch hochbegabte Kinder mit **Verhaltensstörungen**. Diese können dazu führen, dass diese Kinder für dumm gehalten werden; darüber gibt es die berühmten Pressemeldungen. Das gilt besonders für Kinder mit dem **Asperger-Syndrom**, einer Variante des Autismus, das bei Hochbegabten häufiger vorkommt als normalerweise.

Natürlich kommt es auch vor, dass hochbegabte Kinder unterfordert sind und dadurch auffällig werden. Das ist aber - so sagt es die Literatur - sehr selten, da sich hochbegabte Kinder in der Regel ihr Futter selbst suchen und zum Beispiel extrem viel lesen.

Einseitig mathematisch begabte Schülerinnen und Schüler haben dagegen große Probleme und scheitern häufig, weil sie in zwei Sprachen und möglicherweise Deutsch auf Note 5 stehen. Umgekehrt ist es mit einer 5 in Mathe und einer 4- in Physik eher möglich, durch die Schule zu kommen, wenn man sprachlich hochbegabt ist, da man an der Oberstufe als Naturwissenschaft Biologie wählen kann.

So weit meine Anmerkungen, die ich der Literatur zum Thema Hochbegabungen entnommen habe. Ich möchte daraus einige Konsequenzen ziehen. Erstens. Wir müssen unbedingt die Fähigkeiten der Lehrerinnen und Lehrer in Fragen der **Diagnostik** verbessern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht teilt uns mit, dass in Bayern und Thüringen an jeder Grundschule ein Lehrer beziehungsweise ein Ansprechpartner für Diagnostik ist und eine entsprechende Weiterbildung absolviert hat. Das sollte auch in Schleswig-Holstein möglich sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dieses Problem der Diagnostik gilt nicht nur für Hochbegabte, sondern natürlich für alle Schüler. Wir müssen in der Lage sein, die unterschiedlichen **Fähigkeiten und Begabungen** der Schüler besser zu erkennen. Dies ist eine Aufgabe der Schule.

Zweitens: Wir müssen mehr als bisher zur Kenntnis nehmen, dass die **Schulartenempfehlung** im Wesentlichen eine Selffulfilling Prophecy ist. Sie sagt mehr über das Elternhaus aus als über die Potenziale von Schülerinnen und Schülern. Sie sollte deshalb abgeschafft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und beim SSW)

Das Hauptproblem sind Schüler, die einseitig begabt oder hochbegabt sind. Vorgestern wurde in der Zeitung wieder einmal berichtet, dass uns 100.000 Ingenieure fehlen. Unsere Lehrer müssen wissen, dass ein Schüler, der sich kaum meldet und große Probleme in der Rechtschreibung und mit der Ausdrucksweise hat, später ein hervorragender Physiker oder Ingenieur werden kann, wenn man ihm die Chance dazu gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Angesichts der Vielzahl von Begabungen und der ganz unterschiedlichen Problemstellungen macht es - und das ist das, was ich der Literatur entnommen habe, Herr Klug und Herr Wadephul - relativ wenig Sinn, Klassen für Hochbegabte einzurichten, weil die Probleme sehr unterschiedlich sind. Gerade Hochbegabte - Sankt Afra ist ja explizit darauf eingestellt - sind eher Kinder, die relativ gut damit zurechtkommen. Es sind die Kinder mit **Sonderproblemen**, zum Kinder mit Asperger-Syndrom, die auch massive Probleme in der Schule haben. Es geht also darum, dass ihnen geholfen wird und die

(Karl-Martin Hentschel)

Lehrer in der Lage sind, solche Probleme zu diagnostizieren und darauf einzugehen. Es darf nicht auf mangelnde Begabung oder Dummheit geschoben werden, wenn diese Kinder nicht genügend Kontakt aufnehmen können oder sich beim Lernen nicht normal verhalten.

Viertens: Die wichtigste Lehre ist: Wir müssen die Schülerinnen und Schüler als **Individuen** wahrnehmen. Wir müssen die Schule so weit entwickeln, dass die Schülerinnen und Schüler individuell nach ihren jeweiligen Fähigkeiten in der unterschiedlichen **Kompetenzbereichen** gefördert werden. Hochbegabte, die in die Lage versetzt werden, in der Schule frühzeitig selbst auch ihre Klassenkameraden oder andere Kinder zu unterrichten und zu fördern, lernen dabei enorm viel und werden dadurch geradezu beflügelt. Das heißt, es ist nicht das Problem der Isolation oder des Auseinanderdividierens der Schulen, sondern es ist das Problem, jedem einzelnen Kind entsprechend seinem Niveau gerecht zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Es reicht nicht aus, dass an einigen ausgesuchten und sehr gut ausgestatteten Sondereinrichtungen wie in Sachsen oder Baden-Württemberg entsprechend unterrichtet wird. Es muss der normale Anspruch der Pädagogik der Schulen werden, allen gerecht zu werden. Wenn es stimmt, dass sich die Intelligenz während der Schulzeit noch erheblich entwickeln kann, dann muss es unser Ziel sein, nicht nur jeden Schüler und jede Schülerin nach der Begabung und Intelligenz zu entwickeln, sondern auch, die Intelligenz der Schüler in der Schule zu fördern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Hentschel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Nur eine Schule, die individuell fördert, kann möglichst vielen Hochbegabten und Spezialbegabten gerecht werden. Daran sollten wir arbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Gruppe des SSW erhält die Vorsitzende, die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Schulpolitik gibt es ausgesprochene Dauerbrenner, Themen, denen sich der Landtag in fast berechenbarer Regelmäßigkeit widmet. Die Hochbegabtenförderung gehört unbestritten dazu. Darum ist es gut, einmal ganz genau nachzufragen, wie weit der Stand der Hochbegabtenförderung in Schleswig-Holstein gediehen ist. Die Antworten zur Großen Anfrage zeigen dabei einen bunten Angebotskatalog mit vielen Projekten und Initiativen.

Hochbegabung ist zweifelsohne ein ideologisch besetztes Thema. Doch bei allem Engagement sollten wir nicht vergessen, dass es letztlich um Kinder geht, die sich in ihrer Schule oftmals nicht zurechtfinden. **Internationale Untersuchungen** gehen davon aus, dass ungefähr 40 % der hochbegabten Kinder, die über einen Intelligenzquotienten von 130 und mehr verfügen, sozial auffällig werden. Ihre Begabungen verkümmern, und sie fühlen sich abgelehnt.

Mir ist bewusst, dass eine solche Statistik auch kritisch zu hinterfragen ist. Man könnte vielleicht als Konklusion einfach nur sagen, dass unter den sozial auffälligen Kindern auch hochbegabte Kinder sind und dass diese Kinder dann auch identifiziert werden müssen.

In der Diskussion um Hochbegabung sollte man also alle Aspekte der Hochbegabung berücksichtigen. Die Antworten zur Großen Anfrage deuten das bereits an. Ich erinnere mich noch gut an viele - auch ungeeignete - Versuche, hochbegabte Kinder zu unterstützen. So hatten wir Mitte der 90er-Jahre in Schleswig-Holstein eine zentrale Anlaufstelle für Eltern hochbegabter Kinder, die allerdings nach kurzer Zeit mangels Nachfrage eingestellt wurde. Danach hat die CDU das Überspringen von Klassen für Hochbegabte gefordert, was auch im Schulgesetz umgesetzt wurde. Seit zehn Jahren besteht für hochbegabte Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Klassen zu überspringen. Zehnjährigen, die mehrere Klassen überspringen und sich dann mit pubertierenden Mitschülern herumschlagen müssen, tut man allerdings keinen Gefallen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Sie finden keine Freunde und bleiben ausgegrenzt. Das kann Minderwertigkeitsgefühle eher verstärken als sie auszugleichen. Das ist also keine Lösung.

Die **Schulen** sollten Hochbegabten **Arbeits- und Projektgruppen** anbieten, wo sie sich individuell entwickeln können. So bleibt dann auch noch Zeit für altersgemäße Hobbys und Leidenschaften. Und die sehen bei Zehnjährigen nun einmal anders aus als bei Jugendlichen.

Inzwischen wissen wir, dass sich Hochbegabte in sich selbst zurückziehen und Desinteresse zeigen, wenn sie unterfordert werden. Das ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass besonders begabte Schülerinnen und Schüler ein erhöhtes Bedürfnis nach **individueller Zuwendung** haben. Eine solche Zuwendung erhalten sie aber weder durch frühere Einschulung noch durch das Überspringen von Klassen.

Individuelle Zuwendung ist grundsätzlich das A und O einer erfolgreichen Pädagogik. Die Schülerinnen und Schüler in ihrer Verschiedenheit zu akzeptieren, ist ein zentraler Grundsatz der **Gemeinschaftsschulen**. Ich hebe hier noch einmal die Gemeinschaftsschulen hervor.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen haben wir auch für hochbegabte Kinderinnen und Kinder - -

(Heiterkeit und Beifall)

- Entschuldigung, das musste ja einmal gesagt werden.

(Heiterkeit)

Das bringt mich jetzt ganz aus dem Konzept. - Also, individuelle Zuwendung ist - das möchte ich dann doch wiederholen - wirklich das A und O einer erfolgreichen Pädagogik. Schülerinnen und Schüler in ihrer Verschiedenheit zu akzeptieren, ist auch ein zentraler Grundsatz - auch der zentrale Grundsatz - der Gemeinschaftsschulen. Deshalb begrüßt der SSW die Einführung der Gemeinschaftsschule, denn sie ist auch für die hochbegabten Schüler von Bedeutung. Davon profitieren alle. Kinder mit einer musikalischen Hochbegabung tun sich vielleicht schwer im Erlernen von Sprachen und umgekehrt. Darum ist die individuelle Unterstützung der Kinder so wichtig.

Das haben wir immer gefordert. Dabei bleiben wir. In solchen Debatten - und das möchte ich auch jetzt gern tun - spielen wir immer gern die dänische Kar-

te aus. Nördlich der Grenze findet auch zu diesem Thema - -

(Zuruf)

- Nein, ich werde das anders machen. Natürlich findet auch **nördlich der Grenze** eine Diskussion dazu statt, sie findet ja auch in anderen Ländern statt. Zentraler Ansatz dieser Diskussion ist, wie solchen Kindern in den allgemeinbildenden Schulen geholfen werden kann, wie sie also besser in die öffentliche Schule integriert werden können. Denn die Alternative ist, dass sie alle in eine **Privatschule** gehen. Im dänischen Rungsted auf Seeland gibt es - das kann man alles nachlesen - seit diesem Schuljahr ein Projekt oder den Ansatz, in besonderen Projektklassen den Kindern zu helfen. Die Lehrer verstehen sich dabei nicht als Wissensvermittler, sondern Organisatoren des Wissenserwerbs. Die Schüler besuchen Museen und erarbeiten sich dort - je nach Interessenlage - neue Sachgebiete. Und das - liebe Kolleginnen und Kollegen, das war meine eigentliche Pointe - geschieht eingebettet in den Schulalltag.

In Schleswig-Holstein geht man in dieser Hinsicht immer noch einen anderen Weg. In Ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion weist die Landesregierung darauf hin, dass es bei uns eine Vielzahl von Projekten gibt, die dann von Stiftungen, Organisationen oder Verbänden - also privat - organisiert werden.

Im Ausschuss möchte ich gern geklärt haben, ob wir nicht diese Ansätze besser in den Alltag der öffentlichen Schulen integrieren können und inwieweit ein Austausch der Schulen insgesamt untereinander organisiert werden kann. Denn die **Vernetzung** ist ein Garant dafür, dass solche Projekte weiterentwickelt werden können und dass von solchen Erfahrungen auch möglichst viele profitieren.

Der Besuch des Bildungsausschusses in Meißen, als wir in der Schule St. Afra über die Begabtenförderung in Sachsen informiert wurden, hat gezeigt, dass hochbegabte Kinder eben auch und gerade Kinder sind. Sie wollen intellektuellen Zuspruch und suchen gerade auch nach neuen Herausforderungen, wollen aber keineswegs so behandelt werden, als ob sie Computer auf zwei Beinen wären. Viele Kinder - das wurde uns erklärt - hatten einen richtigen Leidensweg hinter sich, bis ihre besondere Begabung entdeckt wurde und ihr nun in diesem Internat entsprochen wird. Uns als Bildungspolitikern muss es aus Sicht des SSW zu allererst darum gehen, eine gemeinsame Beschulung so zu gestalten, dass alle Kinder optimal und individuell angespro-

(Anke Spoorendonk)

chen werden, dass sie gar nicht erst unterfordert und zu Klassenclowns werden. In der Gemeinschaftsschule gehen wir diesen Weg: Besondere Begabungen werden gefördert, besondere Schwächen ausgeglichen.

Der **individuelle Unterricht** für alle ist also ein wichtiger Weg und eine anspruchsvolle Aufgabe sowie eine pädagogische Herausforderung. Sie dient letztlich aber allen Kindern. Je besser Lehrer auf den einzelnen Schüler eingehen können, desto mehr profitieren alle Schüler davon. Das habe ich schon versucht zu sagen, das ist die eigentlich Pointe der neuen Gemeinschaftsschule, der Nutzen für alle. Natürlich müssen dann auch die Ressourcen stimmen. Ich kann nicht einfach auf einer Schule das Schild Gemeinschaftsschule anbringen, sondern muss auch für eine vernünftige **Personal- und Sachausstattung** sorgen. Dazu gehört auch die **Qualifikation** der Lehrkräfte. Sie darf sich keineswegs bezüglich der Hochbegabung auf Module während des Studiums beschränken. Um den unterschiedlichen Neigungen und Voraussetzungen der Kinder gerecht zu werden, ist eine didaktische Weiterbildung berufsbegleitend unabdingbar. Unabdingbar ist auch, dass diese besonderen Begabungen erkannt werden.

Auch die besten Wettbewerbe können kein Ausgleich für einen langweiligen, gleich machenden Schulalltag sein. So lobenswert Initiativen wie „Jugend forscht“, naturwissenschaftliche Olympiaden oder Ferienkurse sind, sie können niemals ein Ausgleich für täglich sechs Stunden Langeweile sein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das stimmt! - Jürgen Weber [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Die Ministerin darf sich hier nicht nur auf private Initiativen oder außerschulische Organisationen verlassen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Darum mein Ansatz: Diese **Projekte** müssen besser vernetzt und in den Schulalltag **integriert** werden. Hochbegabung wird erst zu einer massiven Beeinträchtigung, wenn es keine Möglichkeit gibt, sie auszuleben. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen: Hochbegabung ist keine Behinderung wie Legasthenie. Hochbegabung wird nur zu einem Handicap, wenn sie unerkannt bleibt und die Betroffenen sozial isoliert. Darum sollte bereits die Pädagogik im Kindergarten auf Hochbegabung ausgerichtet sein. Die Landesregierung gesteht in ihrer Antwort ein, dass sie keine Kenntnisse zu **Begab-**

tenprogrammen in der **kindlichen Frühförderung** hat. Ich hatte gedacht, dass wir eigentlich schon weiter wären.

Wichtig ist, dass unsere Schulen diese Kinder unterstützen, damit diese Kinder weiterhin Teil des schulischen Alltags bleiben. Sie sollen nicht ausgegrenzt oder aussortiert werden. Denn das Aussortieren, die besondere Beschulung, ist nach Meinung des SSW der falsche Weg.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin Spoorendonk, Sie sind einverstanden - auch wenn heute Girls' Day ist -, dass wir die neue Wortschöpfung „Kinderinnen und Kinder“ nicht übernehmen.

(Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 16/1942 dem Bildungsausschuss - zur abschließenden Beratung? - zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich möchte jetzt geschäftsleitend darauf hinweisen, dass um etwa 10:30 Uhr der Tagesordnungspunkt 14, Wiederwahl der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, aufgerufen werden wird. Darauf haben sich die Fraktionen verständigt.

Auf der Tribüne begrüße ich die eben schon vom Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Wadephul, begrüßten Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind, Schülerinnen und Schüler der Bruno-Lorenzen-Realschule in Schleswig und der Eichendorff-Hauptschule aus Kronshagen mit ihren Lehrkräften sowie Herrn Professor Dunckel von der Universität Flensburg. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 41 auf:

Die zukünftige Finanzierung der Universität Flensburg und die Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet

(Präsident Martin Kayenburg)

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2020

Meine Damen und Herren, es ist ein Bericht in dieser Tagung erbeten worden. Darum stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucksache 16/2020 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den Zeitungsmeldungen, nach denen Plänen existieren, die **Universität Flensburg** in ihrer Selbstständigkeit zu verändern oder in eine **PH** umzuwandeln, will jemand offensichtlich auf den Busch klopfen. Ich sage Ihnen hier ganz klar: Die Landesregierung verfolgt dieses Ziel nicht.

(Beifall beim SSW)

Dies habe ich auch gegenüber der Zeitung zum Ausdruck gebracht, als ich das letzte Mal in Flensburg war.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Glück!)

Eine andere Frage ist, wie sich das Profil und die zukünftige **Entwicklung** der Hochschule darstellen. Dabei geht es natürlich auch um die **Finanzierung**. Diese Frage erörtert das Ministerium zurzeit mit der Universität bei den Verhandlungen über eine neue **Zielvereinbarung für 2009 bis 2013**. Wir sind uns mit der Universität darüber einig, dass ihr Profil in erster Linie durch Erziehungs- und Vermittlungswissenschaften und somit die Lehramtsausbildung bestimmt wird. Daneben ist die Kooperation mit der **süddänischen Universität** ein prägendes Profilerkmal. Die süddänische Universität ist übrigens eine Universität mit mehreren Standorten im südlichen Jütland.

Die **Kooperation** ist ein prägendes Profilerkmal, das wir erhalten wollen. Zurzeit umfasst die deutsch-dänische Zusammenarbeit mehrere Studiengänge, so beispielsweise International Management, Management Studies, Kultur- und Sprachmittler und European Studies. In all diesen Studiengängen hat es in den letzten Semestern eine klare Steigerung der Studentenzahlen gegeben. Es laufen

zudem sechs verschiedenartige INTERREG-Projekte wie zum Beispiel das Leuchtturmprojekt „Collegium Mare Balticum“ und die Projekte „Internationales Hochschulmarketing“ sowie „Virtuelles Museum“.

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit hat gerade in den letzten Monaten durch mehrere Treffen auf Regierungs- und Hochschulebene neue Impulse erhalten. Das letzte Treffen unter der Leitung von Ministerpräsident Carstensen und dem Regionsvorsitzenden Süddänemarks, Carl Holst, hat in der vergangenen Woche, am 16. April, stattgefunden. Es wurde dabei ein gemeinsames Arbeitsprogramm unterzeichnet, das den Aufbau eines **gemeinsamen Sekretariats** vorsieht, das die Aktivitäten süddänischer und schleswig-holsteinischer Universitäten koordinieren soll. Außerdem sind sechs grenzüberschreitende Forschungsprojekte für Doktoranten geplant. Insofern kann man sagen, dass die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg gut funktioniert.

Ich kann Ihnen versichern, Frau Abgeordnete Spoodonk, dass die Landesregierung diese Entwicklung fortführen und der Universitätsstandort Flensburg auch künftig davon profitieren wird. Dies gilt natürlich auch im Zusammenhang mit der Verlagerung der **Studiengänge** für künftige **Realschullehrer**. Dies und weitere Investitionen, die am Standort geplant sind, werden diesen Standort stärken. All dies macht deutlich, dass wir diesen Standort schätzen und erhalten wollen.

Ich muss allerdings auch einräumen, dass die **finanzielle Ausstattung** der Universität **Flensburg** ein Problem darstellt. Sie wissen, dass aufgrund einer Zielvereinbarung, die noch zu Zeiten der alten Regierung abgeschlossen wurde, jährlich ein bestimmter Betrag gezahlt wird. Ich will jetzt den Haushaltsberatungen nicht vorgreifen, aber mir ist ebenso wie Ihnen die Haushaltssituation bewusst. Meine persönliche Einschätzung ist, dass das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein nicht ausreichend finanziert ist. Mein Ziel besteht daher darin, die finanzielle Grundausrüstung der Hochschulen zu verbessern. Ich setze mich für eine Anhebung der **Landeszuschüsse** für die Hochschulen um 5 % ein. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Hochschulen finanziell unterschiedlich gestützt werden müssen. Die finanzielle Lage der einzelnen Universitäten ist nämlich höchst unterschiedlich.

Die Sorgen sind groß, aber in Flensburg sind sie besonders groß. Es sind augenscheinlich die Probleme der Universität Flensburg, dies belegen auch Vergleiche unter den schleswig-holsteinischen Hoch-

(Minister Dietrich Austermann)

schulen, und der norddeutsche Ausstattungsvergleich sowie bundesdeutsche Vergleichszahlen bestätigen dies. Daher streben wir für die Universität Flensburg mehr als nur eine 5-prozentige Zuschussanhebung an. Wir werden auf diese Situation auch bei Abschluss der neuen Zielvereinbarung reagieren und gewisse Korrekturen vornehmen, damit wir auch in Zukunft eine gute Ausbildung an der Flensburger Universität gewährleisten können. Dies betrifft insbesondere die **Ausbildung zu Lehrämtern**, und insofern liegt es im Interesse des Landes, weil wir den größten Anteil der Lehramtsabsolventen einstellen sollen. Ich wäre dankbar, wenn diese Politik vom ganzen Haus mitgetragen würde.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Gruppe des SSW deren Vorsitzenden, der Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für den Bericht, Herr Minister. Es war schön zu hören, dass die Landesregierung nicht vorhat, die Universität Flensburg wieder zu einer PH umzuwandeln. Dies stand so in der Presse; Sie haben es erwähnt. Wenn wir mit dieser Debatte hier noch einmal festzurren, dass dies keine Perspektive ist, dann haben wir meiner Meinung nach einiges erreicht.

Obwohl es eigentlich schon lange bekannt ist, schlug es dennoch wie eine Bombe ein, als der Rektor der Universität Flensburg in einer öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses der **Stadt Flensburg** die dramatische **Unterfinanzierung** der **Universität** beklagte. Für diejenigen, die sich mit dieser Problematik befassen, waren die Zahlen, die erwähnt wurden, natürlich keine Überraschung. Aber zumindest auf die Flensburger Öffentlichkeit machte der Hilferuf der Universität großen Eindruck. Denn im Zusammenhang mit diesen Geldproblemen stellte der Rektor der Universität die berechtigte Frage nach der Zukunft der Universität und der damit verbundenen Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Ich werde jetzt aus Zeitgründen auf weitere Einzelheiten hinsichtlich der Unterfinanzierung nicht eingehen; das können wir im Ausschuss vertiefen. Fakt ist aber - dies merkte auch schon der Minister an -, dass die Universität Flensburg strukturell un-

terfinanziert ist. Dies geht aus Vergleichen mit anderen Hochschulen in Norddeutschland unter Zuhilfenahme des Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleichs hervor. Auch angesichts der jetzigen Studierendenzahl sieht man, dass es so ist.

Auch die mit der Unterfinanzierung verbundene Diskussion um eine **Rückführung** der Universität auf das **Kerngeschäft der Lehrerausbildung** ist natürlich fatal, weil damit die grenzüberschreitende **Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet** in Gefahr wäre. Denn gerade die deutsch-dänische Hochschulkooperation ist einer der Leuchttürme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region Schleswig-Sønderjylland und einer der Profilschwerpunkte der Universität Flensburg. Die Uni Flensburg darf also auf keinen Fall auf das Niveau einer PH zurückgestuft werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich weiß auch der SSW, dass es in der Vergangenheit Bemühungen gegeben hat, die Universität zu unterstützen. Ausreichend waren diese Bemühungen allerdings nicht. So wurden bei den Beratungen zum **Haushalt 2007/2008** sogar die vollfinanzierten Vorschläge des SSW zur Erhöhung der Zuschüsse an die Universität Flensburg zurückgewiesen.

Die Landesregierung muss sich also strategisch entscheiden, wie sie sich die weitere Entwicklung der Universität Flensburg vorstellt und mit welchen Landesmitteln dies begleitet werden soll. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich nochmals dafür bedanken, dass der Minister in seiner Rede deutlich machte, dass er zur Universität Flensburg steht. Wir werden das noch einmal genau nachlesen und weiter verfolgen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Der SSW vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass der Wissenschaftsminister in einer so entscheidenden Frage nicht einfach auf den neu gegründeten Universitätsrat verweisen kann; zumindest ist dies in einem Interview mit der „Flensburg Avis“ nachzulesen.

Eine wichtige Frage ist zum Beispiel, wie der mögliche Rückgang an Lehrerstellen in wenigen Jahren mit anderen Studiengängen kompensiert werden kann. Es ist zwar gut zu betonen, dass Lehramtsstudiengänge wichtig sind. Allerdings wissen wir auch, dass wir an der Universität ein breit gefächertes **Angebot** vorhalten müssen, um den berüchtigten **Schweinezyklus** zu vermeiden.

(Anke Spoorendonk)

Hier bietet sich natürlich der weitere Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in besonderem Maße an, weil dies sowohl die Profilbildung als auch die Attraktivität der Universität stärken und der **Grenzregion** helfen würde.

Zu der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** noch eine Bemerkung. Es entsteht immer wieder der Eindruck, dass diese Kooperation aus Kieler Sicht eher ein ungeliebtes Kind ist, denn die Kooperation mit der Syddansk Universität in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, Kulturwissenschaften und besonders im Energie- und Umweltbereich, wo die Uni Flensburg mit Professor Hohmeyer sogar über einen Nobelpreisträger verfügt, ist hervorragend und verdient, vertieft zu werden.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben da manchmal den Eindruck, dass dies nicht deutlich genug gesehen wird.

Wir freuen uns darüber, dass der Minister in seinem Bericht deutlich gemacht hat, dass die Landesregierung zu dem **Hochschulstandort Flensburg** steht. Wir werden auf diese Aussagen zurückkommen. Denn nur dann, wenn die Uni endlich eine kritische Größe erreicht, hat sie auf lange Sicht eine Überlebenschance. Letztlich werden wir sehen, was bei den Zielvereinbarungen und bei den Haushaltsberatungen herauskommt. Das nämlich wird der eigentliche Gradmesser sein.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat der Herr Abgeordnete Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich die Kollegin Susanne Herold entschuldigen. Für sie wäre es eine Herzensangelegenheit gewesen, zu diesem Thema zu sprechen. Sie ist leider erkrankt. Deshalb darf ich einige ihrer Gedanken vortragen.

Frau Kollegin Spoorendonk, Sie haben in Ihrem Antrag im Wesentlichen zwei Befürchtungen geäußert, nämlich zum einen die Unterfinanzierung und damit einhergehend eine Einschränkung der Kooperationsmöglichkeiten in der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit und zum anderen die Einrichtung einer PH. Bei den Spekulationen ist der Minister eben sehr deutlich entgegengetreten. Insofern können wir es kurz machen. Sicherlich sind Sie damit zufrieden, dass der Minister das in einer solchen Deutlichkeit gesagt hat.

In der Vergangenheit haben wir in der **Hochschulpolitik** zwei wesentliche Probleme gehabt. Damit meine ich nicht die letzten zehn Jahre. Das eine Problem ist, dass damit **Regionalpolitik** gemacht wurde. Dieses Rad zurückzudrehen, ist unglaublich schwer. Zum anderen ist die Unterfinanzierung, die nicht erst im letzten Jahr angefangen hat. Deshalb ist es sehr gut, dass der Minister in dieser Frage so deutliche Worte findet, zumindest die **Unterfinanzierung** in dieser Deutlichkeit anspricht. Diesen Antrag verstehe ich auch als Unterstützung in seinem Kampf als Wissenschaftsminister, die Unterfinanzierung nach und nach, Schritt für Schritt, abzumildern und irgendwann zu beenden. Unterstützung dafür hat er auch von unserer Fraktion.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zu weiteren Spekulationen kann ich nur begrenzt Stellung nehmen, weil ich „Flensburg Avis“ gar nicht lesen kann. Die Kollegin Herold kann das und hätte dazu vielleicht mehr sagen können. Rektor Dunckel ist auch ein guter Öffentlichkeitsarbeiter für seine Hochschule. Die Rektoren der verbleibenden acht Hochschulen in Schleswig-Holstein könnten sicherlich ähnlich klagen. Dennoch stimme ich dem Minister zu, wenn er sagt, dass die Situation in Flensburg eine besondere ist und auch der besonderen Betrachtung bedarf. Nichtsdestotrotz sollten wir Finanzierungsaussagen an dieser Stelle vorsichtig behandeln. Erstens liegen die Haushaltsberatungen noch vor uns, und zweitens müssten wir als Partei, die für ganz Schleswig-Holstein und nicht nur Regionalpolitik macht, auch zu den anderen Hochschulen etwas sagen. Das ist an dieser Stelle etwas schwierig. Da bitte ich um Verständnis.

Auch das Thema Einführung **Bachelor-/Master-Strukturen im Lehramt** - das ist für Flensburg eine besondere Problematik - ist hier noch nicht so richtig zur Sprache gekommen. Das sollten wir an anderer Stelle besprechen. Dann wird hoffentlich durch die Kultusministerkonferenz eine Entscheidung getroffen, die wir umsetzen können.

Die **Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzraum** ist Chefsache. Dort hat sich in letzter Zeit viel getan. Der Ministerpräsident - auf die jüngsten Übereinkünfte ist hingewiesen worden - hat das zur Chefsache erklärt. Das ist sicherlich ei-

(Niclas Herbst)

ne gute Sache. Wir wollen dafür sorgen, dass die wichtige und gute Zusammenarbeit mit der **Syddansk Universitet** weiter bestehen kann. Wenn ich das falsch ausgesprochen habe, bitte ich, das zu entschuldigen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Aber wir haben es verstanden!)

- Sie schütteln den Kopf. Vielleicht war es doch ganz richtig. Ich könnte auch die Campi in Odense, Slagelse, Esbjerg, Kolding, Sonderburg aufzählen. Es gibt auch ein Institut in Kopenhagen. Die Zusammenarbeits- und Kooperationsmöglichkeiten sind vielfältig. Vielleicht können wir auch einiges lernen, was die Organisationsformen betrifft. Aber das ist ein anderes Thema, das wir auch noch mit unserem Koalitionspartner erörtern möchten. Nichtsdestotrotz sind wir der Auffassung, dass auch in der Vergangenheit - das kann hier ruhig auch einmal gesagt werden - von der Universität Flensburg hervorragende Arbeit geleistet wurde. Das würden wir gern weiterhin unterstützen.

Dass es mit Finanzierungszusagen schwierig ist - über den Landeshaushalt haben wir gestern geredet; eben haben wir das auch angesprochen -, ist völlig klar. Nichtsdestotrotz ist es ein Lob dieses Landtages wert, dass Minister Austermann in dieser Frage hier so klare Worte gesprochen hat. Ich denke, das kommt auch dem SSW entgegen. Nun ist es an uns, in den Haushaltsberatungen als Landtag Ergebnisse zu produzieren, die die gesamte Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein zufriedenstellen.

(Beifall bei CDU und SSW - Günter Neugebauer [SPD]: Ich bin auf die Finanzierungsvorschläge gespannt!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat der Herr Abgeordnete Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ohne Frage vernünftig und sinnvoll, sich auch hier im Plenum mit der Zukunft der Flensburger Universität zu befassen. Allerdings hat sich nur zum Teil erschlossen, wieso es einen Berichts Antrag an die Landesregierung gibt, hier über die **Finanzierung** der Hochschule zu berichten. Das ist bekanntlich Aufgabe des Parlaments, also unsere Aufgabe. Damit werden wir uns in den Haushaltsberatungen auch intensiv befassen müssen. Nichtsdestotrotz bin ich dem Minister für seinen in jeder Hin-

sicht bemerkenswerten Bericht außerordentlich dankbar. Ich teile seine Auffassung, dass die schleswig-holsteinischen Hochschulen unterfinanziert sind. Heute ist noch nicht der Zeitpunkt gekommen, über Prozentsätze zu reden, obwohl Maßgabe und Zielzahl sicherlich nicht unvernünftig sind, die der Minister hier genannt hat. Dass es aber so ist, dass man einen spezifischen **zusätzlichen Bedarf** an einzelnen Hochschulen - hier wurde die Universität Flensburg genannt, weil es auf der Tagesordnung steht - nicht ohne Weiteres so mit schlanker Hand zugesagt werden kann nach dem Motto: „Das steht doch auf der Tagesordnung, deswegen versprechen wir denen mal ein bisschen mehr“, das bedarf doch einer etwas präziseren Diskussion und Untersuchung.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, überhaupt nicht. Wir haben übrigens auch in Lübeck Hochschulen. Das wissen Sie, nicht?

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Vergleiche, die zur Finanzierung der Hochschulen herangezogen werden, finde ich hier und da problematisch, weil Äpfel mit Birnen verglichen werden, weil ganz unterschiedliche Anforderungen, Profile und Fächerstrukturen da sind. Nichtsdestotrotz will ich sagen: Zurzeit beraten wir im Ausschuss die **Zielvereinbarungen**. Genau da gehört meines Erachtens die Frage der Zukunftschancen und der Zukunftsentwicklung der Flensburger Hochschulen in den Detailberatungen hinein. Die Grünen haben einen Antrag vorgelegt. Den werden wir in der nächsten Bildungsausschusssitzung beraten. Das Thema Flensburg wird man dort mit einbeziehen müssen.

Noch ein paar kurze Anmerkungen von unserer Seite zu den Punkten, die schon angesprochen worden sind. Natürlich ist die Pädagogische Hochschule oder eine reine Bildungswissenschaftliche Hochschule ein überlebtes Modell. Das gibt es auch nur noch in Baden-Württemberg. Niemand will dorthin zurück. Wir natürlich auch nicht. In diesem Zusammenhang erinnere ich an das **Erichsen-Gutachten**, das - der eine oder andere wird sich noch daran erinnern - in der Tat für Flensburg eine **Konzentration auf Erziehungs- und Vermittlungswissenschaften** vorschlug. Das Land Schleswig-Holstein ist diesem dezidiert nicht gefolgt, weil wir der Auffassung sind - das ist die Auffassung in unserer Fraktion -, dass diese Verengung für eine Universität nicht tragfähig ist.

(Jürgen Weber)

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sie haben dazu gelernt!)

Zum Thema **grenzüberschreitende Kooperation** und Kooperationen mit Hochschulen in Dänemark würde ich das sogar noch schärfer formulieren.

Hätten wir in Flensburg keine Universität, die diese Kooperation betreibt und ausbaut, brauchten wir in Flensburg eigentlich keine Universität. Das ist meines Erachtens ein Stück zukünftige Kernaufgabe der Universität Flensburg, um die wir uns kümmern müssen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich will ein paar Punkte benennen, die wir im Auge behalten müssten, die hier nicht näher ausgeführt werden können, die eher Themen für die Ausschussberatungen sind. Die Entwicklung der Anreizbudgets und der **leistungsorientierten Mittelvergabe** hat Anhaltspunkte für die Entwicklungsperspektiven, für Schwächen und Stärken und auch für Defizite der Hochschulen geliefert, natürlich auch für die Universität Flensburg. Darin werden die Stärken beschrieben und durchaus auch die Schwächen kenntlich gemacht.

Flensburg hat unter dem Strich einen Bonus erwirtschaften können. Über die Größenordnung will ich nichts sagen. Das sind aber Fingerzeige darauf, dass es Stärken gibt, die sich entwickelt haben und die man ausbauen muss. Man muss wissen: Wenn man mehr Mittel in eine Hochschule investiert, dann muss man sie auch so investieren, dass es möglichst effektiv ist. Man muss gucken, wo die Stärken sind. Im Hinblick auf die Absolventenquote, auf die Drittmittelquote oder auch auf den Genderfaktor wissen wir, wo in Flensburg die Stärken sind. Wir kennen auch die Probleme im Qualitätsmanagement. Wir alle haben den Bericht zur Halbzeit der Zielvereinbarungen gelesen. Den Abschlussbericht über die Evaluation der kompletten Zielvereinbarungsphase kennen wir noch nicht. Es ist ein Berichtsantrag an die Landesregierung in der Pipeline. Der Minister soll und will in diesem Sommer darüber berichten. Dadurch werden wir unsere Vorschläge noch präziser entwickeln können.

Unter dem Strich will ich sagen: Wir werden in Verbindung mit der Diskussion über die **Zielvereinbarungen** bei den Haushaltsberatungen relativ präzise sagen müssen, wo und in welcher Form wir die Unterfinanzierung abbauen wollen. Wir müssen dann allerdings auch sagen, welche inhaltlichen Ziele davon betroffen sein sollen. Das ist kein globales Thema. Vielmehr ist das ein Thema, das die

qualitative und inhaltliche Entwicklung der **Hochschulen** beschreiben soll. Wir stehen in dieser Diskussion. Deshalb bin ich mit Ihnen der Auffassung, dass wir darüber weiter im Ausschuss diskutieren sollen. Ich bin zuversichtlich, dass wir für die **Universität Flensburg** und auch für die anderen Hochschulen im Lande eine positive Entwicklung organisieren können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Finanzausstattung der schleswig-holsteinischen Hochschulen ist generell nicht gerade üppig. Das gilt nicht zuletzt auch für die Universität Flensburg. Hochschulen außerhalb unseres Landes haben oft attraktivere Rahmenbedingungen. Darauf hat vor einigen Jahren unter anderem der vorhin bereits von Jürgen Weber erwähnte Bericht der Erichsen-Kommission hingewiesen.

Am 20. Dezember letzten Jahres hat auch Herr Minister Austermann Klartext geredet. Er hat dies heute in ähnlicher Form wiederholt. Herr Minister, dafür danke ich Ihnen ausdrücklich. Ich zitiere aus der Presseerklärung kurz vor Weihnachten:

„Unsere Hochschulen waren in den vergangenen Jahren auf außerordentlich knappe Finanzmittel angewiesen, was uns bundesweit Kritik eingebracht hat und dazu führte, dass auch die Qualität unserer Einrichtungen gelitten hat.“

Ich finde es sehr aner kennenswert, dass der Minister dies so deutlich formuliert hat. Er ist nicht der sonst allgegenwärtigen Versuchung von Regierungen erlegen, die Situation zu beschönigen. Das ist bei Regierungsvertretern sonst der Normalfall.

Nun weiß freilich jeder, dass es angesichts der **Finanzlage des Landes** gar nicht so einfach ist, das eigentlich Notwendige und Wünschenswerte tatsächlich zu realisieren, sei es auch nur schrittweise. Der Herr Finanzminister ist nicht hier. Ich möchte einige Punkte zur Beschreibung der Situation anfügen. Die Universität Flensburg erhält einen Landeszuschuss in Höhe von jährlich 13,7 Millionen €. Ich habe dies gestern auf der Internetseite der Universität Flensburg nachgelesen. Ich hoffe, die Zahlen

(Dr. Ekkehard Klug)

sind aktuell. Die Universität hat etwa 4.200 Studierende. Dividiert man das Jahresbudget durch die Studentenzahl, so erhält man einen Pro-Kopf-Betrag von rund 3.262 €. Zum Vergleich: Für einen Schüler an einer Grund- und Hauptschule hat das Land Schleswig-Holstein im Jahr 2005 im Durchschnitt 3.905 € ausgegeben. Das ist die aktuellste Zahl, die ich auf die Schnelle finden konnte. Das sind rund 20 % mehr, als für einen Studenten an der Universität Flensburg ausgegeben wird. Würde man die Flensburger Grundschüler im Wege der Bildungsbeschleunigung gleich an der Uni einschulen, könnte der Landesfinanzminister eine satte Einsparung verbuchen. Spaß beiseite: Diese Zahlen demonstrieren eindeutig, wie es um die **Finanzausstattung der Universität Flensburg** tatsächlich bestellt ist.

(Beifall bei FDP und SSW)

Wie groß ist die Finanzlücke? In der Antragsbegründung des SSW ist von 6 Millionen € die Rede. Ich habe im vergangenen Jahr während meines letzten Gesprächs mit dem Rektorat der Universität Flensburg von dem Rektor und von dem Prorektor die Zahl 2 Millionen gehört. Das würde gegenüber dem jetzigen Budget eine Steigerung von etwa 15 % bedeuten. Ich will darüber jetzt nicht weiter diskutieren. Klar ist die Feststellung, dass ein Fehlbetrag in einer nennenswerten Größenordnung festzustellen ist. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir diese Lücke in einem angemessenen Zeitraum schließen können. Vielleicht wäre es auch hilfreich, wenn man auf ganz pragmatische Art und Weise vorgehen und sich angucken würde, wo ein Mehrbedarf wirklich unabweisbar begründbar ist.

Beispielsweise gibt es in den großen Fachbereichen der **Lehrerbildung** inzwischen so viele Studenten, dass dort in Bezug auf die entsprechenden Personalausstattungen in den Instituten eine Notlage festzustellen ist. Ich nenne ein anderes Beispiel: Seit vier Jahren ist die Professur für Geistigbehindertenpädagogik an der Flensburger Universität unbesetzt. Auch Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau waren in den letzten Jahren nicht kontinuierlich besetzt. Wir müssen feststellen: Für die Ausbildung von Sonderpädagogen für die Schulen für geistig Behinderte in Schleswig-Holstein brauchen wir den Lehrernachwuchs. Hier muss es eine Lösung geben.

Jeder weiß, dass dies mit finanziellen Fragen zusammenhängt. Jeder, der sich mit Hochschulen beschäftigt, weiß, dass man die Bewerber anzieht, wenn man eine vernünftige Finanzierung hat. Dies sind nur zwei Beispiele. Ich beziehe selbstverständ-

lich auch die nicht zur Lehrerbildung gehörenden Studiengänge ein. Insbesondere sind die Studiengänge erwähnt worden, die mit der **Syddansk Universität** zusammenarbeiten. Diese schließe ich ausdrücklich mit ein. Wenn man eine Art Prioritätenliste aufstellen müsste, die man unter Berücksichtigung der Prioritäten auch abarbeiten würde, dann käme man möglicherweise schneller zu schrittweisen Lösungen als durch eine allgemeine Diskussion über das Globalbudget.

Eine letzte Anmerkung: Der Kollege Jürgen Weber hat zu Recht darauf hingewiesen, dass man bei diesem Thema nicht Äpfel mit Birnen vergleichen soll. Natürlich hat eine Universität, die in Lübeck auf Medizin und Naturwissenschaften ausgerichtet ist, eine andere Kostenstruktur als eine primär auf Kultur- und Geisteswissenschaften ausgerichtete Universität. Das ist ganz klar. Klar ist aber auch, dass auch die Kultur- und Geisteswissenschaften eine auskömmliche Ausstattung benötigen, um ihre Arbeit vernünftig leisten zu können.

Nach den Einblicken, die ich habe, bin ich davon überzeugt, dass der SSW recht hat, wenn er sagt, an der Universität gebe es in dieser Beziehung noch einen erheblichen Nachholbedarf.

(Beifall bei FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Universität Flensburg ist nicht nur unterfinanziert, sie ist im Landesvergleich und im norddeutschen Verbund systematisch unterfinanziert. Herr Minister Austermann, Sie haben dies gerade wiederholt. Sie hatten es im Februar schon im Rahmen der Antwort auf meine Kleine Anfrage deutlich gemacht. Ich hatte hier nach Vergleichszahlen gefragt. Auch für die anderen Hochschulen ist es interessant, einmal nachzulesen, was sich hier an Vergleichsrelationen ergibt.

Nach neun Jahren rot-grüner Regierung muss ich sagen: Fest steht, wir haben zwar einiges für den Ausbau der **Universität Flensburg** getan, was man dann, wenn man dort hinfährt, mit offenen Augen sehen kann, trotzdem aber ist die systematische **Unterfinanzierung** geblieben. Diese muss in den **Zielvereinbarungen**, die jetzt verhandelt werden, abgebaut werden. Wir brauchen für diese Universität ei-

(Angelika Birk)

ne ganz andere Unterstützung, als wir sie bisher haben.

Herr Minister Austermann, Sie haben darauf Wert gelegt, dass die Zusammenarbeit mit **Dänemark** wichtig ist. Sie sind auch Wirtschaftsminister. Ich kann nur sagen, dass es auch für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe ein Gewinn ist, dass die Universität Flensburg sich dieser Aufgabe systematisch angenommen hat. Ich kann Ihnen jetzt schon ankündigen, dass Sie demnächst eine Kleine Anfrage bekommen werden, die nicht nur danach fragt, was die Universität braucht, sondern die auch fragt, was sie diesem Land gibt. Ich glaube, das wird völlig unterschätzt.

Herr Kollege Weber, wenn ich an dieser Stelle sage, Sie haben die Kieler Brille auf, dann möchte ich jetzt, da wir über die Lehrerbildung reden, an Folgendes erinnern: Ein Großteil der **Lehrerbildung** wurde von der CAU an die Universität Flensburg verlagert. Die Antworten auf Kleine Anfragen meinerseits haben ergeben, dass die Stellen, die mitverlagert wurden, an zwei Händen abgezählt werden können. Es kann noch nicht einmal benannt werden, was für Stellen das sind. Das könnten auch Hausmeisterstellen sein. Das ist völlig unbefriedigend.

Ich hoffe, dass, wenn von dem Universitätsrat, den wir ja sehr kritisch betrachten, überhaupt etwas Gutes ausgeht, es dann dies ist, dass der neue Vorsitzende, der bei seiner Einführung ja deutliche Worte gefunden hat, an dieser Ungerechtigkeit etwas ändert und nicht auch nur die Kieler Brille aufhat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Thema der Lehrerbildung ist hier angesprochen worden. Die Universität Flensburg hat bewusst einen weiteren kommunikativen Ansatz gewählt. Die Lehrerbildung soll in **Vermittlungswissenschaften** eingebettet sein. Das ist auch richtig so, denn gerade die Kommunikation im Unterricht ist in Deutschland oft sehr einseitig. Sie ist oft sozusagen eine Kathederkommunikation. Es ist richtig und gut, dass die Lehrerbildung in einen umfassenden Ansatz von Vermittlungswissenschaften eingebettet ist. Ich denke, gerade wir als das Schulreformland in Deutschland brauchen jetzt eine Universität, die die **Schulreform** mit Unterrichtsforschung, mit Austausch von Theorie und Praxis und mit Lehreraus- und -weiterbildung in einem vernetzten System vorantreibt. Dafür braucht die Universität Flensburg wirklich besondere Ressourcen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Leute, die dort arbeiten, sind zur Arbeit in diesem Sinne auch bereit. Sie sind dazu häufig mehr bereit als die traditionellen Schulfachverwalter - so nenne ich sie jetzt einmal etwas böse -, die wir manchmal an der Universität Kiel vorfinden. Wir haben im Bereich der Pädagogik der Naturwissenschaften und auch in einigen anderen Bereichen hoch engagierte Leute in Kiel, die ebenso etwas zur Schulreform beitragen wollen. **Mainstream** - ich will es vorsichtig so sagen - ist dies an der CAU aber noch nicht. Das muss anders werden. Das Flensburger Forum für Pädagogik agiert in dieser Hinsicht ganz anders. Das müssen wir fördern.

Ich möchte noch auf ein zweites Phänomen eingehen, das lange ignoriert wurde. Das Museum Phänomenta ist ganz ohne öffentliche Förderung als kleines Wunder in den letzten Jahrzehnten entstanden. Irgendwann hat auch die Landesregierung es entdeckt. Vor wenigen Jahren ist endlich Geld an diese Einrichtung geflossen. Man kann aber nicht sagen, dass allein dadurch das Soll für die Förderung einer praxisorientierten Lehrerbildung erfüllt ist, auch wenn die Phänomenta diesem Zweck sehr zugute kommt. Hier muss eine völlig neue Philosophie her.

Ein weiterer Gedanke - meine Redezeit geht zu Ende -: Unterschätzen Sie nicht, was Herr Professor Hohmeyer nicht nur für das Weltklima, sondern auch für dieses Land tut. Er holt Exzellenzen aus der ganzen Welt nach Schleswig-Holstein, um Klimaschutzfragen zu diskutieren. Er bildet Studierende in **Energietechnik** und Energiewirtschaft aus, und er tut auch etwas für die Weiterbildung im internationalen Verbund. Dieser Mann könnte jederzeit eine hoch bezahlte Tätigkeit an amerikanischen Universitäten ausüben. Er tut es aber nicht. Er bleibt hier. Ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet. Ich denke, das ganze Haus sollte ihm zu Dank verpflichtet sein.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, können wir den Geräuschpegel ein bisschen senken?

Frau Birk hat das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich weiß, dass meine Redezeit zu Ende geht. - Offensichtlich scheint Sie das Engagement von Herrn

(Angelika Birk)

Professor Hohmeyer noch nicht erreicht zu haben. Wenn man sich einmal anschaut, was er bewegt, kann man ihm nur Hochachtung aussprechen. Er muss mit diesem Engagement nicht allein bleiben. Wir brauchen ein Exzellenzcluster. Gerade wir als Land zwischen den Meeren sind ja mit GEOMAR angetreten und haben damit Neuland betreten. Wir müssen dies natürlich gerade auch beim Klima- und Energiemanagement tun. Dafür ist die Universität Flensburg als **Grenzuniversität** gut aufgestellt. Es sind aber natürlich noch viele weitere Anstrengungen erforderlich. Es gibt viele gute Ideen an dieser Universität.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, Sie wissen, dass Sie Ihre Redezeit überschritten haben. Kommen Sie bitte zum Ende.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das Land muss diese guten Ideen endlich würdigen. - Ich komme zu meinem letzten Satz. - Ich glaube, dass die Zielvereinbarungen zu diesem Thema ehrgeizige Ziele verfolgen sollten. Wir werden das im Austausch noch vertiefen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie mit derselben Aufmerksamkeit, mit der Sie gerade meiner Rede gefolgt sind, die Entwicklung an der Universität Flensburg verfolgen, haben wir noch viel zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns bei den Haushaltsberatungen wieder sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das war nunmehr der vierte Satz.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2020 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt begrüßen wir auf der Tribüne ganz herzlich die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein. Seien Sie uns herzlich willkommen, Frau Wille-Handels!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wiederwahl der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/1963

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit der Mitglieder des Landtages, das heißt 35 Stimmen, erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 16/1963 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Mit Ja haben 54 Mitglieder des Hauses gestimmt. Ich frage nun nach Gegenstimmen. - Ich sehe keine. - Enthaltungen? - Ich sehe auch keine Enthaltungen. Dann stelle ich fest, dass damit die erforderliche Mehrheit erreicht ist. Damit ist die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein wieder gewählt. Frau Wille-Handels, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses. Viel Glück und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 18 auf:

Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der FDP

Drucksache 16/1595

Antwort der Landesregierung

Drucksache 16/1940

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheitsstandorte gibt es viele. Wir sagen: **Schleswig-Holstein ist Gesundheitsland**. Unser Land zwischen den Meeren bietet herausragende Möglichkeiten, und wir nutzen sie.

Die FDP hat eine in der Tat Große Anfrage mit mehr als 400 Einzelfragen gestellt. Lassen Sie mich

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, aber auch an die anderen beteiligten Ministerien für die gute Zusammenarbeit bei der Beantwortung der Großen Anfrage sagen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich aber auch der FDP danken.

Die vorliegenden Antworten bieten mir Gelegenheit, Ihnen einen Überblick über Lage und Aussichten des Standortes und über die ressortübergreifenden Aktivitäten der Landesregierung zu geben. Ich möchte meine Ausführungen mit drei Botschaften versehen. Die erste Botschaft lautet: Gesundheit ist Jobmotor. Nach unserem Selbstverständnis ist Gesundheit nicht allein ein Kostenfaktor, sondern auch und eigentlich vor allem Wirtschafts- und Jobmotor. Je nachdem, welche Grenzbereiche man zur **Gesundheitswirtschaft** dazurechnet, sind es bis zu 17,5 % unserer Beschäftigten, die im Gesundheitssektor arbeiten. Von den 30 größten Firmen in Schleswig-Holstein gehören zehn zur Gesundheitsbranche. Diese zehn Unternehmen beschäftigen allein 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Unsere besondere wirtschaftliche Stärke liegt im Bereich der **Medizintechnik** und der Pharmazie. Schlüsselunternehmen in unserem Land wurden und werden unterstützt. Das Ergebnis ist bemerkenswert. Von 2000 bis 2006 verzeichneten die Medizinunternehmen kontinuierlich ein starkes Umsatzwachstum. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen spiegelt sich im Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz - dieser Anteil hat sich fast verdoppelt - wider. Das ist zuvörderst das Verdienst der Unternehmen und insbesondere ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dass das aber so bleibt, ist vorrangiges wirtschaftliches und Gesundheitsziel der Landesregierung. Deshalb investieren wir in Spitzenforschung - wie zum Beispiel Entzündungs-Cluster -, deshalb wagen wir uns an Leuchtturmprojekte wie das Partikeltherapiezentrum, deshalb verzahnen wir Gesundheitswirtschaft und Gesundheitsversorgung - wie zum Beispiel beim Einsatz der Telemedizin -, und deshalb investieren wir in unsere Krankenhäuser.

Auch noch nicht ausgeschöpfte Potenziale sind im Blick. So werden zum Beispiel die Tourismusbranche und die Gesundheitsversorgung zusammengebracht. Hier wird der qualitätsgesicherte **Gesundheitstourismus** im Land neu ausgerichtet.

Die Verzahnung der Bereiche Gesundheitsversorgung und Wirtschaft ist ein Kernelement unserer strategischen Leitorientierung in der **Gesundheitsinitiative** Schleswig-Holstein. Wir bringen alle Akteure der Gesundheitswirtschaft zusammen, schaffen und stärken medizinische und wirtschaftliche Synergieeffekte.

Die zweite Botschaft: gute **Gesundheitsversorgung** sichern. Die Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein dient auch der Sicherung der gesundheitlichen Versorgungsstrukturen. Hier ist vorausschauende Planung sehr wohl angezeigt. Aber wir handeln schon heute, und unsere Voraussetzungen - das sollten wir immer wieder sagen - sind gut. Wir haben ein dichtes Netz an Praxen von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern. Wir haben zum Teil bereits jetzt hervorragende Netzwerkstrukturen mit inzwischen 36 medizinischen Versorgungszentren und mit 19 Praxisnetzen. Bei den Niedergelassenen hat Schleswig-Holstein die höchste Netzdichte Deutschlands. Die Versorgung mit Ärzten im Land ist gut. Die Zahl der Vertragsärzte liegt bei 4.069 und damit um 210 höher als im Jahr 2.000.

Ich sage es noch einmal, weil es häufig anders wahrgenommen wird: Die Zahl der Vertragsärzte liegt bei 4.069 und damit um 210 über der Zahl des Jahres 2.000. Die Zahl der Vertragszahnärzte stieg im gleichen Zeitraum um 39 auf 1876. Mit 1,4 Ärzten auf 1.000 Einwohner hat sich die Versorgung seit 2.000 leicht gesteigert.

Das Stadt-Land-Gefälle ist hoch. Dennoch liegt lediglich im Bedarfsplanungsbereich Kreis Steinburg eine Unterversorgung vor. Absehbarer Unterversorgung begegnet die Landesregierung offensiv und gemeinsam mit allen Akteuren. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum an der Westküste. Gemeinsam mit den Landräten von Dithmarschen, Steinburg und Nordfriesland, mit der Kassenärztlichen Vereinigung, den Kassen, den Krankenhäusern und Niedergelassenen bringt die Gesundheitsinitiative aktuell zwei Projekte an den Start. Die Zukunftsprojekte Gesundheit an der Westküste. Ich sage: Die Bevölkerung kann sich auf uns verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Das Geld für die wohnortnahe ambulante Versorgung und selbstverständlich auch für die **Krankenhäuser** ist Teil der Daseinsvorsorge, übrigens auch da, wo es schwierig ist, auf den Inseln und auf den Halligen. Fehmarn braucht auch weiterhin ein Krankenhaus.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Sie wissen, dass wir uns als Landesregierung intensiv für das Thema bundesweiter Basisfallwert einsetzen. Ich weiß, dass es inzwischen einen Referentenentwurf im Bundesministerium gibt, der dieses Thema beinhaltet. Wir warten wöchentlich auf die Veröffentlichung durch das Bundesministerium, um dann unseren Druck weiter zu erhöhen. Denn dann brauchen wir die Mehrheiten in den anderen Bundesländern und dann müssen wir alle innerhalb unserer Parteien dafür sorgen, dass diese Gerechtigkeit auch tatsächlich endlich eintritt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter dem Stichwort Versorgungssicherheit ist nicht nur die Angebotssicherung in der Fläche zu bedenken. Die Landesregierung setzt neue Prioritäten zur qualitativ hochwertigen Deckung gewandelter medizinischer Bedarfe. In der Kindergesundheit zum Beispiel mit den verbindlichen Frühuntersuchungen, in der Versorgung alter Menschen mit dem Ausbau des dreistufigen geriatrischen Konzepts. Ob Brustkrebs oder Prostatakrebs - gemeinsam mit den gesundheitspolitischen Partnern wird für Spitzenleistungen gesorgt.

Wir setzen neue gesetzliche Möglichkeiten vorbildlich um, zum Beispiel bei der Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Behandlung gesetzlich Versicherter oder aber auch mit Blick auf die Mutter-und-Kind-Kuren und die Palliativversorgung.

Schleswig-Holstein sichert mit der Öffnung der Krankenhäuser allen Versicherten - egal ob privat oder GKV-versichert - den Zugang zu den besten Spezialisten.

Schleswig-Holstein ist immer vorn dabei, wenn es um Innovationen im Gesundheitswesen geht. Ein Beispiel, auf das ich mich ausdrücklich positiv beziehe, ist die **elektronische Gesundheitskarte**. Dazu wird teilweise gesagt, dass das jetzt schiefgeht. Ich sage Nein, die Karte ist in der Testphase, damit Schwächen identifiziert und ausgeräumt werden können. Genau das passiert. Wir haben im Rahmen der GMK die Bundesregierung aufgefordert, die Systemvoraussetzungen der elektronischen Gesundheitskarte zu optimieren. Wir haben also frühzeitig Probleme erkannt. Erneuerungen aktiv mitgestalten, damit im Interesse unserer Bürger und Bürgerinnen das beste Ergebnis erzielt werden kann - das ist unsere Philosophie.

Das dritte Thema: Landesinteressen im föderalen Rahmen zur Geltung bringen. Damit sind auf der Ebene der Strukturreformen dicke Bretter zu bohren. Die aktuellen Gesundheitsdebatten sind be-

herrscht von bundespolitischen Entscheidungen und Kontroversen, so zur Finanzierung einer patientengerechten Gesundheitsversorgung - das haben wir gestern debattiert -, zur angemessenen und leistungsgerechten Vergütung medizinischer Leistungen, zum verantwortungsbewussten Umgang mit Mittelknappheit, und ganz generell diskutieren wir auf vielen Ebenen die Rolle von Staat, Markt und Selbstverwaltung.

Das allein ist an sich schon hoch komplex und wird zumeist auch noch von ureigensten handfesten Interessen der verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen überlagert. Das gehört dazu. Das tun auch wir, auch wir vertreten unsere Interessen.

Unser aktuell wichtigstes Ziel auf föderaler Ebene: gleiche Preise für gleiche Leistungen, die **Einführung des Bundesbasisfallwerts** ab dem 1. Januar 2009. Ein Referentenentwurf zum ordnungspolitischen Rahmen insgesamt liegt jetzt im Bundesgesundheitsministerium vor. Dieses Bundesgesetz - das sage ich hier ausdrücklich - ist auch deswegen so wichtig, weil mit diesem Bundesgesetz die Beendigung des Sondersparbeitrages für die Krankenhäuser verbunden ist. Wir sind der Ansicht, dass diese 0,5 % nicht mehr akzeptabel sind. Dafür werde ich mich auch weiter starkmachen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Ursula Sassen [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser zweites Ziel: mehr Mittel für die niedergelassenen Ärzte, und zwar ganz speziell auch in Schleswig-Holstein durch die neue **Honorarreform**. Das ist das Thema bei den aktuellen Verhandlungen mit den kassenärztlichen Vereinigungen und zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen. Diese sind zuversichtlich und werden von uns natürlich darin unterstützt.

Schließlich, aber nicht zuletzt erwarte ich über den neuen Risikostrukturausgleich eine auskömmliche Ausstattung unserer landesunmittelbaren Versorgungskasse mit ihrer hohen Anzahl alter, kranker und relativ armer Versicherter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Motto lautet: Kooperation statt Konfrontation bei der medizinischen Versorgung unseres Landes. Gemeinsam sind wir in der Durchsetzung dieser Interessen stark. Ich denke, dass mit dieser Großen Anfrage und ihrer Beantwortung viel Material da ist, um in dem entsprechenden Ausschuss diese Interessen des Landes weiter zu stärken.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Präsident Martin Kayenburg:

Das Haus dankt für den Bericht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Schleswig-Holstein nennt sich Gesundheitsland. Das tun mehr oder weniger zwölf andere Bundesländer auch. Die große Bedeutung der **Gesundheitswirtschaft** in Schleswig-Holstein wird immer wieder besonders von der Landesregierung hervorgehoben. Diese Bedeutung heben zwölf andere Landesregierungen aber auch hervor. Schleswig-Holstein initiiert eine Gesundheitsinitiative. Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise initiieren Masterpläne zur Gesundheitswirtschaft.

Die Frage lautet: Wie unterscheidet sich Schleswig-Holstein von all diesen anderen Standorten? Eine Antwort ist, dass im Gesundheitsbereich der Bereich Gesundheitswirtschaft gut 137.000 Menschen Arbeit gibt und damit 17,5 % der Beschäftigten in Schleswig-Holstein in diesem Bereich tätig sind. Das ist tatsächlich eine Spitzenposition im Bundesvergleich. Die Frage ist, welche Potenziale wir vor Ort haben, um diese Spitzenposition nicht nur zu halten, sondern um sie auszubauen. Das ist die zentrale Frage, um die es unter anderem in dieser Großen Anfrage gehen soll.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Frage lautet also: Was kann Schleswig-Holstein besser?

Die Landesregierung betont in der Antwort zur Großen Anfrage zu Recht, dass sich Schleswig-Holstein in der Vergangenheit häufig als Initiator etwa von Modellvorhaben profiliert hat.

In Schleswig-Holstein wurden oftmals Neuerungen mit bundesweitem Vorbildcharakter zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in die Praxis schneller umgesetzt als in anderen Bundesländern, die ebenfalls den Anspruch erheben, Gesundheitsstandort zu sein. Bestes Beispiel dafür - die Ministerin hat es genannt - sind die **Praxisnetze**. Mit 19 dieser Praxisnetze ist Schleswig-Holstein mittler-

weile das Bundesland mit der höchsten Netzdichte in Deutschland.

Umso wichtiger ist es deshalb, kritische Fragen zu stellen, ob Schleswig-Holstein von den Modellvorhaben und der schnellen Umsetzung dieser Neuerungen auch tatsächlich profitiert hat. Was ist aus den Erkenntnissen geworden? Neben einer Bestandsaufnahme wollten wir mit unserer Frage den Blick darauf lenken, wie vonseiten der Politik Rahmenbedingungen gestaltet werden müssen, um die vorhandenen Potenziale besser zu nutzen und sie noch besser zu unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Große Anfrage zum Gesundheitsstandort sollte als Datenbasis - meinerwegen für einen künftigen Masterplan Gesundheitsland Schleswig-Holstein - dienen. Um das Profil Schleswig-Holsteins auf diesem Sektor zu schärfen, brauchen wir eine solide Ausgangsbasis. Ich sage ganz deutlich: In einigen Bereichen haben wir mit den Antworten auch eine solide Ausgangsbasis. Das schließt mit ein, Schwächen des Standortes schonungslos aufzudecken und diese dann mit den Instrumenten zu beheben, die die Politik hat.

Der Anspruch ist hoch, genauso hoch wie die Erwartungen, die durch die Betonung des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein bei den Menschen im Land immer wieder geschürt werden.

Insofern ist es bedauerlich, dass nicht alle Akteure bereit waren mitzuwirken. An dieser Stelle bedanke ich mich besonders bei den zehn kleinen und mittleren Krankenhäusern, die sich nicht nur die Mühe gemacht haben, die Fragen zu beantworten, sondern hierfür auch die Arbeitskraft ihrer Mitarbeiter zur Verfügung gestellt haben. Sie haben erkannt, dass Politik nur dann die Rahmenbedingungen im Interesse der **Krankenhäuser** ändern kann, wenn die Fakten bekannt sind. Das sahen nicht alle Betriebswirtschaftler in den Klinikverwaltungen so. Ich will ein konkretes Beispiel nennen.

Derzeit wird intensiv darüber diskutiert und auch gestritten, wie hoch der **Sanierungsstau** an den Krankenhäusern ist. Vor dem Hintergrund, dass nicht nur in Berlin sehr konkrete Überlegungen darüber angestellt werden, ob mit Einführung der Monistik - korrekt müsste man eigentlich von einer Wiedereinführung sprechen - eine vollständig neue Weichenstellung in der Finanzierung der Krankenhäuser erfolgen soll, ist es wichtig zu wissen, wie hoch der Sanierungsstau an den Krankenhäusern tatsächlich ist. Es ist wenig hilfreich, wenn der Um-

(Dr. Heiner Garg)

fang des Sanierungsstaus bei den meisten großen Krankenhäusern in Schleswig-Holstein gar nicht bekannt ist.

Bei allem Verständnis für die Situation der Krankenhäuser, die in letzten Zeit mit Sicherheit durch politische Entscheidungen besonders gebeutelt worden sind - jetzt auf diese Fragen verschnupft zu reagieren, halte ich für den falschen Weg.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten
Jutta Schümann [SPD])

Der Diskussion darüber, wie hoch der Sanierungsstau in Schleswig-Holstein tatsächlich ist, wird hierdurch ein Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der FDP)

Damit wird die Antwort der Landesregierung überlassen, die auf der einen Seite auf ihre Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz verweist und auf der anderen Seite offenlässt, ob eine solche Investition ausreicht. Der Frage, wie es zu diesem Sanierungsstau kommen konnte, weichen Sie, Frau Ministerin, mit Verweisen auf die Fachliteratur elegant aus. So bleibt letztlich offen, ob die 90 Millionen € jährlich reichen, um die anstehenden Sanierungen abzudecken.

Ich kann mir im Übrigen auch schlecht vorstellen, dass die Darstellungen darüber, welche Mittel an den Krankenhäusern notwendig sind, um den Sanierungsstau zu beheben, „aus Gründen der Geheimniswahrung“ nicht mitgeteilt werden sollen. Dabei hätte die Nennung einer Gesamtsumme vonseiten der Krankenhäuser vollkommen ausgereicht.

(Beifall bei der FDP)

In einzelnen Bereichen des Landes gibt es herausragende Angebote. Allerdings stehen diese Angebote aus unserer Sicht oft noch zu sehr alleine, ohne dass sie über die Landesgrenzen hinaus Bedeutung erlangen, obwohl sie das Potenzial für besondere Alleinstellungsmerkmale hätten.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist das Gütesiegel „Medizinische Rehabilitation in geprüfter Qualität“. 27 Reha-Kliniken, die in der Krankenhausgesellschaft oder im Verband der Privatkliniken in Schleswig-Holstein organisiert sind, haben dieses Gütesiegel freiwillig in einem eigeninitiierten Projekt realisiert. Wie wichtig und erfolgreich dieses Qualitätssiegel ist, wurde im Rahmen einer aufwendigen Studie festgestellt.

Während der Amtszeit von Ministerin Heide Moser stand das Qualitätssiegel noch unter ihrer Schirmherrschaft: Ich meine, jetzt fehlt diesem Leitprojekt

die notwendige politische Unterstützung, um es bundesweit als besonderes Alleinstellungsmerkmal zu vermarkten.

Ein weiteres Beispiel ist die „Patientenbrücke“. Wir diskutieren regelmäßig - mit dem nächsten Tagesordnungspunkt wieder - über die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** insbesondere mit unseren skandinavischen Nachbarn. Die Kliniken haben mittels der „Patientenbrücke“ erreicht, dass 15 % der Auslandsbehandlungen norwegischer Patienten in Schleswig-Holstein erfolgen.

Wenn aber dauerhaft kompetente medizinische Angebote aus Schleswig-Holstein grenzüberschreitend auch nach wirtschaftlichen Kriterien realisiert und gegen internationale und nationale Konkurrenz etabliert werden sollen, brauchen die Leistungserbringer die Landesregierung weiterhin als Türöffner. Frau Ministerin, genau an dieser Stelle fehlt eine Aussage darüber, welche konkreten Vorstellungen Sie hierzu für die Zukunft haben.

Die Große Anfrage deckt also auch Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit in diesem Feld auf. Ein Beispiel ist der **Gesundheits- und Wellness-tourismus**. Als Leitprojekt der Landesregierung propagiert, will man zunächst die potenziellen Leistungsanbieter „sensibilisieren“. Mit den Bereichen Gesundheit und Tourismus soll das Urlaubsland Schleswig-Holstein im Bereich der präventivmedizinischen Versorgung eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ich sage ganz deutlich: Dies ist ein richtiger Ansatz, wenn man die beiden Kernkompetenzen wirklich miteinander verbinden will. Warum sollte man sich nicht, wenn man seinen Urlaub in Schleswig-Holstein verbringt, auch hier vor Ort operieren lassen, wenn dies nötig ist, um anschließend die hervorragenden Reha-Angebote im Land zu nutzen?

Wenn aber diese Kompetenzen zielgerichtet miteinander verknüpft werden sollen, dann muss man die Leistungserbringer in diesen Feldern kennen. Das ist im Moment noch nicht ausreichend der Fall. - Nein, Frau Ministerin, gerade von jenen, die an dieser Initiative mitarbeiten, wird dies bestritten. Das belegen auch zum Teil die Antworten, die Sie ja ganz ehrlich zu diesem Fragenkomplex geben. Weder diese noch andere medizinische Leistungserbringer sind Ihnen wirklich bekannt. Das ist eine erschreckende Erkenntnis, wenn man bedenkt, dass der Gesundheitstourismus eines der Leitprojekte der Landesregierung sowohl für die Tourismus- als auch für die Gesundheitswirtschaft sein soll.

(Dr. Heiner Garg)

Insofern wurde durch diese Große Anfrage eine strategische Schwäche deutlich, die wir uns, so meine ich, nicht weiter erlauben sollten, wenn Politik gemeinsam mit den Leistungserbringern Strategien und Rahmenbedingungen zur Stärkung des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein entwickeln soll.

Die Antworten der Landesregierung zur Versorgungslage im klassischen medizinischen Bereich - bei der wohnortnahen ambulanten Versorgung der Patienten zum Beispiel durch Hausärzte - machen deutlich, dass man von einer generellen Unterversorgung in den nächsten Jahren nicht ausgeht. Allerdings gibt es bereits erste Anzeichen dafür, dass sich hieran etwas ändert. Ich will an dieser Stelle abkürzen, Frau Ministerin. Nein, es gibt im Moment keinen Grund, die flächendeckende Versorgung mit ambulanten und stationären medizinischen Leistungen in Zweifel zu ziehen. Aber auch Sie wissen - und dies nicht erst seit der Erhebung der Kassenärztlichen Vereinigung -, dass wir uns in den nächsten zehn, fünfzehn oder auch zwanzig Jahren insbesondere Gedanken über die Attraktivität der Versorgung in den ländlichen Räumen, in den Flächenkreisen, insbesondere in Bezug auf die **hausärztliche Versorgung** machen müssen. Ich denke, dies ist in einer älter werdenden Gesellschaft von zentraler Wichtigkeit, und an dieser Stelle muss nachgearbeitet werden.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zu einem Punkt kommen, der meiner Fraktion besonders wichtig ist, nämlich zu den Fragen nach der zukünftigen Entwicklung vor dem Hintergrund der Auswirkungen des sogenannten **GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes** und nach den Auswirkungen dieses Gesetzes auf den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein. Diesbezüglich bleibt bedauerlicherweise vieles im Vagen, Frau Ministerin. Deshalb sage ich ganz deutlich: Das spricht natürlich nicht für die Qualität dieses Gesetzes.

Allerdings werden auch Fragen, die aufgrund einer eigenen Einschätzung der Landesregierung hätten beantwortet werden können, teilweise ausweichend oder gar nicht beantwortet. Ich denke, hierüber sollten wir im Ausschuss noch einmal intensiv reden. An mancher Stelle erhält man den Eindruck, dass sich die Landesregierung vor der politischen Verantwortung drückt, konkrete Auswirkungen zu prognostizieren oder wenigstens Trends und Entwicklungen zu analysieren. Stattdessen werden Eckpunkte des GKV-WSG referiert, oder es wird er-

neut darauf hingewiesen, dass Krankenhausdirektoren nicht geantwortet hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort, wo die Kompetenzen gebündelt wurden, ist der Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein nicht nur sehr erfolgreich, sondern dort ist er herausragend und auch von nationaler Bedeutung. In anderen Bereichen, die ich kurz angesprochen habe, muss nachgearbeitet werden, um einzelne nebeneinander stehende Projekte zu bündeln, damit sich wirkliche Exzellenzen im Bereich der Gesundheitswirtschaft entwickeln können. Das Potenzial haben wir allemal. Wir stehen nicht ganz am Anfang, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns, bis Schleswig-Holstein wirklich das Gesundheitsland werden kann, das vielen Menschen auch dauerhaft Arbeit und Beschäftigung sichert.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP zum Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein ist ein umfassendes Werk von 159 Seiten, für dessen Erstellung ich im Namen meiner Fraktion herzlich danke.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Landesregierung hat sich Mühe gegeben, die gestellten Fragen im Sinne des Fragestellers zu beantworten, und die Ernsthaftigkeit, mit der sich die Landesregierung für den **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** einsetzt, wird auch in der Beantwortung der Großen Anfrage deutlich.

So werden die Leitprojekte der **Gesundheitsinitiative** ausführlich beschrieben und die dafür eingesetzten Fördermittel detailliert aufgeführt, wobei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht alle Einzelheiten genannt werden konnten.

Ziffer 2.6 widmet sich der elektronischen Gesundheitskarte. Das, was die Ministerin dargestellt hat, sehe ich etwas anders. Aber vielleicht können wir das aufklären. Dort heißt es:

„Die elektronische Gesundheitskarte ist als Schlüssel für die neuen Telematikanwendungen ein entscheidendes Strukturelement. Im

(Ursula Sassen)

Rahmen der längerfristig zu sehenden Entwicklung einer bundesweiten Telematikinfrastruktur kann Schleswig-Holstein mit der aktiven Teilnahme an der Entwicklung und Einführung der elektronischen Gesundheitskarte dem Entstehen telematischer Insellösungen in Schleswig-Holstein, die nicht mit der bundesweit sich entwickelnden Infrastruktur kompatibel wären, entgegenwirken. Die frühzeitige reale und zugleich in die bundesweite Entwicklung intensiv eingebundene Entwicklung kann Schleswig-Holstein einen technologischen Vorsprung vor anderen Bundesländern ermöglichen.“

So weit mein Zitat aus dem Bericht.

Diese etwas umständliche Beschreibung der Stellung der Testregion Flensburg im Vergleich zu den Modellregionen anderer Bundesländer muss angesichts der jüngsten Pressemeldungen hinsichtlich der Schwierigkeiten mit dem PIN-Code hinterfragt werden. Professor Roland Trill, Lehrstuhlinhaber für Krankenhausmanagement, wurde in der „Financial Times Deutschland“ zitiert: „Wenn die Verantwortlichen an der PIN festhalten, ist das Projekt gestorben.“

Meine Fraktion hat Aufklärungsbedarf darüber, was die **elektronische Gesundheitskarte** wirklich leisten kann und ob zur Speicherung von Notfalldaten die datenschutzrechtlichen Vorgaben einer Überarbeitung bedürfen. Wir werden darauf zurückkommen.

Interessant sind auch die Aussagen zur grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung. Hier ist ausschließlich von **norwegischen Patienten** im Zusammenhang mit der Akkreditierung zur Patientenbrücke die Rede. Es wurden im Zeitraum von April 2001 bis April 2003 mehr als 1.200 norwegische Patientinnen und Patienten behandelt, während die Kooperation mit Dänemark im Bericht nicht erwähnt wird.

Das Kapitel „Apotheken“ ist sehr aufschlussreich: Die Tabelle zur Entwicklung der Zahl der Apotheker und die der **Apotheken** seit 2000 zeigt deutlich, dass bis zum Jahr 2004 die Zahl der Apotheker mit mehr als 10 über der Anzahl der Apotheken lag. Mit dem Jahr 2005 ändert sich dies, was wohl auf Filialen zurückzuführen ist. Leider spiegeln sich die Zahlen nach dem Inkrafttreten des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes in dieser Antwort noch nicht wider, können sie auch noch gar nicht, weil die Zeit noch zu kurz ist.

Offensichtlich ist sich die Landesregierung der Tatsache bewusst, dass eine Abschaffung des Fremd- und Mehrbesitzverbotes zu einer Liberalisierung des Apothekenmarktes führen wird. In der Antwort auf die Große Anfrage heißt es:

„Die Zulassung von Apotheken-Ketten kann insbesondere in Ballungszentren zu einem erhöhten Verdrängungswettbewerb und dadurch zu einer Marktkonzentration führen. Inwieweit dies Auswirkungen auf die Versorgungsqualität insbesondere in ländlichen Regionen haben kann, wird mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen sein.“

Ich bitte ausdrücklich darum, denn weitere Benachteiligungen des ländlichen Raumes sind für die dort Lebenden nicht akzeptabel.

(Beifall der Abgeordneten Heike Franzen [CDU])

Auch die Zulassung von apothekenfremden Branchen zum Arzneimittelvertrieb könnte laut Antwort der Landesregierung eine wohnortnahe Versorgung mit Arzneimitteln in der Fläche langfristig gefährden. Trotz dieser Erkenntnisse spricht sich die Landesregierung nicht gegen die Deregulierung und Marktliberalisierung im Arzneimittelvertrieb aus, sondern verweist auf das Apothekenrecht, das im Falle eines Notstandes in der **Arzneimittelversorgung** die Gründung von Zweig- beziehungsweise Notapotheken unter erleichterten Bedingungen vorsieht. Es ist bemerkenswert, dass im Notfall wieder die gute, alte Apotheke gefragt sein soll, während die Geschäfte anderswo gemacht werden. Auch dieser Thematik sollten wir uns widmen.

Die Ausführungen enthalten viele Themenkomplexe, die eine genauere Betrachtung verdient haben und die in der Kürze der Zeit - die Antwort auf die Große Anfrage liegt erst seit gut einer Woche vor - noch nicht analysiert werden konnten.

Das Thema „**Umweltmedizin**“ und die ärztliche Betreuung Umwelterkrankter hat der Fragesteller außer Acht gelassen. Diese Thematik kommt in der Gesundheitspolitik stets zu kurz, obgleich es in Schleswig-Holstein, insbesondere in Nordfriesland, hervorragende Umweltmediziner und Behandlungsmöglichkeiten gibt. Umweltmedizin hat keine Lobby.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir wollten Ihnen auch noch etwas lassen!)

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Fragesteller die letzten 14 Seiten den Auswirkungen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes gewidmet. Die Fra-

(Ursula Sassen)

gen und Antworten beinhalten nichts Neues; wir haben diese Aussagen größtenteils bei diversen Landtagsdebatten schon vernommen. Aber ich bin sicher, zukünftige Anfragen werden, wenn eine Weile verstrichen ist und wir die Auswirkungen kennen, sicherlich Genaueres darüber enthalten.

Alles in allem liefert die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung für die Akteure im Gesundheitswesen einen hervorragenden Überblick über die wesentlichen Faktoren des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein, sodass wir reichlich Diskussionsstoff in den Fachausschüssen haben werden.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Jutta Schümann.

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort auf die Große Anfrage zum **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** zeigt, dass die Gesundheitswirtschaft in unserem Bundesland eine hohe Bedeutung hat und sich in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ weiterentwickelt hat. Die „gesunde Branche“ boomt, in der bei uns in Schleswig-Holstein 137.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Das ist ein Anteil von 17,5 % der Beschäftigten, also eine Spitzenposition unter allen Bundesländern.

Schleswig-Holstein verfügt - so können wir kurssorisch feststellen - über hohe Kompetenzen und umfassende Potenziale in der **Gesundheitswirtschaft**. Das bedeutet Sicherung von Arbeitsplätzen, Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung, Perspektiven für die gesundheitliche Versorgung, aber auch Potenzial für die Tourismuswirtschaft, insbesondere für den **Gesundheitstourismus**. Ich bin gespannt, wie wir das im Ausschuss debattieren werden. Herr Kollege Garg, ich sehe wenig wie Sie - auch die Ministerin macht das deutlich - dort ein hohes Potenzial, über das wir diskutieren sollten. Da gibt es sicherlich noch Möglichkeiten und Ressourcen, dies stärker mit zu nutzen und zu verknüpfen, Medical Wellness und so weiter.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

In der schleswig-holsteinischen Medizinbranche und in der pharmazeutischen Industrie mit meist

mittelständischen Unternehmen ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den insgesamt im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten doppelt beziehungsweise mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Auch im Bereich der **Gesundheitsversorgung** ist Schleswig-Holstein häufig mit Modellvorhaben oder Projekten bundesweit Vorbild beziehungsweise setzt gesetzliche Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung schneller und vorzeitiger um als andere Bundesländer, nicht immer im Ergebnis zu unserem Vorteil, so zum Beispiel bei dem Thema „Integrierte Versorgung oder hoch spezialisierter Leistungen“. Wir können lesen, dass wir mit 15 Praxisnetzen in Schleswig-Holstein mit der höchsten Netzdichte in Deutschland versorgt sind.

So weit zunächst einmal einige Schlagworte, die belegen, dass die Politik der Landesregierung in den letzten Jahren gemeinsam mit vielen Akteuren im Gesundheitswesen die Chancen eines weiterhin auch international und national wachsenden Gesundheitsmarktes gut genutzt haben und auch erfolgreich waren.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei sind wir nicht am Ende, sondern auf dem Weg. Ziel muss es weiterhin bleiben, das Profil auszubauen, zu schärfen und auch neue Angebote für die Menschen und eine gute qualitative Gesundheitsversorgung hinzuzufügen. Da sind wir uns eigentlich alle einig, sonst müsste die Ministerin dieses Feld morgen ad acta legen und sagen: Das habe ich erledigt. Das hat sie nicht vor, das hat sie signalisiert. Wir sind auf einem guten, richtigen Weg.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antworten auf die Große Anfrage mit 400 Einzelfragen bilden eine gute Grundlage und eine gute Übersicht über den gesamten Bereich der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein. Deshalb zunächst einmal an die FDP und den Kollegen Garg danke für den umfassenden Fragenkatalog und natürlich auch danke an die Landesregierung, an die Ministerin und insbesondere an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Beantwortung. Wir haben in der Tat eine gute Arbeitsgrundlage möglicherweise für die Entwicklung eines Masterplans. Da bin ich gespannt; ich finde das insofern prima.

(Jutta Schümann)

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben einen Gesamtüberblick mit der Großen Anfrage über die drei Bereiche der Gesundheitswirtschaft, die traditionell folgendermaßen festgelegt sind: erstens den Kernbereich der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung, zweitens den Bereich der Vorleistungs- und Zulieferindustrie, drittens die Nachbarbranchen und Randbereiche des Gesundheitswesens, die die Kernbereiche der Gesundheitswirtschaft mit den Angeboten aus anderen Bereichen des Dienstleistungssektors, zum Beispiel Gesundheitstourismus, Wellness oder gesundheitsbezogene Sport- und Freizeitangebote, vervollständigen.

Diese drei Schwerpunkte machen deutlich, dass es sowohl um eine Gesundheitsversorgung im engeren Sinne für die Menschen in Schleswig-Holstein geht, es geht aber auch um industrielle Unternehmen und um Dienstleistungsangebote, also ein bunter und vielschichtiger Katalog, für den auch in der Landesregierung nicht ausschließlich die Gesundheitsministerin zuständig ist. Da sind noch mehr Kollegen gefordert. Wenn sie sich möglicherweise gleichermaßen engagieren wie Sie, könnten wir uns noch ein Stück weiterbewegen. Dessen bin ich ganz sicher.

(Beifall bei SPD und SSW)

Mit einem recht kräftigen Ministerpräsidenten an der Spitze, der dann auch in diese Richtung zieht, ist noch einiges herauszuholen.

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und angesichts der doch umfassenden Daten ist es mir nicht möglich, heute auf alle Schwerpunkte einzugehen. Ich möchte mich deshalb auf einige wenige beschränken. Die Leitprojekte der **Gesundheitsinitiative**, zum Beispiel der Medizintechnik Campus, das Forum Life Science, die Modellregion „Natürlich Erleben“, das Qualitätssiegel für Gesundheitseinrichtungen, die elektronische Gesundheitskarte - so strittig sie zurzeit auch betrachtet wird, die aber Chancen in sich birgt - und der Gesundheits- und Wellness-Tourismus in den Urlaubsorten sind Projekte, die nicht nur intensiv die qualitative Weiterentwicklung des Standorts Schleswig-Holstein untermauern, sondern für unser Land einen wichtigen Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung bilden.

(Beifall beim SSW)

Sie machen außerdem deutlich, dass Gesundheit und Gesundheitswirtschaft nicht allein ein Kostenfaktor sind. Dazu ein weiterer Hinweis: Von den 30 größten Firmen Schleswig-Holsteins gehören zehn

zur Gesundheitsbranche, und diese zehn Unternehmen beschäftigen allein 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir können aber nicht nur im produzierenden Gewerbe Erfolge vorweisen, sondern zum Beispiel auch im Bereich von Forschung und Lehre. Wir haben in Schleswig-Holstein Spitzenforschung, zum Beispiel das **Entzündungscluster**, das europaweit - auch vor seiner Anerkennung als Spitzenforschungsprojekt - bereits großen Zuspruch gefunden hat. Ich weiß dies sogar aus eigener Erfahrung. Wir haben die Einrichtung vor der Tür, in Bad Bramstedt. Viele wissen nicht, dass es solche Einrichtung gibt. Insofern finde ich es gut, dass wir dies nun bekannt machen und der Einrichtung auch die entsprechende europaweite Anerkennung verschaffen, die sie verdient.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich muss in diesem Zusammenhang auch das in Vorbereitung befindliche neue **Partikeltherapiezentrum** genannt werden. Auch dies wird ein Leuchtturmprojekt der Gesundheitswirtschaft in unserem Lande.

Die Große Anfrage zeigt, dass die Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein auch zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung unserer Menschen beiträgt. Hier haben wir leistungsstarke Strukturen, die sehr häufig bereits im Vorfeld auf Veränderungen reagiert haben, zum Beispiel unsere **Krankenhäuser**. Darüber haben wir mehrfach diskutiert. Wir haben in den letzten Jahren Netzwerkstrukturen aufgebaut und mit 36 medizinischen Versorgungszentren eine gute Angebotspalette für den städtischen und ländlichen Raum. Die ärztliche Versorgung ist zurzeit also weitestgehend gesichert.

Zukünftig muss es uns darum gehen, insbesondere in den ländlichen Regionen die niedergelassenen Facharzt- und Hausarztstrukturen zu erhalten. Der Bericht zeigt auch, dass bereits an der Westküste ein Mangel an niedergelassenen Ärzten besteht. Hier sind sinnvolle Kooperationsformen, zum Beispiel mit den Krankenhäusern, notwendig und auch möglich. Es gibt gute Konzepte, die von den Akteuren, zum Beispiel im Westküstenklinikum Heide, entwickelt worden sind und zurzeit umgesetzt werden; die Ministerin hat darauf hingewiesen. Das sind gute Modelle, neue Wege, die wir ausbauen, die wir erproben müssen, weil wir zukünftig sicherlich an anderen Stellen ähnliche Konzepte werden umsetzen müssen.

(Jutta Schümann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, betrachtet werden sollten auch die Aussagen der Landesregierung zur Situation der Apotheken in Schleswig-Holstein. Das fand ich persönlich sehr interessant. Entgegen so mancher Einschätzung, wir würden über zu viele **Apotheken** in Schleswig-Holstein verfügen, zeigt die Große Anfrage, dass die Zahl der Apotheken bei uns in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. Interessant ist auch zu lesen, dass die Umsätze nicht exorbitant gestiegen sind. Die Landesregierung teilt also offensichtlich die Einschätzung über die Auswirkungen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über den Fremd- und Mehrbesitz auf die Apotheken in Schleswig-Holstein und ebenso zu der Fragestellung: Welche Auswirkungen werden erwartet, falls zukünftig apothekenfremde Branchen Arzneimittel anbieten dürfen? Hier scheint es notwendig, gemeinsam mit der Apothekerkammer angemessene Lösungen herbeizuführen.

Wir benötigen auch zukünftig eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung mit Arzneimitteln, und insofern benötigen wir natürlich auch vor Ort Apotheken, die dies mit einer kompetenten Beratung gewährleisten können.

Zur **stationären Versorgung** ist festzuhalten, dass hier die demografische Entwicklung und die notwendige und zunehmende Versorgung älterer Menschen zu einer verstärkten Nachfrage im stationären Bereich geführt haben. Das gilt für Spezialangebote wie geriatrische Versorgung, internistische Versorgung, die insbesondere ältere multimorbide Patientinnen und Patienten betrifft. Wichtig wird zukünftig weiterhin eine enge Verzahnung aller Angebote sein, von ambulant, stationär, teilstationär, inklusive besserer und reibungsloser Übergänge zum Beispiel von der Akutnotversorgung zur rehabilitativen Versorgung. Auch da können wir lesen, dass es bereits in 54 stationären sowie in zehn ambulanten Einrichtungen sehr gute Angebote gibt.

Das GKV-WSG hat festgelegt, dass Mutter-Vater-Kind-Kuren finanziert werden. Auch dies wirkt sich natürlich auf die Angebotsstruktur aus. Außerdem haben wir in Schleswig-Holstein über 27 derartige Einrichtungen, von denen acht neben den Vorsorgeleistungen medizinische Rehabilitation erbringen. - So weit einige Themen aus der Großen Anfrage, die wir dann im Ausschuss weiter beraten.

Ich fasse zusammen: Schleswig-Holstein ist ein herausragender Gesundheitsstandort in der Bundesrepublik. Da sind wir uns einig. Er entwickelt sich weiter, bietet Arbeit und Ausbildungsplätze und somit Perspektiven für viele Menschen in unserem

Land. Außerdem ist deutlich, dass die Infrastrukturen bei uns gut geeignet sind, Menschen in unserem Land medizinisch zu versorgen. Dies gilt natürlich auch für Menschen, die in unserem Land Urlaub machen. Ich freue mich auf die weitere Arbeit und möglicherweise auf einen **Masterplan**, den wir dann aber gemeinsam mit allen Beteiligten schaffen werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Jutta Schümann. Bevor wir in der Aussprache fortfahren, begrüße ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Schülerinnen und Schüler und die sie begleitenden Lehrkräfte des Gymnasiums Schenefeld und Frauen vom Netzwerk 50plus der Gemeinde Sankt Michaelis in Kiel. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Als weiteren fachkundigen Zuhörer darf ich sehr herzlich den Geschäftsführer der Krankenhausesellschaft, Herrn Krämer, begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun Frau Abgeordneter Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts des reichhaltigen Materials werde ich mich nur auf wenige Aspekte beschränken können. Auch vonseiten der Grünen wird mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die rot-grüne Entscheidung vor einigen Jahren, als landespolitischen Leuchtturm **Gesundheitspolitik** zu setzen, eine richtige war und dass die Projekte, die in den letzten Jahren angeschoben wurden, nunmehr Früchte tragen. Ich freue mich, dass die jetzige Landesregierung dieses Konzept weiter ausbaut und wir tatsächlich für bundesweite Furore sorgen. Das ist in unserem eigenen Land noch viel zu wenig bekannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern kann man dies auch ohne Neid als parteiübergreifendes richtiges politisches Projekt begreifen. Es funktioniert natürlich nicht nur, weil sich die Politik dafür entscheidet, sondern die Politik hat aufgenommen, was an Potenzial da war, und versucht, an bestimmten Stellschrauben dieses Potenzial zu erhöhen und vor allem daraus Schlüsse zu

(Angelika Birk)

ziehen, was zukünftige Strukturen betrifft. Insofern möchte ich mich, auch wenn es ein wenig trocken erscheint, als Erstes mit Strukturen befassen.

Es ist nicht zu unterschätzen, was es bedeutet, dass wir in Schleswig-Holstein als relativ kleinem Bundesland neue Strukturen ausprobieren, ob es nun um das berühmte QuaMaDi-Projekt in der Krebsvorsorge, um die elektronische Gesundheitskarte geht oder ob es um die Öffnung der Krankenhäuser, die integrierte Versorgung und die Praxisnetze geht. Wir haben den Vorteil, dass wir als Bundesland mit städtischer und ländlicher Bevölkerung und mit im Vergleich zu einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen kurzen Wegen in ganz unterschiedlichen Versorgungslandschaften etwas ausprobieren können. Wir haben glücklicherweise auch die Bereitschaft von Akteurinnen und Akteuren, dies zu tun. Das ist als Potenzial, auch als Wirtschaftspotenzial nicht zu unterschätzen.

Deshalb finde ich es auch gut, dass Sie, Frau Ministerin, angekündigt haben, dass wir einmal innehalten müssen, um in einem Masterplan zu prüfen: Was haben die neuen Möglichkeiten, die uns die Gesetze auch eröffnen, gebracht? An mehreren Stellen müssen Sie nämlich antworten: Die Kassenärztliche Vereinigung hat Kandidaten, beispielsweise über Patientenströme in den neuen Praxisnetzen. Damit haben Sie das nur zum Teil beantworten können. Das mache ich nicht zum Vorwurf, sondern das zeigt natürlich, an welcher Stelle man gucken muss, ob das Datensammeln Sinn macht. Wir wollen ja keine Datenfriedhöfe schaffen, die nur Arbeit machen.

Wenn wir auf der anderen Seite wissen wollen, wie sich bestimmte politische Entscheidungen auch in der Qualität und in der Fläche auswirken, müssen wir natürlich auch zu bestimmten Bereichen Daten haben. Sonst stellen wir viel zu spät fest, dass neue Verschiebehöfe entstehen. Die wollen wir natürlich alle vermeiden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Insofern ist das ein richtiger und notwendiger Ansatz. Denn viele Antworten zeigen, dass auch manche Leute merkwürdige Vorstellungen davon haben, was sie uns schulden. Wenn beispielsweise Krankenhäuser antworten - wie Herr Dr. Garg schon angesprochen hat -, sie fänden das überflüssig, was die FDP fragt, sie wüssten gar nicht, was das soll, dann sehen wir daran, dass wir noch etwas Überzeugungsarbeit leisten müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Denn das ist ja auch zu ihrem eigenen Nutzen. Das ist ja keine Selbstbeschäftigung für uns, sondern es ist dafür, dass sich die Struktur verbessert und weiterentwickelt.

Kommen wir zu einem Thema, das erstaunlicherweise weder in der Fragestellung noch in der Antwort eine Rolle gespielt hat, obwohl es auf der Hand liegt, nämlich - wenn man in Netzen denkt - die Versorgungsforschung, die Weiterentwicklung der Pflege, das Zusammenspiel zwischen ärztlichen und nicht ärztlichen **Dienstleistungen in der Medizin**. Es ist egal, ob das im Rahmen von Reha oder im Rahmen von Praxisnetzen ambulant stattfindet. Wir haben eine ganze Reihe von Berufen - das machen wir uns immer viel zu wenig klar -, ob es Ergotherapeuten oder Logopäden sind, bei denen man für die Ausbildung richtig viel Geld bezahlen muss. Ich bin Ihnen sehr dankbar, Frau Ministerin, dass Sie diese Dinge einmal aufgeschrieben haben. Es gibt junge Leute, die ein paar Hundert Euro mitbringen müssen - nicht nur einmalig, sondern immer wieder -, um ihre Ausbildung überhaupt machen zu können. Wir sind auf diese Berufe angewiesen, und wir sind auch darauf angewiesen, dass in zukünftigen Gesetzen diese Berufe eine entsprechende Wertschätzung erfahren und nicht einfach weggespärt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Denn sonst wird dieser ganzheitliche Ansatz verlassen, den wir als Grüne sehr befürworten, nämlich die hochtechnisierte Medizin, aber gleichzeitig auch sprechende Medizin und die vielen anderen Dienstleistungen, die wir in dem Bereich haben und die sich weiterentwickeln, auch die Geräteentwicklung für Menschen, die Hilfsmittel brauchen, als Gesamtnetz zu sehen. Hier gibt es Unwuchten, die nicht Schleswig-Holstein als Land geschuldet sind, die aber in einem solchen Bundesland deutlich machen, wenn sie nicht justiert werden, dass plötzlich eine Hochleistungsmedizin hilflos ist, wenn beispielsweise in der Pflege eine bestimmte Weiterentwicklung nicht stattfindet.

Insofern wundert es Sie sicherlich nicht, wenn ich hier noch einmal auf das Thema **Pflegeforschung** zu sprechen komme. Das war hier keine Fragestellung. Aber wir brauchen eine systematische Versorgungs- und Pflegeforschung. Wir müssen das institutionenübergreifend anlegen, und wir brauchen hierzu auch die Kapazität von wissenschaftlichem

(Angelika Birk)

Sachverstand. Selbstverständlich muss sich das dann natürlich auch in den entsprechenden Angeboten in der Lehre auswirken. Die Universität Lübeck hat dazu Anstrengungen übernommen. Sie möchte diesen Weg gehen. Wir werden sehen, was bei den Zielvereinbarungen im Hochschulbereich herauskommt, ob dies tatsächlich angeschoben werden kann.

Wir brauchen dann natürlich auch die Rückbindung in der Pflegeausbildung unterhalb des wissenschaftlichen Niveaus. Das ist etwas, wo wir noch besser werden können. Seitens der Pflegeanbieter ist die Bereitschaft dafür da, und unsere Bevölkerung ist an dieser Stelle sehr wach. Wir werden also, wenn wir in diesem Bereich einen Schritt nach vorn machen und erneut das Profil für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein schärfen, von einer breiten fachlichen, aber auch Bevölkerungsmehrheit getragen. Das ist umso wichtiger, weil unser Bundesland - das ist bekannt - eines wird, in dem die Menschen besonders lange leben, in dem die ältere Bevölkerung einen immer höheren Anteil - auch im Bundesvergleich - haben wird. Insofern müssen wir da vorangehen.

Das führt mich zu einem zweiten Thema, nämlich zum Thema **Geriatric**. In einer Dissertation von Frau Elisabeth Steinhage-Thiessen wurde noch 2003 in einem systematischen Vergleich festgestellt, als es um die unterschiedlichen Konzepte der Geriatric in Reha und Krankenhaus ging, dass Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu den Ländern gehören, in denen sich in der Geriatric gemessen am Versorgungsgrad der Bevölkerung bisher wenig tut. Das hat sich inzwischen geändert. Da hat die Landesregierung gehandelt, das muss man ausdrücklich hervorheben. Hier werden im Augenblick Modellversuche durchgeführt, um auch die ambulante Geriatric besonders zu verankern.

Ich fände es noch einmal sehr interessant zu untersuchen, wo die Geriatric ansetzen muss, wo die Landesregierung Steuerungsmöglichkeiten hat. Offensichtlich hat sie sie in den Krankenhäusern leichter als im Reha-Bereich. Von der Versorgung her ist den Leuten natürlich am meisten geholfen, wenn direkt nach dem Krankenhauseingriff eine geriatric Reha einsetzt. Ob die dann im **Krankenhaus**, ambulant oder ganz anders passiert, ist eine Frage, die die Fachleute klären müssen. Hier geht es auch darum zu gucken, wie es am kostengünstigsten geht, wie es auch von der Versorgungsdichte her am besten zu passieren hat. Wir dürfen da aber keine Lücke lassen, denn da geschehen oft die schlimmsten Dinge, dass nämlich in sehr vielen

Fällen immer noch nach einem Krankenhausaufenthalt im Alter sehr schnell in ein Pflegeheim überwiesen wird. Das ist das Einfachste, das ist für die Krankenhaussozialarbeit eine Sache, die schnell erledigt ist.

Damit verpassen wir sowohl die Chance, weiter ambulant im eigenen Haus versorgt zu werden, und wir verpassen vor allen Dingen die unheimlichen Potenziale, die sich inzwischen in der geriatric Rehabilitation entwickelt haben. Was man vor 20 Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte, ist heute schon selbstverständlich, dass man nach einem Herzinfarkt oder einem schweren Sturz Menschen wieder sehr gut auf die Beine bekommen kann und sie noch viele Jahre mit hoher Lebensqualität leben können. Dieses Potenzial bedeutet aber eine gute Versorgungskette. Es darf nicht sein, dass dann an irgendwelchen Vertragskleinigkeiten oder an irgendwelchen Egoismen einzelner Sektoren eine solche Kette reißt.

Ich komme jetzt zu einem Thema, das an dieser Stelle auch angesprochen werden muss. Wir haben immer viel davon geredet, dass sich mit dem Gesundheitsstandort viel Geld verdienen lässt. Das ist auch interessant für Touristen. Der Gesundheitsstandort muss sich aber auch den Menschen mit kleinem Portemonnaie widmen. Wir haben an anderer Stelle hier gestern das Thema Kinderarmut, das Thema „Kein Kind ohne Mahlzeit“ als Auftaktthema gehabt - leider vertagt. Aber dies gehört für mich ganz unverwechselbar dazu. Es kann nicht sein, dass wir als Bundesland für reiche Leute, die von außerhalb hierher kommen und sich hier behandeln lassen, interessant sind, aber die eigenen Menschen mit kleinem Portemonnaie, weil sie die Behandlung nicht finanzieren können oder darüber nichts wissen - Stichwort Migranten: die vielleicht unser Gesundheitsnetz noch weniger kennen als Menschen, die hier geboren sind -, außen vor lassen. Hier stehen wir vor einer großen Fragestellung.

Das hat in den Fragen der FDP eher eine untergeordnete Rolle gespielt. Es klingt an ein paar Stellen an, bei denen es um das Thema gesundes Essen in der Vermarktung nach außen geht. Das bedeutet, dass wir uns noch einmal sehr genau anschauen müssen, wie die psychotherapeutischen Versorgungsnetze und der Nachwuchs hier sind. Dass wir im Augenblick zum Beispiel gerade neun Kinderpsychotherapeuten ausbilden, scheint mir gerade auch im Hinblick auf die psychosoziale Dimension der neuen Armut viel zu wenig.

Sie sehen - meine Zeichen sind hier eindeutig; ich muss an dieser Stelle stoppen -, wir haben in unse-

(Angelika Birk)

rem Ausschuss noch viel zu tun. Ich bin sehr dankbar, dass wir diese Fülle an Daten haben: Jetzt geht es darum, mit den Daten Politik zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Angelika Birk. - Das Wort für den SSW im Landtag hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die grundlegenden Rahmenbedingungen für den **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** werden leider - ist man geneigt zu sagen - immer noch in Berlin gemacht. Hier haben wir in den letzten Jahren bei der ambulanten und insbesondere im Bereich der stationären Versorgung durch die verschiedenen Gesundheitsreformen des Bundes negative Entwicklungen zu verzeichnen. Dies betrifft gerade auch die **Krankenhäuser** in Schleswig-Holstein, die vor großen finanziellen Herausforderungen stehen. Nicht nur, dass der sogenannte **Basisfallwert**, also quasi die Bezahlung der Krankenhausleistungen, immer noch weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, sondern auch durch die letzte **Gesundheitsreform** und die Begrenzung der Budgets haben die Krankenhäuser Schleswig-Holsteins große Probleme.

In einem Schreiben, das sicherlich allen Abgeordneten vorliegt, bezeichnet die Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein die Lage als dramatisch, weil natürlich auch der jüngste Tarifabschluss verkraftet werden muss. Laut KGSH belastet die Erhöhung der Löhne die Krankenhäuser in den nächsten Jahren mit 90 Millionen €. Damit kein falscher Zungenschlag entsteht, möchte ich klarstellen, dass der SSW die Erhöhung der Gehälter und Löhne für die Beschäftigten der Krankenhäuser als angemessen und äußerst berechtigt ansieht.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Problem liegt aber im Finanzierungssystem des Bundes. Denn zum einen fließen die Gehaltssteigerungen überhaupt nicht in die Krankenhausfallpauschalen ein und zum anderen sind die tarifbedingten Mehrkosten durch die marginale Budgetsteigerungsrate von 0,64 % - wovon bekanntlich 0,5 %

als Sanierungsbeitrag an die Krankenkassen zurückfließt - nicht finanzierbar.

Dabei haben sich die meisten der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser seit Jahren vorbildlich spezialisiert und auch den Betrieb so effektiv wie möglich gestaltet. Ein weiterer Personalabbau zum Beispiel durch einen Abbau von Krankenschwestern und -pflegern würde die Qualität des Krankenhauswesens in Schleswig-Holstein und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung in Gefahr bringen.

Die Landesregierung muss hier also unbedingt schnellstens handeln, wenn ein schwerwiegender Schaden vom Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein abgewendet werden soll. Alles riecht nach einer Bundesratsinitiative.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Große Koalition muss sich in Berlin für eine Änderung der Finanzierungsrahmenbedingungen für die Akteure im Gesundheitswesen einsetzen, und - wir sprachen ja bereits gestern darüber - am besten geschieht dies über eine Gesundheitsreform, die diesen Namen auch verdient und die insbesondere die Finanzierungsgrundlagen verbessert.

Dies ist aus Sicht des SSW das vordringlichste Problem, das die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein anpacken muss, und daher habe ich dies heute im Zusammenhang mit der Debatte über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP vorangestellt.

Ansonsten zeigt die Antwort der Landesregierung die eigentlich recht gute Ausgangslage und das große Potenzial des Gesundheitsmarktes in Schleswig-Holstein. Schon im Jahre 2000 startete die damalige Ministerpräsidentin Heide Simonis die **Gesundheitsinitiative** für Schleswig-Holstein, die dazu dienen sollte, vorhandene Ressourcen in diesem Bereich zu bündeln und ungenutzte Potenziale sowie Leitprojekte zu entwickeln.

Die CDU-SPD-Landesregierung hat diese Initiative dann 2005 weitergeführt. Natürlich ist es daher sehr berechtigt, dass die FDP in ihrer Großen Anfrage nach den Ergebnissen und Kosten dieser Initiative fragt. Die Bedeutung des Gesundheitsmarktes für Schleswig-Holstein wird schon dadurch unterstrichen, dass laut Bundesagentur für Arbeit mindestens 92.000 Personen hier arbeiten, wobei wegen des fehlenden statistischen Materials von einer Untergrenze auszugehen ist. Das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen geht sogar von

(Lars Harms)

137.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und einem Umsatz von fast 5 Milliarden € für die Jahre 2004 und 2005 aus.

Diverse Studien belegen die hohe Kompetenz und das Potenzial der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein. Zum Beispiel ist dies der Fall im Bereich Life Science/Medizintechnik und im Gesundheitstourismus, wo es auch viele große Unternehmen gibt, die zu den 30 größten Arbeitgebern im Lande gehören.

Die Leitprojekte der Landesregierung haben sich daher im Rahmen der Gesundheitsinitiative naturgemäß auf diese Gebiete konzentriert. Dies gilt für die Landesunterstützung des Medizintechnik-Campus in Lübeck, das landesweite Forum „Life Science“ oder den Gesundheits- und Wellness-Tourismus in den Urlaubsorten. Dabei sind für einige dieser Projekte, die über die Jahre mit Fördermitteln bedacht wurden, laut der Antwort der Landesregierung leider nicht immer unmittelbar messbare Ergebnisse vorzuweisen. Dies gilt natürlich insbesondere für die Forschungsbereiche im Rahmen der Gesundheitsinitiative, hinsichtlich derer die Landesregierung allerdings zu Recht darauf hinweist, dass es bei direkten Produktinnovationen als Folge der durch die Leitprojekte angestoßenen Maßnahmen zum Beispiel im Medizinbereich bis zu zehn Jahre bis zur Markteinführung eines Produktes dauert.

Im **Gesundheitstourismus** ist dies etwas anders, weil hier die Gesundheitsinitiative ganz konkret dazu beigetragen hat, dass vor allem die Kurorte die notwendige gesundheitstouristische Neuausrichtung vorgenommen haben. Laut der Großen Anfrage haben vor allem Westerland, St. Peter-Ording, Büsum und Damp ihre Angebote an die Neuausrichtung der Tourismusstrategie der Landesregierung im Gesundheitsbereich erfolgreich angepasst. Das im Aufbau befindliche Kompetenzzentrum Gesundheitstourismus soll dazu beitragen, diese gesundheitstouristischen Angebote in Schleswig-Holstein noch mehr auszubauen und besonders die Qualität noch mehr an den Ansprüchen der Zielgruppen anzupassen. In diesem Bereich sind wir also weiterhin auf einem guten Weg.

Das kann man für die **elektronische Gesundheitskarte** leider nicht behaupten. Vom Grundsatz her ist das Konzept der Gesundheitskarte, auf der die medizinischen Daten der Patienten gespeichert sind, natürlich zu begrüßen. Denn es dreht sich um ein wichtiges Strukturelement der Telematikanwendung und es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, dass die Tests zur bundesweiten Einfüh-

rung der elektronischen Gesundheitskarte das Profil Schleswig-Holsteins als innovatives Gesundheitsland weiter gefördert haben.

Allerdings sind die sogenannten Feldtests in letzter Zeit ins Stocken geraten. In den Feldversuchen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte hat sich die Eingabe der Patienten-PIN als verfahrenstechnische Hürde herausgestellt. Vor allem ältere oder behinderte Testteilnehmer haben Probleme, die sechsstellige PIN einzugeben, mit der sie etwa ihre Zustimmung dafür signalisieren, dass ein Notfalldatensatz angelegt wird.

Im Flensburger Feldversuch wurden 75 % der ausgegebenen elektronischen Gesundheitskarten durch falsche PIN-Eingaben gesperrt; in anderen Regionen sollen die Quoten nicht viel besser sein. Hier muss also noch nachbessert werden. Aber wenn die elektronische Gesundheitskarte ein Erfolg wird, dann kann der Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein davon profitieren, weil unsere Unternehmen und die Akteure im Gesundheitswesen bei uns die ersten Erfahrungen mit dieser modernen Technologie gemacht haben. Allerdings scheint es noch ein längerer Weg bis zum Erfolg zu werden.

Die Landesregierung sieht laut Großer Anfrage die ärztliche Versorgung in Schleswig-Holstein auch im ländlichen Raum zurzeit als ausreichend an. Dies deckt sich nicht immer mit der Wahrnehmung der Bevölkerung auf dem Lande, aber ich will die Zahlen, die vorliegen, nicht infrage stellen. Denn die Landesregierung macht ja selbst darauf aufmerksam, dass man für die Zukunft schon einen **Ärztmangel** speziell auf dem Lande befürchtet, weil viele Ärzte pensioniert werden und weil es sehr schwer sein wird, adäquate Nachfolger zu finden. Wir haben bereits im Landtag über dieses wichtige Thema debattiert und die Landesregierung hat gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Initiativen angekündigt, um dem entgegenzuwirken. Leider gibt es keinen Königsweg, um dieses Problem zu lösen. Denn auch hier haben wir es mit Rahmenbedingungen zu tun, die vom Bund vorgegeben werden.

Dies kann man allerdings nicht sagen, wenn es um die notärztliche Versorgung im ländlichen Raum geht. Hier gibt ein Landesgesetz die Rahmenbedingungen vor. Seit der Neustrukturierung des ärztlichen Notfalldienstes in Schleswig-Holstein zum 1. Januar 2007 gibt es nur noch einen eingeschränkten **Notfalldienst** der niedergelassenen Ärzte in Kappeln und Umgebung. Die Landesregierung sagt selbst, dass die Menschen in der Region Kappeln heute bis zu einer halben Stunde auf einen Notarzt

(Lars Harms)

warten müssen. Das ist eine vollkommen unhaltbare Situation.

(Beifall des Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können von Glück sagen, dass dies offenbar noch keine schlimmeren Folgen hatte.

Die Krankenkassen lehnen immer noch die Kostenübernahme für einen zweiten Notarztstandort in Schleswig-Flensburg ab, obwohl der Kreis der einzige in Schleswig-Holstein mit nur einem Standort ist. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich dafür einzusetzen, dass diese unhaltbare Situation in der Region Kappeln umgehend behoben wird. Und ich erwarte, dass wir im Ausschuss dann eine fertige Lösung des Problems präsentiert bekommen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Gesundheitsinitiative der ehemaligen Landesregierung erfolgreich ist und dass es eine kluge Entscheidung der jetzigen Landesregierung war, diese Initiative weiterzuführen. Dies ist die Grundlage für den dauerhaften Erfolg in diesem Bereich, der auch bei uns Einkommen sichert und Arbeitsplätze schafft. Diese positive Entwicklung setzt sich in Zukunft hoffentlich fort.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 16/1940 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mitberatend an den
Wirtschaftsausschuss!)

- Also, die Antwort soll federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke schön. Dann ist das so geschehen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 32 auf:

Deutsch-dänisches Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1992

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile für die Gruppe des SSW im Landtag deren Vorsitzenden, der Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zusammenarbeit im **Gesundheitsbereich** in der deutsch-dänischen Grenzregion wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Sie umfasst mittlerweile so unterschiedliche Bereiche wie die gemeinsame Nutzung eines Rettungshubschraubers, die Krebstherapie, den Einsatz grenzüberschreitender Rettungswagen und die Geburtshilfe. Dies wurde letzte Woche bei dem Treffen zwischen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und dem Vorsitzenden der Region Syddanmark, Carl Holst, deutlich gemacht.

Auch in einem gestern erschienenen Artikel in der „Flensburg Avis“ wird die gute **deutsch-dänische Zusammenarbeit** und der Anstieg der Zahl dänischer Patienten insbesondere bei der Krebstherapie in den Flensburger Krankenhäusern hervorgehoben und als vorbildlich für die zukünftige grenzüberschreitende Kooperation gelobt.

Es gibt also viele Zeichen des Aufbruchs im deutsch-dänischen Grenzland, gerade was die Gesundheitszusammenarbeit angeht. Die deutsche Minderheit träumt sogar von einem gemeinsamen deutsch-dänischen Krankenhaus.

Ich will auch von dieser Stelle klar sagen, dass wir im SSW schon das Gefühl haben, dass die Große Koalition und insbesondere der Ministerpräsident die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangebracht haben. Allerdings geschah dies auf Druck des SSW; das möchte ich hinzufügen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dafür seid ihr auch da!)

Die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ist vielfach vertraglich zwischen den Trägern auf beiden Seiten der Grenze geregelt. Und gerade in der letzten Woche haben die Landesregierung und die Region Syddanmark auch im Gesundheitsbereich neue Kooperationsvereinbarungen unterschrieben, die die Zusammenarbeit weiter vertiefen sollen. Dies begrüßt der SSW ausdrücklich. Dennoch fehlen aus unserer Sicht weiterhin die übergeordneten Rahmenbedingungen,

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Dr. Heiner Garg [FDP])

(Anke Spoorendonk)

damit wir diesen Leuchtturm der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region weiter ausbauen und auf ein höheres Niveau bringen können. Dabei orientieren wir uns an dem, was zwischen Deutschland und Frankreich heute schon Wirklichkeit ist.

Seit 2005 gibt es ein **Rahmenabkommen** zwischen Deutschland und Frankreich über die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich**. In diesem Rahmenabkommen sind zum Beispiel die Entwicklung eines gemeinsamen Versorgungsangebotes im Gesundheitsbereich und die Förderung des Austauschs zwischen dem Gesundheitspersonal beider Länder sowie die Erstattung der Finanzmittel zur Durchführung dieser Kooperation geregelt.

Auch die Sicherstellung eines besseren und schnelleren Zugangs zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen ist im deutsch-französischen Abkommen festgeschrieben. Weiter ist das Bestehen einer Haftpflichtversicherung für die gegebenenfalls im Rahmen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auftretenden Schäden gesetzlich durch dieses Rahmenabkommen geregelt.

Der SSW ist der Auffassung, dass dieses erfolgreiche Abkommen in der Zusammenarbeit mit Dänemark als Vorbild dienen kann, weil es die deutsch-dänische Kooperation durch ein bilaterales Abkommen auf eine gesetzliche und damit langfristig tragbare Grundlage bringt. Wir brauchen also keine Harmonisierung der EU-Gesundheitspolitik, sondern eine pragmatische bilaterale Lösung der heute schon gut funktionierenden Zusammenarbeit, die sich aber gern noch weiter ausweiten sollte.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insbesondere bei der Abstimmung eines gemeinsamen Versorgungsangebotes durch die gemeinsame Planung der Kapazitäten brauchen wir auch die Mitwirkung der Regierungen in Berlin und in København. Die Landesregierung muss daher auf Bundesebene initiativ werden, um ein entsprechendes Abkommen zwischen Deutschland und Dänemark zu erreichen. Dies wäre aus unserer Sicht ein wirklicher Meilenstein in der grenzüberschreitenden Gesundheitspolitik, in der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern. Von daher hoffe ich auf die Unterstützung des Hauses. Ich bitte darum, dass wir gemeinsam an dieser Sache dranbleiben.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wechsel zwischen Geben und Nehmen zeichnet gute nachbarschaftliche Beziehungen aus und stärkt beide Partner. Dies wird auch im Bericht der Landesregierung über die grenzüberschreitende Kooperation mit der Region Süddänemark deutlich zum Ausdruck gebracht. Zusammenarbeit auf allen Ebenen und in allen Bereichen wird beiderseits gepflegt und gefördert.

Bereits die Landtagsdebatte vom 28. Februar 2008 zur **EU-Gesundheitsstrategie** hat gezeigt, dass die EU im Weißbuch konkrete gesundheitspolitische Ziele und Maßnahmen festgeschrieben und den Mitgliedstaaten eine Fülle von Handlungsfeldern mit auf den Weg gegeben hat. Hierzu fand auch eine Anhörung statt. Grundsätzlich wird begrüßt, dass die EU gesundheitspolitische Ziele für die Mitgliedstaaten formuliert. Es besteht jedoch der Wunsch, die länderspezifischen Vorstellungen und Bedürfnisse eigenverantwortlich zu regeln und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Die **Kooperation mit Dänemark** auf dem **Gesundheitssektor** ist kontinuierlich gewachsen. Bis 1999 wurde zum Beispiel im Rahmen von INTERREG II die grenzüberschreitende Entwicklung der Schwesternausbildung mit 339.000 € gefördert. In den Jahren 2000 und 2001 hat man den Schwerpunkt im Bereich des Gesundheitswesens auf die Klinik- und Rettungsdienstkooperation gelegt.

Seit 1998 bereits ist das St. Fanziskus-Hospital in Flensburg an der strahlentherapeutischen Versorgung von Patientinnen und Patienten der Uni-Klinik Odense beteiligt. Der Kooperationsvertrag mit Dänemark war auch ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen hier bei uns in die Strahlentherapie.

Weitere Beispiele der guten Zusammenarbeit auf dem Gesundheitsmarkt sind die Akkreditierung der Ostseeklinik Damp durch das Amtsrådsforeningen im Jahr 2002 und das Engagement in einer Abteilung am Krankenhaus Tøndern 2003 sowie die Be-

(Ursula Sassen)

handlung dänischer Patientinnen und Patienten in der Rheumaklinik Bad Bramstedt.

Immer mehr Kliniken spezialisieren sich, um mit entsprechend hohen Fallzahlen Qualität und Effizienz gewährleisten zu können. Auch aus diesem Grund ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Krankenhaussektor sinnvoll.

Der **Gesundheitstourismus** gewinnt immer mehr an Bedeutung und stellt neue Herausforderungen.

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und der Vorsitzende der Region Süddänemark, Carl Holst - die Kollegin Spoorendonk hat es auch schon für erwähnenswert gefunden -, sind nach einem Gipfeltreffen übereingekommen, ihre Krankenhausplanung aufeinander abzustimmen. So soll das Großklinikum Sønderjylland, das zwischen Apenrade und Sonderburg geplant wird, auch Patienten aus Deutschland aufnehmen, während sich Kiel von dem Bündnis eine Auslastung des geplanten Protonentherapiezentrum von dänischer Seite erhofft.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Man muss also nur auf Reisen schicken!)

- Manchmal ist es gut, wenn man etwas schwerhörig ist.

(Heiterkeit)

Es zeigt sich also, dass der **grenzüberschreitende Gesundheitsmarkt** in Bewegung ist und gemeinsam Abstimmungen getroffen werden.

Die im SSW-Antrag genannten Ziele eines Rahmenabkommens werden nach meiner Auffassung bereits jetzt durch bedarfsgenaue Kooperationen angestrebt.

Ob es dazu noch eines deutsch-dänischen Rahmenabkommens nach französischem Vorbild bedarf und ob dies über die Qualität der bisherigen Zusammenarbeit hinausgeht, vermag ich nicht zu beurteilen. Wichtig ist, dass etwas geschieht mit dem Ziel, Doppelstrukturen, Kosten und Bürokratie zu vermeiden und für beide Seiten erfolgreich zu gestalten.

Wenn ein solches Abkommen, wie es der SSW wünscht, erforderlich sein sollte, lassen wir uns gern überzeugen und werden uns dem nicht verschließen. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Astrid Höfs.

Astrid Höfs [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark hat sich über Jahre weiterentwickelt und war auch den vorherigen Landesregierungen immer ein zentrales Anliegen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die sogenannte Patientenbrücke nach Norwegen. In fünf schleswig-holsteinischen Krankenhäusern wurden über 1.200 norwegische Patienten über mehrere Jahre mit unterschiedlichen Krankheitsbildern stationär behandelt. Diese Zusammenarbeit wurde sowohl von den norwegischen als auch von den schleswig-holsteinischen Behörden als erfolgreich bewertet.

Die engagierte Arbeit der Beteiligten im Land hat Voraussetzungen getroffen, die für weiterführende **Kooperationen im Gesundheitsbereich im Ostseeraum** genutzt werden können. Diese Erfahrungen können zum Teil auch auf andere Kooperationen im grenzüberschreitenden Bereich übertragen werden. Insgesamt hat sich der **Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein** erfolgreich als wichtiger Standort für grenzüberschreitende Gesundheitsleistungen im skandinavischen Raum etabliert.

Die Kooperation mit Süddänemark betrifft verschiedene Fachgebiete und hat sich auch auf verschiedene Bereiche des Gesundheitswesens ausgedehnt. Als Schwerpunkte dieser Zusammenarbeit sind zum Beispiel die Krankenhausversorgung, der Rettungsdienst, hier insbesondere die Luftrettung, zu nennen, die strahlentherapeutische Versorgung, und auch mit den Projekten der Telemedizin konnten in der Region Flensburg-Süddänemark gute Erfahrungen gemacht werden.

Mit dem neu entstehenden Partikelzentrum in Kiel - eine der modernsten Krebstherapieeinrichtungen der Welt - findet nicht nur die schleswig-holsteinische Gesundheitsversorgung, sondern auch die dänische Gesundheitsversorgung eine hervorragende Ergänzung.

Der Kooperationsvertrag mit dem Universitätsklinikum Odense mit dem Schwerpunkt Onkologie besteht seit 2006. Zusammenarbeit besteht auch in den Bereichen Stammzellenforschung, Osteoporose, Schilddrüsenerkrankungen, Diabetes, Pädiatrie,

(Astrid Höfs)

operative Gynäkologie und klinische Psychologie. Dazu gehören wissenschaftliche Projekte ebenso wie Ausbildung und Krankenversorgung.

Fast zehn Jahre versorgt die grenzenlose Klinik, das Flensburger St. Franziskus-Hospital, Tumorpatienten aus dem Nachbarland. Bemerkenswert ist auch, dass nicht die Politik oder Krankenträger diese Zusammenarbeit angeregt haben, sondern die Patienten selbst diese Idee angeschoben und so eine wohnortnahe Strahlentherapie ermöglicht haben. Vorher mussten die dänischen Patienten nicht nur lange Wege, sondern auch lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Die große Resonanz und positiven Ergebnisse halten bis heute an. Die grenzüberschreitende Behandlung hat sich so gut bewährt, dass der anfangs begrenzte Rahmen sichtbar zu einem in Europa außergewöhnlichen Projekt ausgebaut wurde. Die Kooperation wird Jahr für Jahr erweitert und inzwischen auf die gesamte Region ausgedehnt. Dieses Projekt ist ein Gewinn für beide Seiten.

Inzwischen besteht kein Zweifel, dass die Kooperation äußerst positiv ist, die grenzüberschreitende Strahlentherapie eines der erfolgreichsten Projekte in der Region ist. Selbstverständlich sind die Zweisprachigkeit in der Klinik und der regelmäßige Austausch der Experten für onkologische Behandlungsverfahren.

Sicherlich haben diese Faktoren zum Gelingen des Projekts beigetragen. In der Region helfen rund um die Uhr Ärzte, Sanitäter und Rettungsassistenten grenzüberschreitend kranken Menschen. Das deutsch-dänische Rettungswesen funktioniert reibungslos. Nordfriesische und Flensburger Rettungswagen rücken jährlich bis zu 600 Mal nach Dänemark aus. Umgekehrt erledigen dänische Notfahrzeuge vor allem Krankentransporte.

Der Arbeitskreis Europa der SPD-Landtagsfraktion hat sich in den vergangenen Wochen wiederholt mit den dänischen Sozialdemokraten in der Grenzregion getroffen und zu unterschiedlichen Fachgebieten beraten. Dabei sind wir übereingekommen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitspolitik zu vertiefen. Das neue von der EU vorgelegte Weißbuch „Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008 - 2013“ stellt finanzielle Mittel in Aussicht. Diese Chancen sollten auch genutzt werden. Mit diesen Dokumenten der EU werden Weichenstellungen für die kommenden Jahre eingeleitet.

Die von der **Europäischen Kommission** vorgeschlagene **Strategie** greift Fragen wie grenzüber-

schreitende Gesundheitsprobleme, Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gesundheitssysteme oder die Freizügigkeit von Patienten und medizinischem Personal auf. An dieser Stelle wird aber auch ein Widerspruch deutlich: Die **Nationalstaaten** bestehen einerseits darauf, dass die Gesundheitspolitik auf nationalstaatlicher Ebene betrieben wird, andererseits werden in den letzten Jahren von vielen Patienten immer mehr Gesundheitsleistungen im Ausland in Anspruch genommen.

Im Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz der deutschen Länder im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft heißt es unter anderem: Man sehe auf europäischer Ebene in Bezug auf Gesundheitsdienstleistungen einen Bedarf. Für eine generelle, gemeinschaftliche Regelung zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung bestehe nach Ansicht der Gesundheitsminister der Länder aber kein aktueller Bedarf. Ich denke, die Gesundheitspolitik der EU wird sich dynamisieren. So sehe ich in erster Linie, dass die Europäische Kommission durch den in Aussicht gestellten Gemeinschaftsrahmen **Rechtssicherheit** schaffen muss. Ich denke allerdings, wir sollten die Zusammenarbeit mit den Nachbarn vertiefen. Das hat sich bewährt. Ich bitte um Überweisung dieses Antrags an den Sozialausschuss und den Europaausschuss.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU - Unruhe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Höfs. Insgesamt darf ich Sie bitten, andere Interessen, die Sie haben, etwas leiser wahrzunehmen. - Ich erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Sassen, mit meinem Zwischenruf wollte ich lediglich deutlich machen, dass wir den Herrn Ministerpräsidenten öfter auf Reisen schicken sollten, wenn er mit so tollen Ideen zurückkommt. Das war also keine Unbotmäßigkeit in Ihre Richtung.

Bisher beschränkte sich die Zusammenarbeit in der Grenzregion auf einzelne Angebote wie zum Beispiel die Ermöglichung einer strahlentherapeutischen Versorgung von Patientinnen und Patienten aus Dänemark in Deutschland. Die Kolleginnen haben darauf hingewiesen. Der Antrag der Kollegin-

(Dr. Heiner Garg)

nen und Kollegen des SSW zielt darauf ab, dass solche **Kooperationen** in Zukunft keine Einbahnstraße mehr sein dürfen. Deshalb fordern sie in ihrem Antrag, die partnerschaftliche Planung des **Versorgungsangebots im Grenzgebiet** auszuweiten. Damit stehen sie beileibe nicht allein, denn eigentlich handelt es sich dabei um einen Wunsch nach einem tatsächlichen Europa ohne Grenzen. Diesen Wunsch nach einem Europa ohne Grenzen gibt es auch in anderen Bundesländern. Sie wissen, dass sich beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen ein Rahmenabkommen mit Polen wünschen. Baden-Württemberg wünscht sich ein Rahmenabkommen mit der Schweiz.

Die Leistungserbringer in Schleswig-Holstein haben mit der **Patientenbrücke nach Norwegen** die Erfahrung machen müssen, dass eine Kooperation über die Grenzen hinweg immer nur dann erfolgreich sein kann, wenn es dazu umfangreiche politische Unterstützung gibt. Diese politische Unterstützung fordern Sie heute ein. Erste Signale seitens der Landesregierung gibt es bereits, wie man dem kürzlich veröffentlichten Bericht der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Kooperation mit **Süddänemark** entnehmen darf. Allerdings beschränken sich die bisher dort vereinbarten Kooperationen auf Teilbereiche des Gesundheitswesens wie zum Beispiel auf die Nutzung des Rettungshubschraubers. Auch zu diesem Punkt wurden schon Beispiele genannt.

Liebe Kollegin Sporendonk, ich habe Sie so verstanden, dass der SSW fordert, sich nicht länger auf Einzelplanungen zu beschränken. Um aber zwischen Deutschland und Dänemark mehr zu erreichen, brauchen wir ein **Rahmenabkommen** wie mit Frankreich. Sie haben den Vergleich genannt. Mit Frankreich existiert bereits ein Rahmenabkommen. Dieses deutsch-französische Rahmenabkommen konnte aber nicht einfach durch die maßgeblich beteiligten Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland mit den angrenzenden französischen Regionen Elsass und Lothringen geschlossen werden. Vielmehr musste der Vertrag zwischen den Regierungen Frankreichs und Deutschlands vereinbart, ratifiziert und in **nationalen Recht** umgesetzt werden.

Bundestag und Bundesrat müssen einem solchen Rahmenabkommen zustimmen, schließlich zieht ein solches Abkommen in seiner Umsetzung weitreichende Konsequenzen nach sich. Geklärt werden musste beispielsweise im deutsch-französischen Rahmenabkommen, wer die Kosten für medizini-

sche Behandlungen in welchem Umfang trägt. Ich darf an dieser Stelle an die gestrige Diskussion erinnern. Ich darf an die komplizierten und - positiv ausgedrückt - engagierten Debatten über die Zukunft der Finanzierung von Gesundheitsleistungen allein in einem Bundesland erinnern. Wir führen diese Diskussion mit zum Teil sehr unterschiedlichen Interessen in 16 Bundesländern. Auch auf Bundesebene wird sehr kontrovers diskutiert. Mit einem **Partnerland** muss also entsprechend ausgelotet werden, wie wir hier zu vernünftigen Regelungen kommen, von denen im besten Fall beide Partner profitieren.

Die **Sozialversicherungssysteme** beider Länder sehen in vielen Bereichen - wenn überhaupt - nur eine geringe oder eingeschränkte Kostenbeteiligung bei Behandlungen außerhalb des eigenen Landes vor. Frau Sporendonk, an dieser Stelle können Sie uns im Ausschuss sicherlich noch fachliche Unterstützung in der Frage geben, wie es tatsächlich um die **dänische Kostenträgerschaft** für einzelne Behandlungen in einzelnen Behandlungsgruppen steht und wie man das im Zweifel mit dem deutschen Fallpauschalensystem abgleichen kann, wenn man im Bereich der **stationären Versorgung** bleibt, die über einzelne Kooperationen hinausgeht. Ich habe Sie immer so verstanden, dass Sie nicht nur einzelne Kooperationen fordern, sondern dass Sie tatsächlich ein Rahmenabkommen zwischen den beiden Staaten haben wollen. Sie haben das Beispiel Deutschland-Frankreich genannt.

Das bedeutet, dass auf Regierungsebene entsprechende Verwaltungsvereinbarungen zum Beispiel über pauschale Vorabgenehmigungen zur Inanspruchnahme genehmigungsbedürftiger Behandlungen getroffen werden müssen. Gleichzeitig müssen die **nationalen Kostenträger** mit eingebunden werden, um bei einer stationären Behandlung den entsprechenden Kostenrahmen zu klären.

Ich glaube, das werden spannende Beratungen im Sozialausschuss. Ich glaube aber auch, dass die Landesregierung mit Sicherheit die Unterstützung des Bundes braucht. Ich sage es noch einmal, wir können ein solches Rahmenabkommen hier einfordern, aber beschlossen wird es letztlich auf Bundesebene.

(Beifall bei FDP, SSW und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich begrüßen auch wir Grünen, dass ein Rahmenabkommen über eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschlossen wird, gießt es doch nur das in Formen, was heute im Grenzland schon gängige Praxis ist. Gerade in **Nordfriesland** profitieren Deutsche und Dänen von diesen grenzüberschreitenden Angeboten, denn auch mithilfe von dänischen Patientinnen und Patienten ist es schließlich gelungen, das Niebüller Krankenhaus als Teil des Kreiskrankenhauses Nordfriesland zu erhalten und auf dem „Markt“ zu etablieren. So wurden im vergangenen Jahr pro Monat durchschnittlich zwei kleine Däninnen und Dänen im Niebüller Krankenhaus geboren. Seit April 2005 ist an der Klinik Niebüll ein Rettungshubschrauber stationiert, dessen Einsätze jenseits der Grenze stetig zunehmen. Im Jahr 2007 waren es bereits über 100 Einsätze. Das Einsatzgebiet des mit einem Piloten, mit einem Notarzt und mit einem Rettungsassistenten besetzten Rettungshubschraubers umfasst Nord-Schleswig-Holstein und Süddänemark. Einsatzorte im Umkreis von 50 Kilometern um Niebüll werden in maximal 15 Minuten erreicht.

Beeindruckend ist das Beispiel eines dänischen Patienten, zu dem die Besatzung nach Sydals gerufen wurde, weil er nach einer Hirnblutung in Lebensgefahr schwebte. Der bodengebundene dänische Rettungsdienst hatte den Niebüller DRF-Hubschrauber alarmiert, um den Patienten schnell und schonend in ein spezialisiertes Krankenhaus zu bringen. Der Flug in die Klinik in Odense dauerte 17 Minuten. Der Transport auf der Straße hätte eine bis eineinhalb Stunden in Anspruch genommen. Dank des schnellen Hubschraubertransports auf der dänischen Seite konnte der junge Mann noch innerhalb der ersten Stunde nach dem Auftreten der Blutung im Krankenhaus behandelt werden.

Dieses Beispiel macht mehr als deutlich, wie lebenswichtig die Zusammenarbeit der deutschen und der dänischen Rettungskräfte ist. Gerade die dänische Bevölkerung sieht im Einsatz des Niebüller Hubschraubers eine wertvolle Ergänzung der schon seit geraumer Zeit bestehenden deutsch-dänischen

Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Rettungsdienst. Sie ist gelebte Praxis. Notärzte und Rettungsassistenten der Deutschen Rettungsflugwacht, DRF, und von Falck in Dänemark unterziehen sich regelmäßig einem gemeinsamen deutsch-dänischen Simulatortraining.

Bei dieser Veranstaltung, bei der realitätsnahes Hightechgerät eingesetzt wird, geht es um eine weitere Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, um sachliches Miteinander und ein effektives lebensrettendes Handeln in Grenzsituationen zu verbessern und damit auch die Kommunikation untereinander zu verbessern.

Die Zusammenarbeit soll nun durch ein **Abkommen** gesichert werden. In unseren Augen ist das Ziel eines solchen Abkommens die Gewährleistung einer schnellstmöglichen **notfallmedizinischen Versorgung** durch Rückgriff auf die nächsten erreichbaren Rettungsdienste unabhängig von nationalen Grenzen. Dies hat gerade im Landesteil Schleswig und im Bereich Südtondern eine große Bedeutung. Auch ein besserer Zugang zu einer qualitativ guten und kontinuierlichen Gesundheitsversorgung für die Bewohner des Grenzgebietes kann so sichergestellt werden. Die vorhandenen **Ressourcen** können diesseits und jenseits der Grenze so genutzt werden, dass die medizinische Versorgung optimiert wird. Dazu gehört auch der Austausch von Kenntnissen und gut bewährten Praktiken zwischen dem Gesundheitspersonal.

Der Dänische Gesundheitsdienst für Südschleswig - auf Dänisch: Dansk Sundhedstjeneste for Sydslesvig - ist im Landesteil Schleswig im Bereich der Alten- und Krankenpflege, der schulärztlichen Versorgung und der Familienberatung sehr aktiv. Darüber hinaus werden den Angehörigen der Minderheit Hilfeleistungen bei fast allen erdenklichen psychischen und sozialen Belangen geboten. Dieser Gesundheitsdienst genießt nicht nur bei der dänischen Minderheit, sondern im gesamten ländlichen Raum aufgrund seiner Kompetenz und der Freundlichkeit im Umgang wegen der dänischen Unkompliziertheit einen sehr guten Ruf.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheit ist an vielen **Bundesgrenzen** bereits seit längerer Zeit Realität. So gibt es seit dem Juli 2005 zum Beispiel ein Rahmenabkommen zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs. In diesem Bereich gibt es nicht nur Erfahrungen mit unserem Nachbarland Frankreich. Auch mit der Schweiz gibt es eine solche Zusammenarbeit seit einigen Jahren. Ein dreijähriges Pilotprojekt zwischen Basel und Baden-Württemberg

(Detlef Matthiessen)

kommt in diesem Jahr zum Abschluss. Auch wir sollten dieser guten **europäischen Praxis** folgen und die bereits etablierte und gut funktionierende Zusammenarbeit mittels eines Rahmenabkommens absichern und weiterentwickeln. Dass wir dieser Zusammenarbeit einen formalen Rahmen geben, halte ich für richtig. Einen Überaufwand sollten wir - auch dies will ich sagen - dabei vermeiden. Ich denke, es ist richtig, über dieses Thema im Ausschuss weiter zu diskutieren und es einer Lösung zuzuführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Zu einem Kurzbeitrag hat nun Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch einmal das Wort ergriffen, weil ich Folgendes deutlich machen möchte. Im Europaausschuss haben wir uns mit dem Weißbuch der EU-Kommission befasst. Die Kollegin Höfs sprach dies schon an. Dieses Weißbuch ist nicht unproblematisch. Auch das ist schon gesagt worden. Ich warne deshalb davor, dieses Weißbuch jetzt als Argument für unsere Initiative in Bezug auf ein Rahmenabkommen zu nutzen. Es geht uns bei unserem Antrag nicht um eine Angleichung der Systeme. Es geht uns nicht um die Harmonisierung im Gesundheitsbereich. Eine solche wäre auch nicht durchführbar. Dafür würde es nördlich der Grenze keine Mehrheit geben. Das ist es also nicht, was wir wollen. Wir wollen mit unserem Antrag einen anderen Weg gehen. Wir wollen erkunden, ob **bilateral** eine bessere **Zusammenarbeit** möglich ist. Die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, die momentan läuft, und zwar gut, geht von den Institutionen aus. Dänische Kommunen nehmen das Angebot deutscher Krankenhäuser und deutscher Institutionen wahr, weil es nördlich der Grenze zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Behandlung innerhalb eines bestimmten Zeitraums gibt. Damit die Menschen die ihnen zustehenden Behandlungen bekommen, nimmt man das erwähnte Angebot der Leistungen an.

Unser Vorschlag zielt darauf ab, dass wir uns gemeinsam mit unseren dänischen Nachbarn überlegen, wie eine **gemeinsame Planung** aussehen könnte und wie Doppelangebote zum Beispiel von

Spezialbehandlungen vermieden werden könnten. Die Grenzregion müsste dann wirklich als gemeinsame Grenzregion betrachtet werden.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Garg?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin Spoorendonk, Sie haben in Ihrem Beitrag vorhin eine Parallele zum deutsch-französischen Rahmenabkommen gezogen. Möchten Sie ein solches Rahmenabkommen auch zwischen Deutschland und Dänemark im Gesundheitsbereich abschließen?

Ich habe in meinem Redebeitrag gesagt, dass dieses Rahmenabkommen ein Vorbild sein könnte. Es wäre unterhalb des Rahmens eines formalen Abkommens zu erkunden, was sich in unserer Grenzregion umsetzen lässt. Ein Rahmenabkommen bedeutet schließlich nicht einfach ein Abkupfern. Ein Rahmenabkommen bedeutet nicht, dass wir in unserem Bereich alles übernehmen, was zwischen Deutschland und Frankreich läuft. So wird es nicht kommen können. Ich denke aber, es ist wichtig, dass wir eine Planung im Auge behalten und dass wir uns über Leistungen nicht nur unterhalten, sondern auch festlegen, was in diesem Bereich machbar ist. „Rahmenabkommen“ in dem von mir gemeinten Sinne beinhaltet, von den Einzelinitiativen abzukommen und hin zu einer übergeordneten Planung zu kommen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Landesregierung hat die Gesundheitsministerin Frau Dr. Gitta Trauernicht das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die enge Kooperation des Landes Schleswig-Holstein mit der **Region Süddänemark** hat die Landesregierung erst im Februar in einem umfangreichen Bericht dokumentiert. Dieser Bericht - darauf wurde in vielen Debattenbeiträgen auch eingegangen - weist auch für die **Kooperation im Gesundheitsbereich** eine beachtliche Bilanz aus. Anlässlich der

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Unterzeichnung des jährlichen Arbeitsprogramms - dieses ist ja so etwas Ähnliches wie ein Abkommen - durch Ministerpräsident Carstensen und den Regionsvorsitzenden Holst am 16. April - das ist also ganz aktuell - ist erneut deutlich geworden, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich auch künftig einen hohen Stellenwert haben wird.

Dabei geht es vorrangig um die **Weiterentwicklung** der sehr guten Zusammenarbeit in der **Krebsdiagnostik**. So wird zum Beispiel ein Referenzcluster für den Krebsbereich angestrebt. Dies würde europaweit Vorbildcharakter haben. Ein weiterer wichtiger Baustein ist bereits genannt worden: die Kooperationsvereinbarung der Universitäten über die gemeinsame Nutzung des Partikeltherapiezentrum in Kiel. Dies ist schon deshalb ein besonderes Beispiel, weil dabei deutlich wird, dass die genannte Einrichtung nur grenzübergreifend Sinn macht. Ein weiteres Kernstück ist die Fortsetzung der bereits als vorbildlich zu bezeichnenden Zusammenarbeit in der **Strahlentherapie** zwischen dem St. Franziskus-Krankenhaus in Flensburg und Süddänemark.

Auch die erfolgreiche Kooperation bei der grenzüberschreitenden **notfallmedizinischen Versorgung** wird fortgesetzt werden. Schon heute kann man salopp sagen, dass kein Rettungswagen am Schlagbaum stehen bleiben muss. Entsprechendes gilt erst recht für einen Hubschrauber. Es gibt bereits heute eine grenzüberschreitende Notfallversorgung, und das ist auch gut so. Sie sehen also, dass die deutsch-dänische Integration medizinischer Angebote schon lange auf dem Weg ist. Das hat Frau Spoorendonk bereits dargestellt.

Die Bemühungen in dieser Richtung gilt es eher noch zu verstärken. Die genannten Aktivitäten und weitere Aktivitäten werden wir durch begleitende Maßnahmen des Ministeriums weiter fördern. Das entspricht auch den Wünschen des dänischen Partners, dem wir damit weiter entgegenkommen.

Ich möchte nun Stichworte aufgreifen, die hier gefallen sind. Wir werden kurzfristig Gespräche über die jeweiligen Planungen im stationären Versorgungsbereich führen. Das wurde verabredet. Auch das **Stichwort „Personalaustausch“** ist hochinteressant. Wir werden im Ministerium in Kürze einen kleinen Beitrag dazu leisten und einen dänischen Kollegen zu einem Praktikum in unserem Ministerium begrüßen können.

Kurzum, die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zwischen den beiden Ländern ist keineswegs

notleidend. Deshalb hat mich der Antrag auf den ersten Blick überrascht. Beim weiteren Nachdenken habe ich ihm aber durchaus Sympathie abgewinnen können. Wenn es zu einem **Abkommen** oder unterhalb der Ebene eines Abkommens zu einer entsprechenden Vereinbarung kommen würde, so hätte dies symbolische Bedeutung für die Gesundheitsversorgung auch über den schleswig-holsteinischen und dänischen Bereich hinaus. Allein dies wäre es wert, so etwas zustande zu bringen. Auf der anderen Seite muss natürlich geklärt werden, welche Ziele wir damit verbinden.

Die in dem Antrag gegebene Anregung möchte ich deshalb in folgender Weise aufgreifen. Es ist wichtig, dass im Ausschuss eine Diskussion geführt wird, um wirklich miteinander zu klären, welche Vorteile wir im Blick auf die Weiterentwicklung der bisherigen Zusammenarbeit sehen. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir zu einem Ergebnis kommen, das zu einer Art Gemeinschaftsaktion der Fraktionen und der Landesregierung führt. Das wäre, wie ich finde, eine gute gemeinsame Aktivität.

Ein zweiter Vorschlag wäre, dass die Landesregierung die Vorstellungen des Landtages zunächst an den dänischen Partner heranträgt. Für uns ist es ganz wichtig zu wissen, welche Position dort in Bezug auf ein solches Vorhaben vertreten wird. Gerade vor dem Hintergrund der veränderten **Organisationsstrukturen in Dänemark** ist es für uns von Interesse, ob dort ebenfalls das Ziel verfolgt wird, ein solches Rahmenabkommen - natürlich nicht in abgekupfelter Form, sondern in einer ureigenen Form - auf den Weg zu bringen.

Unsere Botschaft sollte also lauten: Wir alle wollen die gute Kooperation ausbauen, wir wollen sie nach Möglichkeit verbessern. Wir wollen sie gern sichern, auch durch mögliche Vorteile eines Rahmenabkommens. Vor allem - das sind wir auch der guten Nachbarschaft schuldig - sprechen wir erst einmal mit den Nachbarn, bevor wir nach Berlin fahren, denn ein gemeinsamer Auftritt in Berlin beziehungsweise in Dänemark auf der zentralen Ebene würde für das Vorhaben natürlich von Vorteil sein.

In diesem Sinne erwarte ich eine konstruktive Debatte im Ausschuss, und dann sehen wir einmal weiter. Die Idee finde ich jedenfalls sehr sympathisch.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1992 federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Biologische Vielfalt erhalten - Artensterben bis 2010 stoppen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2000 (neu)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2025

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke, Frau Präsidentin! - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit heute Morgen unsere Landtagsitzung begonnen hat, sind bereits bis jetzt zwölf Arten ausgestorben. Vielleicht eine Pflanze mit einem Wirkstoff gegen Krebs? Eine Million Jahre alte Korallenart? Eine Getreideart mit geringem Wasserbedarf, die hätte helfen können, vielleicht in Zukunft den Hunger in der Welt zu besiegen? Wir wissen es nicht. Was wir wissen, ist, dass durchschnittlich alle 15 Minuten eine Art für immer von der Erde verschwindet. Was tut diese Landesregierung? Auf der einen Seite spricht sie von der bunten Vielfalt unserer Heimat. Sie weigert sich auf der anderen Seite beharrlich, dringend benötigte Vogelschutzgebiete auf Eiderstedt auszuweisen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie öffnet dem Grünlandumbruch in der Landwirtschaft auf Eiderstedt und im ganzen Land Tür und Tor. Die Trauerseeschwalbe ist wieder auf dem Rückzug, massive Entwässerung lässt die Wasserstände in den Gräben sinken. Kiebitz, Rotschenkel und Uferschnepfe bekommen kaum noch Küken groß, weil die Landwirtschaft immer intensiver wirtschaftet und jeder Flecken genutzt wird.

Die **Landesregierung** spricht vom gemeinsamen Ziel der **EU**, bis zum Jahr 2010 den **Artenschwund** zu stoppen, und lässt es zu, dass im Kreis Lauenburg, im Kreis Plön und im ganzen Land Knicks und ganze Baumreihen abrasiert und ins Sägewerk geschafft oder als Holzhackschnitzel verkauft werden.

Jede zweite Pflanzenart, jede zweite Vogelart, drei Viertel der Amphibien in Schleswig-Holstein sind gefährdet oder bereits aus der Landschaft verschwunden. Die Zwergmöwe ist nicht mehr da, der Papageientaucher ist weg, die Sumpfschildkröte, der Stör - sie fehlen, das macht uns ärmer. Jede Art, die uns verloren geht, macht uns alle ärmer.

Herr Minister, wir brauchen keine schöne Umweltlyrik, wir brauchen konkrete Maßnahmen, um den Aderlass an **biologischer Vielfalt** zu stoppen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie auch beim Klimaschutz haben wir kein Wissensproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir fordern daher die Landesregierung auf, dem Parlament zu berichten, wie die Ziele der **nationalen Biodiversitätsstrategie** in Schleswig-Holstein umgesetzt werden sollen. Dazu gehören die Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinien, der Abschluss der Gebietsausweisungen bis 2010, Erstellung von Masterplänen und Managementplänen für alle Gebiete und Verbesserung des Erhaltungszustands aller Arten und Lebensraumtypen bis 2020, Vernetzung der Habitate in ein Biotopverbund bis 2010, Präzisierung und Ökologisierung beziehungsweise Festlegung einer guten fachlichen Praxis in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft bis 2010, Schaffung eines Systems von Wäldern mit natürlicher Entwicklung auf 5 % der Fläche, Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Flächenverbrauch und Reduzierung des Flächenverbrauchs von derzeit circa 120 Hektar pro Tag auf 30 Hektar pro Tag im Jahr - wenigstens als Übergangslösung. Nach meiner Meinung müssen wir zu einer Wirtschaft kommen, wo mit dem Flächenverbrauch schlicht Schluss gemacht wird.

Die Landesregierung sagt immer, man müsse **Naturschutz** mit den Menschen machen. Meine Damen und Herren, da haben Sie uns ganz auf Ihrer Seite. Aber machen Sie ihn auch mit dem Laub-

(Detlef Matthiessen)

frosch, mit dem Schlammpeitzger und mit dem Fischotter? Im Zweifel haben Sie noch immer den wirtschaftlichen Interessen den Vorrang gegeben, den vordergründig betriebswirtschaftlichen Interessen. Naturschutz ist volkswirtschaftlich etwas, was wir nicht aus der Hand geben dürfen. Die Bewahrung der Natur ist gleichzeitig die **Bewahrung menschlichen Wirtschaftsvermögens** hier auf unserer Erde.

Frau Merkel redet grün, Herr Gabriel macht auf Klima, und selbst Herr von Boetticher soll schon einmal eine Kröte über die Straße getragen haben.

(Günther Hildebrand [FDP]: Oder geschluckt!)

Aber beim nächsten Großprojekt wird wieder voller Häme über die Mopsfledermaus, den Feldhamster und den Wachtelkönig gespottet! Die Großen Koalitionen in Bund und Land haben sich offenbar das Motto: „Grün reden, aber schwarz regieren“ zu eigen gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir sollten jedoch statt großer Worte lieber konsequent handeln.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Herlich Marie Todsens-Reese.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schade, lieber Kollege Matthiessen! Eine Chance über das wichtige Thema Artenschutz zu mehr Gemeinsamkeit zu kommen, haben Sie wieder einmal gründlich vergeigt.

(Beifall bei CDU, FDP sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

„Artenschwund behindert Forschung“ - so heißt heute eine kleine Notiz im „Ostholsteiner Anzeiger“. Da heißt es:

„Der alarmierende Artenschwund in Tier- und Pflanzenwelt raubt der Menschheit die Schlüssel zur Entwicklung lebensrettender

Medikamente. Davor warnt das UN-Umweltprogramm.“

Ich glaube, das macht deutlich - wir schließen uns auch diesen Einschätzungen an -, dass wir es mit einem ernst zu nehmendem Problem zu tun haben. Aber ich glaube, dass es verkehrt ist, dieses ernste Problem so zu behandeln, wie Sie es eben leider getan haben, lieber Kollege Matthiessen.

Der letzte Bericht zur biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein stammt aus dem Jahr 2001, und wenn mich nicht alles täuscht, hatten wir damals einen grünen Umweltminister. Den hatten wir auch über ein paar Jahre. Ich frage mich bei den Anträgen, die Sie gestellt haben, was Sie eigentlich in der Zeit getan haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Was Sie heute zum Antrag erhoben haben, hätten Sie alles erledigen können. Damals lautete die Überschrift meiner Pressemitteilung: „Bericht wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht.“ Das war damals schon so. Es gab heftige Kritik wegen einer ganzen Reihe von Ungenauigkeiten und zum Teil auch unkorrekter Angaben. Damals wie heute vermisse ich eine sorgfältige grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema. Es ist umso wichtiger, weil alle bisherigen Schutzbemühungen - da sind wir uns auch einig - den **Verlust von Lebensräumen** und den **Artenrückgang** nicht haben aufhalten können. Deshalb kann ich auch jetzt schon sagen: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, in der 35. Tagung einen Bericht von der Landesregierung zu bekommen. Wir werden dann dieses wichtige Thema auf der Grundlage des aktuellen Berichtes diskutieren können, den Minister von Boetticher vorlegen wird.

Nun zu Ihrem zweiten Anliegen, Herr Matthiessen: Mehr Anreize für **ehrenamtliche Arbeit** im Natur- und Umweltschutz und 1.000 Patenschaften. Ich frage mich schon, wie Sie die Wirklichkeit der praktischen Naturschutzarbeit, insbesondere der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit, im Land wahrnehmen und bewerten. Es ist doch wirklich erfreulich, wenn das Magazin „GEO“ ganz aktuell dem Land Schleswig-Holstein bescheinigt: „Pluspunkt sei außerdem das Engagement der ‚Nordlichter‘: 7 % seien Mitglieder in Naturschutzverbänden“. - So eine dpa-Meldung vom 17. April 2008.

Die ehrenamtliche Naturschutzarbeit in Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition. Dafür steht die Vielfalt unserer großen und kleinen Verbände. Das reicht vom NABU, dem Landesjagdverband und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald bis hin zu

(Herlich Marie Todsens-Reese)

den lokalen Bündnissen vor Ort wie dem Förderverein Mittlere Treene, dem kleinen, aber feinen Naturschutzverein Kasseedorf oder der Vogelschutzgruppe Malente-Eutin.

Eine lange Tradition hat auch die Betreuung unserer Schutzgebiete in Schleswig-Holstein. Über 30 **Naturschutzvereine** betreuen zurzeit 123 Naturschutzgebiete, 22 Bereiche im Nationalpark Wattenmeer sowie weitere acht geschützte Gebiete. Allein dafür erhalten sie im Jahre 2008 rund 1 Million €.

Darüber hinaus engagieren sich die Vereine und Verbände sowie viele Bürgerinnen und Bürger in unzähligen **Artenschutzprojekten**. Dabei geht es - ich nenne nur wenige - um Seeadler, Wiesenweihe, Schwarz- und Weißstorch, Fischotter, Fledermäuse, Eulen, Hornissen, Eisvögel, Amphibien und Orchideen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Diese habe ich genannt, Herr Nabel. - Sie alle haben eine Vielzahl von Paten. Das wollen wir den Menschen, die sich in diesem Bereich engagieren, nicht absprechen, auch nicht durch Ihren heutigen Antrag.

Die vielen Umweltbildungsaktivitäten belegen eindrucksvoll: In unserem Land gibt es ein großes **ehrenamtliches Engagement**. Dieses verdient es sicherlich, in der Ausschussberatung noch einmal genauer analysiert und bewertet zu werden. Ohne den ehrenamtlichen Einsatz wären viele Aktivitäten und Maßnahmen im **Naturschutz** nicht möglich. Es ist auch unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass engagierte Naturschützer im Lande weiterhin mit Freude dabei sind.

Nun zu Ihrer letzten Forderung bezüglich des „Countdown 2010“. Dem Wunsch, dieser Initiative beizutreten, stehe ich sehr zurückhaltend gegenüber. Ohne Zweifel ist die IUCN auf nationaler und internationaler Ebene ein wichtiger Motor im Einsatz für den Schutz und den Erhalt der **Biodiversität**.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur nicht in Schleswig-Holstein!)

Für mich gibt es keinen Zweifel, dass wir die Vielfalt des Lebens auf der Erde, von der genetischen Vielfalt über die Artenvielfalt bis hin zur Vielfalt der Ökosysteme, schützen und dauerhaft sichern müssen. Auf der Ebene unseres Landes sollten wir uns aber vor allem auf die Entwicklung und Umset-

zung der dringend erforderlichen konkreten Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen konzentrieren.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Kollegin, die Zeit!

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Ich komme gleich zum Schluss. Nun mein letzter Satz: Weniger ist manchmal mehr. Ich will Ihre Vorwürfe, Herr Kollege Matthiessen, einmal aufgreifen.

Wir haben es unserem Umweltminister Dr. von Boetticher zu verdanken, dass NATURA 2000 in diesem Land endlich umgesetzt worden ist. Das hat sein Vorgänger, der grüne Umweltminister, der einen Scherbenhaufen hinterlassen hat, nicht geschafft.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie sich heute anheischig machen, eine solche Kritik zu üben, finde ich schlichtweg unredlich. Ich bedaure, dies sagen zu müssen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit!

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Das stand nicht in meinem Konzept. - Ich freue mich dennoch auf eine konstruktive gemeinsame Diskussion im Umwelt- und Agrarausschuss.

(Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war aber ein langer letzter Satz!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Kollegin Todsens-Reese.

Wir haben eine besondere Besuchergruppe zu begrüßen. 34 Mädchen sind anlässlich des Girls' Day Gäste mehrerer Fraktionen dieses Hauses. - Seien Sie uns bei der Plenardebatte und den ganzen Tag über herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Konrad Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heute zur Debatte stehenden Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Biologische Vielfalt erhal-

(Konrad Nabel)

ten - Artensterben bis 2010 stoppen“ und „Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie“ greifen ein wichtiges Thema auf, an dem auch wir zurzeit arbeiten. Wir werden die Aufforderung an die Landesregierung, zur 35. Tagung, also zur ersten Tagung nach der Sommerpause, über die schleswig-holsteinischen Aktivitäten zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zu berichten, unterstützen.

Hätten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es dabei belassen, dann hätten Sie sicherlich die Unterstützung des ganzen Hauses erhalten.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Leider vermischen Sie aber Ihren ursprünglichen Berichtsantrag wieder einmal mit Forderungen, die wesentliche Teile des gewünschten Berichts voraussetzen, denen wir deshalb heute nicht zustimmen können und die wir bis zur Vorlage und Diskussion des Berichts in den Ausschuss überweisen werden.

Ganz offensichtlich haben Sie wieder einmal von Ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Landtagen abgeschrieben. Aber dabei haben Sie sich entweder nicht so recht getraut, oder Sie waren inhaltlich nicht auf der gleichen Linie wie zum Beispiel Ihre niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen, die ziemlich genau eine Woche vor Ihnen den Antrag „Artensterben bis 2010 stoppen - Land muss Aktionsplan vorlegen“ in Hannover gestellt haben. In diesem viel weiter gehenden und sehr konkreten Antrag werden 24 Ziele benannt, die sich übrigens wortgleich in der Nationalen Strategie der Großen Koalition auf Bundesebene wiederfinden und dort abgeschrieben wurden. Es sieht ganz so aus, als hätten Sie sich mit der von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgelegten und im November 2007 vom Bundeskabinett beschlossenen Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt überhaupt nicht beschäftigt. Immerhin sind 180 Seiten zu lesen. Ihre heutigen Forderungen finden sich, genau wie die Ihrer Kolleginnen und Kollegen anderer Landtage, als Weg zur Umsetzung in der Strategie wieder. Es ist selbstverständlich, dass auch wir in Schleswig-Holstein uns an dem von der Bundesregierung aufgezeigten Weg der Umsetzung beteiligen werden.

Meine Damen und Herren, leider kann ich in der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht inhaltlich ausführlich auf die große Brisanz des Themas der biologischen Vielfalt eingehen. Ich will mich auch nicht auf Ihre Dramatisierung einlassen, Herr Kol-

lege Matthiessen. Ohne Zweifel ist aber der Erhalt der biologischen Vielfalt neben dem Klimawandel die größte Herausforderung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Planeten.

Wir haben diese Diskussion hier im Haus bereits geführt. Wir werden sie nach Vorlage des Berichts weiterführen. Anders als die Kollegin Todsens-Reese halte ich den Bericht aus dem Jahr 2001 nach wie vor für eine sehr gute Grundlage.

Meine Damen und Herren, mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt liegt in Deutschland erstmals eine umfassende und anspruchsvolle Strategie zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt von 1992 vor. Liebe Frau Kollegin Todsens-Reese, 1992 hat Herr Kohl regiert und Frau Merkel war Umweltministerin. Seitdem ist leider nicht viel passiert. Es hat bis zum Jahr 2007 gedauert, bis auf Bundesebene endlich etwas geschehen ist. - So viel als Austausch gegenseitiger Höflichkeiten. Das muss ja auch sein.

In dieser Strategie gibt es rund 330 Ziele und 430 Maßnahmen zu allen Bereichen der biologischen Vielfalt. Die Umsetzung dieser Strategie ist keine Aufgabe für den Bund allein, sondern muss alle gesellschaftlichen Akteure einbeziehen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Deshalb hat das BMU im Dezember 2007 - im Dezember 2007! - einen mehrjährigen - mehrjährigen! - dialogorientierten Umsetzungsprozess gestartet. Bausteine dieses Prozesses sind nationale und regionale Foren zur biologischen Vielfalt sowie Workshops, zu denen alle staatlichen und nicht staatlichen Akteure eingeladen sind. Selbstverständlich sind unsere schleswig-holsteinischen Fachleute im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung“ hierbei vertreten.

Nun sollen wenigstens noch einige inhaltliche Punkte von mir erwähnt werden.

Selbstverständlich geht es um den Schutz der biologischen Vielfalt, es geht aber auch darum, die biologische Vielfalt durch naturverträgliche Produkte und Dienstleistungen nachhaltig zu nutzen. Es geht darum, schädliche Umwelteinflüsse auf die biologische Vielfalt zu reduzieren, und es geht auch darum, die Ressourcen fair zu nutzen. Das heißt, dass wir uns in den zivilisierten, entwickelten Ländern auch um die Länder kümmern, die keine Chancen haben, etwas über Technik auszugleichen.

(Konrad Nabel)

Dass es bei der biologischen Vielfalt um mehr geht als um die **Artenvielfalt** bei Pflanzen und Tieren, wird häufig vernachlässigt. Natürliche Veränderungen, verstärkt durch den **Klimawandel**, sind nicht selten mit massiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen auch für die Menschen verbunden. Denn mit aussterbenden Pflanzenarten verkümmern die Böden, und nach dem Aussterben von Tierarten treten Schädlingsplagen auf, oder es droht Erosion.

Meine Damen und Herren, das BMU und das Bundesamt für Naturschutz gewichten die Bedeutung eines gemeinsamen gesellschaftlichen Prozesses im Hinblick auf den Erfolg der Umsetzung sehr hoch. Hinweise und Vorschläge der Akteure bilden wichtige Wegweiser für das weitere Vorgehen. Erste Erkenntnisse liegen vor, denen ich mich persönlich sofort anschließen kann. Die Forderung nach einem Nachhaltigkeits- beziehungsweise Biodiversitäts-Check für alle neuen Gesetze, Verordnungen und Pläne ist ebenso zu unterstützen wie die Aufforderung, auch in Zeiten der Rezession nicht vor Investitionen in personelle und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung der Strategie zurückzuschrecken.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Politik die nötigen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement schafft und damit die Netzwerkbildung begünstigt. Nur so kann das Ganze funktionieren. Auch in den Verwaltungen muss das Thema anders angegangen werden.

Ich könnte jetzt noch eine Stunde weiterreden.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Aber nicht von hier!

Konrad Nabel [SPD]:

Aber meine Zeit ist zu Ende. Frau Präsidentin, ich habe es gesehen.

Wir werden dieses Thema im Ausschuss sicherlich weiterdiskutieren. Wir warten selbstverständlich auf den Bericht, aber wir werden bis dahin auch unsere eigenen Schwerpunkte setzen. Ich hoffe, dass dies für die anderen Fraktionen im Hause ebenfalls gilt.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Konrad Nabel. - Für die FDP-Fraktion erhält nun Herr Abgeordneter Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, es war schon enttäuschend, was ich von Ihnen heute hier vernommen habe. Ich dachte, Sie würden etwas zum Artenschutz und zur Biodiversität sagen. Es ist dabei vordergründiger Populismus herausgekommen. Sie sagen, die Trauerseeschwalbe - dies nur als Beispiel - sei erst durch künstliche Nisthilfen überhaupt wieder in Eiderstedt gelandet, und aufgrund der diskutierten Vogelschutzgebietsausweisung hätten die Landwirte dies wieder abgebremsst, worin der Rückzug begründet liege. Wenn Sie schon selbst das Auf-den-Stock-Setzen eines Knicks als Umweltfrevdel bezeichnen, dann haben Sie nicht richtig verstanden, was Knickpflege ist.

(Beifall bei der FDP)

Biodiversität ist für uns unverzichtbar. Biodiversität steht für Vielfalt des Lebens auf der Erde. Biologen haben bisher etwa 2 Millionen Pflanzen, Tier-, Bakterien- und sonstige Arten beschrieben. Wahrscheinlich leben jedoch etwa 8 bis 10 Millionen Arten auf unserer Erde. Während die Wissenschaft die meisten Arten noch katalogisieren muss, führen gleichzeitig Umweltbelastungen und Naturzerstörung zu einem Verlust an dieser biologischen Vielfalt, kurz Biodiversität genannt.

Welche Konsequenzen dieser Verlust an Biodiversität für unsere Erde haben wird, ist derzeit nicht abzuschätzen. Weltweit versuchen deshalb Wissenschaftler herauszufinden, wie sich ein Verlust an Arten auf die in einem Ökosystem ablaufenden Prozesse, insbesondere die Stoffflüsse, auswirkt. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass der Verlust an Biodiversität auch für den Menschen unangenehme Folgen haben wird, da zum Beispiel die Stoffkreisläufe die Grundwasserqualität, das Nitratrückhaltevermögen des Bodens oder auch die Produktivität beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund sollte die im Mai in Deutschland stattfindende 9. Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt auch die entsprechende Beachtung durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag finden. Noch nie zuvor wurde so schnell so viel vom großen Schatz der **Artenvielfalt**

(Günther Hildebrand)

falt zerstört. Der Mensch ist eilig dabei, die natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden.

Meine Damen und Herren, Artensterben kann auch als natürlicher Prozess vor sich gehen. Damit kann ein Stopp des Artensterbens, wie in der Überschrift des Antrages der Grünen gefordert, natürlich nicht verhindert werden. Der Prozess des Artensterbens vollzieht sich allerdings derzeit bis tausendmal schneller, als es mit evolutionären Gründen erklärbar wäre.

Jährlich werden 12 Millionen ha **Wald** vernichtet - ein Drittel der Fläche Deutschlands und mehr Wald, als in Deutschland insgesamt steht. Geschätzte 26.000 Arten sterben jährlich. Alle 20 Minuten verlieren wir somit eine Tier- oder Pflanzenart. Menschliche Aktivitäten wie Raubbau und Abholzung reduzieren die biologische Vielfalt weiter. Der **Klimawandel** tut ein Weiteres. Es ist daher wichtig, dass bei der bereits genannten Vertragsstaatenkonferenz den Zielen des Schutzes und Erhalts der Biodiversität und deren nachhaltiger Nutzung Rechnung getragen wird.

Dabei wird es auch um die **Entwicklungspolitik** gehen. Hier gibt es durchaus auch für die deutsche Entwicklungspolitik Ansatzpunkte. Möglicherweise sind deutsche Gelder für die Entwicklungshilfe, die heute an China ausgezahlt werden, besser angelegt, wenn man sie afrikanischen Küstenstaaten zukommen lässt, um sie vor der Leerfischung ihrer ehemals fischreichen Küstengewässer durch chinesische Schwarzfangflotten zu schützen. Dies ist nur ein Beispiel.

Es geht aber auch um Maßnahmen, die wir in Schleswig-Holstein ergreifen können. Da ist zum einen die Forderung, der Initiative „Countdown 2010“ der Weltnaturschutzorganisation IUCN beizutreten. Als Vorbild haben wir hier andere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, aber auch die Niedersächsischen Staatsforsten, die dieser Initiative bereits beigetreten sind beziehungsweise dies planen. Auch über den eher symbolischen Akt, 1.000 Patenschaften für den Tier- und Artenschutz zu unterstützen, können wir gern reden. Wir sollten aber auch eine systematische landesweite Erfassung verschiedener Arten mit einheitlicher Methodik durchführen lassen, wo dies noch nicht geschehen ist.

(Beifall bei der FDP)

Im Bereich der Reptilien ist dies bisher zumindest nicht erfolgt, wenn den Broschüren der Landesregierung Glauben geschenkt werden kann. Insgesamt sollten wir heute nicht über den Antrag ab-

stimmen. Wir sollten die konkreten Vorschläge der Grünen in den Ausschuss überweisen und vor einer Abstimmung zunächst die Ergebnisse abwarten, die uns der Bericht der Landesregierung in der 35. Tagung präsentieren wird. Möglicherweise können wir dann alle gemeinsam weitere Maßnahmen erarbeiten und dem Antrag der Grünen hinzufügen oder Vorschläge der Grünen ersetzen, um letztlich den Erhalt der Artenvielfalt in Schleswig-Holstein zu sichern.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Hildebrand. - Für den SSW im Landtag erhält nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der weltweite Rückgang und das Verschwinden von Ökosystemen und Lebensräumen und das Aussterben von **Tier- und Pflanzenarten** schreitet Jahr für Jahr voran. Die Wissenschaft geht davon aus, dass in den letzten 300 Jahren „nur“ alle zehn Jahre eine Art verschwand. Gegenwärtig geht in Deutschland durchschnittlich jedes Jahr je eine Pflanzen- und Tierart verloren. Anhand der Roten Listen können wir bereits heute sehen, welche Arten als gefährdet eingestuft werden. Die rasante Entwicklung beim Artensterben lässt befürchten, dass binnen weniger Jahrzehnte Flora und Fauna um 60 % bis 90 % schwinden.

Wesentliche Gründe hierfür sind landwirtschaftliche Monokulturen und die Versiegelung von Natur und Landschaft, die Trockenlegung von Feuchtgebieten und Mooren oder die Zerstörung von Gewässersystemen, das unkontrollierte Jagen und Sammeln sowie Überfischung, Verschmutzung, Klimaveränderung oder die Verdrängung einheimischer Arten durch eingebürgerte Arten.

Überwiegend durch den mittelbaren oder unmittelbaren Eingriff des Menschen in den **Naturhaushalt** kommt es zum Biotop- und Artensterben. Besonders betroffen sind hierbei in erster Linie spezialisierte Arten und Lebensräume, die empfindlich auf Einwirkungen von außen reagieren. Die Wissenschaft macht bereits seit Längerem auf die rasante Entwicklung beim Artensterben aufmerksam. Aber man gewinnt den Eindruck, dass erst durch die umfangreichen Klimadiskussionen der jüngsten Zeit eine neue Sensibilität auch für bedrohte Arten und Lebensräume geweckt wurde.

(Lars Harms)

Wie auch immer, es ist gut und richtig, dass wir uns ausführlich mit dem komplexen Thema Erhalt der biologischen Vielfalt auch politisch auseinandersetzen, um Wege zu finden, wie dem Artensterben entgegengewirkt werden kann. Die Gründe für das Artensterben sind uns hinlänglich bekannt. Leider fehlt es an der Umsetzung von konkreten Maßnahmen, um die Entwicklung aufzuhalten.

Im ersten Punkt des Antrages der Grünen wird gefordert, besondere Anreize für Bürger zu schaffen, um die ehrenamtliche Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz zu stärken sowie 1.000 Patenschaften zu unterstützen. Gegen derartige Initiativen kann man grundsätzlich keine Einwände haben, aber die Grünen bleiben uns die Antwort schuldig, wie die Forderungen konkret ausgestaltet, finanziert und umgesetzt werden sollen. Konkrete Maßnahmen sind aus Sicht des SSW wesentlich effizienter, um entsprechende Erfolge zu erzielen. Maßgeblich zu nennen ist hierbei das europäische Netz NATURA 2000 und insbesondere die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie, die vorschreibt, alle für Europa typischen wildlebenden Arten und natürlichen Lebensräume in einen günstigen Erhaltungszustand zu bringen. Auch konkrete Naturschutzmaßnahmen, die zur Verbesserung der Artenvielfalt beitragen, sind aus unserer Sicht besser geeignet, um Erfolge zu erzielen. Wir halten es für durchaus angebracht, im Rahmen derartiger Maßnahmen die **ehrenamtliche Arbeit im Natur- und Umweltschutz** zu stärken.

Was die 1.000 Patenschaften angeht, macht die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen zur Biodiversität deutlich, dass die Anstrengungen der Landesregierung noch größer sein könnten. Im Rahmen des Jubiläumsprojektes des LandFrauenVerbands Schleswig-Holstein wurden insgesamt 60 Patenschaften - das sind meines Wissens die einzigen - unterstützt. Dieses Engagement des LFV ist durchaus bemerkenswert. Jedoch macht es deutlich, dass hier noch viel mehr geleistet werden kann als bisher, wenn insgesamt 1.000 Patenschaften vergeben werden sollen. Vordringlich sehe ich hierbei aber die Unterstützung von Naturschutzorganisationen als Ansprechpartner für derartige Projekte.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Initiative der Landesregierung zur biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein Früchte tragen wird, damit das Bewusstsein in der Bevölkerung für die **biologische Vielfalt** geschärft und das Engagement hierfür geweckt wird. Generell bleibt festzuhalten, dass die Landesregierung das Problem erkannt hat und auch initiativ geworden ist.

In dieses Bild passt auch die erarbeitete Nationale Strategie der Bundesregierung zur biologischen Vielfalt zur Umsetzung des UN-Übereinkommens, die rund 330 Ziele und rund 430 Maßnahmen zu allen relevanten Themen enthält. Wichtig ist hierbei, dass diese nationalen Bestrebungen alle gesellschaftlichen Akteure einbeziehen und die Maßnahmen umgesetzt werden. Hier hat die Landesregierung eine Verantwortung, dass die Nationale Strategie auch in Schleswig-Holstein erfolgreich verläuft.

Wenn Schleswig-Holstein seine Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt wirklich umsetzt, sollte aus Sicht des SSW nichts dagegen sprechen, der Initiative „Countdown 2010“ der Weltnaturschutzorganisation IUCN beizutreten und schon vorhandene Projekte unter diese Initiative zu stellen. Damit würde die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und deutlich machen, dass sie es ernst meint, den Artenverlust bis 2010 zu stoppen, und dafür auch werben will.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für die Landesregierung erhält nun der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst ganz herzlich für diese sehr ernsthaft geführte Debatte bedanken. Ich glaube, sie zeigt, dass dieses Thema in allen Fraktionen einen sehr hohen Stellenwert hat.

Herr Matthiessen, das unterscheidet sich ein bisschen von Ihrem Beitrag, der eine alte ökologische Grabenkampfrede der 80er- und 90er-Jahre war, die eigentlich schon überwunden ist. Irgendwie gelten Sie damit auch als aussterbende Art. Denn wenn Sie einmal nach Hamburg gucken, sind andere Grüne in der Bundesrepublik schon viel weiter. Ich weiß gar nicht, wie Sie das Ihren Wählern erklären wollen, dass man dort eine Koalition mit dem Erzbösen eingeht, das Sie an dieser Stelle immer noch so schön pflügen.

(Lars Harms [SSW]: Das können Sie auch nicht erklären!)

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen und zu dem Antrag sagen - Herr Matthiessen, das haben

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Sie auch nicht getan, Sie haben noch nicht einmal zu Ihrem eigenen Antrag Stellung genommen -: Sie rennen damit natürlich offene Türen ein. Hier in Kiel könnte man sagen, Sie tragen Schiffe nach Kiel.

Besondere Anreize für ehrenamtliche Arbeit, für Patenschaften - das wissen Sie natürlich -, gibt es in diesem Land schon lange. Der **ehrenamtliche Naturschutz** hat nicht nur eine über 100-jährige Tradition, er wird schon seit vielen Jahren und auch jetzt - in einer für das Land finanziell nicht einfachen Zeit - von uns mit über 1 Million € gefördert. Wir hatten gerade im März die jährliche Betreuer-tagung mit über 140 Anwesenden, die sich ehrenamtlich vor Ort im Naturschutz einsetzen. Frau Todsen-Reese hat schon darauf hingewiesen, dass wir von „GEO“ zu Recht für diesen sehr hohen Anteil an ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern im Naturschutz gelobt worden sind.

Darum muss der Naturschutz und der ehrenamtliche Naturschutz auch nicht aus einem Schlummer geweckt werden. Die Unterstützung hatte und hat nach wie vor einen hohen Stellenwert. Gerade diese Arbeit leistet Erstaunliches. Im Übrigen hat uns die Europäische Union aufgefordert, auch auf der großen UN-Konferenz die positiven Beispiele zu nennen, die wir im Zusammenwirken mit Politik und Regierung auf der einen Seite und mit dem Ehrenamt auf der anderen Seite erreicht haben.

Ich nenne hier einmal die Pflege der Tümpel, das Aufhängen und Kontrollen von Fledermauskästen, die Mahd von Orchideenwiesen nur mit der Sense, die Kennzeichnung der Gelege der Seeschwalben am Strand und die Vogelzählung - übrigens auch eine große Tradition in Schleswig-Holstein. Ich weiß, dass schon mein Großvater in den 50er-Jahren Vogelzähler auf Amrum war. Auch heute noch kommen viele Menschen aus der Bundesrepublik für diese Aufgabe hierher. Wir haben große Erfolge beim Schutz der Eule, des Seeadlers und beim Schutz des Otters, weil sich Menschen dafür ehrenamtlich engagieren. In Ihrem Sinne könnte man sagen, sie übernehmen Patenschaften.

Herr Matthiessen, ich freue mich im Übrigen, dass Sie einer der sehr eifrigen Leser unserer Koalitionsvertrages sind, denn die geforderten 1.000 Patenschaften sind nichts Neues.

Vieles ist in diesem Land geschehen. Ich denke daran, dass beispielsweise heute Landfrauen Patenschaften übernehmen. Angesichts des 60. Geburtstages des LandFrauenVerbandes gab es diese 60 Patenschaften für Wildpflanzen in Schleswig-

Holstein. Sie haben mit fachkundiger Unterstützung des LANU heimische Wildpflanzen herangezogen und sie dann auf geeigneten Flächen ausgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf beispielhaft noch ein anderes Projekt nennen, das wir jährlich unterstützen. Das ist die Nussjagd, wo Tausende von Kindern aus Schulen und Kindergärten Haselnüsse in Schleswig-Holstein suchen, um die hier selten gewordene Haselmaus nachzuweisen. Auch das ist ein Beispiel dafür, dass Kinder **Patenschaften** übernehmen, dass sie sich anstrengen, dass sie sich für den **Artenschutz** engagieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich glaube, in diesem Land tut sich eine ganze Menge. Sie sollten die Augen davor nicht verschließen, dass Menschen in ganz unterschiedlichen Bereichen ehrenamtlich im Naturschutz aktiv werden.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Initiative „Countdown 2010“ der IUCN sagen. Wenn wir eine Umfrage durchführen und hier im Haus und auf der Straße fragen würden, was die IUCN ist, würde es wahrscheinlich ein relativ erschütterndes Ergebnis geben. Das freut mich auch nicht, denn das ist eine sehr ehrenwerte Initiative. Aber es ist eine von vielen Initiativen, die sich bestimmte Ziele gesetzt hat.

Nun kann man zwei Dinge machen: Man kann beitreten und darüber reden, dass man viel Gutes tun möchte, oder man kann viel leisten, ohne beizutreten. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden. Vielleicht ist das ein bisschen unsere norddeutsche zurückhaltende Art. Ich möchte die Initiative nicht schlechtreden. Aber mir ist es nicht so wichtig, dass man irgendwo beitrifft und darüber redet, was man vielleicht tun möchte, sondern mir ist es eher wichtig, dass man konkrete Dinge auf den Weg bringt.

Ich freue mich über Ihre Aufforderung zu diesem Bericht, den ich hier sehr gern geben werde. Wir werden dann anhand des Berichtes gemeinsam analysieren können, was noch zu tun ist. Ich bin immer für Anregungen für den Artenschutz dankbar. Aber, lieber Kollege Matthiessen, Sie müssen dann konkret sein und sich nicht nur auf rein populistische, alte Äußerungen beschränken. Da muss dann ein bisschen mehr kommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wenn ich das Plenum richtig verstanden habe, wollen Sie dem Berichtsantrag heute zustimmen und den anderen Antrag überweisen. Dann schlage ich vor, den Antrag Drucksache 16/2025 - das ist der Berichtsantrag zur 35. Tagung - abweichend von der Geschäftsordnung nach § 75 der Geschäftsordnung zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren. - Wer diesem Berichtsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das haben fast alle getan, dann ist das so beschlossen.

Dann gibt es den Wunsch auf Ausschussüberweisung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2000 (neu) dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Bevor ich Sie in die Mittagspause entlasse, möchte ich einen geschäftsleitenden Hinweis machen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass die Tagesordnungspunkte 34 und 35 gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden sollen, und zwar um circa 16:30 Uhr. Wir würden dann für die Tagesordnungspunkte ein bisschen mehr Zeit, wir haben da an sieben Minuten gedacht, verwenden. Es geht um 15 Uhr verabredungsgemäß weiter mit den Tagesordnungspunkten 38 und 53, Kohlestrom/Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:57 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung wieder und rufe die Tagesordnungspunkte 38 und 53 zur gemeinsamen Beratung auf.

Gemeinsame Beratung**a) Abschied vom Kohlestrom**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2017

b) Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1378

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1396

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 16/1982

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Durch Plenarbeschluss vom 11. Mai 2007 wurden die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW mit der Forderung „Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern“ - das sind die Drucksachen 16/1378 und 16/1396 - federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen. Die Ausschüsse haben sich jeweils in mehreren Sitzungen mit den Vorlagen befasst.

Nachdem der Landtag auf Empfehlung der Ausschüsse aus dem Antrag der Abgeordneten des SSW - das ist Drucksache 16/1396 - bereits in der Nummer 3 den zweiten Spiegelstrich angenommen hatte und als Ergebnis daraus resultierend in der 26. Tagung des Landtages ein Bericht der Landesregierung vorgelegt wurde, mit welchen Initiativen zur Änderung von planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen sowie mit welchen Fördermaßnahmen die Landesregierung dafür sorgen will, dass die langfristige Umstellung auf erneuerbare Energien gelingen kann, habe ich dem Hohen Haus im Namen des federführenden Wirtschaftsausschusses heute vorzuschlagen - dieses Votum wurde einstimmig gefasst -, die Nummern 1, 2 und 3 erster Spiegelstrich der Drucksache 16/1396 abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1378, sprach der federführende Wirtschaftsausschuss mit Mehrheit die Empfehlung aus, die Vorlage abzulehnen.

(Hans-Jörn Arp)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 16/1982, zu folgen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich sehr herzlich auf unserer Besuchertribüne die Hausfrauenunion aus Erfde begrüßen. Des Weiteren darf ich sehr herzlich den früheren Staatssekretär Voigt begrüßen. - Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem **Neubau** von großen **Kohlekraftwerken** erhöhen wir die Treibhausgasemissionen, statt sie zu senken. „Klimaschutz - Nein danke!“ ist das Motto dieser Landesregierung. Die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 kann nur erreicht werden, wenn keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 21. Dezember 2006 unterzeichnete Wirtschaftsminister Austermann einen **Optionsvertrag** mit der **SüdWestStrom GmbH**. Der Landtag stimmte der Veräußerung des landeseigenen Grundstückes mit Mehrheit zu. Inzwischen wird diese Entscheidung immer deutlicher als Fehler erkannt. Diese Erkenntnis fand daher auch ihren Niederschlag in Parteitagsbeschlüssen der SPD, die hier in Landtag und Regierung die Kohlestrategie ungebrochen mitträgt. Allerdings tut sie dies mit komplizierteren Argumenten als die CDU, weil die SPD in der Koalitionsfalle sitzt.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Hamburg!)

Die CDU hingegen schaltet völlig auf Durchzug. Ich fordere Sie auf: Reden Sie mit Ihren SPD-Kollegen. Revidieren Sie den Beschluss der Großen Koalition! Sie schneiden uns nämlich mit der Technik von gestern auch technologiepolitisch von den doch überdeutlich erkennbaren Wegen der Zukunft ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zukunft, meine Damen und Herren, gehört nicht der Nutzung zu Ende gehender Energieresourcen. Die Zukunft gehört der physikalischen Erschließung der **Sonnenkraft**. Meine Damen und Herren, hören Sie nicht auf die Einflüsterungen der Energieversorger und Großkonzerne! Wenn Sie schon nicht mit uns reden wollen, wenn Sie auch nicht mit der SPD reden wollen, dann hören Sie doch wenigstens auf unsere Wissenschaftler hier im Land. Hören Sie auf den Klimaforscher Latif oder auf Professor Olav Hohmeyer, den Nobelpreisträger. Unterhalten Sie sich doch einmal mit der Seite.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, brauchen wir Kohlestrom? Ist die schnell dahergeredete Formel, ein Ausstieg aus Kohle und Atom sei nicht möglich, richtig?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Matthiessen, das haben wir gerade letzte Woche einen ganzen Tag lang getan! - Wortmeldung des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten - -

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich habe keine Zeit.

Brauchen wir zentrale große Kondensationskraftwerke mit schlechtem Wirkungsgrad? - Mehr als die Hälfte des eingesetzten Brennstoffes geht verloren. Das ist Technik von gestern. Auf der **Hannover Messe** - ich war dort letzten Dienstag - konnte man sich zahlreiche Neuentwicklungen anschauen, so beispielsweise den **Lineargenerator** der Firma OTAG mit einem **Gesamtwirkungsgrad** von über 94 %. Es kommt nur zu 6 % Energieverlust, meine Damen und Herren. Das ist Technik von heute. Das sind deutsche Firmen, die auf dem Weltmarkt agieren wollen. Sie hingegen setzen auf diese Dinosauriertechnik. Das ist für mich unbegreiflich.

(Detlef Matthiessen)

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weshalb sollen wir von Kohle reden? - Wir leben in einem Land, in dem nur 12 % in **Kraft-Wärme-Kopplung** erzeugt wird. In Dänemark sind es 65 %. Das liegt nicht an der Physik, sondern das liegt an den **energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen**.

Allein der Ersatz der 30 Millionen Umwälzpumpen in Deutschland durch effiziente neue Pumpen würde dazu führen, dass man auf den Neubau von drei KohlegröÙkraftwerken verzichten könnte.

Warum reden wir eigentlich über Kohle? - Schleswig-Holstein ist schon heute Stromexporteur. Diese Position würde durch den Bau von **Offshore-Windkraftanlagen** ausgebaut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die durch die Stromerzeugung bedingten CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein würden sich von heute 6,7 Millionen t auf 24,7 Millionen t mehr als verdreifachen.

Es werden nur vergleichsweise wenig Dauerarbeitsplätze entstehen. Die SüdWestStrom GmbH hat inzwischen erreicht, dass sich die Schleswiger Stadtwerke an dem geplanten **Kohlekraftwerk in Brunshüttel** beteiligen. Das hat die Ratsversammlung am 14. April 2008 dort beschlossen. Mir ist allerdings nicht bekannt, ob es weitere Partner aus dem norddeutschen Raum gibt. Es ist also klar: Die große Masse des erzeugten Stroms wäre weiterhin für **Süddeutschland** bestimmt.

Meine Damen und Herren, die **Bevölkerung** in der Nähe der Großkraftwerke befürchtet erhebliche **Gesundheitsgefahren** und eine Schadstoffbelastung der in der Landwirtschaft genutzten Böden, weil unter anderem nicht die best verfügbare Filtertechnik vorgesehen ist.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Was? - Gelogen!)

Eine **CO₂-Abscheidung** - CCS - im großtechnischen Maßstab ist nicht in Sicht. Wir wissen, Herr Umweltminister, dass die Formel stets lautet: Pro Kubikmeter sind soundsoviel Milligramm Emissionen erlaubt. - Angesichts der Menge an Kubikmetern, die ausgestoßen werden, addiert es sich hier in Kiel beispielsweise auf über 1.000 t **Feinstaub** und dieser wird über die Nachbarschaft dieses Kohlekraftwerks verstreut. Sie wollen eine **Erzeugungsstruktur** festschreiben, die auf zentrale große Einheiten setzt und den atomaren und fossilen harten

Weg fortführt. Der Feind der großen Stromkonzerne ist klar: Das sind die dezentralen Strukturen mit Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energien. Jede Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien ist eine vermiedene Kilowattstunde schmutzigen Stroms.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zweifele auch massiv an der **Wirtschaftlichkeit** dieses Steinkohlepfades in die Zukunft. Kein neues Kohlekraftwerk wird die prognostizierten Volllaststunden von 6.500 im Jahr erreichen. Wegen des gesetzlich vorgeschriebenen **Vorranges** von Strom aus **erneuerbaren Energien** müssen fossile Kraftwerke heruntergefahren werden. Das nennt der Fachmann Redispatch. Dann werden **Volllaststunden** von unter 5.000 erreicht. So wird ein Steinkohlekraftwerk unwirtschaftlich. Aber ich prognostiziere Ihnen: Wenn die Dinger hier erst einmal stehen, werden die Lobbyisten bei der Bundesregierung Schlange stehen, um sich Privilegien zum wirtschaftlichen Betrieb ihrer Anlagen zu erschleichen.

Für die Bereitstellung von Regelstrom sind **Gaskraftwerke** sehr viel besser geeignet als Kohlekraftwerksblöcke. Gaskraftwerke sind sehr viel flexibler in der Leistungssteuerung.

Ab 2013 sieht die **EU** im Übrigen vor, dass alle CO₂-Zertifikate ersteigert werden müssen. Die bisher sind verschenkt worden. Diese kostenlosen Geschenke wird es in Zukunft nicht mehr geben. Die Zeiten sind dann vorbei, in denen kostenlos zugeteilte **CO₂-Zertifikate** in die Strompreise mit ihrem Marktwert eingerechnet werden können. Das gab einen schönen Extraprofit von circa 5 Milliarden € im Jahr. Der zukünftige Preis der CO₂-Zertifikate kann leicht 70 €/t erreichen. Damit würde sich der **Preis** des Einsatzrohstoffes Steinkohle quasi vervierfachen.

Die Hoffnung auf ein funktionierendes **CCS-System**, das heißt die Abscheidung von CO₂ im Prozess der Energieerzeugung und seine Lagerung, ist ein Wechsel, ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Das ist etwas, was zurzeit an Technik überschaubar und gesichert nicht zur Verfügung steht,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und schon gar nicht in den quantitativen Dimensionen, von denen wir hier reden, Herr Minister, wenn wir an die RWE-Dea-Aktivitäten zur **Exploration** von Feldern in Schleswig-Holstein denken, um CO₂ in Schleswig-Holstein dauerhaft zu beseitigen, zu lagern. Das haut dann nicht hin. Deren Angaben bei Ihnen im Haus waren: Ab dem Jahr 2015, wenn sie

(Detlef Matthiessen)

denn erfolgreich sind, würden sie für ein 300-MW-Kraftwerk CO₂ speichern können. Das ist weniger als ein Zehntel der in Aussicht stehenden Kohlekraftwerksneubauten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann auch sagen: Das Märchen von der CCS-Technik, von der Beseitigung, sauberer Kohlestrom, ist eine dreckige Lüge, ein Märchen zur Legitimation von Kohlekraftwerksneubauten.

Schleswig-Holstein hat alle Voraussetzungen, das Vorzeigeland des erneuerbaren Stroms zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein hat die Voraussetzung, Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen. Wir haben nämlich einen Vorsprung von schon 3 % gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Da müssen wir weitermachen. Das ist die Zukunft, nicht die veraltete, fossile Technik.

Der letzte Hilfsanker, der jetzt in der Diskussion eine Rolle spielt, ist die angebliche **Stromlücke**, die uns schon ab 2012 drohen soll. Alle von den Stromkonzernen unabhängigen Fachleute weisen diese Rechnungen zurück. Mich erinnert das an die Angstmacherparolen zur Einführung der Atomenergie.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Der verstorbene Ministerpräsident von Baden-Württemberg -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Ich komme gleich zum letzten Satz -, Filbinger, konnte ungestraft behaupten, ohne Atomstrom gingen die Lichter aus, wir landeten in der Steinzeit. Das war damals so falsch wie heute.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der führt die Debatte von vor 30 Jahren!)

Ähnliche Argumente werden heute ins Feld geführt. Wir belasten kommende Generationen mit Ewigkeitskosten aus Atommüll und Klimagasen. Wer heute Kohlekraftwerke neu bauen will, versündigt sich an unseren Kindern und unseren Nachkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne, wie zu erwarten, meine Rede ganz anders, nämlich mit einer großen Begeisterung für die gestrige Entscheidung in **Brunsbüttel**. Ich weiß, Herr Kollege, es tut weh, wenn sich die Stadtvertretung dort mit überwältigender Mehrheit für das Kohlekraftwerk mit 1.600 kW/h entscheidet.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hurra!)

Es gibt dort eine kleine Partei. Sie heißt „W.I.R.“. Ich wusste nicht, was es heißt. Ich dachte „Wählergemeinschaft im Ruhestand“. Aber sie heißt anders, nämlich „Wählerinitiative für reelle Politik“.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alle sieben anwesenden SPD-Kollegen haben dafür gestimmt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen, Sie sind nicht dran.

Manfred Ritzek [CDU]:

Alle zehn anwesenden CDU-Kollegen haben dafür gestimmt. Ich denke, das ist ein Meilenstein, dass unsere Kommunalpolitiker zum Teil den Landespolitikern etwas vormachen,

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

die immer noch glauben, Kohlekraftwerke mit Angstszenarien verunglimpfen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Kollege, ich war auch auf der Hannover-Messe. Wir müssen ganz andere Gesprächspartner gehabt haben. Ich war auch nur am schleswig-holsteinischen Energiestand. Dort haben die Firmen bestätigt, dass unsere Politik zur Erhöhung des Anteils der **regenerativen Energien** richtig ist, wir aber viele Jahre brauchen, ehe die regenerativen Energien das ergänzen und ersetzen können, was

(Manfred Ritzek)

Sie vorhaben, nämlich keinen Kernkraftstrom und keinen Kohlkraftstrom. Das geht nicht. Meine Gesprächspartner jedenfalls sagten mir: Wir brauchen moderne Kohlepolitik, moderne **Kohlekraftwerke mit der Sequestrierung**.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb habe ich hier den Eindruck, dass alle Jahre wieder, und das in regelmäßigen Abständen - jetzt ist auch noch die Kommunalwahl -, so ein Thema mit einer eingängigen Überschrift „Abschied vom Kohlestrom“ aufgegriffen wird, um Ängste zu schüren. Das lehnen wir entschieden ab.

(Konrad Nabel [SPD]: So ein Quatsch!)

Verantwortungsvolle Energiepolitik ist immer Klimaschutz-, Wirtschafts- und Strukturpolitik. Dazu gehört nach der Überzeugung der CDU-Fraktion auch die Bereitschaft, moderne Kohlekraftwerke zu bauen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

„An der Kohle führt kein Weg vorbei“, das hätte Ihre Überschrift sein müssen. Das ist der Kernsatz, der hier wegweisend ist. Dies wird von einer Vielzahl von Wissenschaftlern - einige werde ich nachher noch erwähnen -, Energieexperten und auch Politikern immer wieder gefordert.

Es gibt - das wissen wir alle - keine Wundertüte zur sicheren Stromversorgung. Es gibt auch keine Wundertüte für die Rettung des Klimas. Dazu ist verantwortliche, zukunftsweisende Energie- und Klimaschutzpolitik notwendig. Dazu gehören - bei aller Zustimmung zu dem, was Sie gesagt haben: Kraft-Wärme-Kopplung, Erhöhung und Vergrößerung, umfassende Unterstützung der Erhöhung des Anteils regenerativer Energien, Windkraft, Solarenergie - eben auch die **Kohlekraftwerke**.

Nach der Verunglimpfung der Kernenergie - das ist insbesondere an die Adresse BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerichtet - kommt jetzt die Kohleenergie dazu. So kann es nicht sein. Das halten wir für unverantwortlich.

Die intensiven Bemühungen von Unternehmen einerseits zum Bau moderner Kohlekraftwerke und die intensiven Bemühungen der Politiker andererseits, insbesondere unseres Wirtschaftsministers, für den Bau moderner Kohleanlagen mit der Beachtung des **Emissionsproblems** - das wir nie ausgeklammert haben - erfahren von Ihnen leider keine qualifizierte, neutrale Betrachtung.

Auch unser Ministerpräsident strebt ein **gemeinsames Energiekonzept im norddeutschen Verbund** an. Warten Sie darauf! Auch dort werden moderne Kohlekraftwerke eine Rolle spielen.

Wie ist heute das Szenario? - Nur ein mal zur Erinnerung - wir alle kennen es -: Kernkraftwerke sollen aus heutiger Sicht auslaufen. Kohlekraftwerke sind zum großen Teil überaltert.

Widerstände, die insbesondere auch den Grünen anzulasten sind, verschärfen das Problem des Neubaus von modernen Kohlekraftwerken. Die Hoffnung auf Offshore-Windkraftanlagen ist da. Bisher gibt es aber noch keine arbeitende **Offshore-Windkraftanlage**. Der **Windkraftstrom** ist zurzeit nicht ausreichend in die Netze zu überführen. Gaskraftwerke sind wegen der Abhängigkeit des Erdgaspreises von dem Rohölpreis mit einem erheblichen Preisrisiko verbunden. Wir alle haben gelesen und gehört, dass heute ein kleines Fässchen Rohöl 118 \$ kostet. Vor einigen Wochen lag der Preis noch bei 100 \$. Fazit: Die notwendige **Investitionsoffensive** für Kohlekraftwerke mit höchstmöglicher technologischer Entwicklung des CCS-Systems ist unabdingbar.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der Wiederholung Ihrer Argumente, die wir schon vor einem Jahr und vor zwei Jahren gehört haben, hoffe ich, dass Sie sich vielleicht doch einmal um die positiven Aspekte moderner Kohlekraftwerke bemühen. Andere tun das. Die Europäische Union, der Bundesumweltminister, der Außenminister, die rheinland-pfälzische SPD-Landesregierung unter Kurt Beck, das Land Niedersachsen, das Freiburger Ökoinstitut, das in der Vergangenheit wahrlich kein großer Verfechter von Kohlekraftwerken war, und viele andere fordern moderne Kohlekraftwerke. Dem können Sie sich doch nicht verschließen, auch wenn Sie gelegentlich einen Namen nennen, und zwar den von Professor Hohmeyer.

Gerade auch die Empfehlung des Freiburger Ökoinstituts ist beachtenswert. Diese besagt: Wenn heute eine Entscheidung fallen muss, dann empfiehlt das Institut als wirtschaftlich tragfähigste und robuste Lösung ein Heizkraftwerk auf Kohlebasis.

„Die Kohle findet ihren Platz, wenn wir das CO₂-Problem in den Griff kriegen ...“

so Felix Mathes, Wissenschaftler am Freiburger Ökoinstitut.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Manfred Ritzek)

- Sie haben einen Professor genannt, ich habe einen Professor genannt. Es kommen noch mehrere Professoren.

Deshalb ist es unsere Pflicht, für eine verantwortungsbewusste Energiepolitik die Entwicklung auch dieser Technik zu unterstützen. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert in erheblichem Maße neue Kohlekraftwerke. Das wissen Sie. Auch hier wird davon gesprochen, dass diese neuen Kohlekraftwerke mit moderner **Sequestrierung** ausgestattet sein müssen. Ich zitiere den Bundesumweltminister:

„Da der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen sei, könne man nicht gleichzeitig auf Kohlekraftwerke verzichten. Dann müssten wir Gas nehmen und das wird viel teurer. Außerdem steigere die Anti-Kohlepolitik nur den Druck auf die Verlängerung der Laufzeiten von alten Kernkraftwerken.“

Energie der Zukunft aus Windkraft und Kohle, das ist eine der Kernaussagen des **Grünbuchs Energie 2020**, das unser Wirtschaftsminister im Juni 2007 vorgestellt hat. Es heißt dort:

„Wir wollen dafür sorgen, dass die verschiedenen Energieträger und Energietechnologien zusammen ihren spezifischen Anteil an einer sicheren, kostengünstigen und nachhaltigen, das heißt klimaverträglichen Energieversorgung einbringen können.“

Das gilt. In Deutschland werden pro Jahr etwa 850 Millionen t **Kohlendioxid** ausgestoßen. Davon stammen rund 500 Millionen t aus Kraftwerken. In Schleswig-Holstein werden etwa 20 Millionen t ausgestoßen, davon etwa 4,5 Millionen t aus Kraftwerken. Das ist ein relativ geringer Anteil, und zwar aus dem Grund, weil wir hier drei Kraftwerke haben, die den Ausstoß von knapp 8 Millionen t CO₂ verhindern. Bundesweit verhindern übrigens 17 Kernkraftwerke den Ausstoß von rund 150 Millionen t CO₂ pro Jahr. Das erwähne ich nur.

Wenn in unserem Land Investoren bereit sind, moderne Kohlekraftwerke mit deutlich geringeren Emissionen gegenüber alten Kraftwerken zu bauen, und zwar insbesondere auch für Strom, den wir verkaufen, dann ist es ein Gebot von verantwortlichem wirtschafts- und umweltpolitischen Handeln, diese Chance zu nutzen. Gott sei Dank haben wir das in **Brunsbüttel** gerade bestätigt bekommen.

Zu **konventionellen Großkraftwerken** gibt es keine Alternative, und zwar ganz gleich, ob die erneuerbaren Energien 20 oder 30 % zur Deckung des

Strombedarfs beitragen. Das ist unsere feste Überzeugung. Die verbleibenden 70 % - so sagt es auch die Deutsche Energie-Agentur - müssen von konventionellen Kraftwerken gedeckt werden. Deshalb bekommt die **Kohlesequestrierung** aus modernen Kohlekraftwerken, also das Abtrennen von Kohlendioxid aus dem Abgasstrom der Kraftwerke mit anschließender Einlagerung unter Tage, auch eine entscheidende Bedeutung bei der Befürwortung des Baus moderner Kohleanlagen.

Diese Aussage ist auch im Zusammenhang mit dem gestrigen Vertragsabschluss für das neue Kohlekraftwerk in Brunsbüttel getroffen worden.

Der CO₂-Ausstoß ist mit modernsten Anlagen dramatisch reduzierbar, so Professor Alfons Kather, Leiter des Instituts für Energietechnik an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Der Ausstoß von Kohlendioxid mit moderner Sequestrierung beträgt ein Viertel des Ausstoßes bei der **Nutzung von Erdgas**. Der Unterschied ist bezogen auf Steinkohle und auf Braunkohle entsprechend größer. Leider kann ich auf einige andere Dinge nicht eingehen. Lesen Sie das bitte nach, ich möchte zum Schluss kommen.

Ich fordere Sie auf, uns auf dem Weg zu einer modernen Energiepolitik zu begleiten. Dazu gehört ein moderner und attraktiver **Mix** technischer Anlagen, der uns eine sichere Versorgung zu angemessenen Preisen in Verbindung mit einem verantwortungsbewussten umweltpolitischen Handeln ermöglichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steinzeit!)

Normalerweise könnten wir den Antrag ablehnen, aber mein Kollege von unserem Koalitionspartner sagte mir, er hätte eine Ausschussüberweisung lieber. Auch damit können wir leben. Der Inhalt des Antrages mit der Begründung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das, was wir schon vor Jahren gehört haben, ohne dass es eine Fortentwicklung gibt. Ich bitte darum, dass wir diesen Dingen in Zukunft nicht auf den Leim gehen. Wir können sicher sein, dass in einem Jahr wieder so ein Antrag vorliegt. Vielleicht können wir diesen dann im Vorwege im Ausschuss behandeln, sodass er gar nicht mehr ins Plenum gebracht wird.

(Beifall bei der CDU - Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie wohl gern!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Ritzek. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag, dem 22. April 2008 konnten wir im „Hamburger Abendblatt“ folgende Überschrift lesen: Kälterekord in der Antarktis! Entgegen der globalen Klimaerwärmung nimmt die Eismenge erstmals wieder zu. Ist das eine Trendwende oder ist das ein Ausrutscher? Ist mit dem Klima wieder alles in Ordnung? Können wir den Klimawandel wieder infrage stellen? - Nein, wir können weiter davon ausgehen, dass der **Klimawandel** bereits in vollem Gange ist und dass wir Menschen dazu beitragen.

Die umfangreichen Berichte der IPPC sind eindeutig. Somit müssen wir uns mit den **Folgen** des Klimawandels weiter auseinandersetzen und die erforderlichen Maßnahmen umsetzen. Wir wissen, dass die Erderwärmung überwiegend durch den **CO₂-Ausstoß** verursacht wird. Hier können wir schnell handeln. Das ist ja auch das Ziel der Bundes- und der Landesregierung.

Erst letzte Woche kam die Meldung, dass der März 2008 weltweit der wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war. Vor Kurzem erklärte Professor Dr. Hohmeyer im Rahmen einer SPD-Veranstaltung, dass der **Klimawandel** schneller als bislang prognostiziert im Gang sei. Selbst der Bericht der IPPC trifft nicht mehr die Realität; die Gletscher schmelzen heutzutage in einem Tempo ab, das erst für 2050 prognostiziert war. Die Folgen sind hinreichend bekannt. Der Meeresspiegel wird steigen. Allein die Deiche um einen Meter zu erhöhen, wir nicht helfen. Im Winter fallen mehr Niederschläge und die Landwirte hatten in diesem Jahr schon Probleme, die Äcker rechtzeitig zu bewirtschaften. Im Sommer wird es trockener und die ärmsten Länder wird es zuerst und am härtesten treffen.

Wir sind uns einig, dass wir den CO₂-Ausstoß reduzieren müssen. Wenn das so ist, dann ist der Bau von neuen Kohlekraftwerken allerdings nicht die richtige Antwort auf die Frage, wie wir den Klimaschutz und eine bezahlbare und sichere Energieversorgung in Zukunft vereinen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke sind keine Alternativen, sie sind Techniken aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Was wir heute brauchen, ist eine innovative und zukunftsfähige Energieversorgung für das 21. Jahrhundert, die im Einklang mit Klimaschutz und **sicherer Energieversorgung** steht. Schließlich fahren Sie heute auch nicht mehr mit der Dampflok von Kiel nach Berlin, sondern Sie nutzen den ICE.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo kriegt der seinen Strom her?)

Was ist mit den Arbeitsplätzen? - Die **Windenergie** zeigt doch am besten, dass wir in Schleswig-Holstein hier vorangegangen sind und was für gute Exportchancen für unsere heimische Wirtschaft bestehen. Nicht Kohle- und Atomkraft sichern schleswig-holsteinische **Arbeitsplätze**, sondern eine innovative und regenerative Energieerzeugung. Wir sollten uns bei diesem großen Gedanken nicht - wie von Großkonzernen und deren Lobbyisten momentan mit Krokodilstränen in den Augen vorgetragen - in die energiepolitische Zwickmühle drängen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ja, wir müssen aus der Kohle- und aus der Atomkraft aussteigen. Die angeblich dadurch entstehende **Lücke in der Stromversorgung**, die entstehen soll, da die regenerativen Energien nicht so schnell wie angenommen wachsen werden, wird jedoch nicht entstehen.

Eine Stromlücke entsteht nur dann, wenn es zu keiner Neuorientierung in der Stromversorgung und in den Köpfen kommt. Dann können wir uns allerdings auch von der von der Bundesregierung angestrebten Minderung des nationalen Treibhausgasausstoßes um 40 % bis zum Jahr 2020 verabschieden. Hinter diesem Streit über die Zukunft der Stromerzeugung, der übrigens auch innerhalb meiner Partei geführt wird, worauf ich stolz bin, denn nur über den Streit um den richtigen Weg kann eine Partei vorankommen, stehen zwei unterschiedliche Konzepte. Die Genossen in Brunsbüttel beschreiten sicherlich noch einen anderen Weg.

Mit dem Beschreiten des konservativen Pfades des Durchwurstelns, bei dem die bisherige Strombereitstellung einfach fortgeschrieben wird und bei dem, wie Sie, Herr Stritzl, es tun, weiter auf die großtechnische Nutzung von Kohle, Gas, Erdöl und Atomkraft gesetzt wird, sind weder Klimaschutz noch eine kostengünstige Versorgung und auch

(Olaf Schulze)

kein die Beschäftigung sicherndes Energiesystem erreichbar.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD in Schleswig-Holstein geht den Pfad, der das **Konzept einer nachhaltigen Entwicklung** in Richtung einer Neuorientierung in Wirtschaft und Gesellschaft beinhaltet. Wir verbinden Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik, bauen die Brücken in eine **regenerative Energiewirtschaft** und wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit. Nur an diesen Zielen lassen sich die heutigen Entscheidungen messen. Wollen wir unseren Enkeln als Erbe wirklich nur Reste der Stromerzeugung, von uns tief in der Erde vergraben, hinterlassen? Wollen wir strahlenden Atommüll für ewige Zeiten statt einer gesicherten regenerativen Energieproduktion, wollen wir bald auch noch bei der Stromerzeugung von Kohle abgeschiedenes CO₂, wobei wir die Technik und die Tiefe, um die es dabei gehen wird, heute noch gar nicht ausloten können?

Wer ernsthaft über diese Fragen nachdenkt, kann nur eines tun, nämlich so handeln, wie wir es als SPD in unseren Klimaschutz- und energiepolitischen Leitlinien beschrieben haben, und den **Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraft** vornehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die SPD-Landtagsfraktion stehen die drei E im Vordergrund: Energie einsparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Energie einsparen ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch die beste Möglichkeit, Geld einzusparen. Gerade in diesem Bereich gibt es in Deutschland noch ein erhebliches Potenzial. Auch die IHK erwartet Rückgänge beim **Strombedarf**; die Statistiken belegen dieses. Leider wird das Thema **Energieeffizienz** bei uns im Land immer noch unterschätzt. Hier gehen Experten von einem Potenzial von 30 bis 40 % aus. In den Bereich der **Kraft-Wärme-Kopplung** müssen wir in Schleswig-Holstein noch mehr investieren. Gerade für kleinere Gemeinden ist die KWK-Technik eine Möglichkeit, eine günstige und sichere Energieversorgung aufzubauen.

Die Energiewirtschaft der Zukunft wird sich an der **dezentralen Energieversorgung** orientieren. Ein positiver Nebeneffekt ist die Förderung des örtlichen Handwerks und der heimischen Wirtschaft. Die Angst, dass bei einem Kohle- und Atomausstieg die Lichter ausgehen, geht auf reine Panikmache zurück. Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik sind bereits heute Stromexporteure. Das bedeutet: Wenn wir parallel zum Kohle- und Atom-

ausstieg die regenerativen Energien ausbauen, ist der Ausstieg machbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Forderung ist daher, bis 2020 Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, wie das ja auch in dem **Grünbuch** von Herrn Austermann steht. Warum setzen wir es dann nicht um? Ebenso fordern wir den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur Wärmeversorgung übergangsweise Gaskraftwerke. Wir laufen nicht in eine Stromlücke, sondern befinden uns in einer Handlungslücke.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine sichere **Energieversorgung durch erneuerbare Energien** machen immer und überall **Kombikraftwerke** möglich. Gerade diese **Kombikraftwerke** könnten von heimischen Stadtwerken oder von Stadtwerkverbänden betrieben werden. Das Kombikraftwerk kombiniert optimal die Vorteile der verschiedenen erneuerbaren Energien: Windenergieanlagen und Solarmodule leisten je nach Verfügbarkeit von Wind und Sonne ihren Beitrag zur Stromerzeugung; ausgleichend werden Biogas und Wasserkraft eingesetzt. Wird zu viel Strom produziert, können Speichermedien die Energie speichern. Erdwärme, Biomasse, Wärmenutzung von Abwasser und Solarenergie sorgen außerdem für die Beheizung. Einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien steht technisch nichts im Wege. Versuchsanlagen gibt es bereits. Sie zeigen, dass Kombikraftwerke ein gangbarer Weg sind. Ich bin vor allem darauf gespannt, wie die Stadtwerke Flensburg gemeinsam mit Herrn Professor Hohmeyer uns schon bald beweisen werden, dass auf kommunaler Ebene ein Energiekonzept entstehen kann, das nur auf regenerativen Energien aufbaut.

Die Kapriolen beim **Ölpreis** haben uns gelehrt, dass man bei Energie nicht kurzfristige auf Preisgünstigkeit setzen kann. Energiepolitik bedeutet heutzutage, über Zeiträume von 30, 40 oder 50 Jahre hinweg zu denken, also nicht nur kurzfristig an Renditeüberlegungen der großen Konzerne zu denken. Es ist der falsche Weg, sich vor Ort in den Kommunen und in den Kreisen hinzustellen und die erhöhten Strompreise zu bejammern und hier im Landtag auf Großkraftwerke zu setzen. Lassen Sie uns endlich mit den großen Schritten beim Klimaschutz beginnen, bevor es zu spät ist.

Für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Stromnutzung und Stromversorgung in

(Olaf Schulze)

Deutschland fehlen nicht die technischen Möglichkeiten. Sie sind seit vielen Jahren bekannt. Was fehlt, sind der Mut und die Bereitschaft, sie auch im Interesse von Wirtschaft, Beschäftigung und Klimaschutz zu nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Ritzek, Sie sprechen davon, dass moderne Kohlekraftwerke gebaut werden sollten; dadurch werde die **CO₂-Emission** gesenkt, wenn gleichzeitig alte Kohlekraftwerke abgeschaltet würden. Sagen Sie uns dann aber bitte auch einmal, welches alte Kohlekraftwerk, wenn es um Brunsbüttel geht, jetzt abgeschaltet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass es zu diesem Thema in der Großen Koalition unterschiedliche Auffassungen gibt. Wenn wir uns nicht einigen können - so steht es im Koalitionsvertrag -, müssen wir vorliegende Anträge ablehnen. Aus diesem Grunde werden wir die unter Tagesordnungspunkt 53 aufgeführten Anträge der Grünen und des SSW ablehnen und der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zustimmen. Wir beantragen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 38 dem Wirtschaftsausschuss und dem Umwelt- und Agrar-ausschuss zu überweisen. Wir hoffen, dass wir im Ausschuss eine Diskussion führen werden, die dazu führt, dass wir zukünftig gemeinsam eine regenerative Energiepolitik durchsetzen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Olaf Schulze. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dass ausgerechnet die Partei, die bis zum Schluss massiv für die Subventionierung von deutscher Steinkohle eingetreten ist, uns heute Lehrstunden darüber erteilt, möglichst keine Kohlekraftwerke mehr zu errichten und solche Kraftwerke möglichst alle abzuschalten, finde ich ein bisschen merkwürdig, um es freundlich auszudrücken.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber sei's drum! Wir haben hier heute aber nicht über SPD-Anträge zu beraten. Wir haben vielmehr über zwei Anträge der Grünen zu beraten. Zu dem ersten Antrag sage ich gleich noch etwas mehr. Herr Kollege Matthiessen, den zweiten Antrag verstehe ich nicht wirklich. Ich gehe davon aus, dass der zweite Antrag im Wirtschaftsausschuss beraten wird. Wir haben dann genügend Zeit, darüber zu diskutieren. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle aber zwei Fragen mit auf den Weg geben.

Erstens. Ist es falsch, irre ich mich, wenn ich annehme, dass bestimmte **Standorte** genehmigungs- und planungsrechtlich für die Nutzung durch **Kohlekraftwerke** im rot-grünen Raumordnungsplan vorgegeben sind? Warum haben Sie dann in Ihrer Regierungszeit nicht entsprechend gehandelt? Sie halten heute gewissermaßen die Reden von vorgestern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zweitens. Herr Kollege Matthiessen, ich frage Sie hier ernsthaft des Weiteren dies - das habe ich Sie auch schon im Ausschuss gefragt -: Welche Ergebnisse erwarten Sie, wenn der Landtag Berechnungen von Landesministerien zurückweist? Ich als Abgeordneter kann diese Berechnungen zur Kenntnis nehmen; ich kann sie glauben oder nicht. Aber ich beschließe sie doch nicht, indem ich sie zurückweise. Ich habe keinen intellektuellen Zugang zu dem Antrag gefunden. Vielleicht können Sie mir im Ausschuss ja aber weiterhelfen.

Wir laufen in der aktuellen Diskussion rund um das Thema der Energieversorgung - ich finde, das hat die bisherige Debatte zum Teil auch gezeigt - auf zwei zentrale Probleme zu. Erstens: Alle wollen Strom, aber niemand will die Kraftwerke, die den Strom erzeugen. Zweitens: Alle wollen irgendwie etwas für den Umweltschutz tun, aber bitte bloß nicht vor der eigenen Haustür.

Es wird diskutiert und debattiert - in der Politik, in der Wirtschaft und in der Bevölkerung, bedauerlicherweise aber oft sehr ideologisch. Ich möchte hier nur einmal an die Wahlplakate der Kieler SPD erinnern. Auf diese Plakate hat man allen Ernstes geschrieben: Atomkraft und CO₂ sind lebensgefährlich. - Wollen Sie die Photosynthese jetzt gleich mit abschaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten?

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Ich glaube, es ist der falsche Weg, sich auf diese schlichte und einfache Art und Weise Zustimmung für tagespolitisch aktuelle Themen zu sichern.

(Dr. Heiner Garg)

Wenn der von der rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2000 vertraglich vereinbarte **Atomausstieg** wie vereinbart umgesetzt wird - das war ein schmerzhafter Prozess; die FDP in Schleswig-Holstein ist aber für die Umsetzung dieser Vereinbarung -,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

dann wird das letzte heute noch bestehende Kernkraftwerk 2022 abgeschaltet sein. Verschiedene Studien - das können Sie, Herr Matthiessen, bestreiten oder auch nicht - kommen zu dem Schluss, dass dadurch rund 30 % der derzeitigen **Stromproduktion** wegfallen werden. Diese Strommengen müssen ersetzt werden. Allein in Schleswig-Holstein fallen durch die Abschaltung der drei Kernkraftwerke rund 3.600 Megawatt Leistung weg. Wir können uns mit Sicherheit über die Größenordnung streiten. Wir können uns aber nicht darüber streiten, ob sie wegfallen oder nicht.

Die **Deutsche Energie-Agentur** rechnet damit, dass bereits im Jahr 2012 die Kraftwerkskapazität in Deutschland nicht mehr ausreichen wird, um den Bedarf zu decken. Ich darf noch mal daran erinnern: Schleswig-Holstein ist Stromexporteur. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein profitiert davon, dass Schleswig-Holstein Netto-Strom-Exporteur ist und damit die Menschen die Arbeit haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es stellt sich automatisch die Frage, wie der Wegfall der produzierten Strommenge kompensiert werden soll. Es gibt nach meiner Ansicht drei Möglichkeiten.

Erstens. Die Umstellung der Produktion komplett auf Kraftwerke, die den derzeitigen **Energiemix** ohne Kernkraft darstellen. Damit würden sich die deutschen CO₂-Emissionen um rund 150 Millionen t jährlich erhöhen. Einhaltung des Kyoto-Protokolls: Fehlanzeige!

Zweitens. Um das Kyoto-Protokoll einzuhalten: **Reduzierung** der Produktion aus **Kohlekraft** bei heutigem Niveau der Produktion aus regenerativer Energie. Das hat zwangsläufig einen erheblichen Anstieg der Energieimporte und damit eine erhebliche Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten zur Folge. Zudem werden die hohen technischen Standards und niedrigen Grenzwerte für Emissionen in Deutschland bei Weitem nicht erreicht.

Drittens. Um Importabhängigkeit zu verhindern und gleichzeitig das Kyoto-Protokoll zu erfüllen: Reduzierung der Produktion aus Kohlekraft und

massiver **Ausbau der regenerativen Energien**. Dies hat allerdings zwangsläufig eine erhebliche Energieverteuerung zur Folge, da bei heutigem Stand der Technik die Energieproduktion aus Sonne, Wind, Wasser oder Erdwärme noch um ein Vielfaches teurer ist, als die Produktion aus fossilen Energieträgern.

Es muss aus unserer Sicht - und wir machen es ein bisschen anders, als der Kollege es gerade gesagt hat: Nur dieser eine Weg ist der richtige Weg! - ein Weg gefunden werden, bei dem diese drei Varianten sinnvoll miteinander verknüpft werden. Das Ziel muss sein, eine saubere, eine umweltschonende, eine ausreichend gesicherte Energieversorgung, aber auch eine **bezahlbare Energieversorgung** für die Menschen in diesem Land sicherzustellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen - und nur deswegen - halte ich es für falsch, aus rein ideologischen Gründen grundsätzlich auf den **Neubau effizienterer Kohlekraftwerke** in der Form wie es die Grünen heute tun, zu verzichten, erst recht dann, wenn sich durch den Neubau von Kohlekraftwerken der neuen Generation die Wirkungsgrade erhöhen und der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert wird oder wenn es durch den Einsatz von **CO₂-Sequestrierung** sogar möglich werden könnte, den CO₂-Ausstoß annähernd gänzlich zu reduzieren.

Selbst eher grünfreundliche Experten kommen zu dem Schluss, dass der Bau neuer Kohlekraftwerke durchaus zu empfehlen ist. Ich empfehle Ihnen wirklich die Studie des Freiburger Ökoinstitutes, sehr geehrter Herr Kollege Matthiessen.

Ich will an dieser Stelle gar nicht Herrn Gabriel zitieren, der sagt, dass die Widerstände der Grünen gegen den Kohlestrom nur der Atomkraft Vorschub leisten, aber ich denke schon, dass ein bisschen weniger Ideologie - Herr Kollege Nabel, das gilt auch für Sie - -

(Konrad Nabel [SPD]: Ich habe überhaupt nicht mit Ihnen geredet!)

- Ja, aber ich rede mit Ihnen! Ich kann doch mit Ihnen reden!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Garg, Sie haben ein Mikrofon. Sie brauchen nicht zu brüllen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

- Da haben Sie recht!

(Dr. Heiner Garg)

(Zuruf Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, ein bisschen weniger Ideologie in der Debatte täte gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile kämpfen die Grünen auch gegen neue Stromleitungen zum Abfluss der aus Windenergie erzeugten Strommengen und sie kämpfen gegen Biomassekraftwerke vor ihrer eigenen Haustür. Sagen Sie einmal einen Satz dazu, warum Sie mittlerweile sogar dagegen zu Felde ziehen.

Nach dem Motto: „Atom ist zu riskant, Kohle zu dreckig, Gas zu russisch und Öko stinkt“ werden wir leider nicht weiterkommen; der Strom kommt eben nicht aus der Steckdose, sondern muss irgendwo auch produziert werden.

Mittlerweile herrschen in Deutschland ein **Investitions- und ein Genehmigungsstau**. Einzelne Investitionsvorhaben werden bereits aufgegeben, übrigens auch bei den erneuerbaren Energien. Allein E.ON wartet in Deutschland auf die Genehmigung von rund 800 km Hochspannungsleitungen. Die Konsequenzen daraus sind fatal. Wird der Markt mangels Investitionen dermaßen eng, steigt der Strompreis automatisch an, wenn nicht neue Kraftwerke und ausreichend neue Stromtrassen entstehen. Hinzu kommt, dass Energiepolitik eine elementare Standortpolitik ist. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist eine zukunftsgerichtete Energiepolitik und ein leistungsfähiger **Energiestandort** wichtig, und zwar auch wichtig, um den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und **Arbeitsplätze** zu sichern und zu erhalten, nicht nur in den Kraftwerken.

Weltweit nimmt der Bedarf an moderner Energie- und Umwelttechnik rasant zu. Es eröffnen sich hier enorme Chancen, zum Beispiel mit der Erforschung und Entwicklung der **CO₂-Abscheidung**. Sich von dieser Technologie, die in der Tat erst in der Entwicklung ist, so zu verabschieden, wie das der Kollege Matthiessen hier tut, halte ich für falsch. Ich halte diese Verabschiedungsstrategie für gefährlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ließe man diese Technologie zu, ließe man sie sich entwickeln, böte sie mit Sicherheit eine Chance, insbesondere dann, wenn man gegen die Kernkraft zu Felde zieht, lieber Kollege Hentschel. Aber auch hier - das bedaure ich außerordentlich - schreien Vertreter Ihrer Partei vor Ort auf. So hat der Kreisverband der Grünen in Ostholstein beschlossen, die Ausweisung von **CO₂-Lagerstätten** im Gebiet Ostholstein mit allen Mitteln zu verhindern. Ich sage Ihnen in allem Ernst, Herr Kollege Matthiessen:

Wenn man immer nur verhindern will und dann auch noch bei der technischen Entwicklung von Umweltentlastungsmaßnahmen auf die Bremse tritt, dann wird man irgendwann ungläubwürdig.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen sicheren, sauberen Strom. Ich sage das noch einmal: Wir wollen aber auch bezahlbaren Strom. Strom muss für die Menschen und für die Unternehmen in diesem Land bezahlbar bleiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen, dass Schleswig-Holstein von unsicheren **Stromimporten** so unabhängig wie möglich bleibt. Wir wollen vermeiden, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze verlagert werden. Man kann nicht nur fragen, wie viele Menschen in den einzelnen Kraftwerken arbeiten, sondern man muss fragen, was alles an wirtschaftlichem Potenzial daran hängt, dass Schleswig-Holstein nach wie vor Stromexporteur ist. Wir stehen für einen ausgewogenen Energiemix. Dieser führt zu einer Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern, Energielieferanten oder Lieferländern. Ebenso halten sich dann die Auswirkungen von regionalen oder sektoralen Versorgungsengpässen und von Preisschwankungen eher in Grenzen.

Ich würde mich freuen, wenn wir im Ausschuss über den von mir erwähnten Antrag der Grünen noch einmal reden, vielleicht verstehe ich ihn dann. Ich würde mich aber vor allem freuen, wenn wir wirklich bei der Energiedebatte ein bisschen weniger Ideologie und ein bisschen mehr Verstand walten lassen und mit so pauschalen Geschichten, wie die die SPD Kiel leider gerade im Wahlkampf einführt, ein für alle Mal Schluss machen. Denn an der Energieversorgung hängen wir buchstäblich alle.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der häufig geführten Klimadebatten ist immer wieder deutlich geworden, dass das Problem der zukünftigen Energieversorgung gelöst werden muss. Wir können die Probleme aber

(Lars Harms)

auch nicht unabhängig voneinander betrachten, sie müssen zusammen gelöst werden. Hier liegt auch die große Herausforderung. Auf der einen Seite haben wir eine weltweit steigende Energienachfrage, bei der wir die Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen gewährleisten müssen und auf der anderen Seite haben wir das **Klimaproblem**, das maßgeblich auf CO₂-Emissionen zurückzuführen ist.

Was wir also brauchen, ist eine nationale Strategie zur Steigerung der **Energieeffizienz**, Verbesserung der **Energieeinsparung** und der weitere **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Nur so können wir langfristig die Energienachfrage in den Griff bekommen und die Klimaschutzziele erreichen.

Was hier aber so leicht über die Lippen geht, lässt sich in der Tat nur schwer umsetzen. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir heute unseren Strombedarf gänzlich aus regenerativen Energieformen decken können. Aber so ist es leider nicht. Von der Landesregierung liegt uns zwar vor, dass Schleswig-Holstein ab 2020 seinen Strombedarf aus regenerativen Energieformen nicht nur decken kann, sondern auch Strom aus erneuerbaren Energien exportieren wird - so die Prognose der Landesregierung.

Die **Energieversorgung** darf aber nicht nur aus Sicht Schleswig-Holsteins betrachtet werden. Es handelt sich hierbei um eine **nationale Aufgabe**. Daher gilt es, die Zeit zu überbrücken, bis wir nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit die Stromversorgung komplett aus regenerativen Energien gewährleisten können.

Wann wir soweit sind und wann dies bundesweit möglich sein wird, wird davon abhängen, wie schnell und effektiv die **Energieeinsparpotenziale** gehoben werden können und wie zügig der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangebracht wird.

Angesichts dieser Herausforderungen werden immer wieder Stimmen laut, die Atomenergie neu zu beleben und den **Atomausstieg** auszusetzen. Damit ließe sich in der Tat die Energieversorgung sichern und das Klimaproblem zwar nicht lösen, aber doch mildern. Wir würden also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das kann man politisch so sehen. Aber hier sage ich ganz deutlich, dass dies der falsche Weg ist, denn dieser Weg ist mit unabsehbaren Risiken behaftet, die wir nicht kontrollieren können. Er erzeugt ein gefährliches Abfallproblem für viele nachfolgende Generationen darstellt. Daher wird es mit dem SSW keinen Weg aus dem Atomausstieg geben. Wer sich also für die scheinbar einfache Lösung - Verlängerung der Laufzeit

der Atomkraftwerke - ausspricht, verschließt die Augen vor den Gefahren dieser Energieform und handelt verantwortungslos.

(Beifall beim SSW)

Darüber hinaus haben die **Pannenserien** bei deutschen Atommeilern längst gezeigt, dass diese Technologie nicht sicher ist. Daher müssen sie so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Am Atomausstiegstermin darf auf keinen Fall gerüttelt werden. 2020 muss der letzte Meiler in Deutschland vom Netz genommen sein. Ein Hinauszögern über **2020** hinaus darf es nicht geben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Um die Probleme der Energieversorgung und des Klimawandels bewältigen zu können, müssen die eingeschlagenen Wege kontinuierlich weitergegangen und stärker als bisher vorangebracht werden. Also müssen Energieeinsparpotenziale genutzt, die Energieeffizienz gesteigert und der Anteil an erneuerbaren Energien muss kontinuierlich erhöht werden. Dies ist die Antwort, um die Emission der **Treibhausgase** zu reduzieren. Doch wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass dies nicht von heute auf morgen zu machen ist.

Der heutigen Debatte liegen mehrere Anträge zugrunde, unter anderem auch ein Antrag des SSW vom Mai letzten Jahres. An der Haltung des SSW hat sich bezüglich unseres Antrags nichts geändert. Für uns bleibt bestehen, dass wir langfristig eine dezentrale Versorgung durch **erneuerbare Energien** brauchen. Hierfür ist es notwendig, das **Stromnetz**, das heute noch zentral ausgerichtet ist, umzustrukturieren und so umzubauen, dass die dezentralen Energieträger erschlossen werden können und der Strom eingespeist und weitergeleitet werden kann. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch werden somit zu einer dezentralen Versorgungseinheit.

Angesichts des **wachsenden Energiebedarfs** weltweit ist es aus Sicht des SSW der richtige Weg, auf die **dezentrale Versorgung** umzuschwenken. Diesbezüglich können wir uns ein Know-how erarbeiten, das dazu beitragen kann, die Energieversorgung in wirtschaftlich schnell wachsenden Ländern wie beispielsweise China oder Indien zu erschließen. Der Energiebedarf in diesen Ländern wird hauptsächlich durch die dezentrale Energieversorgung zu decken sein. Daher sollten wir auch aus wirtschaftlichen Gründen die Umstrukturierung unserer Stromnetze und des Strommanagements voranbringen.

(Lars Harms)

Weiterhin müssen wir Übergangslösungen dafür finden, dass der Energiebedarf bei uns mittelfristig gedeckt werden kann, und zwar unter Berücksichtigung der gesetzten Klimaschutzziele. Unter der Voraussetzung, dass der Anteil der erneuerbaren Energien konstant erhöht wird, sind wir im Übergangszeitraum trotz allem auf **fossile Energieträger** angewiesen. Um den Bedarf wirklich decken zu können, muss es einen Energiemix aus erneuerbaren Energien und fossilen Energieträgern geben.

Doch mit welchen fossilen Energieträgern wollen wir die Energieversorgung sicherstellen? Die Atomenergie spielt, wie gesagt, aus Sicht des SSW bei der Ausgestaltung des Energiemix keine Rolle. Übrig bleiben also nur Kohle, Gas oder Öl. Bei Gas und Öl wissen wir, dass die **Verfügbarkeit** dieser **Rohstoffe** zeitlich eingeschränkt ist und dass sie aus Ländern kommen, deren politische Stabilität derzeit nicht die beste ist. Mit ihnen würden wir uns in eine Abhängigkeit begeben, die wir so nicht wollen. Darüber hinaus würde die Verknappung der Rohstoffe dazu führen, dass die **Energiepreise** in den nächsten Jahrzehnten enorm stiegen. Die Stromkunden würden dann also Strom teuer bezahlen müssen, und das kann so nicht gewollt sein. Aus Sicht des SSW darf die Energieversorgung nicht zu einem reinen Luxusgut werden.

Bei der Kohle sieht die Situation etwas anders aus. Selbstverständlich ist auch Kohle auch ein endlicher Rohstoff, aber im Gegensatz zu den vorher genannten Energieträgern ist Kohle weltweit vorhanden, und - was wichtiger ist - wir haben sie im eigenen Land. Damit ist zumindest eine gewisse Verfügbarkeit sichergestellt.

Wenn wir nun über Kohlekraftwerke sprechen, sollten wir so ehrlich sein festzustellen, dass wir um deren Einsatz nicht umhinkommen. Bereits heute machen **Braun- und Steinkohlekraftwerke** rund 50 % der **Stromgewinnung** aus. Diesen Bedarf können wir nicht mit Gaskraftwerken decken; denn der Bedarf an **Gas** wäre unerschwinglich hoch. Daher bleibt nur die Möglichkeit, auf Kohlekraftwerke zu setzen.

Im Zusammenhang mit **Kohle** muss man aber auch so ehrlich sein und feststellen, dass Kohlekraftwerke derzeit die größten CO₂-Emittenten sind. Natürlich sind sie nicht die sauberste Energieform; aber wenn es uns gelingt, die veralteten Großkraftwerke durch neue zu ersetzen, erreichen wir auch eine Verbesserung der **CO₂-Bilanz**.

Damit neue Kohlekraftwerke nicht planlos aus dem Boden gestampft werden, ist ein nationales Konzept

erforderlich. Für uns spielt gerade die Nutzung der Abwärme eine maßgebliche Rolle. Eine der wichtigsten Maßnahmen bei der Stromerzeugung ist der massive Ausbau der **Kraft-Wärme-Kopplung**, da diese die höchste Energieeffizienz aufweist, die wir derzeit erreichen können. Daher muss die Abwärme nutzbar sein. Insoweit kommen nur Standorte infrage, die große Mengen Prozesswärme abnehmen können. Dies und die vorhandene Infrastruktur sprechen in unserem Fall für den Standort Brunsbüttel. Das muss dann aber auch bei der Unternehmensansiedlungspolitik für Schleswig-Holstein eine Rolle spielen. Dort müssen wir zentrieren.

Generell muss aber auch für die Energiegewinnung aus Kohle gelten: Sie ist eine **Übergangstechnologie**.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lieber Kollege Matthiessen, wenn wir uns politisch bereiterklären, diesen Weg der mittelfristigen Energieversorgung zu gehen, dann nur, wenn wir gleichzeitig eine Ausstiegsstrategie für die Kohle festlegen, die mit dem Atomausstieg vergleichbar ist. Aus Sicht des SSW ist dies zwar nicht die optimale Lösung, aber das, was derzeit machbar ist, auch unter Berücksichtigung des wachsenden Energiebedarfs.

Die Forderung der Grünen, von der Landesregierung zu verlangen, jegliche Unterstützung der Planungen und des Baues neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein einzustellen, ist so nicht umsetzbar. Die Landesregierung kann die Planung und den Bau eines Kohlekraftwerks nicht ohne Weiteres untersagen, wenn in allen planungs- und genehmigungsrelevanten Instanzen positiv beschieden wurde. Dies mag aus Sicht der Grünen bedauerlich sein, aber es ist notwendig. Ansonsten wären alle planungs- und genehmigungsrelevanten Großprojekte der Behördenwillkür ausgesetzt. Dies kann auch von den Grünen nicht gewollt sein.

(Beifall bei SSW und FDP)

Letztlich gibt es keine Standardlösung der Energieproblematik. Es kommt auf eine nationale langfristige Strategie an, die ehrlich sagt, was möglich ist und was nicht und in welchen Zwischenschritten der Idealzustand in der Energieversorgung, den wir alle wollen, langfristig erreichbar ist. Ich bin mir sicher, dass wir für den Übergangszeitraum auf Kohle nicht verzichten können. Auch wenn wir das alle nicht schön finden, gibt es keine andere Wahl.

(Lars Harms)

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Harms. - Es liegen Meldungen zu Kurzbeiträgen vor. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die großen Energiekonzerne versuchen mit zwei falschen Behauptungen zu erreichen, dass die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert und dass der Bau von Kohlekraftwerken genehmigt wird.

Erstens wird behauptet, dass zwischen 2020 und 2030, nach dem Abschalten der Atomkraftwerke, eine **Stromlücke** auftritt. Diese Lücke ist konstruiert, wie mittlerweile eine ganze Reihe wissenschaftlicher Institute, auch die Bundesnetzagentur, auch das Ministerium nachgewiesen haben. Sie ist auf folgende Weise konstruiert: Erstens hat man berechnet, der Energieverbrauch werde weiter steigen. Das widerspricht aber völlig den Energiesparzielen der EU und der Bundesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens liegen die **Laufzeiten von Kohlekraftwerken** angeblich bei 40 bis 45 Jahren. Dies ist völlig falsch. In letzter Zeit liegen die Laufzeiten von Kohlekraftwerken bei über 50 beziehungsweise 55, teilweise bei 60 Jahren. Drittens wird vorgebracht, die gesicherte Leistung regenerativer Energien liege bei nur 5 %. Die Experten beispielsweise der Universität Kassel gehen aber davon aus, dass die gesicherten Leistungen bei den regenerativen Energien, wenn man ein großes Verbundnetz schafft und dieses ausbaut, tatsächlich bei mindestens 60 % liegen können.

Das sind die drei Falschaussagen, mit denen eine Stromlücke konstruiert worden ist. Darauf baut das Ganze auf.

Die zweite Behauptung lautet, es werde teurer. Der regenerative Verbund und die Universität Kassel haben dazu sehr gute Zahlen und wissenschaftliche Ergebnisse vorzulegen. Ich empfehle, diese einmal im Ausschuss zu beraten. Sie gehen davon aus, dass es in der Tat teurer wird, wenn wir kleine dezentrale Netze schaffen, so wie wir Grünen das früher gewollt haben. Darüber haben wir sehr lange diskutiert. Wir brauchen ein **europäisches Hochlei-**

stungsverbundnetz, um den regenerativen Strom quer durch Europa auszugleichen und damit zu guten Ergebnissen zu kommen. Dann sagen die Experten, dass der regenerative Verbund bereits ab 2015 günstigere **Preise** liefert als die fossilen Energieträger. Das heißt, wir werden ab 2015 auf dem Kohleweg teurer sein, als wenn wir heute schon mit aller Kraft in regenerative Energien investieren.

Das ist der zweite Fehler, der gemacht worden ist. Wir glauben, es wäre falsch, diesen Weg zu gehen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, der solare Weg ist möglich. Dieser besteht nicht aus einem Angebot, sondern aus einem **Mix** von Solarkraftwerken, Wasserkraftwerken, Windkraftwerken, Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und Biomasse-Kraftwerken, nur für Reststoffe und nicht verbunden mit Produktion vom Acker. Das sind die fünf Elemente eines **solaren Verbundes**, der Netzsicherheit gewährleistet. Das sechste entscheidende Element ist der Ausbau der transeuropäischen Netze, um ein Verbundsystem von südeuropäischen Solarkraftwerken, nord-europäischen Wasserkraftwerken und Windkraftwerken an den Meeren auszugleichen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Drei Minuten sind um, Herr Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Dieser Weg ist machbar. Wir müssen, wenn wir ein neues Haus bauen, alles in das neue Haus investieren. Jede Investition in das alte Haus fehlt uns beim Bau des neuen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lassen Sie uns deswegen den Weg in die Zukunft und nicht rückwärts gehen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diese Debatte als sehr angenehm empfunden. Das wird sicherlich auch noch nicht die letzte Debatte zu dem Thema gewesen sein. Dass mir die Beiträge von Herrn Garg angenehmer waren als andere, wird man auch verstehen. Ich denke, dies ist ein so wichtiges Thema, wenn es um den Standort Deutschland - nicht nur um Schleswig-Holstein - geht, dass man in aller Ehrlichkeit und Offenheit darüber diskutiert, was ich sehr begrüße.

Lieber Kollege Olaf Schulze, im Mai letzten Jahres haben Sie hier an diesem Rednerpult gesagt: Wir sehen es als SPD kritisch. Wir wollen aus klimapolitischen Gründen nicht unbedingt den Bau von weiteren Kohlekraftwerken vorantreiben. - Sie haben aber auch gesagt: Um einen **Kohlekraftwerksneubau** in kommen wir jetzt nicht umhin. - Das waren Ihre Worte. Wie soll nun ein Wirtschaftsministerium, eine Regierung, ein Parlament damit umgehen, wenn im Mai gesagt wird: „Jawohl, wir sind für eins!“, wenn die SPD sagt: "Jawohl, wir sehen auch die Arbeitsplätze!“, wenn Bundesumweltminister Gabriel in Brunsbüttel oder Dithmarschen sagt: „Ich verstehe die Demonstranten nicht, denn mit jedem Kohlekraftwerk, das wir jetzt nicht bauen, erhöhen wir den Druck auf die Verlängerung der Restlaufzeiten“? - Das, in aller Bescheidenheit, liebe Freundinnen und Freunde unserer gemeinsamen Koalition, muss glaubhaft, ehrlich und durchgehend sein, sonst bestehen wir gemeinsam eine so schwierige, für unser Land so wichtige Debatte nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Es liege weitere Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. Zunächst erhält Herr Abgeordneter Konrad Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand den Beitrag des Kollegen Arp ausgesprochen angenehm, nimmt er doch etwas Schärfe aus der Diskussion, nimmt vielleicht auch ein wenig den Ärger über das hämische Lachen der Unwissenden hier zu Beginn der Diskussion, vielleicht auch in der Auseinandersetzung, die ich vorhin mit Herrn Matthiessen hatte. Es wird doch an manchen Stelle sehr emotional. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, mit hämischem Lachen etwas kaschieren zu wollen. Es wäre auch richtig schlimm,

wenn die CDU meinte, Wissen und Kenntnis und daraus folgende Überzeugung seien statisch.

Meine Damen und Herren, wir haben hinzugelernt. Es gab noch nie derartig umfassende **wissenschaftliche Erkenntnisse** und Schlussfolgerungen bezüglich des **Klimawandels** und der Schädlichkeit der klimarelevanten Gase. Das gab es noch nie in der gesamten Geschichte der Wissenschaft. Wenn wir dann dazugelernt haben und Sie uns das zum Vorwurf machen und die Grünen versuchen, uns von der anderen Seite anzugreifen, dann werde ich ein bisschen böse. Ich bin auch Pädagoge und finde unter pädagogischen Aspekten diese Art der Auseinandersetzung falsch.

Wir haben eine Position entwickelt, die aus voller Überzeugung aus den Schlussfolgerungen des **IP-CC** entwickelt worden ist. Ich glaube, jeder muss dem anderen auch das Recht zubilligen, diese Überzeugung zu haben. Einen Satz von Professor Hohmeyer möchte ich Ihnen allen ins Gedächtnis rufen: Versuchen Sie einmal - hat er gesagt - in das Jahr 2050 zu denken! Tun Sie das zum Beispiel in Bezug auf **Brunsbüttel**, Herr Minister von Boetticher. Wenn wir das wollen, was bundesweit Gesetz ist - Vorrang alternativer Energien -, was auch europaweit gewollt ist, und da steht vielleicht ab 2015 oder 2020 - ich weiß nicht, wie lange die Genehmigungsverfahren und das Bauen dauern; das ist ja heutzutage nicht mehr so einfach - ein Kohlekraftwerk, das vielleicht 45 bis 55 Jahre laufen soll, und möchte gern Strom in das dicke Kabel leiten, in das aber zeitgleich aus den Offshore-Windkraftanlagen viel mehr Strom geleitet wird, dann steht Brunsbüttel da und sagt: Bitte, bitte! Ich möchte gern Strom einleiten! - Das ist eine grandiose **Fehlinvestition**, was da stattfindet. Das kommt auf die ganze Diskussion zum CO₂-Ausstoß noch obendrauf.

Das Zweite betrifft **CCS**, Speicherung von Kohlenstoffdioxid. Wir haben ein begrenztes Volumen zur Speicherung von irgendetwas. Ein Teil der Speicher wird zum Beispiel benötigt, um die nationale Gasreserve zu sichern. Es könnte auch sein, dass Menschen auf die Idee kommen, für den nicht ganz regelmäßig laufenden Windstrom Druckluft zu speichern, was, wie ich finde, viel sinnvoller wäre.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die drei Minuten sind um.

Konrad Nabel [SPD]:

Ich komme gleich zum Schluss. - Da gibt es dann nicht nur eine Flächen- sondern auch eine **Kaver-**

(Konrad Nabel)

nenkonkurrenz. Ich finde, all diese Dinge muss man einbeziehen, bevor man anfängt, hämisch zu lachen oder sich wie Rumpelstilzchen anzustellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Als Nächster erhält Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Liebe Kollege Arp, ich freue mich darüber, dass meine Landtagsreden so lange gelesen werden und in Erinnerung bleiben. Ich habe damals gesagt, dass wir als SPD in Brunsbüttel im Wort stehen, dass dort weiterhin ein Energiestandort ist.

(Zuruf: Und ein Kohlekraftwerk gebaut wird!)

- Ich bin noch gar nicht fertig. Ich freue mich darüber, dass Sie so vorausschauend wissen, was ich sagen werde.

(Zuruf: Es ist nur nicht gefördert worden!)

- Ja - die Debatte hatten wir heute auch schon -, es ist nur nicht gefördert worden.

Ich habe aber auch gesagt, dass wir schon erwarten, dass dort auch eine **Kraft-Wärme-Kopplungsanlage** hinzukommt. Kraft-Wärme-Kopplung ist, was den jetzigen Stand betrifft, nicht geplant, glaube ich. Wenn Sie meiner Rede vorhin zugehört haben, werden Sie festgestellt haben, dass ich darin auch darauf hingewiesen habe, dass wir gerade im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung ein erhebliches **Potenzial** haben und diesen Weg weitergehen müssen. Wenn Sie meine Rede weiterverfolgt haben, werden Sie auch festgestellt haben, dass wir gesagt haben, wir sollten in Brunsbüttel auch darüber nachdenken, ob nicht vielleicht **Gaskraftwerke** der sinnvollere Weg sind.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Olaf Schulze [SPD]:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Dann erhält Herr Abgeordneter Stritzl dazu das Wort. Wir werden die Zeit dafür stoppen; wir haben ja das neue System.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Kollege, habe ich Sie eben recht verstanden, dass Sie gesagt haben, dass Sie Kohlekraftwerke insbesondere dann akzeptieren, wenn sie mit Kraft-Wärme-Kopplungseinheiten einhergehen?

(Zuruf von der SPD: Aber hocheffizient!)

Die Frage ist beendet, und jetzt kommt die Antwort!

- Nein, sie ist nicht beendet. Ich wollte ihn auf die örtliche Situation der Landeshauptstadt hinweisen und fragen, ob wir seine Unterstützung hätten für den Fall, dass es hier zu einem Kohlekraftwerksneubau mit Kraft-Wärme-Kopplung käme.

Olaf Schulze [SPD]:

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist immer der günstigere Weg, weil er wesentlich effizienter ist. Zu dem, was Sie hier immer bringen, indem Sie sagen, dass die neuen Kraftwerke wesentlich effizienter sind als die alten und dadurch der CO₂-Ausstoß dermaßen stark gesenkt wird, dass wir mit diesen neuen Kohlekraftwerken dann die CO₂-Minderung nach vorn bringen - bis jetzt habe ich von Herrn Ritzek auch noch nicht gehört, welche älteren Kraftwerke abgeschaltet werden sollen: Es ist so, dass wir immer gesagt haben, dass wir erwarten, dass, wenn **neue Kohlekraftwerke** gebaut werden, dann eine **Kraft-Wärme-Kopplung** hinzukommt, wie zum Beispiel in **Moorburg**, wozu Sie ja jetzt auch sagen, dass sie das anscheinend nicht mehr wollen, was uns ja sehr freut. Wir sagen aber, dass wir in der Kohle nicht die Zukunft sehen und dass wir in der Zukunft - das ist das, was ich vorhin gesagt habe -, also im Jahre 2020 nicht mehr der Energiestandort sein können beziehungsweise nicht die Energieerzeugung mit Kohle stattfinden kann, sondern es hier andere, regenerative Energien gibt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ich habe etwas anderes gefragt!)

Ich habe Ihnen geantwortet, dass, wenn es um Kohlekraftwerke geht, wir uns dies nur mit Kraft-Wärme-Kopplung vorstellen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie keine Kohle wollen, ist die Kraft-Wärme-Kopplung auch egal!)

(Olaf Schulze)

Dass wir keine Kohlekraftwerke wollen, ist klar, Herr Kubicki. Aber dass wir uns heute nicht hinstellen und jeden Schalter umlegen können, ist wie beim Atomausstieg. Wir sagen auch, dass wir keine Atomkraft wollen. Wir haben ein Atomausstieggesetz, in dem geregelt ist, wie wir aussteigen. Genauso können wir es mit der Kohle regeln. Nur wenn wir jetzt sagen, wir wollen neue Kohlekraftwerke, wird es sehr schwierig, einen Kohleausstieg hinzubekommen. Aber das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir ein geordnetes Verfahren haben und kein Zwiesgespräch führen. Dafür ist der Ausschuss zuständig.

Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Mittag hatte ich das Glück, bei einer Besuchergruppe zu sein, wie wir das alle öfter einmal machen. Da waren junge Leute, die wunderten sich darüber, dass man eine Stunde lang über ein Thema sprechen kann und alle die gleiche Meinung haben. Peter Lehnert und ich haben ihnen dann erklärt, wie das zusammenhängt. Wir haben ihnen aber auch deutlich gemacht, dass die Beratung um 15 Uhr mit Sicherheit auch so lange dauern wird, dass das Thema aber nicht so ruhig und mit einer Meinung abgehandelt werden wird. Leider ist diese Gruppe jetzt weg, sodass sie das nicht mehr miterleben kann.

(Zuruf von der FDP)

- Ja gut, das spielt jetzt keine Rolle. Sie hatten dazu auch Ihre entsprechende Meinung.

Es ist schade, dass sie jetzt nicht mehr mit dabei sind. Das ist aber genau die Frage nach der Meinung der verschiedenen Fraktionen zu den einzelnen Themen, danach, wofür sie stehen. Das Spektrum bei AKW, bei Kohlekraft oder all den alternativen Energieformen ist in der Diskussion sehr deutlich geworden.

Diese Diskussion geht auch innerhalb der Koalitionsfraktionen sehr weit auseinander, von einem Beschluss, der auch für uns etwas überraschend kam, Kollege Arp, neue Atomkraftwerke zu bauen - das ist das eine Extrem -, und dem anderen Extrem, das

eben in der Diskussion deutlich geworden ist, mit regenerativen Energien für die Zukunft gewappnet sein zu wollen. Diese Diskussion und der Weg dorthin, um das Ziel nach Möglichkeit zu erreichen, ist das, was Grundlage für unser politisches Handeln und für die Diskussion ist. Dass es da Unterschiede gibt, ist völlig normal.

Damit hier keine Legendenbildung einsetzt: Wir Sozialdemokraten stehen zu unserem Wort, was den **Standort Brunsbüttel** angeht. Aber es ist doch bitte schön legitim zu sagen, dass wir, wenn das **AKW** abgeschaltet wird, dann für qualifizierte **Alternativarbeitsplätze** in der **Region** stehen, dass wir für einen Energiestandort als Alternative stehen. Niemand hat hier gesagt, wir würden das Kohlekraftwerk dort bekämpfen oder wir forderten die Regierung auf, das zu verhindern. Das ist nicht der Punkt, beim allerbesten Willen nicht. Wir haben das klipp und klar öffentlich ausgesprochen. Deshalb sage ich das, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir in wenigen Tagen Kommunalwahl haben. Es ist aber doch wohl auch legitim, all das zu diskutieren, was Experten in die Diskussion mit eingebracht haben, um den Weg aufzuzeigen, der in Zukunft für uns alle gemeinsam der beste Weg sein könnte. Dazu gehört aber auch die Sicherung der Arbeitsplätze dort in der Region.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadepful.

Dr. Johann Wadepful [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich bin dankbar für die Klarstellung, die der Kollege Schröder gerade eben vorgenommen hat. Ich wäre auch sehr dankbar, wenn wir innerhalb der Koalition klären könnten, ob - was ich sehr hoffe - dies auch die gemeinsame Position der SPD-Fraktion ist.

Herr Kollege Schulze, ich darf Ihnen noch einmal vorlesen, was Sie im letzten Jahr gesagt haben. Das ist der Punkt, den der Kollege Arp vorhin angesprochen hat. Wörtlich hieß es damals:

„Im zweiten Punkt des Antrages der Grünen wird die Landesregierung aufgefordert, keine Grundstücksverkäufe für die Errichtung von Kohlekraftwerken zu tätigen. Dies geht klar gegen die Absicht, den Energiestandort Brunsbüttel zu erhalten und zu stärken. Für

(Dr. Johann Wadephul)

meine Fraktion erkläre ich dazu klar: Wir stehen zu unserer Zusage; Brunsbüttel braucht nach Abschalten des Atomkraftwerkes ein modernes Kohlekraftwerk ...“

Weitere Einschränkungen hat es bei Ihnen damals nicht gegeben. Ich gehe davon aus, dass das nach wie vor - nach den Klarstellungen des Kollegen Schröder - Ihre Position ist.

Ich sage: Wir können uns an manchen Punkten - das ist ganz normal innerhalb einer Großen Koalition - auch darauf einlassen - das erleben wir gerade während dieser Plenartagung an manchen Tagesordnungspunkten -, dass es hier und da nach wie vor - das ist eigentlich auch gut so - Unterschiede zwischen den großen Volksparteien gibt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Olaf Schulze?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Ich muss mit meiner mittleren Begabung versuchen, erst einmal den Gedankengang zu Ende zu führen, weil das nicht ganz unwichtig ist. Ich bitte um Nachsicht. Danach können wir dazu noch einmal kommen.

Aber Grundlage gerade in der Energiepolitik, in der es manche Erschwernisse gegeben hat und wo wir viele Diskussionen hatten, war bisher - darauf hat die Sozialdemokratie wahrscheinlich auch mit Recht gepocht und auch den einen oder anderen bei uns kritisiert -, der **Energiekonsens**. Der bezog sich auf die **Atomenergie** und implizierte natürlich, dass wir uns mit einer möglichst sauberen und CO₂-vermeidenden oder was auch immer für eine Technologie auf **Kohleenergie** verlassen können. Wenn diese gemeinsame Grundlage in der Großen Koalition verlassen wird, dann ist das eine andere Frage, als wenn wir uns über andere kleine Fragen, die ich an dieser Stelle gar nicht marginalisieren möchte, streiten. Das geht dann schon an eine wichtige, zentrale energiepolitische aber auch industriepolitische Frage für Schleswig-Holstein heran. Es liegt mir sehr daran, dass wir hierzu eine klare Positionierung innerhalb der Großen Koalition hinbekommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir freuen uns über die Positionsänderung der SPD, dass die SPD hier so deutlich sagt, dass sie gegen Kohlekraftwerke ist, wie es der Parteitag auch beschlossen hat. Es geht aber nicht, dass Sie das, was Sie hier sagen, nicht umsetzen, indem Sie nicht so handeln.

(Konrad Nabel [SPD]: Sagen Sie doch einmal, welche Handlungsoptionen wir hätten, liebe Kollegin!)

Da erinnere ich noch einmal an gestern Abend in Brunsbüttel. Sie haben hier im Landtag die Grundlage für ein neues Kohlekraftwerk gelegt, indem Sie zugestimmt haben, dass das **Landesgrundstück in Brunsbüttel** genau dafür verkauft wird.

(Konrad Nabel [SPD]: Ein Energiestandort und nicht ein Grundstück für ein Kohlekraftwerk wird verkauft!)

- Natürlich, das ist so. Herr Nabel, dann kommen Sie nach vorn und erklären das noch einmal.

(Konrad Nabel [SPD]: Ich war schon da!)

Das Grundstück in Brunsbüttel ist extra zu diesem Zweck verkauft worden, mit den Stimmen der SPD.

Die SPD - so meine Erinnerung - hat in der letzten Debatte nicht gesagt, dass sie das nur auf Bitten der CDU tut, sondern unter anderem - das ist eben noch einmal erwähnt worden -, um ihrer Meinung nach den **Energiestandort Brunsbüttel** zu stärken.

Ich sage: Man muss sich entscheiden. Entweder man ist für die Kohlekraftwerke oder man ist dagegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber man kann doch nicht in schönen Sonntagsreden dagegen sein, und wenn es um die praktischen Beschlüsse geht, ist man dafür. Das werden die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen. Wir sagen: Wir sind gegen den Neubau von Kohlekraftwerken und wir handeln auch dementsprechend.

(Konrad Nabel [SPD]: Aha!)

- Wir handeln auch dementsprechend. Sie haben wahrscheinlich mitbekommen, wie die Verhandlungen in Hamburg laufen. Das haben Sie mitbekommen.

(Zurufe)

(Monika Heinold)

Wir werden alle miteinander sehen und selbst sehr kritisch verfolgen, wie das ausgeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich als ebenfalls mittelmäßig begabter Mensch bin hier geblieben, um die Debatte wirklich sehr sorgfältig zu verfolgen, und ich bin verwirrter als jemals zuvor.

(Lachen bei der CDU)

Herr Kollege Wadephul, wenn ich das einmal sagen darf: Ich finde es ausgesprochen nobel von Ihnen, wenn Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU feststellen, was die SPD eigentlich meint.

(Beifall bei der FDP)

Mir wäre es aber lieber, ich würde erfahren, was die SPD wirklich meint.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe heute zwei komplett unterschiedliche Reden wahrgenommen. Die erste Rede hatte zum Inhalt, dass sich die Sozialdemokraten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dafür entschieden haben - das möchte ich gar nicht weiter bewerten -, dass es keine weiteren Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein geben soll, wegen klimapolitischer grundsätzlicher Erwägungen, CO₂-Minderung und anderes mehr. Dann habe ich den Kollegen Schröder gehört, der gesagt hat, aus grundsätzlichen anderen politischen Erwägungen heraus, auch im Hinblick auf die Beschäftigten, bekenne man sich zum Kohlekraftwerk in Brunsbüttel.

Ich würde jetzt wirklich gern wissen - und nicht nur ich, sondern wahrscheinlich auch die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit -, ob die Sozialdemokraten dieses Landes das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel wollen oder ob sie es nicht wollen.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beides gleichzeitig geht nicht. Ich wäre dankbar - bedauerlicherweise ist ja der von mir sehr geschätzte Fraktionsvorsitzende der SPD in anderer Mission unterwegs und kann deshalb keine abschließende

Erklärung für die Sozialdemokraten dazu abgeben -, wenn ein Verantwortlicher, den es dafür in der SPD doch wohl geben wird, die **unterschiedlichen Auffassungen** auf einen Punkt bringen könnte, sodass das Haus und die Bevölkerung wissen, worauf sie sich einstellen sollen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Kollege Nabel, jeder von Ihnen kann sich noch einmal drei Minuten zu Wort melden. Es wäre wirklich ein Ausweis von Redlichkeit - auch sich selbst gegenüber -, wenn Sie klarstellen würden, wie die abschließende Haltung der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Kohlekraftwerk in Brunsbüttel ist.

(Beifall bei der FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die ganze Führungsspitze fehlt! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Landesregierung hat nun der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das Haus zunächst über eine Entscheidung unterrichten, die gestern Abend in der **Stadtvertretung Brunsbüttel** getroffen worden ist. Die Stadtvertretung hat sich mit eindeutiger Mehrheit der beiden großen Parteien dafür entschieden, einen Satzungsbeschluss für einen **Bebauungsplan** zu fassen, der die Errichtung eines großen **Kraftwerks von 1.800 MW** ermöglicht. Diesem Satzungsbeschluss ist der Abschluss eines Durchführungsvertrages mit der Firma SWS vorangegangen, einer Firma, die sich entschieden hat, in Schleswig-Holstein ein großes Kraftwerk zu bauen. Dies möchte sie unter Beteiligung vieler Stadtwerke tun. Darunter sind auch drei Stadtwerke aus Schleswig-Holstein und die Beschlüsse der betreffenden Kommunalvertretungen liegen vor.

Die Geschäftsführerin der SWS hat mir heute -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche meinen Sie?)

- das können Sie, Herr Matthiessen, der Zeitung entnehmen - mitgeteilt, dass sie die Investitionsentscheidung, die auf Gesellschafterbeschlüssen vom

(Minister Dietrich Austermann)

11. März dieses Jahres und auf dem Optionsvertrag, den CDU, SPD und FDP hier im Landtag gebilligt haben, beruht, für Brunsbüttel getroffen haben, weil hier verlässliche Rahmenbedingungen herrschen. Ich sage dies insbesondere vor dem Hintergrund des einen oder anderen Debattenbeitrags: **Verlässliche Rahmenbedingungen** bedeutet, dass Entscheidungen getroffen werden und der Rechtsrahmen für diese Entscheidungen basiert unter anderem auf Änderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetz, das zu Zeiten von Rot-Grün in Berlin verabschiedet worden ist.

Jedes Unternehmen, das im Rahmen eines Baugebiets heute ein Kohlekraftwerk errichten will, muss im Rahmen eines gebundenen Genehmigungsverfahrens dafür eine **Genehmigung** bekommen. Also, jemand, der sagt, er könne die **Rechtslage** aufgrund irgendeines Beschlusses ändern, der irrt. Ich sage das hier so deutlich, weil wir hier nicht den Eindruck erwecken dürfen, man könnte praktisch mit einem Federstrich bestimmte Voraussetzungen verändern. Mir bereitet es auch Sorge, dass der eine oder andere Debattenbeitrag folgenden Eindruck erwecken wollte: Derjenige, der für Kohlekraftwerke ist, ist ein böser Bube. Er versündigt sich an der Umwelt. Er tut etwas Schädliches und deshalb ist er politisch nicht wählbar. - Wir befinden uns schließlich gerade im Kommunalwahlkampf und da hat die eine oder andere Aussage mehr oder weniger Gewicht.

Manchmal steht auf Plakaten, dass Kernkraft und CO₂ lebensgefährlich sind. Erstens. In Kiel will niemand ein Kernkraftwerk bauen. Zweitens. CO₂ ist nur bedingt lebensgefährlich. Der Kollege Matthiessen hat während seiner Rede 80 g CO₂ ausgeschieden. Das tue ich und tun viele andere möglicherweise auch. Aber ohne CO₂ gibt es kein Leben. Denn Pflanzen brauchen CO₂, damit sie existieren können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie können also davon ausgehen, dass wir in der Regierung Entscheidungen in voller Verantwortung für die Natur, für den Lebensschutz und für die Menschen treffen, und Sie können auch davon ausgehen, dass wir diese Entscheidungen umsetzen.

Nun möchte ich auf die einzelnen Fragen, die gestellt wurden, antworten. - Das jetzt **geplante Kohlekraftwerk in Brunsbüttel** - vielleicht wird es noch ein zweites geben - wird das modernste in ganz Deutschland sein. Es wird 1,5 Millionen t CO₂ bei einem anderen Kohlekraftwerk in Deutschland einsparen. Es gibt eine Liste für die Laufzeiten von

Kohlekraftwerken in Deutschland und bis zum Jahre 2020 werden 40 MW alte Leistung vom Netz gehen - - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist falsch!)

- Natürlich, Herr Hentschel. Es hat keine einzige Zahl von denen, die Sie vorgetragen haben, gestimmt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist immer so!)

Es hat weder eine Zahl noch eine Behauptung gestimmt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die stammen von der Bundesregierung!)

Wenn Sie es unbedingt wollen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er will das!)

dann will ich eine Aussage von Bundesumweltminister Gabriel zitieren, die er am 19. März in Brunsbüttel getätigt hat:

„Ich verstehe die Demonstranten nicht, schüttelte Sigmar Gabriel den Kopf. Die Zahl der deutschen Kohlekraftwerke habe doch nichts mit der Menge an Kohlendioxid zu tun, schließlich sei dafür eine Emissionsberechtigung notwendig. Jeder könne sein Kraftwerk bauen. Er müsse nur erklären, woher diese Berechtigung komme. Der Minister: Wir brauchen neue Kohlekraftwerke, um alte Standorte stillzulegen.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Wenn wir keine Kohlkraftwerke wollen, dann müssten wir Gas nehmen. Das wird viel teurer. Außerdem steigert die Antikohlepolitik nur den Druck auf verlängerte Laufzeiten ...“

Das sagt die Bundesregierung. Insofern können Sie doch nicht sagen, dass die Bundesregierung zu diesem Thema etwas anderes sagt. Nein, Herr Hentschel, diese Bundesregierung ist für moderne Kohlekraftwerke, weil die modernen - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich meine die Zahlen, Herr Minister!)

- Jetzt werden es schon 90 g CO₂, Herr Hentschel.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und FDP)

(Minister Dietrich Austermann)

Die modernen Kohlekraftwerke bewirken nämlich genau das, was wir erreichen wollen: weniger CO₂-Ausstoß.

Ich bitte auch, es zu unterlassen, das **IPCC** falsch zu zitieren. Wenn Sie schon den Chef des IPCC zitieren - das ist der, der den Nobelpreis bekommen hat -, dann müssen Sie ihn auch richtig zitieren. Er ist nämlich für moderne Kernkraftwerke. Er wird richtig zitiert, wenn behauptet wird, dass wir neue leistungsfähige Kohlekraftwerke brauchen und dass CCS eine Technologie der Zukunft ist. Genau das sagt IPCC. Erzählen Sie doch nicht, dass die Leute gegen Kohlekraftwerke sind. Herr Hohmeyer hat an dieser Stelle eine andere Auffassung, aber er ist nicht das IPCC. Das bitte ich endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte deutlich machen, was in **Brunsbüttel** entsteht. Es entsteht ein **Kohlekraftwerk** mit einem **Wirkungsgrad** von 47 %. Die in Deutschland laufenden Kohlekraftwerke haben Wirkungsgrade von 30 bis 38 %. Allein aufgrund dieser **höheren Effizienz** wird erreicht, dass 1,5 Millionen t CO₂ eingespart werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Gaskraftwerke hätten 68 %)

- Ich glaube, ich muss jetzt nicht noch einmal Herrn Gabriel zitieren. Wenn sie es wünschen, kann ich es aber gern machen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Jetzt komme ich auf **Hamburg** zu sprechen. Die SPD hat übrigens gesagt, dass sie zu diesen Konditionen auch der Koalition zugestimmt hätte. Herr Egloff hat gesagt: Natürlich war auch die SPD für **Moorburg**. - Vor den Wahlen hat es sich zwar anders angehört, aber nach den Wahlen war er auch für Moorburg. Jetzt warte ich natürlich voller Freude, dass die von mir sehr geschätzte Kollegin Hayduk als zuständige Senatorin das Kraftwerk in Moorburg wird genehmigen müssen. Sie kann rechtlich nämlich gar nicht anders. Dann werden auch die Grünen ein 1.600-MW-Kraftwerk genehmigen müssen. Das ist die Situation.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wird wie beim Thema Afghanistan!)

Ich habe vorhin schon gesagt: Natürlich ist CO₂ in diesem Ausmaß nicht umweltfreundlich. Deswegen verfolgen wir die **CCS-Technologie**. Ich habe erst heute ein Schreiben von dem Unternehmen bekommen, das 3 Milliarden € investieren will. Das wird

wahrscheinlich die größte Baustelle in Europa sein und dies wird natürlich auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei der CDU)

Nebenan wollen sie das Grundstück von uns haben, um dort die CCS-Technologie zu realisieren und mögliche Abwärmekopplung in andere Produktionsbetriebe leiten zu können. Also, genau das, was wir wollen, ist dort vorgesehen. Wir wollen eine höhere Effizienz. Wir wollen eine höhere Effizienz also nicht nur durch modernere Kraftwerke, sondern wir wollen die Effizienz auch steigern, indem man Dampf oder Energie auskoppelt und damit andere Produktionsanlagen betreibt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel? - Bitte schön.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass bis 2020 20 GW in Kohlekraftwerken stillgelegt werden. Wie erklären Sie sich, dass die Bundesnetzagentur davon ausgeht, dass aufgrund der längeren Laufzeiten nur 2,4 GW - das ist ein Achtel - stillgelegt werden?

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ich bin Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur, und der Chef der Bundesnetzagentur hat vor wenigen Wochen davor gewarnt, dass in diesem Sommer ein **Stromengpass** entstehen könnte. Möglicherweise ist Ihnen das entgangen. Das galt für diesen Sommer und nicht für 2020. Wenn die Entwicklung so weitergeht und entsprechende Mengen vom Netz genommen werden, bedeutet das, dass die Lage von Jahr zu Jahr eher dramatischer wird. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir **neue Technologien** unterstützen. Ich glaube, es gibt kein Bundesland, das so viel für erneuerbare Energien tut wie dieses Bundesland und es gibt wohl auch keine andere Landesregierung, die so viel tut wie diese Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich gerade von 20.000 MW gesprochen habe, dann habe ich mich versprochen. 40.000 MW Leistung aus Kohle gehen vom Netz und 22.000 MW Leistung aus Kernenergie gehen bis zum Jahre 2020 vom Netz. Das

(Minister Dietrich Austermann)

macht zusammen über 60.000 MW, die vom Netz gehen. Diese Leistung muss ersetzt werden. Das werden Sie nicht mit Biomasseanlagen oder kleinen dezentralen Anlagen schaffen. Dies können Sie nur erreichen, wenn Sie Anlagen im großtechnischen Maßstab bauen.

Man sollte deutlich machen, dass es bei der Überlegung, lange, große Netze einzurichten, vor Ort immer Schwierigkeiten gibt. Wer war denn gegen die neue Leitung in Norwegen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer war denn gegen die Leitung, die wir jetzt in Nordfriesland bauen wollen? Wer ist denn gegen ein großes Leitungsnetz, das wir an anderer Stelle in Deutschland und Schleswig-Holstein bauen? - Überall kommen Bedenken und Verzögerungen, sodass das Supergrid gar nicht gemacht werden kann.

Wir als Landesregierung haben jetzt eine Initiative gestartet, die in die Richtung geht, in Schleswig-Holstein Wasserstrom aus Norwegen und aus Schweden über Dänemark mit Windstrom und Wasserstrom aus der Schweiz zu verbinden. Dafür brauchen Sie 800 km neues Gleichspannungsnetz, das Sie erst einmal errichten müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin ziemlich sicher: Wenn das erste Planfeststellungsverfahren kommt, stehen Sie auf den Barrikaden und sagen: Das geht aber nicht, hier wird die Landschaft verschandelt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das tun sie ja schon!)

Man sollte ehrlich miteinander reden und die Dinge nicht beschreiben.

Überhaupt: Dinosaurier-Technologie. Es gibt natürlich auch Dinosaurier-Denken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie wissen, die Dinosaurier haben alles Grün aufgefressen, bis nichts mehr da war und bis sie ausgestorben sind.

(Heiterkeit bei der CDU)

Man muss überlegen, was man sagt.

(Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich habe von Ihnen keine einzige naturwissenschaftliche Darlegung gehört, die das, was ich bisher gesagt habe, und das, was die Landesregierung gemeinschaftlich vertritt, widerlegt hätte. Das Problem ist nämlich, dass Sie jahrelang bestimmte Behauptungen aufgestellt haben, die durch nichts belegt waren. Weil die Debatte jetzt offener wird, weil wir genau über Konsequenzen und reale Möglichkeiten diskutieren, wird endlich deutlich, dass Sie Nebelschwaden verbreitet haben, hinter denen nichts verborgen war. Sie malen Dinge an die Wand, die es so nicht gibt.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Zahlen stimmen mit denen der Bundesregierung überein!)

Die Zahlen stimmen alle. Sie sind nachprüfbar und belastbar.

Ich habe Ihnen genau gesagt, wie groß der CO₂-Ausstoß sein wird. Sie können davon ausgehen, dass mit den Maßnahmen, die diese Landesregierung jetzt im Hinblick auf die Energieerzeugung treffen wird, Schleswig-Holstein, das ein Reinluftgebiet ist, auch ein Reinluftgebiet bleiben wird, in dem man messen kann, an welcher Stelle was an Schadstoffen herauskommt, was in welchem Gebiet auftaucht.

Ich würde mich freuen, wenn Sie, wenn es darum geht, CO₂ zu vermeiden, CO₂ abzuscheiden, Gelände zu eruiieren, auf dem wir CO₂ deponieren können, dabei wären.

Ich berichte jetzt einmal, weil das den meisten nicht bekannt ist, wie das Verfahren bisher gelaufen ist. Wir haben alle Parlamentarier über alle Parteien hinweg zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Der Abgeordnete Matthiessen der Grünen war auf der Veranstaltung da. Wir haben erläutert, wie das mit der **CCS-Deponierung** stattfinden soll. Er hat sich zu Wort gemeldet und gesagt: „Ein großartiger Vorschlag.“ Am nächsten Tag gab es eine EU-Richtlinie zu diesem Sachverhalt, die genau das fordert, was wir machen.

(Zuruf)

- Es kann sein, dass das Wort hat nicht „großartig“, sondern „prima“ oder so ähnlich gelaute hat. Jedenfalls war es eine positive Wertung. - Am nächsten Tag kam ein anderer Vorschlag. Offensichtlich kam das Kommando: „Zurück!“ Herr Matthiessen hat gezeißelt, dass ein Irrweg bestritten wird, dass das alles falsch ist. - Wie soll ich denn mit solchen Positionen gemeinsame Energiepolitik machen,

(Minister Dietrich Austermann)

Herr Matthiessen? Das funktioniert doch hinten und vorn nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollen Sie doch gar nicht!)

Wir müssen uns doch, wenn wir uns auf Themen einigen, diese Themen auch gemeinsam besprechen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie erzählen heute etwas, was hinterher dementiert wird! Sie verstehen alles falsch, nicht nur uns!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Hentschel, ich darf noch einmal bitten: Keinen Dialog!

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Hentschel, wir können gern eine Fragestunde machen. Das Instrument soll es ja geben. Dann werde ich Ihnen die Fragen auch beantworten. Dazwischenrufen bringt nichts, insbesondere dann nicht, wenn es nicht verständlich ist.

Wer auch immer glaubt, eine Politik machen zu können, die heute ein sofortiges Umschalten in ausschließlich erneuerbare Energien ermöglicht, ist auf dem Irrweg. Die Debatte um das Thema Biosprit in den letzten Wochen hat deutlich gemacht, dass es Patentlösungen nicht gibt. Wir brauchen längere Zeit. Diese Landesregierung ist auf der Basis der früheren Landesregierung dabei, diesen Weg im Bereich Windenergie, im Bereich Wasserstoffenergie und im Bereich anderer Energie zu beschreiten. Aber von einem Tag auf den anderen ist das nicht möglich.

Ich sage Ihnen jetzt, was im letzten Jahr stattgefunden hat, um zu der These: „Es gibt genügend Strom“, richtig Stellung genommen wird. Im letzten Jahr waren zwei Kernkraftwerke nicht am Netz. Wir haben bei den Stromunternehmen gefragt: Wo holt ihr euren Strom her? - Der Strom, der in Deutschland als Ersatz an die Stelle des hier erzeugten Stroms gebraucht worden ist, kam aus einem Kernkraftwerk in Tschechien - Sie kennen das; der Name ist ein Begriff, ein Synonym für „besonders qualifiziertes Bauen im Strombereich“ geworden -, und aus einem Kernkraftwerk in Frankreich und in bescheidenem Maß aus Wasserkraft in Norwegen. Ich glaube nicht, dass das - Wasserkraft ja,

im Übrigen aber nicht - die Zukunft ist, die Sie und die wir alle hier wollen.

Ich denke, dass war heute ein guter Tag für die Energieversorgung, ein guter Tag für neue Arbeitsplätze und für Wirtschaftsansiedlungen. Ich hoffe, es wird auch ein Tag, an dem deutlich wird, dass es ein Tag der Verlässlichkeit, der Handlungsfähigkeit der Regierung ist.

(Anhaltender Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. - Wir haben eine neu entstandene Redezeit. Das hat mich dazu gebracht, einen solchen Beitrag auch einmal durchgängig laufen zu lassen. Das Recht hat ein Minister auch. Die neu entstandene Zeit ist nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung dreieinhalb Minuten. Ich habe zwar zwei Wortbeiträge, zunächst den Herrn Abgeordneten Matthiessen. Wir berechnen das zunächst auf diese Zeit.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein, das ist ein Dreiminutenbeitrag! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, doch!)

- Es wäre schön, wenn er das selber gesagt hätte, wenn er weiß, was er will.

(Heiterkeit bei der CDU- Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Präsidentin, ich mache hier einen Dreiminutenbeitrag, wenn es recht ist! Dazu hatte ich mich auch gemeldet!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Minister, Ihren Theorien der Substitution der stillliegenden Atomkraftwerke, Biblis A, Biblis B, Krümmel und Brunsbüttel im letzten Jahr, nämlich, dass ein tschechisches Atomkraftwerk als Substitut hat herangezogen werden müssen, erstaunt mich zumindest vor dem Hintergrund, dass wir im Jahr 2007 19 TW/h Strom exportiert haben und dass wir zum Zeitpunkt der höchsten Lastspitze im gesamten Netz immer noch 2.000 MW Leistung zur Verfügung hatten, die für den Export zur Verfügung gestellt worden sind. Vor dem Hintergrund ist es naturwissenschaftlich erstaunlich, dass Sie sagen, es sei von außen importiert worden, um das zu substituieren.

(Detlef Matthiessen)

Die Zeit ist nicht so üppig. Ich möchte trotzdem gern Folgendes wissen. Ich habe eine Erklärung des Ministers vermisst: Das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel wird in CCS-Technik gebaut.

(Zuruf)

- Ich habe nicht gehört, dass dieses Kraftwerk verbindlich in **CCS-Technik** gebaut wird.

Ich sage Ihnen einmal, was CCS-Technik bedeutet.

Erstens. Es muss funktionieren.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ich habe selber - was ist daran lächerlich? - im Rahmen meiner energiepolitischen Gespräche eine Veranstaltung nur zu CCS gemacht. Professor Wallmann vom Leibniz-Institut sagt: Es geht.

Ich war am Dienstag auf Einladung von E.ON-Kraftwerke mit dem Vorstandsvorsitzenden auf der Hannover-Messe auf einem Podium. Da hat Herr Dr. Luge gesagt: Aus seiner Sicht funktioniert es nicht. - Das sind zwei verschiedene Dinge. Ich glaube, Sie sind auf diesem naturwissenschaftlichen Gebiet auch nicht schlauer als ich.

Zweitens. Es kostet beim Einbau, wenn es denn funktioniert.

Drittens. Es senkt den Wirkungsgrad um Prozentpunkte. Wir landen sozusagen beim Stand der Altkraftwerke.

(Konrad Nabel [SPD]: 28 %!)

- Oder um noch mehr; das weiß ich jetzt nicht. Aber es wird um mindestens die Größenordnung gesenkt, die wir uns technisch verbessern. Diese Verbesserung ist ja ein Legitimationsargument, um jetzt in den Kohlekraftwerksbau einzusteigen. Die neuen sparen gegenüber den alten angeblich ja soviel CO₂.

Energie muss transportiert werden. Energie muss verpresst werden. Wir brauchen ein **Lager**. Dafür wird eine Müllgebühr verlangt. Wir dürfen in diesem Lager keine Flüchtigkeit haben. Eine Flüchtigkeit von beispielsweise 2 % würde im Laufe der Zeit den Effekt wieder zunichte machen.

Ich habe nichts gegen die Forschung von CCS-Technik. Insofern haben Sie mich richtig zitiert. Ich habe den RWE-Dea-Leuten gesagt: „Ich finde es gut, dass daran geforscht wird, und das begeistert mich. Ich bin ein Technikfreak und Wissenschaftsnarr.“ Wenn wir die CCS-Technik zur Verfügung haben und sie nutzen, um neu aus der Erde herausgeholt Kohlestoffatome in Form von CO₂ abzulagern -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die drei Minuten sind um.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- ich befinde mich im letzten Satz -, dann schieben wir kommenden Generationen einen Riegel zur Nutzung von CCS-Technik für Biomasse vor, weil dann die vorhandenen Lager für eine echte CO₂-Senke verstopft sein werden. Nur so können kommende Generationen überhaupt die Chance haben, CO₂ aus der Atmosphäre in hochkonzentrierter Form herunterzufahren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil wir den kommenden Generationen neben dem schon vorhandenen Klimaschaden und neben Atomlagern dritte Ewigkeitskosten in Form von verstopften CO₂-Lagern hinterlassen, bin ich gegen dieses Prinzip. Diese Generationen haben dann gar keine Chance mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem weiteren Wortbeitrag hat Herr Dr. Garg das Wort. Er wird uns sagen, ob sein Beitrag ein Kurzbeitrag sein wird.

(Zurufe)

- Nein, man kann nicht Dreiminutenbeiträge mit der Redezeit verbinden. Das habe ich auch schon einmal gemacht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es ist ein Dreiminutenbeitrag!)

- Sie leisten einen Kurzbeitrag. Danke.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Matthiessen, Sie haben sich gerade widersprochen. Sie haben sich einmal im Kreis gedreht. Auf der einen Seite erzählen Sie, dass Sie die **CCS-Technik** grundsätzlich für eine faszinierende Technologie halten, die eine Chance haben soll. Auf der anderen Seite warnen Sie davor, die Technologie einzusetzen, weil uns so **Erblasten** für die **kommende Generation** nicht erspart bleiben.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, da muss man ein bisschen denken, Herr Garg!)

(Dr. Heiner Garg)

- Entschuldigung, dass ich Ihnen intellektuell nicht folgen kann, Frau Birk. Entweder man findet die Technologie gut und will sie zum Einsatz bringen, dann muss man den Bau von Kraftwerken zulassen, bei denen diese Technologie zum Einsatz kommt. Wenn man diese Technologie aber schlecht findet, dann darf man sie nicht zum Einsatz bringen. Wie schon gesagt, bedauerlicherweise kann ich Ihnen auch hier nicht ganz folgen.

Das bringt mich zu einem zweiten Punkt. Hier gibt es einen ähnlichen Widerspruch. Ich stelle fest, dass die Führungsspitze der Sozialdemokraten wieder fast vollständig anwesend ist. Die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD sind da, und die stellvertretende Ministerpräsidentin, die auch Abgeordnete ist, ist ebenfalls da. Ich möchte daran erinnern, worum mein Fraktionsvorsitzender, der Oppositionsführer, hier gebeten hat. Darum möchte ich auch bitten. Ich möchte von der Sozialdemokratie unter dem Stichwort der Redlichkeit wissen, wie die sozialdemokratische Landtagsfraktion hier zum **Bau eines Steinkohlekraftwerks in Brunsbüttel** steht. Wir müssen uns nichts vormachen, wir befinden uns im Kommunalwahlkampf. Ich möchte wissen, ob sie diesen Bau befürwortet und ausdrücklich unterstützt oder ob sie den Bau eines Steinkohlekraftwerks in Brunsbüttel ablehnt.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Garg, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten intellektuell Schwierigkeiten, dem Zwischenruf von Frau Birk zu folgen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können Sie verstehen!)

- Das will ich gar nicht bewerten. Das steht mir nicht zu.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie hatten offensichtlich intellektuell auch Schwierigkeiten, den Ausführungen der Mitglieder meiner Fraktion zu folgen, die relativ deutlich und klar gesagt haben, dass es eine differenzierte Diskussion gibt, die jedoch ein paar Eckpfeiler hat. Ein Eckpfeiler ist, dass wir uns im Wahlprogramm immer

eindeutig und unmissverständlich für einen **Kraftwerkstandort Brunsbüttel** ausgesprochen haben. Das steht auch im **Koalitionsvertrag**. Das ist völlig unzweideutig.

Vor Ort wird darüber diskutiert und entschieden, was für ein Kraftwerkstandort dort entwickelt werden soll. Dort gibt es jetzt den Weg, der in die Richtung eines Kohlekraftwerks zeigt. Es ist aufgrund der **Klimadiskussion** legitim, die Frage deutlich zu machen, ob man das aus landespolitischer und aus globaler Sicht für einen vernünftigen Schritt hält. Hier haben wir in der Tat Zweifel, die auch vorgetragen worden sind. Wenn man in einer solch schwierigen Diskussion, die weltweit geführt wird, Zweifel hat und es problematisch findet, diese Dinge einfach laufen zu lassen, dann muss man sich so verorten. Wir finden es notwendig, über solche Sachen ernsthaft zu diskutieren. Wir bleiben dabei.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Satz zu dem, was der Kollege Schröder auch schon gesagt hat. Wenn dort ein Kohlekraftwerk gebaut wird, weil man sich vor Ort dafür entscheidet, dann werden wir das natürlich nicht verhindern wollen. Wir werden das auch nicht verhindern. Das sind Entscheidungen, die nicht von uns getroffen werden. Wir dürfen aber deutlich sagen, dass unser Rat ist, ernsthaft über die Frage nachzudenken, ob man eine **Alternative** zu einem Kohlekraftwerk realisieren sollte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich schaue in die Runde, und zwar mit der Bitte, zu bedenken, dass andere Kollegen sich auf andere Themen vorbereitet haben. Ich wage die Behauptung, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. - Ich schließe die Beratung.

Bitte helfen sie mir jetzt bei dieser komplizierten Abstimmung. Unter Punkt a) ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2017 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wenn Sie so beschließen wollen, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?

Unter b) hat der Ausschuss Empfehlungen abgegeben. Er hat empfohlen, den Antrag Drucksache 16/1378 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Wer so beschließen will, den bit-

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

te ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag Drucksache 16/1378 ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Der Ausschuss empfiehlt weiter die Ablehnung der Nummern 1, 2 und 3 erster Spiegelstrich des Antrages mit der Drucksache 16/1396. Das ist ein Antrag des SSW. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag Drucksache 16/1396 ist mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP abgelehnt worden.

Nachdem unsere Besucher schon eine ganze Weile da sind und eine heiße Debatte erlebt haben, möchte ich auf unserer Besuchertribüne sehr herzlich den Seniorenrat der Stadt Nortorf begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich habe eine Mitteilung zu machen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, einen neuen Entwurf eines Kinderschutzgesetzes in dieser Tagung in erster Lesung ohne Aussprache zu behandeln. Ich frage Sie, ob Ihnen der Gesetzentwurf Drucksache 16/2036 vorliegt. - Noch nicht? - Dann wird er Ihnen gleich vorgelegt werden. Ich möchte vorschlagen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt als Tagesordnungspunkt 41a in die Tagesordnung einreihen und heute als letzten Tagesordnungspunkt aufrufen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1993

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die RWE Dea AG hat im Herbst 2007 einen Antrag gestellt, außerhalb von Mittelplate im **Nationalpark** sogenannte Explorationsbohrungen durchführen zu dürfen. Dieser Antrag wurde zu-

rückgezogen. Gleichzeitig wurde aber angekündigt, dass ein neuer Antrag gestellt werden soll. Außerdem hat die RWE Dea AG beim Bergamt Clausenthal-Zellerfeld einen Antrag auf eine ganz neue **Konzession** für Öl- und Gasbohrungen gestellt. So etwas nennt man im Volksmund Claim. Der Antrag wurde bereits ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und ohne öffentliche Anhörung genehmigt. So etwas ist nach dem **Bergbaugesetz** immer noch möglich. Ob das angesichts der neuen EU-Gesetzgebung noch rechtskonform ist, ist fraglich und wird sicherlich geprüft werden.

Jetzt ist also ein großer Teil Nordfrieslands - darunter der Norden Eiderstedts sowie ein Großteil der Festlandküste, der Inseln und Halligen und große Teile des Nationalparks - ein Claim der RWE Dea AG. Wie es der Zufall will, hat die Dea für dieses Gebiet auch noch seismische Erprobungen beantragt, um das Gebiet auf mögliche Speicherstätten für CO₂ zu erkunden. Gleichzeitig wird die Ölplattform Mittelplate zurzeit ohne Genehmigung erheblich vergrößert. Es wurde die Genehmigung eines neuen Starkstromkabels zwischen Mittelplate und dem Festland beantragt. Gegen beide Vorhaben haben mehrere **Umweltverbände** Klagen angekündigt. Es ist also etwas los im Wattenmeer.

Das **Nationalparkgesetz** legt eindeutig und unmissverständlich fest, dass Ölbohrungen an Standorten **außerhalb der Mittelplate-Plattform**, die schon vor dem Gesetz existierte, nicht zulässig sind. Das ist schleswig-holsteinisches Gesetz. Allein schon deswegen ist es unverständlich, dass die Landesregierung angesichts des Vorgehens von RWE Dea nicht eindeutig Position bezieht. Was sollen denn die anderen Nutzer des Nationalparks wie die Fischer, die Bauern, die Schifffahrt oder der Tourismus sagen, wenn sie in ihren Nutzungen aus Gründen des Allgemeinwohls zum Teil erheblich eingeschränkt sind, aber die Ölindustrie mitten im Nationalpark Ölbohrungen beantragt?

(Beifall beim SSW)

Das **Berggesetz** sieht in § 11 vor, dass eine **Konzession** zu versagen ist, wenn überwiegende öffentliche Interessen dagegenstehen. Herr Minister, es ist doch offensichtlich, dass für die oben genannten Gebiete andere planerische Zielsetzungen als die Förderung von Öl bestehen. Damit meine ich nicht nur den Naturschutz. Es stehen auch zentrale wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Eine **Ausweitung der Ölförderung** und mehr noch ein Ölunfall hätten gravierende langfristige Auswirkungen vor allen Dingen auf den Tourismus - und dieser ist die Lebensader der gesamten Region. Daneben wäre

(Karl-Martin Hentschel)

auch die Fischerei im Wattenmeer wie auch die Fischerei in der Nordsee betroffen, da das Wattenmeer sozusagen die Kinderstube für zahlreiche Fischarten bildet.

Unklar ist auch, welche Gefahren mittelfristig durch die Ölförderung für das wachsende **Erdbebenrisiko** bestehen. Seitdem es im Ecofisk-Feld zu einem Beben mit der Stärke 5.0 auf der Richterskala gekommen ist, muss in Zukunft die Entnahme von Öl oder Gas auch in dieser Hinsicht geprüft werden.

Meine Damen und Herren, es ist unbegreiflich, dass der Umweltminister von Boetticher wieder einmal den Mund hält, wenn es um Naturschutzbelange geht, dass er es zulässt, dass mit dem größten Kleinod der schleswig-holsteinischen Natur in dieser Weise verfahren wird. Es ist erforderlich, dass der Landtag zu diesem Vorhaben klar Position bezieht. Wir haben deshalb im Landtag einen Antrag eingereicht, in dem wir fordern, dass keine Ausweitung der Ölförderung stattfindet, dass die Landesregierung - und hier besonders der Umweltminister - sich klar und eindeutig für den Nationalpark einsetzt und dass das Bundesberggesetz so geändert wird, dass es modernen Anforderungen entspricht.

(Beifall beim SSW)

Zu modernen Anforderungen gehören heutzutage öffentliche Verfahren, verpflichtende Bürger- und Verbandsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist im Baurecht Standard. Das ist auch im Verkehrsrecht mittlerweile Standard. Das müsste endlich auch im **Bergrecht** Standard sein.

Ich hoffe auf die Zustimmung des Hauses zu diesem Antrag. Sollte diese heute aufgrund von Koalitionsrason nicht möglich sein, beantrage ich die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss, damit dort über das Thema ausführlich und vernünftig beraten werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Axel Bernstein das Wort.

Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hentschel, zuerst einmal herzlichen Dank. Ich finde, Ihr Redebeitrag hat sich ausgesprochen angenehm von dem vorherigen Beitrag Ihrer Fraktion abgehoben. Einen Punkt will ich allerdings hervorheben. Wenn wir einen Rechtsstaat ernst nehmen, ist zu sagen, dass in einem Rechtsstaat jeder Rechte hat, egal ob er Vertreter einer Umweltschutzorganisation oder zum Beispiel der RWE Dea ist. Ich kann vorwegnehmen, dass wir dem Antrag auf Ausschussüberweisung gern zustimmen werden.

Das schleswig-holsteinische Wattenmeer ist ein einmaliger Naturraum, den es ohne Wenn und Aber zu schützen gilt. Genau deswegen hat die CDU den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer ja auch eingerichtet. Genau aus diesem Grunde haben wir die Anmeldung unseres **Wattenmeeres** gemeinsam mit Niedersachsen und den Niederlanden als **Weltnaturerbe** auf den Weg gebracht. Wir machen damit deutlich, dass unser Wattenmeer ein in dieser Form weltweit einmaliger Naturraum, eben ein Weltnaturerbe ist. Allerdings ist weder ein Gebiet, das zum Weltnaturerbe gehören soll, noch ein Nationalpark ein Museum. Berechtigte **Nutzungsinteressen** haben auch in einem solchen sensiblen Umfeld ihren Raum. Sie haben es selber schon angesprochen. Tourismus, Fischerei und Küstenschutz sind selbstverständliche Nutzungen im Wattenmeer, die unter Beachtung sinnvoller Spielregeln mit dem Erhalt des Naturraumes im Einklang stehen. Klar ist aber auch, dass jede solche Nutzung einen Eingriff darstellt und deshalb immer eine sorgfältige Abwägung zwischen **Nutzungsbedarf** auf der einen Seite und **Naturbeeinträchtigung** auf der anderen Seite nötig ist. Das gilt letztlich auch für die Nutzung der **Rohstoffreserven** im **Wattenmeer**. Deshalb können wir einem Antrag wie dem, den die Grünen hier vorgelegt haben, nicht ohne Weiteres zustimmen. Dieser Antrag fordert, gerade auf eine verantwortungsbewusste Abwägung zu verzichten und stattdessen ein Ergebnis vorwegzunehmen, das die Erkundung weiterer **Rohstoffvorkommen** ausschließt. Das ist für die CDU nicht der richtige Weg.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Gesetz in Schleswig-Holstein!)

- Es geht um die Erkundung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gilt auch für Erkundungsbohrungen!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bitte keine bilateralen Gespräche, Herr Hentschel!

Axel Bernstein [CDU]:

Für uns ist klar, dass mit **Ausnahme** der bestehenden Plattform Mittelplate eine Rohstoffförderung im Nationalpark weder zulässig noch wünschenswert ist. Die Nutzung unserer heimischen Ressourcen von außerhalb des Nationalparks hingegen unterstützen wir ausdrücklich. Dabei sind die geltenden hohen **Umweltstandards** strikt zu beachten. Zusätzliche Eingriffe wie beispielsweise Explorationen müssen Gegenstand jener Abwägungs- und gegebenenfalls auch Genehmigungsprozesse sein, an denen die zuständigen Stellen des Landes im Übrigen mit großem Verantwortungsbewusstsein beteiligt sind. Im Blick auf das, was Sie eben in Bezug auf andere Behörden ausgeführt haben, spreche ich hier ausdrücklich von den zuständigen Stellen des Landes.

Neben einem ökonomisch und ökologisch tragbaren Ergebnis geht es hier auch um die **Akzeptanz** möglicher Entscheidungen in der **Region**. Genau vor diesem Hintergrund haben wir hier im Plenum einvernehmlich die Anmeldung zum Weltnaturerbe mit besonderen Maßgaben des Landes Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Wir halten es nicht für klug, heute eine Tür zur zukünftigen weiteren Nutzung unserer heimischen Rohstoffe kategorisch zuzuschlagen. Gerade bei einem Blick auf die weltweite Nachfrage nach Öl und Gas - wir haben darüber heute an verschiedenen Stellen diskutiert - zeichnet sich, dass eine solche voreilige Entscheidung nicht das letzte Wort sein könnte. Mit dem von mir angedeuteten Verfahren können wir, wie ich denke, zu Ergebnissen kommen, die in der Sache gut sind, die in der Region akzeptiert werden und die in einem möglichen oder, wie Sie gesagt haben, wahrscheinlichen Klageverfahren letztendlich auch Bestand haben können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Axel Bernstein und erteile Herrn Abgeordneten Detlef Buder für die SPD-Fraktion das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vertreter der Region, die hier und auch bei dem vorigen Tagesordnungspunkt angesprochen worden

ist, bitte ich das zu berücksichtigen, was ich jetzt sage. Wir in der **Region** verfolgen die Vorgänge mit sehr gemischten Gefühlen, weil von den unterschiedlichen Entscheidungen natürlich vielfältige wirtschaftliche und soziale Interessen berührt werden. Bei der Nominierung des Wattenmeeres für das **Weltnaturerbe** haben die Redner aller Parteien und auch Herr Minister von Boetticher festgestellt, wie einmalig und schutzwürdig das Wattenmeer ist. Auch die CDU und die SPD haben dies betont. Herr Kollege Hildebrand hat in seiner Rede im November darauf hingewiesen, dass das Wattenmeer bei einer Ernennung zum Weltnaturerbe mit den Galapagosinseln und dem Great Barrier Reef auf einer Ebene stehen würde.

Herr Kollege Hildebrand, können Sie sich vorstellen, dass mitten auf den Galapagosinseln oder im Great Barrier Reef Ölbohrtürme stehen? - Das kann man sich wohl kaum vorstellen. Deshalb sollten wir hier, wie ich finde, auch sehr vorsichtig vorgehen.

Zur gleichen Zeit, als die Diskussion um die Nominierung geführt wurde, bekam das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume einen Brief vom Landesamt für Bergbau aus Clausthal-Zellerfeld, in dem es um die Aufsuchungserlaubnis für RWE Dea ging. Es ist bedauerlich, dass niemand darüber informiert wurde. Erst durch unser Nachfragen im Februar haben wir Informationen vom Ministerium erhalten und - ich füge als regionaler Abgeordneter hinzu - leider nach Veröffentlichung in der dortigen Presse.

Eine frühere Diskussion wäre in diesem Zusammenhang sicherlich hilfreicher gewesen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Anträge um Aufsuchungserlaubnis und Probebohrung zeigen eindeutig, dass die RWE Dea in weiten Bereichen des Nationalparks außerhalb der Mittelplate nach Öl bohren will. Wir haben uns 16 Jahre lang dafür eingesetzt, dass das **Wattenmeer** als Weltnaturerbe nominiert wird. Sollen wir das nun leichtfertig gefährden? Die Pläne von RWE Dea werden da sicherlich nicht förderlich sein, und die UNESCO wird wahrscheinlich mit Argusaugen unsere Region beobachten. Die Diskussion um die Waldschlösschenbrücke sollte uns hier eine Warnung sein.

(Zuruf von Minister Dr. Christian von Boetticher)

(Detlef Buder)

- Die SPD hat sich damals beim Koalitionsvertrag dafür eingesetzt, dass der **Nationalpark** nicht angestastet wird, und es zeigt sich, dass das richtig war. Dabei sind wir vor Ort keine Fundamentalisten, wie Sie wissen, Herr Minister. Wir haben Eingriffe wie die seismischen Untersuchungen 2000 und 2001 und den Ausbau der Pipeline nach Friedrichskoog mitgetragen. Wir haben ihn akzeptiert, weil er notwendig war.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nach vorheriger Genehmigung. Darum geht es nicht. Es geht darum, dass wir die Probleme, die dann an uns herangetragen werden, und die Maßnahmen, die im Rahmen des Nationalparkgesetzes durchgeführt werden können, ohne Weiteres gestatten und auch noch begleiten, damit sie durchgeführt werden können und zu einem guten Ende geführt werden. Das möchte ich hier nur betonen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor dem Hintergrund sind auch die Einlassungen ernst zu nehmen, mit denen wir vor Ort diskutieren. Wir lassen deshalb durch den Wissenschaftlichen Dienst überprüfen, ob eine Genehmigung der Probebohrungen allen Aspekten des Nationalparkgesetzes rechtlich nicht widerspricht. Das beinhaltet auch Probebohrungen vor Eiderstedt. Es soll also gewährleistet sein, dass hier kein Verstoß gegen das Nationalparkgesetz vorliegt, wenn eine Genehmigung ausgesprochen wird.

Die **Probebohrungen** stellen außerdem aber - das sollte man immer berücksichtigen - auf jeden Fall eine Störung für die Tierwelt dar. Für den Tourismus ist das Ganze auch keine Werbung. Die Diskussion, die wir 2001 und als die Pipeline verlegt wurde, geführt haben, ist sicherlich in Kiel nicht geführt worden, aber vor Ort ist sie mir bekannt. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Wir wollen das Ergebnis der Wertung des Wissenschaftlichen Dienstes abwarten.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit, Herr Kollege!

Detlef Buder [SPD]:

Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin! - Ich erinnere auch an die internationale Verantwortung, die wir für das Wattenmeer haben. Außerdem möchte ich daran erinnern und darauf hinweisen, dass der nordfriesische Kreistag sich aus gutem Grund gegen

Probebohrungen im Ereignisfeld **Eiderstedt** ausgesprochen hat und einen einstimmigen Beschluss gefasst hat. Dieser ist eindeutig für die Willensbildung in Nordfriesland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor ich beantragen werde, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen, lassen Sie mich noch eine grundsätzliche Bemerkung machen, die vielleicht auch hierher gehört. Bemerkungen, die in der Aktion in der Mittagspause über angeblichen Verrat durch Sozialdemokraten gefallen sind, Herr Kollege Matthiessen, halte ich an dieser Stelle nicht für passend - -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Buder, die Zeit war abgelaufen.

Detlef Buder [SPD]:

Trotzdem, Frau Präsidentin! - Ich halte sie für unangebracht, überflüssig. Ich halte sie auch nicht für witzig, ich halte sie für ahistorisch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bemühen es nicht so auszudehnen und Ihre Geduld nicht überzustrapazieren.

Das schleswig-holsteinische Wattenmeer ist ein kostbares Gut. Nicht umsonst ist beantragt worden, es als Weltnaturerbe in die Liste der UNESCO aufzunehmen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat bereits Mitte der 80er-Jahre die Bedeutung des Wattenmeeres als einzigartigen Naturraum erkannt und seinerzeit den **Nationalpark Wattenmeer** aus der Taufe gehoben.

Es würde im Übrigen heute auch keine **Ölförderung** in diesem Gebiet geben, wenn nicht bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Nationalparkgesetzes die Genehmigung zur Errichtung der Ölförderplattform Mittelplate erteilt gewesen wäre.

Aber keine Regierung, weder die CDU- oder SPD-Alleinregierung noch die Grünen in der Regierungsverantwortung mit den Sozialdemokraten, noch die nun regierende Große Koalition hat die erteilte Genehmigung zur Förderung von Ölvorkom-

(Dr. Heiner Garg)

men auf der **Mittelplate** in Zweifel gezogen. Keine dieser Regierungen hat ernsthaft versucht, die Ölförderung zu verhindern oder aber einen Appell an die RWE Dea AG gerichtet, die Ölförderung auf der Mittelplate zu unterlassen. Sie hatten alle einen guten Grund: Es gibt eine rechtmäßig erteilte **Genehmigung zur Ölförderung**. Diese genießt Bestandsschutz, und daher muss man diesen Eingriff in das Wattenmeer hinnehmen, ob man diesen nun politisch oder ökologisch gutheißt oder nicht.

Nun gibt es eine aktuelle Entwicklung. Es sollen sogenannte **Explorationsbohrungen** stattfinden. Die Betreiber der Plattform haben sich auf die Suche nach neuen Ölvorkommen im Wattenmeer gemacht. Wir stimmen darin überein, dass diese Bohrungen ökologisch höchst bedenklich sind. Wir sollten aber eines nicht verschweigen: Lieber Kollege Hentschel, Voraussetzung für die hier und heute geführte Debatte um geplante Explorationsbohrungen waren die Genehmigungen des grünen Umweltministers Klaus Müller, der in den Jahren 2000 und 2001 die hierzu erforderlichen **seismischen Untersuchungen** genehmigt hat. Ich frage mich dann, warum eigentlich nicht seinerzeit eine Debatte von den Ihnen gefordert wurde, unter dem Motto: „Wehret den Anfängen“.

Nichtsdestotrotz dürfen bisher keine Explorationsbohrungen durchgeführt werden, weil die dafür notwendigen Genehmigungen nicht vorliegen, und es ist in der Tat höchst fraglich, ob **RWE** die notwendigen Unterlagen einreichen kann, um die Genehmigungsvoraussetzungen überhaupt zu erfüllen. Aber das ist keine Entscheidung, die wir hier im Landtag zu treffen haben. Wir können hier noch so viel über Rechtsfragen diskutieren, wir können Auffassungen äußern, ob die Explorationsbohrungen genehmigungsfähig sind oder nicht. Entscheiden können wir es nicht. Das ist keine Angelegenheit des Parlaments. Wir sind Gesetzgebungsorgan und nicht Genehmigungsbehörde. Die Vernunft rät also abzuwarten, was seitens der Behörden entschieden wird.

Wir sind der Auffassung, dass die bestehenden Gesetze die Explorationsbohrungen untersagen. Sollte hingegen die **zuständige Behörde** die Explorationsbohrungen wider Erwarten erlauben, dann müssten wir uns fragen, ob möglicherweise bei den bestehenden Gesetzen nachgebessert werden muss. Das wäre dann genau die Aufgabe des Parlaments.

Damit steht eigentlich nur noch Punkt vier des Antrages der Grünen ernsthaft zur Debatte. Er besagt, dass die Landesregierung im **Bundesrat** initiativ werden soll. So sollen eine Umweltverträglichkeits-

prüfung sowie eine öffentliche Verbandsanhörung und ein öffentliches Verfahren auch bei der Erteilung von Aufsuchungs-Erlaubnissen die **Regel** werden. Dies soll gesetzlich geregelt werden. Das hört sich gut an. Öffentlichkeit erhöht Transparenz und damit auch die Überprüfbarkeit von Entscheidungen. Für den Fall einer Genehmigungserteilung bringt dies allerdings gar nichts. Dann müsste man nämlich die Tatbestände ändern, die an die Genehmigungsvoraussetzungen geknüpft sind.

Wir alle wollen, dass unsere ökologische Schatzkiste Wattenmeer von Schaden verschont bleibt. Aber der Inhalt dieses Antrages hilft in der konkreten Frage nicht wirklich weiter. Ich denke, auch die Grünen haben deshalb ein großes Interesse, dass wir die Thematik noch im Ausschuss vertiefen, um ihrem ursprünglichen Interesse gerecht zu werden. Mit dem Antrag kommen wir in der Sache nicht sehr viel weiter.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für den SSW im Landtag Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass man überhaupt darüber nachdenkt, im Nationalpark Wattenmeer weitere Ölbohrungen zuzulassen, ist schon schockierend genug. Aber dass diese Tatsache erst deutlich macht, wie löchrig das **Bundesbergbaugesetz** ist, wenn es um die Beteiligung Dritter am Verfahren geht, setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** oder eine umfassende Verbandsbeteiligung, wie man sie aus anderen Genehmigungsverfahren kennt, sind hier so nicht vorgesehen. Das heißt, hier wird nach Aktenlage entschieden, und es gibt offiziell keine Möglichkeit, Einfluss auf den Informationsstand der Entscheider zu nehmen. Hier wird deutlich, dass die Bundespolitik auf diesem Feld seit Jahren versagt hat.

Wir stimmen den Grünen zu, wenn sie fordern, dass durch eine Bundesratsinitiative Abhilfe geschaffen werden muss. Eine solche Bundesratsinitiative wäre noch nicht vergebens. Bisher sind nur **Explorationsbohrungen** beantragt worden. Bohrungen zur **Förderung von Öl** würden erst später beantragt werden, wenn die Explorationsbohrungen erfolgreich waren. Wer also heute sagt, er wolle keine ausgeweitete Erdölförderung im Wattenmeer, hat heute die Chance, etwas dagegen zu unternehmen.

(Lars Harms)

Wir teilen die im Antrag formulierte Auffassung, dass die Erdölförderung im Wattenmeer im Widerspruch zum **europäischen Naturschutzrecht** und zum **Nationalparkgesetz** steht. Würde man die Regelungen konsequent anwenden und sich auch auf die einschränkenden Bestimmungen des Berggesetzes berufen, hätte man nach unserer Auffassung gute Chancen, die Genehmigung für diese Bohrungen versagen zu können. Im Antrag sind die entsprechenden **überwiegenden öffentlichen Interessen** genannt, die einer Genehmigung entgegenstehen. Natürlich sind diese Interessenlagen auslegbar, aber wenn wir diese Bohrungen politisch verhindern wollen und hinter dem Nationalparkgedanken stehen, dann sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen.

Der SSW hat immer gesagt, dass er den Kompromiss, überhaupt Erdölförderung von der **Mittelplatte** aus zuzulassen, zwar mitträgt, dass dieser aber eigentlich im Gegensatz zur Zielsetzung des Nationalparks steht. Hierdurch wird die Natur nicht nachhaltig genutzt, wie beispielsweise von Fischern oder Touristen, sondern Rohstoffe werden unwiederbringlich abgebaut, es wird quasi ausgebeutet, und der Nationalpark wird permanent der Gefahr ausgesetzt, verschmutzt zu werden. Das entspricht nicht dem **Nationalparkgedanken**. Dies sehen die Menschen vor Ort auch so, und die regionale Politik sieht dies ebenfalls kritisch, wie auch der Kreistag Nordfriesland in Bezug auf **Eiderstedt** deutlich gemacht hat. Deshalb fordern auch wir die RWE Dea auf, auf neue Erdölbohrungen zu verzichten und stattdessen ein Szenario zu entwickeln, das den Ausstieg aus der Erdölförderung im Nationalpark vorsieht.

Nach unserer Auffassung ist es jetzt wichtig, dass der Landtag ein Signal setzt und deutlich macht, dass er gegen diese Erdölbohrungen ist. Die **Landesregierung** muss dies dann mit politischen Initiativen unterfüttern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, sie muss quasi als Beteiligter gegenüber der **Genehmigungsbehörde** alle Bedenken deutlich machen, die bisher geäußert worden sind. Hierzu sollte sie eng mit der **regionalen Ebene** zusammenarbeiten. Dabei sollten nicht nur die Kommunalpolitik, sondern auch Naturschutzverbände, Tourismusverbände und andere Nutzer des Nationalparks zu Wort kommen. Auch muss die Landesregierung über den Bundesrat dafür Sorge tragen, dass das Bundesberggesetz geändert wird. Die Menschen und die **betroffenen Organisationen** müssen mit-

reden dürfen. Ebenso ist es notwendig, für einen solchen **Eingriff** in die Natur eine umfassende **Umweltverträglichkeitsprüfung** zu verlangen.

Wir befinden uns mitten im Antragsverfahren, damit das Wattenmeer ein **Weltnaturerbe** wird. Ich hoffe, dass hinsichtlich der Anerkennung auch die Erdölbohrungen eine Rolle spielen und dass diese auf Druck der **UNESCO** verhindert werden. Eigentlich wäre es mit einem Weltnaturerbe nicht zu vereinbaren, würde die Erdölförderung noch ausgeweitet. Aber genau dies wird geschehen, wenn die Explorationsbohrungen zum Erfolg führen. Deshalb müssen wir abwägen: Wollen wir einen Nationalpark und ein Weltnaturerbe mit traditionellen Nutzungen, oder wollen wir Beliebigkeit mit maximaler Ressourcenausbeutung? Für den SSW ist die Antwort klar: Wir wollen den Nationalpark und das Weltnaturerbe erhalten. Nur traditionelle Nutzungen in einem nachhaltigen Umfang sowie der Küstenschutz haben dort ihren Platz.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für einen Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte eines klarstellen: Genehmigt wird nach Recht und Gesetz. Genehmigungsverfahren kann man nicht politisch beeinflussen. Das gilt für Klaus Müller, und das gilt auch für Anja Hajduk. Das ist völlig logisch.

Die Frage, die sich hier stellt, ist eine andere. Diese Frage haben wir in unserem Antrag aufgeworfen. Sie lautet: Sind vonseiten der Landesregierung nach § 11 Nummer 10 des **BBergG** die **öffentlichen Interessen**, die dem entgegenstehen, geltend gemacht worden, und hat es darum eine juristische Auseinandersetzung gegeben? Nach meinem Wissen ist das nicht der Fall gewesen. Deswegen bringe ich das hier ein, und deshalb sagen wir: Das muss geklärt werden.

Das Gleiche gilt für die Anforderungen an die Dea, das gilt auch für die naturschutzrechtlichen Fragen. Das **Nationalparkgesetz** besagt: Außerhalb der Mittelplatte gibt es keine Bohrungen. Steht das Na-

(Karl-Martin Hentschel)

tionalparkgesetz in diesem Fall höher als das Bundesberggesetz? Es gibt die Auffassung, das Bundesberggesetz sei Bundesrecht und breche Landesrecht. Es gibt aber auch die Auffassung, das Nationalparkgesetz sei Umsetzung von Bundes- und EU-Recht und sei *lex specialis* gegenüber dem anderen Recht. Dann würde es höher stehen.

Genau diese Fragen müssen geklärt werden. Wir haben eine andere Auffassung an dieser Stelle. Wir sind der Meinung, der Landtag sollte den Umweltminister auffordern, sich eindeutig zu positionieren. Wenn dann ein Gericht möglicherweise anders entscheidet, so ist das eine andere Frage. Aber ich gehe von der Logik unseres Nationalparkgesetzes aus, und ich gehe auch von der Logik des Bundesberggesetzes aus und vertrete dabei eine juristische Auffassung.

Ich freue mich, dass die SPD diesbezüglich einen Auftrag gegeben hat. Wir haben angekündigt, wir wollten die gleiche Frage ebenfalls juristisch klären. Vielleicht werden wir aufgrund dieser Klärung schon einen Schritt weiter sein. Dann können wir auch im Ausschuss ausführlich darüber beraten.

Ich behaupte also nicht, dass der Minister das Gesetz brechen kann. Diese Behauptung liegt mir fern. Falls Sie mir das sagen wollen, können Sie gleich auf Ihren Redebeitrag verzichten, Herr Minister. Das ist nicht mein Anliegen. Vielmehr verlange ich von einem Umweltminister, dass er alle Möglichkeiten ausschöpft, um den Nationalpark zu schützen, und dass er sich von einem Wirtschaftsminister oder vom Bergamt in Clausthal-Zellerfeld nicht über den Tisch ziehen lässt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Landesregierung hat nun der Umweltminister, Herr Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht muss man bei all dem Durcheinander zu Beginn drei Dinge klarstellen.

Erstens. Der **Nationalpark Wattenmeer** ist das größte und wichtigste **Schutzgebiet** in Schleswig-Holstein. Darum, Herr Hentschel, hat dort natürlich der Naturschutz Priorität vor allen anderen Interessen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Zweitens. Es gibt aber **Bestandsschutz**. Das hat im Übrigen Ihr Minister Müller auch akzeptieren müssen. Dieser Bestandsschutz gilt erstens für die Mittelplate A, aber auch für die Bewilligung für das Förderfeld Heide-Mittelplate, das dazugehört. Diese Einheit wird seit ihrem Bestehen als **Zero Emission Unit** geführt. Sie ist im Übrigen, Herr Kollege Buder, wie Sie wissen, Teil der **Anmeldung zum Weltnaturerbe**. Auch bei dieser Anmeldung ist gesagt worden: Die Mittelplate und auch die Erlaubnis zur Förderung aus diesem Feld hat Bestandsschutz. Das ist Inhalt unserer Weltnaturerbe-Anmeldung und steht darum nicht im Gegensatz zu ihr.

Drittens. Soeben ist viel über eine neue Fördereinrichtung geredet worden. Eine neue Fördereinrichtung im Nationalpark ist aufgrund des **Nationalparkgesetzes** ausgeschlossen. Hierzu gibt es keine zwei Meinungen. Im Übrigen hat die RWE Dea selber im Gespräch beim Ministerpräsidenten Ende Januar dieses Jahres noch einmal deutlich gemacht, dass sie nicht beabsichtigt, eine **weitere Förderlokation** im Nationalpark zu errichten. Das ist völlig unzweifelhaft.

Eine Förderung **außerhalb des Nationalparks** ist etwas ganz anderes. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das wird von uns begrüßt werden, übrigens auch vor dem Hintergrund, dass wir Öl nicht nur als Treibstoff sondern für vieles andere mehr brauchen, so für die Chemie, für Kleidung und nicht zuletzt auch für Medizin.

Hier geht es jetzt um zweierlei: Einmal geht es um fünf **Explorationsbohrungen** im Dithmarscher Teil des Wattenmeers. Dafür ist in der Tat ein Antrag gestellt worden. Wir haben gesagt: Diese Bohrungen beruhen auf dem Bestandsschutz, von dem ich eben geredet habe, sie sind aber nur dann genehmigungsfähig, lieber Kollege Harms, wenn vorher klar zum Ausdruck gebracht wird, dass nicht aus dem **Wattenmeer** gefördert wird - was nicht sein darf; sonst dürften wir auch keine Probebohrungen zulassen -, sondern ausschließlich **außerhalb des Nationalparks**. Dann gilt aber der alte Bestandsschutz für das Fördergebiet.

Das im Übrigen hat auch mein Vorgänger erkennen müssen. Deswegen hat er die **seismischen Untersuchungen** in den Jahren 2000 und 2001 als Genehmigungsbehörde zulassen müssen. Auch dies fußte auf dem alten Bestandsschutz, der für dieses Gebiet nun einmal gilt. Das gilt auch für den Bau

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

der **Pipeline** vom Festland zur Mittelplate mit den umfangreichen Baumaßnahmen.

Wir können das alle bedauern, aber das Gesetz, das wir im Übrigen nicht antasten wollen - so der Koalitionsvertrag -, bietet eben Bestandsschutz.

Ein Weiteres kommt hinzu - das ist hier ein paar Mal vermischt worden: Es geht zweitens um das **Erlaubnisfeld Eiderstedt**. In der Tat hat RWE Dea Anfang März einen Antrag zur Erlaubnis zur Aufsuchung an das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie gestellt. Lieber Herr Hentschel, das Ministerium hat dazu natürlich eine Stellungnahme abgegeben, in der es sich dagegen ausgesprochen hat. Sie haben eben behauptet, wir hätten den Mund gehalten. Ich sage ganz deutlich: Bezöge sich das hierauf und Sie machten uns zum Vorwurf, wir hätten uns nicht geäußert, so wäre das eine Lüge. Sie wäre auch außerhalb dieses Parlaments rechtlich sanktionierbar. Das sage ich ganz deutlich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Legen Sie doch Ihre Stellungnahme vor, Herr Minister!)

Sie sollten sich wirklich hüten, solche Behauptungen auszusprechen.

An der Stelle ist es rechtlich auch nicht zu beanstanden, wenn eine Erlaubnis laut **Bundesberggesetz** erteilt wird. Denn das Bundesbergamt ist diesem Gesetz unterworfen. Danach ist es nur zu versagen, wenn überwiegendes öffentliches Interesse die Aufsuchung im gesamten zugeteilten Feld ausschließt. Insoweit war **RWE Dea** schlau genug, auch einen Teil von Eiderstedt mit einzubeziehen. Es ist also nicht das gesamte Gebiet, und darum war es auch eine **gebundene Entscheidung**.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen die Stellungnahme haben!)

Aber - jetzt hören Sie doch noch einmal zu, Herr Hentschel -: Eine solche Erlaubnis, wie sie vom Bergamt erteilt worden ist, ermächtigt eben nicht zu einzelnen Bohrungen, ermächtigt nicht zur Gewinnung von Bodenschätzen und gewährt auch nicht das Recht, tatsächliche Aufsuchungshandlungen durchzuführen. Hierfür bedarf es weiterer **Verwaltungsakte**.

Anders als im Fall der **Exploration in Dithmarschen**, wo diese Konzession eben besteht und Bestandsschutz hat, gibt es einen solchen **Bestandsschutz** in diesem Feld nicht. Es kommen sogar weitere Konflikte hinzu: Das ist das **Schweinswalchutzgebiet**, das dort existiert. Es ist die ökolo-

gisch bedeutsame Landschaft auf Eiderstedt. Deswegen verstehen wir, dass sich der **Nordfriesische Kreistag** mit einer einstimmigen **Resolution** gegen diese Erlaubnis gewandt hat.

Ich kann heute ganz deutlich feststellen, dass auch unsere Behörden hier keine Möglichkeit sehen, eine **Genehmigung** für entsprechende Aktivitäten im Nationalpark zuzulassen. Diese Unterscheidung gibt es, und darum brauchen wir uns, glaube ich, von unserer Seite aus auch nur in einer sehr differenzierten Form zu unterhalten. Im Übrigen: Etwas ins Blaue hinein zu behaupten, liebe Kollege Hentschel, ist immer gefährlich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Ich erlaube mir die Bemerkung - weil es an diesem Nachmittag zweimal vorgekommen ist -, dass unter meiner Sitzungsleitung das Wort „Lüge“ kein parlamentarischer Ausdruck ist, auch nicht im Konjunktiv.

Weitere Wortmeldung liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/1993 federführend dem Wirtschaftsausschuss, mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Dann ist das so geschehen.

Ich rufe nun, wie heute Mittag verabredet, die Tagesordnungspunkte 34 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Versorgung mit Lehrkräften an den Gymnasien**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/1995](#)

b) Anmeldungen zur Sekundarstufe I

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/1998](#)

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Da mit beiden Anträgen ein mündlicher Bericht zu dieser Tagung erbeten worden ist, bitte ich Sie, zunächst darüber abzustimmen. Wer den Bericht der Ministerin jetzt haben

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so geschehen. Dann bitte ich Sie, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, um Ihren Bericht.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Lehrkräfte an unseren Schulen gibt es derzeit eine Fülle von Herausforderungen. Das gilt selbstverständlich auch für die Gymnasien, für alle Schularten gleichermaßen, für die Schulen, die sich auf neue Formen vorbereiten. Ich kann deshalb gut nachvollziehen, wenn Eltern mehr Stellen für die Schulart fordern, an der ihr Kind unterrichtet wird. Allein das macht aber schon klar: Allen Vorstellungen zu entsprechen und Wünsche zu erfüllen wird nicht möglich sein.

Ich will aber zu Beginn, bevor ich auf die Gymnasialzahlen eingehe, einiges hier richtigstellen. Die pauschale Behauptung - das würde ich auch gern Herrn Dr. Klug sagen, wenn er hier wäre; aber er kann es ja nachlesen -, die **Unterrichtsversorgung** sei insgesamt im Laufe der Jahre immer schlechter geworden, ist schlicht falsch. Die **Daten** sagen etwas anderes, auch wenn Sie Daten nicht glauben. Sie können es nachlesen. Wir hatten allerdings im Schuljahr 2007/2008 eine schwierige Lage an den Gymnasien. Das lag an dem von uns nicht erwarteten **Zustrom von Schülerinnen und Schülern** in diesem Jahr. Wir mussten da nachsteuern. Aber es gab in der Tat Engpässe. Das wissen alle Beteiligten. Es war auch nicht so, dass wir damit besonders glücklich waren. Aber das Verfahren für die **Lehrerversorgung an allen Schularten** ist kein Geheimnis. Es ist nichts, was im stillen Kämmerlein geschieht, sondern ein ganz transparentes Verfahren, das bestimmten Regeln im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der Lehrerstellen folgt.

Es ist derzeit so, dass an den **Gymnasien** im kommenden Schuljahr nach aktuellem Stand zum ersten Mal seit Jahren keine weitere Steigerung der Anmeldezahlen zu verzeichnen ist. Es sind sogar rund 600 Schüler weniger als im laufenden Schuljahr. Welche Gründe dafür ausschlaggebend sind, kann man derzeit nicht seriös sagen.

Die Zahlen - das ist auch interessant - sind **regional** sehr unterschiedlich. Es gibt sogar innerhalb von Städten sehr unterschiedliche Situationen an den Gymnasien. Auch das ist vielleicht ein Zeichen für den **Wettbewerb**, in dem diese Schulen inzwischen miteinander stehen. Trotz der **geringeren Anmel-**

dezahlen gibt es insgesamt einen weiteren **Anstieg der Schülerzahlen an den Gymnasien**, nämlich um etwa 2.400 Schülerinnen und Schüler - über alle Jahrgänge. Das klingt im ersten Moment vielleicht paradox, ist aber dadurch zu erklären, dass die Zahl der Schüler, die in diesem Jahr ihr Abitur machen und die Schule verlassen, niedriger ist als die Zahl derer, die in die fünften Klassen nachrücken.

Dieser **Anstieg bei den Gesamtzahlen** über alle Jahrgänge hinweg war von uns in diesem Ausmaß erwartet worden. Wir haben bei der **Personalzuweisung** für das kommende Schuljahr mit etwas mehr als insgesamt 86.000 Schülern gerechnet. Nun werden es ungefähr 85.400 bis 85.500 sein, also rund 600 weniger, als wir prognostiziert haben. Dementsprechend haben wir den Schulen 173 neue Stellen zugewiesen gehabt. Insgesamt stehen jetzt 4.664 Stellen an den Gymnasien zur Verfügung. Da wird jetzt nichts abgezogen, weil es 600 **Schüler** weniger sind, sondern wir sind froh, dass wir - hoffentlich - da keine erneuten Engpässe zu erwarten haben. Außerdem werden für die **Gymnasien** im Vertretungsfonds in diesem Schuljahr 2,2 Millionen an Haushaltsmitteln im Vergleich zu den jetzigen 1,3 Millionen bereitgestellt.

Mir ist also sehr wohl bewusst, dass sich unsere **Gymnasien** in einer Phase befinden, die durch besondere Belastungen geprägt ist. Das lässt sich bei den umfassenden Änderungen in der Schullandschaft auch nicht vermeiden. Wir helfen, wo wir können. Die gestiegenen Schülerzahlen der vergangenen Jahre haben allerdings auch zu größeren Klassen geführt, auch wenn wir im Land - das muss man auch sagen, und das ist auch nachlesbar - mit durchschnittlich knapp 26 **Schülerinnen und Schülern pro Klasse** immer noch einen im Vergleich mit den anderen Bundesländern guten Wert haben. Unser Klassenteiler liegt bei 29. In Bayern liegt er bei 33 Schülern. Überall den Durchschnitt von 26 zu gewährleisten - in Niebüll genauso wie in Norderstedt - ist allerdings bei aller Verteilungskunst der Schulverwaltung leider nicht möglich.

Mit der **Zuweisung von weiteren Stellen** für das kommende Schuljahr sorgen wir also für eine Stabilisierung. Das ist das, was wir derzeit mit den vorhandenen Mitteln erreichen können. Wir werden natürlich die weitere Entwicklung an dieser Schulart genau im Auge behalten. Falls sich bei den Schülerzahlen doch noch etwas entwickelt, müssen wir natürlich entsprechend nachsteuern.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, auch gleich noch etwas über die Entwicklung der Anmeldesituation an der **Sekundarstufe I** zu sa-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

gen. Ich will das etwas abkürzen und in Bezug auf das eben Gesagte hinzufügen: Insgesamt sind Ressourcen immer knapp. Es wird vermutlich nie den Zeitpunkt geben, an dem alle sagen: Nun ist es gut und genug, mehr brauchen wir nicht! Aber weil das so ist, müssen wir immer darauf achten, dass diese Ressourcen da eingesetzt werden, wo es auch auf Dauer Perspektiven gibt und die neuen Schulen dauerhaft Bestand haben. Es wäre fahrlässig, diese Überprüfung der Anmeldezahlen, die wie in Bezug auf die **neuen Schularten** haben vornehmen müssen, nicht auch wirklich ernst zu nehmen. Trotzdem wird es keine hundertprozentige Garantie geben, dass jede neue Schule auf Dauer Bestand hat. Man muss sich immer wieder vor Augen halten, dass die **Schülerzahlen** in den nächsten 15 Jahren um über 20 % sinken können. Ich habe jetzt eine erschreckende Zahl aus dem Kreis Plön gehört. Dort ging es um 39 % **Rückgang** der Schülerzahlen in den nächsten 15 Jahren. Man muss sich einmal vorstellen, was das für die Schullandschaft bedeutet. Das ist aber nicht eine Folge des Schulgesetzes, sondern schlicht der Geburtenrückgang, der für diese schwierige Situation sorgt.

Die große Mehrzahl der beantragten **neuen Schulen** ist überlebensfähig und nachhaltig gesichert, wenn wir hier die Geburtenzahlen in den Regionen einbeziehen, wenn wir einbeziehen, welche Größe die jeweiligen Schulen jetzt haben. Sie wissen, dass die endgültigen Zahlen heute von mir nicht bekannt gegeben werden. Das war allen Beteiligten bekannt; das haben wir in den letzten Tagen auf Nachfrage immer wieder gesagt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wir müssen **Genehmigungsbescheide** sehr sorgfältig prüfen. Uns ist bis heute immer noch nachgemeldet worden, weil natürlich an den Standorten, wo möglicherweise eine Schule nicht zustande kommt, Eltern gebeten worden sind, ihre Kinder umzumelden. Da ist wirklich Vorsicht geboten, wenn da die Grenze angesteuert beziehungsweise nicht erreicht wird. Deshalb bitte ich um Verständnis dafür, dass ich heute noch nichts Abschließendes sage. Wir wollen im Übrigen die Konsequenz auch erst den Schulträgern mitteilen, bevor wir die Öffentlichkeit informieren.

Was die anderen Schularten betrifft, die im Antrag genannt werden, so liegen für die Haupt- und Realschulen auch noch keine Zahlen vor, während die Gymnasien mit rund 11.600 Anmeldungen etwas weniger Zulauf hatten als im Vorjahr.

Die bereits existierenden Gemeinschaftsschulen, die sieben, weisen nach jetzigem Stand insgesamt ein leichtes Ansteigen der **Anmeldungen** auf - auch hier nach Standorten unterschiedlich ausgeprägt. So ist das eben.

Nach dem ersten Stand - das will ich jetzt doch noch einmal aufgreifen, weil das Herr Dr. Klug auch öffentlich gesagt hat; deshalb ist mir das wichtig, das noch einmal auszuführen - hieß es, dass 20 von 40 **Regionalschulen** die geforderte Anzahl von 45 Anmeldungen nicht erreicht hatten. Bei den **Gemeinschaftsschulen** waren das vier von 50. Inzwischen haben sich Verschiebungen ergeben, weil andere Schulen wiederum überlaufen waren. Dadurch werden mehr Schulen die **Mindestzahlen** erreichen können.

Die Eltern können in dieser Situation erstmals frei aus dem Schulangebot auswählen und haben damit auch ihr Votum abgegeben. Das ist eine neue Erfahrung für alle Beteiligten, die sie nun verkraften und auswerten müssen. Im Ergebnis mag es an manchen Standorten wehtun, wenn die geplante Schule nicht zustande kommt. Wir sehen aber auch, dass die **freie Schulwahl** eine Bereicherung ist. Das haben wir gemeinsam so gewollt. Sie ist eine Bereicherung für die Profilierung der Schulen, für die Entscheidungsprozesse vor Ort

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und für die Berücksichtigung des **Elternwillens**. Ich denke, das ist insgesamt eine gute Rückenstärkung für die Arbeit der Schulen, und das bestärkt uns in der Verpflichtung, sie so gut es irgendwie geht auf den neuen Wegen zu begleiten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Ministerin und eröffne die Aussprache. - Das Wort für den Antragsteller hat Frau Abgeordnete Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst haben die Kommunen über das neue Schulgesetz abgestimmt. Viele stützten sich dabei auf das **Votum der Eltern** vor Ort. Vierterorts - wie zum Beispiel auch in Kiel - ist diese Abstimmung unter den Eltern noch im Gange. Das hat zu einem - insbesondere von der CDU - nicht erwarteten Boom von **Gemeinschaftsschulgründungen** geführt. Jetzt stimmten die Eltern noch ein-

(Angelika Birk)

mal ab, durch die Anmeldung ihrer Kinder an den neuen Sekundarschulen.

Frau Ministerin, ich habe natürlich Verständnis dafür, dass Sie hier keine Schnellschüsse vorab bekanntgeben, aber das, was Sie uns hier gerade an Daten genannt haben - auch wenn es nur eine vorläufige Hochrechnung ist -, dass nämlich - wenn ich das richtig verstanden habe - etwa die Hälfte der 40 **Regionalschulen** Probleme haben, das Quorum zu erreichen, es bei den **Gemeinschaftsschulen** auch nur ein geringerer Teil ist, ist schon ein Indiz.

Ich möchte an dieser Stelle trotzdem nicht in ein Indianergeheul nach dem Motto ausbrechen, Gemeinschaftsschulen haben es leicht und die Regionalschulen haben es schwer. Es geht mir in dieser Frage wirklich deutlich um die Kinder und die Planungssicherheit für die Eltern und die Lehrer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch der Grund dafür, dass wir zu diesem Zeitpunkt diese Frage gestellt haben. Das brennt natürlich allen auf den Nägeln. Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass Sie zum baldmöglichsten Zeitpunkt die Öffentlichkeit informieren und wir das im nächsten Bildungsausschuss ausführlich diskutieren werden.

Denn wir möchten natürlich auch von Ihnen wissen - da sind Sie uns etwas die Antwort schuldig geblieben -, von welchen **Kriterien** Sie sich dabei leiten lassen, wenn Sie in Grenzfällen entscheiden müssen. Das ist wichtig, damit die Entscheidung vor Ort nachvollziehbar ist, damit sie aber auch in einem Gerechtigkeitskonzept für das ganze Land nachvollziehbar ist.

Die Lösung „zurück zur Realschule“, wie sie die FDP propagiert, wäre eine bildungspolitische Geisterfahrt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir erwarten gerade angesichts der knappen Ressourcen, dass nicht künstlich Schulen am Leben gehalten werden, die vor Ort nicht genug Nachwuchs finden. Inzwischen fordert sogar die Junge Union, die Regionalschule zugunsten der Gemeinschaftsschule aufzugeben. Dies lässt uns hoffen, dass die Schulreform noch in dieser Legislaturperiode einen weiteren Schritt zum gemeinsamen Lernen nach vorn macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein erstes Fazit ist: Die Eltern überholen die Koalition mit links.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen großen Zulauf haben aber nicht nur die Gesamt- und Gemeinschaftsschulen, sondern auch die **Gymnasien**. Denn hier wurden schon in den letzten Jahren immer mehr Kinder angemeldet, als das Bildungsministerium vorsah. Auch wenn Sie jetzt gerade eine Einschränkung gemacht haben, dass es 600 Anmeldungen weniger sind als Sie erwartet haben, so sind das doch ziemlich gigantische Zahlen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ja!)

Wir müssen uns einmal einen längeren Zeitraum vornehmen.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Ja, man muss sich einmal anschauen, wie sich die Gymnasien in den letzten Jahren entwickelt haben. 1995/96 hatten wir 61.000 Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien. Im Augenblick haben wir im Schuljahr 2007/2008 **81.000** Schülerinnen und Schüler an den **Gymnasien** und Ihre Prognose - jedenfalls laut der Drucksache 16/1907 -, Frau Ministerin, war, dass es im nächsten Schuljahr 86.000 werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

Mich würde natürlich schon interessieren - Sie haben gesagt, Sie haben 11.600 neue Anmeldungen -, wie viel das im Klartext insgesamt sind. Denn ich meine, von 61.000 zu 86.000 oder auch nur zu 81.000 ist es ein gewaltiger Sprung nach vorn. Den brauchen wir auch, denn wir brauchen mehr Leute, die Abitur machen. Glücklicherweise machen auch Leute an der Gemeinschaftsschule oder an der Berufsschule Abitur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Erfolg für Schleswig-Holstein, denn wir sind neben Bayern das Land, was zu wenig Abiturienten im bundesdeutschen Durchschnitt hat, ganz zu schweigen zum internationalen Durchschnitt.

Kommen wir damit zum zweiten Thema, der mangelnden **Lehrerversorgung** an den **Gymnasien**. Der Landeselternbeirat hat uns einen offenen Brief geschickt. Landauf und landab rechnen uns Bildungspolitikern die Eltern vor, dass die Schülerzahlen in den letzten 20 Jahren um etwa 30 % gestiegen sind - wahrscheinlich ist es noch mehr -, die Lehrerstellen aber nur - auch Dank harter rot-grüner Verhandlungen - nur um 9 %, bezogen auf die

(Angelika Birk)

Gymnasien. Das heißt, wenn wir sehen, was der Finanzminister im letzten Sommer gesagt hat, dass nämlich 4.200 Stellen wegen des demografischen Wandels bis 2020 eingespart werden könnten, und die Ministerin eben abgehandelt hat, dass von den einzusparenden Stellen vielleicht doch 1.300 nicht eingespart werden, dann sehen wir, dass die **Einsparung**, die jetzt vorgesehen ist sehr viel größer sein wird als das, was wir in den letzten 20 Jahren an Lehrerstellen hinzugewonnen haben. Das heißt, in Zukunft werden die Kinder nie wieder eine so gute **Lehrer-/Schüler-Relation** haben wie in den damals auch relativ geburtschwachen Jahrgängen - jedenfalls bezogen auf den Gymnasialbesuch - Mitte der 90er-Jahre. Man muss das in diesen langen Zeiträumen sehen, um sich klarzumachen, über welche Dimension wir reden.

Wir haben uns immer gegen die Privilegierung des Gymnasiums ausgesprochen. Wir haben immer gesagt: Wir müssen in die ersten Jahre, in die Kindertagesstätten, in die Grundschulen und in die Sekundarstufe I investieren, das hat Priorität. Aber selbstverständlich kann es nicht sein, dass man den Eltern, die jetzt das Recht auf **individuelle Förderung** auch an den **Gymnasien** entdecken - ich denke, das ist ein Fortschritt, dass Eltern heute so etwas einfordern; früher klang das aus dem gymnasialen Elternbereich anders -, diesen Anspruch nach dem Motto verweigert: Die Elite hat sich darum mit privaten Ressourcen zu kümmern. Das wird natürlich zu dem führen - wovor uns auch andere gewarnt haben -, dass die Leute dann auf **Privatschulen** ausweichen.

Ich war neulich sehr erschrocken, als in Itzehoe bei einer Elternversammlung von drei Gymnasien, die sehr gut besucht war, doch ein sehr großer Teil, die Mehrheit, sich gemeldet und gesagt hat, wir könnten uns vorstellen, unser Kind an eine Privatschule zu schicken.

(Herlich Marie Todsden-Reese [CDU]: Wundert Sie das? - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir sind immer sehr für die Entwicklung der **freien Schulen**, aber der Hintergrund, vor dem das geschah, war eine so große Kritik an unserer bisherigen gymnasialen Realität, dass das schon bedenklich stimmen muss.

Das heißt, das **Gymnasium** muss sich weiterentwickeln, zum gemeinsamen Lernen, zum individuellen Lernen. Auch dafür braucht es natürlich Ressourcen. Deshalb erwarten wir von der Bildungsministerin, dass sie uns einen ungeschönten Bericht über alle **Sekundarschularten** liefert, dass sie kon-

krete Vorschläge für eine bessere **Lehrerverteilung** macht. Denn wir möchten sie natürlich gern in der harten Auseinandersetzung um Bildungsfinanzen unterstützen. Aber dazu brauchen wir frühzeitig die Fakten, damit wir wissen, um welche Dimensionen es geht.

Der Bericht zum achtjährigen Gymnasium, über den wir morgen debattieren, enthält keinerlei Zahlen. Insofern bietet er keine Grundlage. Ich hoffe, da wir heute keine Antwort bekommen haben, dass wir sie in Bälde bekommen. Das sind wir den Eltern, das sind wir den Lehrern, das sind wir all denjenigen, die sich um Bildungspolitik kümmern, schuldig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Birk. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Sylvia Eisenberg.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich vor allen Dingen bei den Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Einbringung des Berichtsantrages zur Lehrerversorgung an den Gymnasien. Besonders begrüßenswert ist es, dass Sie sich so langsam auch einmal um die Gymnasien kümmern und nicht immer nur um die Gemeinschaftsschulen.

Was haben sie über eine angebliche Bevorzugung der Gymnasien hinsichtlich der Stundenzuweisungen und eine angebliche Benachteiligung der anderen Schularten geschimpft - was im Übrigen falsch war.

In Ihrem Landtagswahlprogramm von 2005 haben Sie sich noch für eine zwingend notwendige Überwindung der **Dreigliedrigkeit** unseres Schulsystems ausgesprochen,

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu stehen wir immer noch!)

und auch in der Tolerierungsvereinbarung sprachen Sie sich für eine **ungeteilte Schule** nach skandinavischem Vorbild aus.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind nur neidisch, dass wir das vor Ihnen gemacht haben!)

Mit dem nun vorliegenden Antrag machen Sie jedoch Ihre Besorgnis bezüglich der **Lehrerversor-**

(Sylvia Eisenberg)

gung an den Gymnasien deutlich. Vielleicht, meine Damen und Herren, sind das ja die ersten Auswirkungen der gerade vereinbarten Koalition in Hamburg. Mich würde das freuen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Mich auch!)

Auch die CDU in Schleswig-Holstein - ich möchte fast sagen, insbesondere die CDU - hat sich stets für die schleswig-holsteinischen Gymnasien und insbesondere für deren Erhalt ausgesprochen. Die Gymnasien, meine Damen und Herren von den Grünen, sind eine tragende Säule unseres Bildungssystems.

(Beifall bei der CDU)

An ihnen richtet sich die Qualität der allgemein bildenden Schulen insgesamt aus. Wir, die CDU, stehen für ein **differenziertes Schulwesen** mit Durchlässigkeiten und verschiedenen Wegen zum Abitur. Denn nur so ist **Bildungsvielfalt** zu garantieren und jedem Jugendlichen den für ihn oder sie geeigneten Bildungsweg zu eröffnen. Insbesondere aus diesem Grunde, nämlich der Durchlässigkeit, haben wir uns für die Einrichtung der **Regionalschule** als Regelschule eingesetzt. In dieser sind jederzeit Durchlässigkeiten gewährleistet, zwischen Haupt- und Realschulzweig ebenso wie zwischen Realschulzweig und Gymnasium. Keines unserer Kinder ist somit statisch von Beginn der Orientierungsstufe an bis zum Abschluss der Schullaufbahn an einen Bildungsgang gebunden.

Meine Damen und Herren, zum Erhalt unserer Gymnasien, für den sich die CDU klar ausspricht, gehört für uns auch, diese fit für die Zukunft zu machen. **G8** und die Einführung der **Profiloberstufe** hat die CDU seit Langem gefordert, und wir sind froh darüber, dass diese Reformen unsere Gymnasien zukunftsfähig und damit unsere schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler ab dem kommenden Schuljahr endlich national und international wettbewerbsfähig machen. Der steigende Anspruch zu den Gymnasien in den letzten Jahren, aber auch - regional unterschiedlich - zum kommenden Schuljahr zeigt die Attraktivität dieser Schulart auch für die Eltern und widerspricht der Befürchtung, dass der verkürzte gymnasiale Bildungsgang Eltern und Schülerinnen und Schüler abschreckt.

Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich sagen, dass wir unsere Gymnasien weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen, sie erhalten werden und ihnen die Zeit zugestehen, die sie benötigen, um die eingeleiteten Reformen umzusetzen.

In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass unsere Gymnasien auch mit den notwendigen **Lehrkräften** versorgt werden, wie es in den vergangenen Jahren schon der Fall war. Für das Schuljahr 2008/2009, also für das kommende Schuljahr, stehen insgesamt 4.664 Stellen für Gymnasien zur Verfügung; das sind 173 Planstellen mehr als im letzten Schuljahr. Damit werden wir den gestiegenen Schülerzahlen gerecht und beginnen gleichzeitig den Einstieg in den 1. Jahrgang, nämlich die 5. Klasse, des verkürzten Gymnasiums sowie den Einstieg in die Profileroberstufe. Ich würde mich freuen, wenn Sie als Grüne in anderen Fällen die Gymnasien unterstützen würden, also nicht nur dann, wenn es um Kritik an der Landesregierung geht.

Nun zu Ihrem zweiten Antrag! Bei dem vorliegenden Antrag muss ich an ungeduldige Kinder vor der Weihnachtsbescherung denken. Auch diese können es gar nicht erwarten und möchten nur zu gern vor der feierlichen Bescherung das Geheimnis der verpackten Geschenke lüften. Liebe Grüne, bis zum 19. März 2008 konnten die Eltern ihre Kinder an weiterführenden Schulen anmelden. Der Stichtag für den Nachweis der Schüleranmeldungen für die Einführung von Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen durch die Schulträger ist der 25. April 2008, also der morgige Freitag.

Sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, Gras wächst auch nicht schneller, wenn man daran zieht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Spruch habe ich an meiner Pinwand hängen!)

- Hervorragend, Frau Heinold, er passt im Moment sehr gut zu Ihnen.

Da wir alle nicht wirklich in die Zukunft sehen können beziehungsweise in einer Glaskugel die zukünftigen Geschehnisse erkennen können, erübrigt sich zudem Ihre Frage nach den Konsequenzen, welche die Landesregierung aus den Anmeldungen bereits gezogen hat beziehungsweise ziehen wird. Schnellschüsse sind nicht erstrebenswert. Ich denke - damit komme ich zum Schluss -, dass uns allen mit wilden Spekulationen und unhaltbaren Zahlenspielen nicht geholfen ist. Daher sollten wir uns in Geduld fassen und die Mitteilung belegbarer und valider Zahlen durch das Ministerium für Bildung und Frauen abwarten. Dann können wir es entsprechend im Bildungsausschuss diskutieren.

Allerdings - das möchte ich dazu sagen - sollten wir uns vor voreiligen Konsequenzen hüten, bis wir ei-

(Sylvia Eisenberg)

ne vollständige **Umsetzung des Schulgesetzes** haben. Denn von den bisher bestehenden 373 Grund-, Haupt- und Realschulen werden zum Schuljahr 2008/2009 voraussichtlich nur annähernd 40 % in Schulen des neuen Systems umgewandelt. Es bleibt abzuwarten, für welche Schularten sich die Schulträger der restlichen 227 Haupt- und Realschulen entscheiden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das entscheidet die Kommunalwahl!)

Aber eines, Herr Hentschel, muss an dieser Stelle gesagt werden: Für Schülerinnen und Schüler, für Lehrerinnen und Lehrer ist es wenig hilfreich, wenn ihre Schulart schlechtgeredet wird, bevor sie überhaupt die Arbeit aufgenommen hat. Ich denke, meine Damen und Herren, das ist keine Frage des Wahlkampfes, sondern eine Frage des guten Stils.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Abgeordneten Sylvia Eisenberg und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kollegin Birk hat eben eine Rückbetrachtung bis ins Jahr 1996 gemacht. In der Tat, wir hatten damals die wenigsten Schülerinnen und Schüler. Zehn Jahre zuvor, 1986, hatten wir ganz andere Zustände. Ich erinnere an das Gymnasium in Heikendorf. Dort gab es 1.385 Schülerinnen und Schüler. Es war siebenzügig und es musste Schichtunterricht erteilt werden. Es war in Plön genauso. Wir hatten 400 Schülerinnen und Schüler mehr als heute, aber weniger Räumlichkeiten. Also, es ist immer sehr davon abhängig, wie hoch die **Gesamtschülerzahl in Schleswig-Holstein** ist.

Diese Zahlen spiegeln sich natürlich in der Situation in den Schulen und auch in der Lehrer- und Personalausstattung wider. Die Fragen der **Lehrer- und Personalversorgung** sind eben von den Gesamtschülerzahlen und - bezogen auf die einzelnen Schulen - auch von den Übergangszahlen und - den Klassengrößen abhängig.

Der Klassenteiler beträgt 29. Das heißt, in der Regel wird ab dem 30. Schüler in zwei Klassen geteilt. Wenn ich mich recht erinnere, ist dieser Klassenteiler von 29 mehr als drei Jahrzehnte konstant geblie-

ben und der Klassenteiler war früher nicht kleiner, sondern eher größer.

Größer sind die **Klassenteiler** auch in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg mit 33 an den Gymnasien und 32 an den Grundschulen. Ich erinnere auch daran, dass Bildungsminister Helmut Rau im Baden-Württembergischen Landtag den Antrag gestellt hat, den Klassenteiler für Hauptschulen auf 28 zu senken. Das ist mit einer großen Mehrheit im Baden-Württembergischen Landtag abgelehnt worden. Man lebt also mit diesen Größen.

(Holger Astrup [SPD]: War die FDP auch dabei?)

Klassengrößen von 29 oder 30 stehen bei uns regelmäßig in der Kritik. Das ist eine Diskussion, die wir seit Langem kennen, und ich kenne sie auch noch aus der Zeit, als meine Kinder eingeschult wurden.

Mit **steigenden Schülerzahlen** - das scheint eine Art statistisches Gesetz zu sein -, steigt auch eine Näherung an den Klassenteiler von 29. Da kommt es manchmal an einer Schule zu Klassenbildungen, die sehr stark differieren können. Habe ich beispielsweise 87 Anmeldungen für eine fünfte Klasse, so muss ich drei Jahrgangsklassen mit je 29 Schülern bilden. Habe ich 92, 93 oder 96 Anmeldungen, so kann ich vier Klassen mit 23 oder 24 Schülern bilden. Das empfinden Eltern innerhalb einer Schule manchmal für ungerechtfertigt, warum in der einen Klasse so wenige Schüler und in der anderen Klasse so viele Schüler sind. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, dass Eltern Initiativen für kleine Klassen sehr willig folgen. Das ist klar und verständlich.

Meine Damen und Herren, den **Personalbedarf** an den Schulen unseres Landes bemessen wir anhand der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Schularten. Das **Personalbemessungsverfahren** ist strukturell betrachtet auch nicht anders als in den anderen Bundesländern. Inzwischen ist es so, dass die Gesamtmenge der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein rückläufig ist. Wir sehen dies in einigen Regionen aber anders. Der **Landkreis Plön** hat vor einigen Tagen seinen **Schulentwicklungsplan** vorgelegt. Danach wird der Kreis Plön in den nächsten zwei Jahrzehnten 39 % seiner Schülerinnen und Schüler verlieren.

Auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der **Sekundarstufe I** sinkt bereits zurzeit; ausgenommen hiervon sind die Gymnasien. Dieser Anstieg - das ist in der Analyse völlig klar - ist bedingt durch einen immer stärkeren Rückgang von den

(Dr. Henning Höppner)

Grundschulen in die fünften Klassen der **Gymnasien**. 2006 gab es 1.000 Übergänge mehr als 2005 in die Gymnasien und 2007 gab es wiederum 1.000 Übergänge mehr als 2006, obwohl es in diesen Jahren schon weniger Grundschüler gab, die für den Übergang anstanden.

Die Ursache für dieses Anwachsen gegenüber den anderen Schulen liegt ganz eindeutig im Wahlverhalten der Eltern. Nach Beginn der Diskussion um das neue Schulgesetz ist es vor allem die Skepsis der Eltern gegenüber den neuen Schularten, insbesondere leider gegenüber der **Regionalschule**. Um es offen auszusprechen, insbesondere unsachliche Darstellungen und unberechtigte Bewertungen dieser neuen Schulart, speziell durch einen Lehrerverband, haben die Eltern stark verunsichert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und die Sozialdemokraten vor Ort auch!)

Also wählen wir doch lieber das Gymnasium für unser Kind, obwohl es eine Realschulempfehlung hat - das ist zurzeit die gängige Praxis im Land.

Ein zweiter Grund für die Wahl des Gymnasiums - das haben wir von vielen Eltern erfahren können - war sozusagen die letztmalige Einschulung des Jahrgangs für den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium. „G8 wird schwerer“, das vermitteln leider auch wir Politiker den Eltern immer, „und erfordert gestiegene Leistungsbereitschaft und Einsatz von Schülern“. Also: letzte Chance, den G9-Jahrgang wahrzunehmen und dann auf das Gymnasium zu gehen. Das ist ein wichtiger Grund für Eltern gewesen.

Die Einführung des **G8-Bildungsganges** wird sich, so vermuten auch die Vertreter des Gymnasiums, in den Anmeldezahlen der kommenden Jahren mit niedrigeren Quoten darstellen, nicht nur durch die sinkenden Schülerzahlen.

Wir haben derzeit beim Übergang der vierten auf die fünften Klassen eine Sondersituation in Schleswig-Holstein, nämlich in diesem und vielleicht auch noch in dem nächsten Schuljahr einen Übergang in sechs weiterführende Schularten, in das Gymnasium wie bisher, nach wie vor auf die Hauptschulen und die Realschulen, auf die Gesamtschulen und die beiden neuen Schulformen, die Regionalschulen und die Gemeinschaftsschulen, wobei Eltern - das ist die besondere Situation - teilweise aufgrund noch nicht eingerichteter Regional- oder Gemeinschaftsschulen regional für ihre Kinder noch zwischen den alten Schularten wählen müssen. Dann geht es eben doch bevorzugt mal in die Richtung Gymnasium.

Solange wir keine Gesamtklärung über die Einrichtung der **neuen Schulformen** im Land haben - Kollegin Eisenberg hat das auch angedeutet -, müssen wir - ich denke an die zukünftigen Haushalte, über die wir zu beschließen haben - über die Schulkapitel hinweg Stellenpläne sozusagen entwickeln. Sie müssen flexibel sein. Die Lehrpersonalversorgung muss zumindest im nächsten Doppelhaushalt eher ganzheitlich als schulartbezogen betrachtet werden.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist richtig!)

Im Augenblick befindet sich in der Schullandschaft unseres Landes sehr viel Bewegung. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass die Elternakzeptanz für die neuen Schularten in unserem Land steigen wird und schon zum nächsten Jahr, zum **Schuljahr 2009/2010**, Klarheit besteht, in welchen Regionen welche Schulart neben dem Gymnasium dauerhaft eingerichtet sein wird. In diesem Zusammenhang wird sich das Elternverhalten bei den Übergängen in die Sekundarstufe 1 normalisieren und der starke Druck auf die Gymnasien, der heute besteht, wird spürbar abnehmen. Um diese Prognose zu treffen, muss man kein Prophet sein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Höppner. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Schulelternbeirat der Auguste-Viktoria-Schule in Itzehoe hat kürzlich in einem Elternbrief die Entwicklung der **Personalsituation** an dieser Schule beispielhaft vorgerechnet: Mitte der 90er-Jahre hatte das Itzehoer Gymnasium bei 587 Schülern 41,8 Lehrerplanstellen, heute sind es 1.029 Schüler und 51,3 Lehrerplanstellen, fast doppelt so viele Schüler, aber ein vergleichsweise bescheidener Zuwachs an Lehrerstellen. Rechnet man das auf eine Schüler-Lehrer-Relation um, ergibt sich eine Veränderung von 1:14 - die es einmal Mitte der 90er-Jahre gegeben hat - auf jetzt 1:20.

Darin drückt sich der Sachverhalt aus, dass der **Anstieg der Schülerzahlen** in den zurückliegenden Jahren nicht einmal annähernd durch einen Zuwachs an Lehrerstellen ausgeglichen worden ist.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Ekkehard Klug)

Diese Entwicklung verstärkt sich in jüngster Zeit. Sie wird jetzt noch einmal dadurch weiter zulasten der Schulen auf sehr problematische Weise verändert, weil ein verkappter Verlust an Unterrichtskapazität durch den Wegfall der Vorgriffsstunde eintritt. Das macht im nächsten Schuljahr einen Gegenwert von 85 Stellen aus und im übernächsten Schuljahr noch einmal einen Verlust in ähnlicher Größenordnung. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Einführung des **G8-Modells** wegen der höheren Zahl der in den neuen Schuljahren zu erteilenden Unterrichtsstunden eigentlich einen Mehrbedarf an Personal an den Schulen generiert.

Daraus zusammengenommen ergibt sich, dass die These der Ministerin, all die Probleme seien bei der Lehrerstellenzuweisung eingerechnet, nicht aufgeht.

(Beifall bei der FDP)

Ich will das einmal anhand der Zahlen deutlich machen, die die Ministerin selbst Anfang März in einer Antwort auf meine Kleine Anfrage zu den **Personalzuweisungen** an die Schulen vorgelegt hat. Dort wird für die Gymnasien - die Zahlen für die anderen Schularten sind dort auch genannt, aber hier geht erst einmal um die Gymnasien - gesagt, dass diese Schulart im nächsten Schuljahr 4.592 Lehrerstellen bekommen soll. Das sind in der Tat 123 mehr als im jetzigen Schuljahr. Dem aber steht bei den zugrunde gelegten Schülerzahlen auch ein Mehr in einer Größenordnung von fast 4.500 Schülern gegenüber. Zu berücksichtigen ist auch, dass 85 Lehrerstellen von diesen 123 eigentlich bloß einen Ausgleich für den Verlust darstellen, der sich für die Schulen im Bereich der Unterrichtskapazität aus dem Wegfall der Vorgriffsstunde ergibt. Das heißt, von den 123 zusätzlichen Stellen bleiben effektiv für eine Verbesserung der Unterrichtssituation an den Schulen nur 38 über.

Wenn Sie mir sagen - dazu haben Sie mir auch eine Kleine Anfrage beantwortet, Frau Ministerin -, im nächsten Schuljahr tritt durch den Wegfall der Vorgriffsstunde ein Schwund an Unterrichtskapazität an den **Gymnasien** in einer Größenordnung von 85 Stellen ein, muss man zumindest einen Teil der 123 neuen Stellen, die Sie sozusagen als Personalzuschlag bei den Gymnasien angeben, als Ausgleich einrechnen. Sonst geht Ihre Rechnung nicht auf.

(Beifall bei der FDP)

Das ist wie mit dem Starfighter von Herrn Stegner. Sie können die Verwaltungsstruktur nicht überall als Finanzierungsgrundlage einrechnen.

So bleiben effektiv 38 Stellen für eine bessere **Unterrichtsversorgung** übrig. Das bedeutet bei den 4.500 zusätzlichen Schülern, die bei der Bedarfsberechnung zugrunde gelegt sind, eben ein Zahlenverhältnis von 1:118. Dass das eben nicht dazu beitragen kann, die Situation an den Schulen zu verbessern, kann jeder relativ leicht erklären. Wie gesagt, es kommt noch der Mehrbedarf durch das G8-Modell hinzu, der bisher überhaupt nicht beziffert worden ist.

Diese Ausgangslage bestimmt die Rahmenbedingungen, unter denen die Schulen die **Profiloberstufe** einführen. Auf einer Veranstaltung in der vergangenen Woche in Neumünster haben Vertreter der dortigen Gymnasien vorgerechnet, dass die Personalzuweisungen, die die Schulen für das nächste Schuljahr erhalten sollen, dergestalt sind, dass sie eine vollständige Abdeckung der durch die Verordnung vorgeschriebenen Unterrichtsstunden in der Oberstufe überhaupt nur hinkriegen, wenn sie pro Klasse eine Klassenstärke von 27 bis 28 einkalkulieren, also die Gruppengröße in der Oberstufe wirklich haarscharf bis an den Klassenteiler ansteigen lassen. Auch das hört man landauf, landab aus den Schulen in Schleswig-Holstein in ähnlicher Weise. Das heißt, auch hier werden sich die Unterrichtsbedingungen für den Oberstufenunterricht, jedenfalls gegenüber den Leistungskursgrößen in der Vergangenheit, deutlich verschlechtern.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zu den Grünen machen. Die Grünen haben soeben den Vorschlag unterbreitet, die Schularten gleichzustellen, und zwar im Hinblick auf die Stundenzahlen der Lehrer und der Schüler und im Hinblick auf die Bezahlung des Personals. Da frage ich Sie: Was bedeutet eigentlich in Ihrem Sinn Gleichstellung?

Es gibt im Prinzip zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, dass sich jene, die bisher bessere Konditionen haben, nach unten bewegen. Für die Gymnasien bedeutet das in der Praxis, dass dortige Stellen gestrichen werden müssen. Das müssen Sie denen dann allerdings auch sagen. Andererseits fände man auf dem Arbeitsmarkt keine jungen Gymnasiallehrer mehr für die Aufnahme einer Tätigkeit im schleswig-holsteinischen Schuldienst. Die kriegen nämlich aus allen anderen Bundesländern viel attraktivere Angebote. Dann müssten Sie schon sagen, dass Sie beispielsweise - jedenfalls in Mangelfächern wie Mathe und Physik - den Unterricht an den Gymnasien in Zukunft durch Grund- und Hauptschullehrer erteilen lassen müssen. Das ist Möglichkeit Nummer 1.

(Dr. Ekkehard Klug)

Möglichkeit Nummer 2 ist: Sie passen nach oben an.

(Zuruf)

- Ich rede jetzt zu den Grünen. - Dann müssten Sie allerdings irgendwo einen nennenswerten zweistelligen Millionenbetrag für den Landeshaushalt locker machen, um das finanziell zu unterfüttern.

(Beifall bei der FDP)

Insofern fände ich es interessant, wenn die Grünen Klarheit darüber herbeiführen würden, welchen der beiden prinzipiell denkbaren Wege sie denn nun tatsächlich dem Land Schleswig-Holstein und den Schulen empfehlen.

Eine kurze Bemerkung zur **Anmeldesituation!** Es lässt sich feststellen, dass es vielerorts ziemlich große Probleme gibt, weil das Modell der **Regionalschule**, das die CDU als ihren Beitrag zu den neuen Schulstrukturen ins Schulgesetz eingeführt hat, an vielen Standorten unter mangelnder Nachfrage zu leiden hat. Für das kommende Schuljahr gab es aus den **Hamburger Umlandkreisen** insgesamt nur vier Anträge. Aus Presseberichten und aus dem, was man von Vertretern der betroffenen Kommunen hört, weiß man, dass von diesen vier neuen Schulen zwei mit allergrößter Wahrscheinlichkeit nicht eingerichtet werden können, weil sie nicht die erforderliche Größe erreichen werden.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bitte beachten Sie die Redezeit, Herr Kollege.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Mein letzter Satz: So wird die Regionalschule aller Voraussicht nach nur ein punktuelles Bildungsangebot an einzelnen Standorten sein. Die Situation, die wir bekommen werden, wird die sein, dass **Gymnasien** und **Gemeinschaftsschulen** als **Regelschulen** existieren. Es wird allenfalls punktuell hier und da einmal eine Regionalschule geben. Die FDP meint daher, dass man vor diesem Hintergrund alternativ die Option einer Realschule als Angebotschule andenken sollte. Ich denke, wir werden im Landtag bald über eine Volksinitiative zu diesem Thema zu sprechen haben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Für den SSW im Landtag hat nun Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landeselternbeirat der Gymnasien beklagt, dass bei steigenden Schülerzahlen der Gymnasien immer weniger Lehrer an diesen Gymnasien unterrichten würden. Hintergrund der Initiative der Eltern scheint eine Unterschriftensammlung einer Initiative in Itzehoe zu sein, in der Eltern die nicht Nichtbesetzung von Lehrerstellen an den hiesigen Gymnasien kritisieren und sofortige **Neueinstellungen** fordern, weil es zu massiven **Stundenausfällen** gekommen sei. Ein Blick in den letzten Bericht zur Unterrichtsversorgung zeigt, dass die Zahl der ausgefallenen Stunden in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Aus Sicht des SSW befinden wir uns also auf dem richtigen Weg.

Hinzu kommt, dass an den Gymnasien für das kommende Schuljahr doch weniger Kinder angemeldet wurden als in den Jahren zuvor. Dafür gibt es viele Gründe. Der Kollege Höppner hat versucht, diese Gründe zu analysieren. Ich erspare mir eine Wiederholung. Dennoch ist es richtig, dass diese Betrachtungen den betroffenen Schülerinnen und Schülern nicht helfen. Der SSW versteht natürlich die Sorgen der Eltern. Umgekehrt gilt aus Sicht des SSW, dass wir in der Frage der **Lehrerversorgung** nur weiterkommen, wenn sowohl bei der Lehrerbildung als auch bei der Weiterentwicklung des Schulwesens nicht nur an eine Aufstockung gedacht wird, sondern auch daran, wie Lehrkräfte besser eingesetzt werden können. Ohne Strukturänderungen werden wir nicht weiterkommen, davon bin ich überzeugt.

Die Fragen lauten: Wie können wir sicherstellen, dass die Qualität des Unterrichts weiterhin gesichert und gesteigert wird? Wie können wir mit **Strukturänderungen** sicherstellen, dass öffentliche Mittel effizienter eingesetzt werden? Das sind die Gretchenfragen, um die wir nicht herumkommen. Darum bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir in zehn Jahren ein anderes Schulwesen als heute haben werden.

Dass man Strukturänderungen nicht als Bedrohung aufzufassen braucht, zeigt die Zahl der Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulen im nördlichen Landesteil. Ganz viele Kommunen scheinen begriffen zu haben, dass sie mit der neuen Schulform auch den eigenen Schulstandort stärken und dass damit nicht der Untergang des Abendlandes vorprogrammiert ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Aber auch das Folgende möchte ich loswerden: Der Verbandsvertreter Walter Tetzloff, Sprecher des Philologenverbandes in Schleswig-Holstein sieht, in der aus seiner Sicht ganz schlechten Lehrerversorgung an den Gymnasien einen landesweiten Trend. Er hat sich in der Presse so geäußert:

„Der Verdacht besteht, dass man schulpolitisch die Gymnasien ein wenig aushungern will, um die neuen Schulformen attraktiv zu machen.“

Ich finde, das ist ganz schön starker Tobak, der wirklich in die bildungspolitische Mottenkiste gehört.

(Beifall beim SSW)

Wir haben hier im Plenum vor ein paar Monaten über den Stand der Genehmigungen von **neuen Gemeinschafts- und Regionalschulen** debattiert. Dabei wurde deutlich, wie gut die Gemeinschaftsschule von den Schulträgern angenommen wird. Es mag sein, dass einige Bildungspolitiker davon überrascht worden sind. Fest steht aber, dass die **Anmeldezahlen** diesen Trend belegen. Gemeinschaftsschulen scheinen Elternschulen zu sein. Es ging auch aus Presseberichten hervor, dass Eltern vor Ort Druck ausüben mussten, um die entsprechenden Anträge auf den Weg zu bringen. Mit anderen Worten, Eltern wollen eine Schulform, die ein Höchstmaß an individueller Förderung ermöglicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum denke ich, dass es gut ist, dass sich die gemeinsame Beschulung langsam aber deutlich durchsetzt. Die Eltern zeigen mit ihrem Anmeldeverhalten, dass sie für ihr Kind die Gemeinschaftsschule wollen.

(Beifall beim SSW)

Dafür gibt es Beispiele. Zum Beispiel liegen in Schleswig bei der Dannewerkschule, die ab dem nächsten Schuljahr Gemeinschaftsschulunterricht anbietet, 125 Anmeldungen vor. Bei der Bruno-Lorenzen-Schule, die ab übernächstem Schuljahr Gemeinschaftsschule wird, sind es 100. Bei der Regionalschule, der Gallbergschule, wurden 45 Kinder angemeldet, was einem Fünftel entspricht. Das sind die Fakten. So sieht es auch im Rest des Landes aus.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass die **Regionalschulen** aus meiner Sicht kein Imageproblem haben, dem man mit etwas professionellem Marketing schon auf die Beine helfen

könnte. Die Regionalschule bietet eben nicht die Möglichkeiten einer **Gemeinschaftsschule**. Vielmehr engt sie Optionen ein. Das wollen die Eltern offensichtlich nicht. Sie wünschen sich, dass ihrem Kind eine Welt eröffnet wird. Sie wollen nicht, dass Türen zugeknallt werden. Grundsätzlich gilt daher auch, dass die Übergänge zwischen den Schularten aus meiner Sicht weiterhin ein Problem des Schulgesetzes bleiben. Ich verstehe die Aussage der Kollegin Eisenberg nicht, aber sie kann mir im Ausschuss noch einmal erklären, weshalb zwischen Regionalschulen und Gymnasien jetzt eine so große Durchlässigkeit besteht. Ich fasse das nicht richtig.

Ich will nicht auf den Ansatz der FDP eingehen, jetzt wieder Realschulen anzubieten. Meine Position dazu kennen Sie, lieber Kollege Klug. Ich fasse jedoch zusammen. Der SSW hat im Rahmen von Bildungsdebatten immer wieder kritisiert, dass das **Gymnasium** nicht in die Schulreform einbezogen worden ist, die wir in diesem Land auf den Weg gebracht haben. Das Gymnasium läuft nebenher. Es gibt natürlich Veränderungen im Bereich des gymnasialen Unterrichts, das sind aber Veränderungen, die nichts mit dem zu tun haben, was wir in Schleswig-Holstein eigentlich auf den Weg gebracht haben. Das bedauern wir. Ich bin sicher, dass sich das im Laufe der Zeit ändern wird. Der SSW steht dazu, dass wir mit der Einführung der Gemeinschaftsschule einen guten Weg beschreiten. Die Pointe bei der Einführung der Gemeinschaftsschule ist nicht nur, dass sie eine Schule für alle ist. Vielmehr ist die Pointe, dass diese Schule schnell und flexibel auf Veränderungen reagieren kann.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **individuelle Förderung** der Kinder ist der zentrale Punkt. Das kann man schnell und hoffentlich auch unbürokratisch auf den Weg bringen. Das ist ganz zentral. Darum ist diese Schulform unserer Meinung nach auch die Schulform der Zukunft.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Spoorendonk. - Die Frau Ministerin hat erneut um das Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Ich muss Ihre Aufmerksamkeit noch einmal eine Minute lang in Anspruch nehmen. Ich will noch drei Bemerkungen machen. Vieles reizt mich, aber in aller Kürze sage ich: Erstens. Ich werde es hier wohl nicht mehr erleben, dass sich jemand hinstellt und sagt: Wir haben in den letzten Jahren am deutlichsten die **Unterrichtsvorsorgung** an den **Grundschulen** angehoben. Das können Sie nachlesen. Sie runzeln schon wieder die Augenbrauen. Sie müssen die Berichte nicht so selektiv lesen, wie Sie das immer tun. Das ist eine Tatsache. Das ist auch gewollt. Das ist bildungspolitisch richtig. Es kommt auf den Anfang an.

Sie stellen sich hier hin und sagen an einem Tag, nämlich gestern, was für ein Wahnsinn das sei, dass hier Millionen versprochen werden. Indirekt tun Sie aber mit dem, was Sie heute hier gesagt haben, genau das gleiche. Wir haben also die Unterrichtsvorsorgung an den Grundschulen bewusst stärken wollen. Man kann das nachprüfen. Ich habe hier gestanden und gesagt: Natürlich geht das auch auf Kosten der gymnasialen Oberstufe mit ihrem sehr teuren Schleswig-Holstein-Modell. Auch das war ein Grund für die Profileroberstufe. Das muss man ganz ehrlich sagen.

Zweitens. Diese Zahlenspielereien und statistischen Vergleiche sind sehr beliebt. Sie bringen uns letztlich aber nicht weiter, sie führen auch in die Irre. Man kann auch immer unterschiedliche Parameter miteinander vergleichen.

Drittens. Wenn es darum geht, was zählt, will ich nicht den alten Spruch anführen, entscheidend sei, was hinten herauskommt. Ich sage es lieber so: Es geht um den **Qualitätsaspekt**. Wir sind von dem Inputdenken doch längst abgekommen. Wir haben inzwischen ein output-gesteuertes Schulsystem. Dabei zählen Vergleiche und Tests, auch Vergleiche mit anderen Bundesländern. Wie kommt es denn, dass in einem Land mit riesigen Klassenfrequenzen, die die Eltern hier nie ertragen würden - bei Klassen mit über 33 Schülern gäbe es hier Massenproteste -, trotzdem gute Leistungen erbracht werden? Man kann die **Parameter** also wirklich stark in Frage stellen. Es kommt nicht darauf an, dass ein Schüler sechs Stunden Unterricht hat. Vielmehr kommt es darauf an, dass die sechs Stunden oder meinetwegen auch nur fünf Stunden Unterricht, die erteilt werden, von A bis Z gut sind. Es kommt darauf an, dass die Leistungen und das Wissen der Schüler gut sind. Am Ende dieses Jahres werden die PISA-E-Ergebnisse vorgelegt. Im Länderver-

gleich sind unsere fünfzehnjährigen Gymnasiasten getestet worden. Ich bin gespannt, was Sie zu den guten Ergebnissen sagen werden.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle fest, dass die Berichtsansträge Drucksachen 16/1995 und 16/1998 durch die Berichterstattung ihre Erledigung gefunden haben. Damit sind diese Tagesordnungspunkte erledigt.

Ich erinnere Sie daran, dass wir uns vorgenommen haben, am Ende der Beratungen Tagesordnungspunkt 41 a aufzurufen. Das tue ich jetzt:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein (Kinderschutzgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2036

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich weise darauf hin, dass sich der Finanzausschuss in seiner heutigen Sitzung im Wege der Selbstbefassung mit dem Gesetzentwurf Drucksache 16/2036 befasst hat und sich eine Ausschussüberweisung deshalb erübrigt.

Die Beschlussempfehlung dazu liegt Ihnen mit Drucksache 16/2035 vor.

Die Fraktionen haben sich des Weiteren darauf verständigt, die zweite Lesung in der morgigen Sitzung durchzuführen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei geschäftsführende Bemerkungen machen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass Tagesordnungspunkt 64 - Wirtschaftliche Effekte der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein - und Tagesordnungspunkt 66 - Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein - auf die Mai-Tagung verschoben werden. Über Tagesordnungspunkt 51 - Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz - soll ohne Aussprache beraten werden.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Wir treffen uns morgen früh um 9 Uhr wieder und beginnen mit der Beratung über das Postdienstleistungsgesetz. - Habe ich etwas übersehen, Herr Kubicki?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir müssen noch abstimmen!)

- Nein, in meinen Unterlagen steht: Abstimmung nicht notwendig. Das glaube ich dem Wissenschaftlichen Dienst.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann erkläre ich das, was ich erklären will, morgen!)

Wir gehen davon aus, dass das praktizierte Verfahren richtig ist. Wenn dem nicht so sein sollte, regeln wir es morgen neu.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr